



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k
Das Ministerium

Monatsbericht des BMF Februar 2002



Monatsbericht des BMF
Februar 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	22
Entwicklung der Länderhaushalte	25
56. Generalversammlung der Vereinten Nationen: Haushalt für 2002/2003 verabschiedet	28
Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen (Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz – AltZertG –)	30
Termine	32
Analysen und Berichte	
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	37
Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung – „Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen“	43
Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2001	49
Der Bundeshaushalt 2002 – Nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat	77
Der neue bundesstaatliche Finanzausgleich ab 2005	99
Fortführung der Lissabon-Strategie im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002	103
Statistiken und Dokumentationen	109
Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	114
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	146
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	166
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage (Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die konjunkturellen Frühindikatoren belegen: Deutschland steht vor einem neuen Aufschwung. Aufgrund der niedrigeren Ausgangsbasis zum Jahresende 2001 bringt der Jahresdurchschnittswert von 3/4 % allerdings nicht die deutliche Wiederbelebung der wirtschaftlichen Entwicklung voll zum Ausdruck, die wir – wie die Forschungsinstitute und internationalen Organisationen – im Jahresverlauf erwarten. Wie stark die Dynamik bereits 2002 sichtbar sein wird, hängt wesentlich davon ab, wann die wirtschaftliche Erholung – insbesondere in den USA und im Euroraum – einsetzt. In Deutschland gibt es angesichts der aktuellen deutlichen Verbesserung der Geschäftserwartungen im jüngsten ifo-Konjunkturtest ermutigende Signale. Im Jahr 2003 wird nach Schätzungen von EU-Kommission und OECD die erwartete Beschleunigung der wirtschaftlichen Dynamik wieder zu beachtlichen Jahresdurchschnittswerten von 2,8 bzw. 2,9 % führen. Wir kommen damit zurück auf einen Wachstumspfad, wie wir ihn vor der weltweiten Abschwächung in Deutschland mit 3 % und einem Anstieg der Beschäftigung um 618 000 im Jahr 2000 eingeschlagen hatten.

Die Bundesregierung stützt diese Entwicklung mit ihrer verlässlichen und nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir haben eine Vielzahl grundlegender finanz- und wirtschaftspolitischer Reformen eingeleitet bzw. umgesetzt. So sind die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte, für gesunde Staatsfinanzen und für einen fairen Generationsausgleich entscheidend verbessert worden. Diesen Kurs werden wir konsequent fortführen. Kurzfristiger Aktionismus und planlose Hektik sind damit nicht vereinbar.

Die Bundesregierung hat mit dem Haushaltsschluss 2001 auch im dritten Jahr ihrer Regierungsverantwortung einen erfolgreichen Haus-

haltsabschluss vorgelegt und den Weg der Haushaltkskonsolidierung fortgesetzt. Die Neuverschuldung des Bundes wurde gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgeführt. Dies spiegelt sich in der niedrigsten Nettokreditaufnahme seit 1993 wider. Auch das Ausgabenvolumen konnte weiter verringert werden. Die strikte Politik der Ausgabenbegrenzung hat es ermöglicht, erhebliche zwangsläufige Mehrausgaben durch Einsparungen auszugleichen. Dabei haben alle Ressorts ihre Verantwortung für die Haushaltkskonsolidierung wahrgenommen.

Der Bundeshaushalt 2002 wurde am 30. November 2001 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Trotz deutlicher Abschwächung des Steueraufkommens und zusätzlicher Belastungen bei den Arbeitsmarktausgaben wird die Konsolidierung des Bundeshaushalts unverändert fortgesetzt. Die solide Finanzpolitik der letzten Jahre hat das Fundament dafür geschaffen, auch in Zeiten einer schwächeren Wirtschaftsentwicklung die finanzielle Handlungsfähigkeit ohne höhere Neuverschuldung zu bewahren.

Mit der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes ab 1. Januar 2005 wird der bundesstaatliche Finanzausgleich auf eine langfristig stabile Grundlage gestellt. Es handelt sich dabei um eine der weitreichendsten Reformen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs in der Geschichte der Bundesrepublik. Das neue Finanzausgleichssystem wurde stärker als bisher auf den Aspekt seiner Anreizwirkungen ausgerichtet. Durch eine Begrenzung der Ausgleichsleistungen zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern werden alle Länder motiviert, ihre Einnahmesituation durch eigene Anstrengungen zu verbessern. Die neuen Länder erhalten zudem eine verlässliche finanzielle Perspektive für die Fortführung des Aufbaus Ost.

Die Lissabon-Strategie geht auf das Sondertreffen des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2000 in Lissabon zurück, dessen Mittelpunkt die Thematik „Beschäftigung, Wirtschaftsreformen

und sozialer Zusammenhalt – für ein Europa der Innovation und des Wissens“ war. Der Europäische Rat einigte sich auf die strategische Zielsetzung, die Europäische Union binnen zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der in der Lage ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen – die Lissabon-Strategie. Auf dem Europäischen Rat Barcelona im kommenden Monat sollen Maßnahmen ergriffen werden, die zur Erreichung dieses strategischen Ziels beitragen: Wirtschaftsreformen zur Marktliberalisierung, eine Bildungs- und Wissensoffensive sowie Arbeits- und Sozialreformen. Angesichts der strukturellen Reformnotwendigkeiten ist es sinnvoll, die wachstumsfördernde makroökonomische Politik in Europa durch mikroökonomische Maßnahmen zu ergänzen – durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine Offensive in den Bereichen Forschung, Technologie und Bildung, die Förderung der Mobilität sowie eine den demographischen Veränderungen gerecht werdende Sozialpolitik. Gute ordnungspolitische Rahmenbedingungen und die Moder-

nisierung Europas bieten die besten Chancen, die Europäische Union widerstandsfähiger gegen Konjunkturschwankungen und negative externe Schocks zu machen. Die Fortführung der Lissabon-Strategie auf dem Europäischen Rat von Barcelona ist von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas.



Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de



Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage	11
Finanzwirtschaftliche Lage	13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	22
Entwicklung der Länderhaushalte	25
56. Generalversammlung der Vereinten Nationen: Haushalt für 2002/2003 verabschiedet	28
Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen (Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz – AltZertG –)	30
Termine	32

Überblick zur wirtschaftlichen Lage¹

Zu Beginn des Jahres 2002 mehren sich Anzeichen, dass eine konjunkturelle Trendwende nach oben bevorsteht. Diese Einschätzung stützt sich auf signifikante Verbesserungen bei einer Reihe konjunktureller Frühindikatoren aus dem In- und Ausland.

- Die Produktion in der Industrie ist im Monat Dezember erstmals seit August 2001 wieder spürbar angestiegen (vorläufig +1,6%). Insgesamt war die Erzeugung im letzten Vierteljahr 2001 jedoch noch tendenziell abwärts gerichtet.

tet (saisonbereinigt -2,3 % gegenüber dem Vorquartal). Das vergleichbare Vorjahresniveau wurde im Mehrmonatsdurchschnitt ebenfalls unterschritten.

- Die lange Zeit rückläufige Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen hat sich zum Jahresende 2001 merklich belebt. Beim Auftragseingang in der Industrie war im November ein leichter Zuwachs und im Dezember ein kräftiger Schub (vorläufig +5,0%) zu verzeichnen. Dadurch sind im Durchschnitt des vierten Quartals die Neubestellungen kaum noch zurückgegangen (preis- und saisonbereinigt -0,7%).
- Das Geschäftsklima in der Industrie hat sich dank deutlich besserter Aussichten im Januar 2002 spürbar aufgehellt.

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 15. Februar 2002 vorlagen.

Auftragseingang in der Industrie, Geschäftserwartungen und Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe saisonbereinigt, Gebietsstand: Früheres Bundesgebiet



- Im Bauhauptgewerbe scheint sich die Situation zu stabilisieren. Vor einem zuvor stark abgesunkenen Niveau erhöhte sich die Produktion im letzten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal um 3,6 %. Auch die Baunachfrage hat sich im Oktober/November etwas belebt.
- Die deutschen Warenexporte sind angesichts der weltweiten Konjekturintrübung weiter unter Druck geraten. Sie verringerten sich vom dritten zum vierten Quartal saisonbereinigt um 3,0 %. Dabei hat es aber im letzten Monat – ähnlich wie bei der Industrieproduktion – einen spürbaren Anstieg gegeben.
- Die Arbeitsmarktzahlen sind im Januar 2002 erneut ungünstiger ausgefallen, sie gelten jedoch als nachlaufende Konjunkturindikato-

ren. Saisonbereinigt erhöhte sich die Arbeitslosenzahl gegenüber Dezember 2001 um 31 000. Dabei wurden die konjunkturellen Belastungen noch durch den scharfen Wintereinbruch verstärkt. Insgesamt waren im Januar 2002 4,29 Mio. Arbeitslose registriert, 197 000 mehr als ein Jahr zuvor.

- Die Verbraucherpreise sind im Januar 2002 aufgrund von Sonderfaktoren wieder stärker als zuvor angestiegen. Die jährliche Teuerungsrate belief sich auf +2,1 % nach +1,7 % im Dezember 2001. Maßgeblich waren insbesondere witterungsbedingte ungewöhnlich starke Verteuerungen von Saisonwaren. Die Bargeld einführung des Euro dürfte dagegen nur eine geringe Rolle gespielt haben.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001			
	1998	1999	2000	2001	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real^{1, 2}																
Deutschland	1,7	1,7	3,2	0,8	0,7	1,0	2,0	3,0	2,9	4,3	3,2	2,5	1,8	0,6	0,4	
Eurozone (EUR-12) ⁴	2,9	2,6	3,4	*	2,0	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,4	
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	*	2,0	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,7	1,4	
Japan	-1,1	0,8	1,5	*	-0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	-0,6	-0,5	
Kanada	4,0	5,1	4,6	*	3,7	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,7	3,6	2,1	1,7	0,3	
USA	4,3	4,1	4,1	*	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,5	
Jahresdurchschnitt 2001																
1999	2000	2001	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	2002
Arbeitslosenquoten in %^{2, 3}																
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,7	7,8	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,1	
Eurozone (EUR-12) ⁴	9,9	8,9	8,4	8,5	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,5	8,5	8,5	*	
Europäische Union (EU-15)	9,1	8,2	7,7	7,8	7,7	7,7	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	7,8	7,8	7,8	*
Japan	4,7	4,7	5,0	4,9	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	
Kanada	7,6	6,8	7,2	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	
USA	4,2	4,0	4,8	4,2	4,2	4,3	4,4	4,4	4,5	4,5	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6
Verbraucherpreise^{1, 3}																
Deutschland	0,6	2,1	2,4	2,2	2,5	2,5	2,9	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3
Eurozone (EUR-12) ⁴	1,1	2,3	2,6	2,4	2,6	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	2,1	2,1	*
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,4	2,2	2,3	2,3	2,6	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	1,8	2,0	*
Japan	-0,3	-0,7	-0,5	0,1	-0,1	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,8	-0,5	-0,7	-0,6	-0,9	-1,2	*
Kanada	1,7	2,7	2,5	3,0	2,8	2,5	3,6	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	0,7	0,7	1,3
USA	2,1	3,5	2,8	3,9	3,6	2,9	3,3	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6	*

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

¹ Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

² Saisonbereinigt.

³ Harmonisiert.

⁴ Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Zu Jahresbeginn ist die Aussagekraft der Daten relativ gering. Eine Prognose zum weiteren Jahresverlauf lässt sich hieraus noch nicht ableiten. Die Ausgaben liegen mit 32,9 Mrd. € im Rahmen der Sollvorgabe des Haushaltsgesetzes

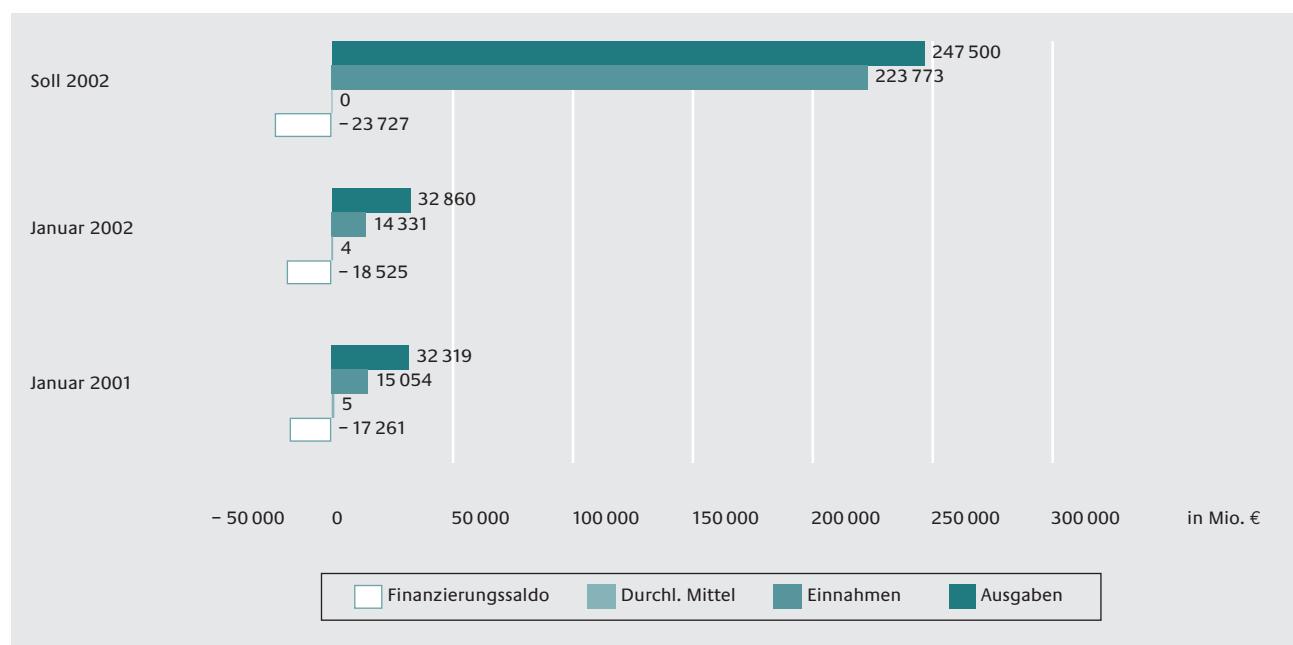
2002. Sie überschreiten das Vorjahresergebnis um 0,6 Mrd. € (+1,7%). Die Steuereinnahmen in Höhe von 12,9 Mrd. € überschreiten das Aufkommen des Januars 2001 um 0,1 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen liegen hingegen um 0,8 Mrd. € (−35,9%) unter dem Vorjahreswert und belaufen sich auf 1,5 Mrd. €. Damit ergibt

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung ¹ Januar 2002
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	247,5 1,8	32,9 1,7
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	223,8 1,6	14,3 − 4,8
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199,2 2,8	12,9 0,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	− 23,7 − − 2,7	− 18,5 − 12,8 − 3,8
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	− 21,1	− 1,9

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



sich eine Veränderungsrate der Einnahmen insgesamt von -4,8 % (Soll +1,6 %); sie unterschreiten mit 14,3 Mrd. € das Ergebnis des Monats Januar 2001 um 0,7 Mrd. €. Hingegen sind aus der Veräußerung von Münzen bereits im ersten Monat des Jahres rund 3,8 Mrd. € erlöst und

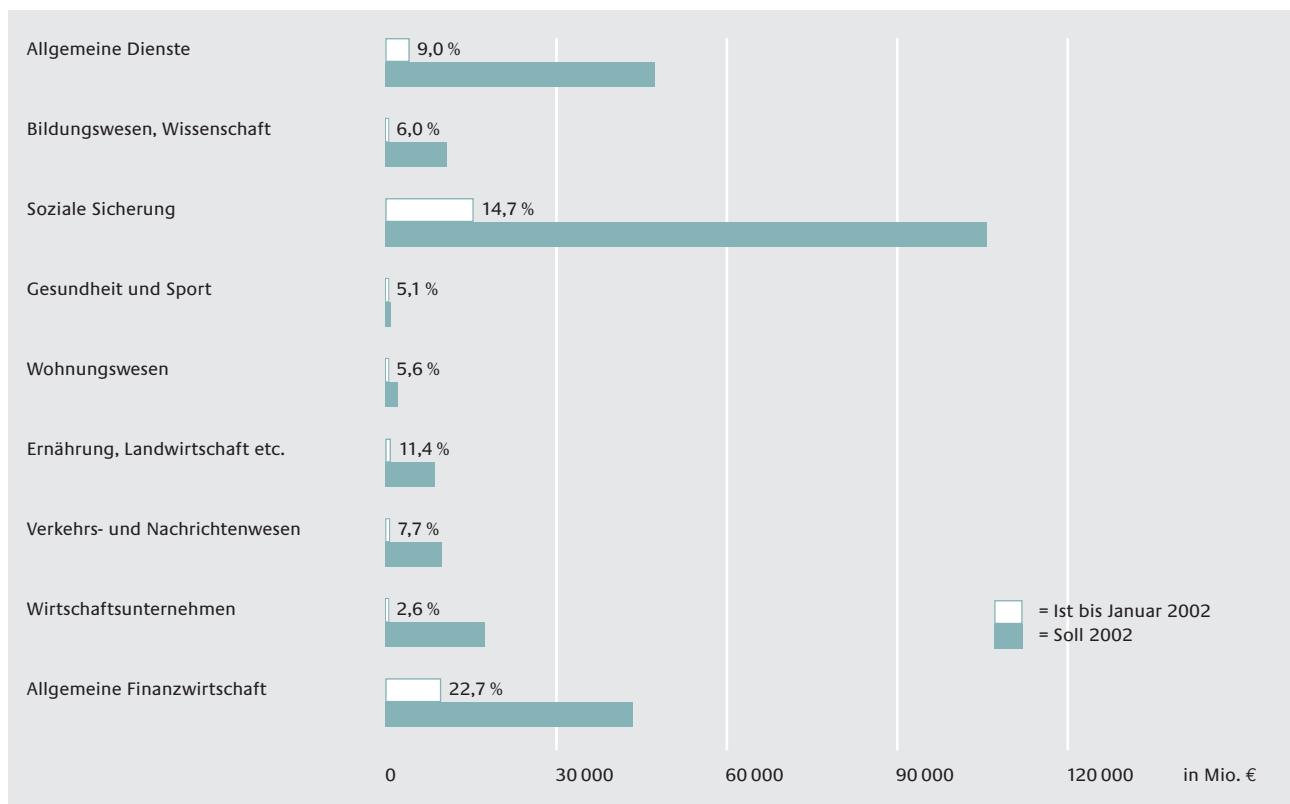
somit Mehreinnahmen von 1,1 Mrd. € erzielt worden (Soll: 2,7 Mrd. €).

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 18,5 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Januar		Januar		Veränderungen ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	2002 Mio. €	Anteil in %	2001 Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 634	4 307	13,1	5 221	16,2	- 17,5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	461	1,4	595	1,8	- 22,5
Verteidigung	27 485	2 543	7,7	3 305	10,2	- 23,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	790	2,4	837	2,6	- 5,6
Finanzverwaltung	2 970	233	0,7	-	-	-
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	661	2,0	578	1,8	+ 14,4
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	53	0,2	42	0,1	+ 26,2
BAföG	810	130	0,4	102	0,3	+ 27,5
Forschung und Entwicklung	6 778	328	1,0	295	0,9	+ 11,2
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	15 590	47,4	15 218	47,1	+ 2,4
Sozialversicherung	70 187	10 635	32,4	10 120	31,3	+ 5,1
Arbeitslosenversicherung	2 000	1 943	5,9	2 050	6,3	- 5,2
Arbeitslosenhilfe	13 000	1 002	3,0	945	2,9	+ 6,0
Wohngeld	2 100	156	0,5	105	0,3	+ 48,6
Erziehungsgeld	3 458	276	0,8	275	0,9	+ 0,4
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	3 764	565	1,7	614	1,9	- 8,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	52	0,2	78	0,2	- 33,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	117	0,4	193	0,6	- 39,4
Wohnungswesen	1 611	105	0,3	179	0,6	- 41,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	1 001	3,0	1 407	4,4	- 28,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	217	0,7	300	0,9	- 27,7
Kohlenbergbau	2 929	564	1,7	813	2,5	- 30,6
Gewährleistungen	2 200	53	0,2	151	0,5	- 64,9
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	771	2,3	539	1,7	+ 43,0
Straßen (ohne GVFG)	5 540	267	0,8	299	0,9	- 10,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	455	1,4	248	0,8	+ 83,5
Postunterstützungskassen	5 423	0	0,0	0	0,0	-
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	187	0,6	36	0,1	+ 419,4
Deutsche Bahn AG	4 682	116	0,4	99	0,3	+ 17,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	9 906	30,1	8 838	27,3	+ 12,1
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	205	0,6	275	0,9	- 25,5
Zinsausgaben	38 887	9 653	29,4	8 501	26,3	+ 13,6
Ausgaben zusammen	247 500	32 860	100,0	32 319	100,0	+ 1,7

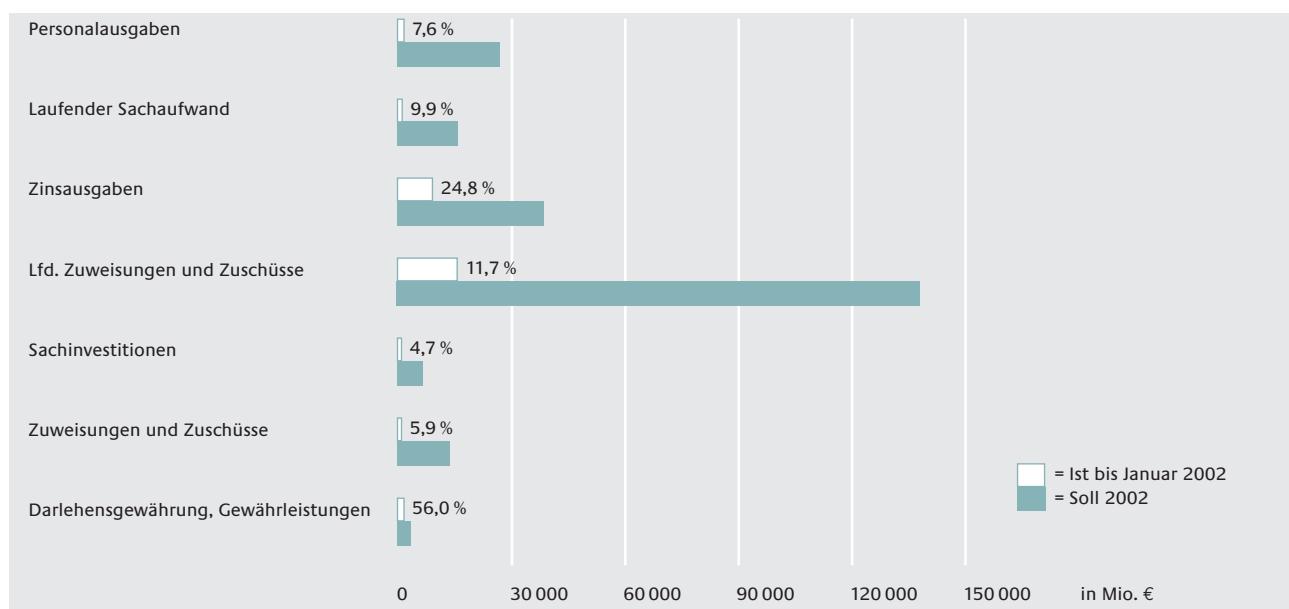
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar 2002



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002		Ist 2002 Januar		Ist 2001 Januar	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	220 978	29 515	89,8	28 327	87,6	+ 4,2
Personalausgaben	27 132	2 058	6,3	2 558	7,9	- 19,5
Aktivbezüge	20 620	1 512	4,6	1 789	5,5	- 15,5
Versorgung	6 513	546	1,7	769	2,4	- 29,0
Laufender Sachaufwand	16 069	1 595	4,9	1 939	6,0	- 17,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	57	0,2	60	0,2	- 5,0
Militärische Beschaffungen	7 331	1 113	3,4	1 404	4,3	- 20,7
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	426	1,3	475	1,5	- 10,3
Zinsausgaben	38 887	9 653	29,4	8 501	26,3	+ 13,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	138 443	16 141	49,1	15 095	46,7	+ 6,9
an Verwaltungen	14 859	947	2,9	672	2,1	+ 40,9
an andere Bereiche darunter	123 584	15 168	46,2	14 401	44,6	+ 5,3
Unternehmen	16 865	1 268	3,9	1 139	3,5	+ 11,3
Renten, Unterstützungen u. a.	20 651	1 917	5,8	1 911	5,9	+ 0,3
Sozialversicherungen	82 311	11 670	35,5	11 052	34,2	+ 5,6
Sonstige Vermögensübertragungen	446	68	0,2	234	0,7	- 70,9
Investive Ausgaben	25 041	3 346	10,2	3 993	12,4	- 16,2
Finanzierungshilfen	18 238	3 024	9	3 633	11,2	- 16,8
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	823	2,5	1 161	3,6	- 29,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	2 070	6,3	2 344	7,3	- 11,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	130	0,4	128	0,4	+ 1,6
Sachinvestitionen	6 803	322	1,0	360	1	- 10,6
Baumaßnahmen	5 586	246	0,7	276	0,9	- 10,9
Erwerb von beweglichen Sachen	787	48	0,1	56	0,2	- 14,3
Grunderwerb	430	28	0,1	28	0,1	+ 0,0
Globalansätze	1 481	0		0		
Ausgaben insgesamt	247 500	32 860	100,0	32 319	100,0	+ 1,7

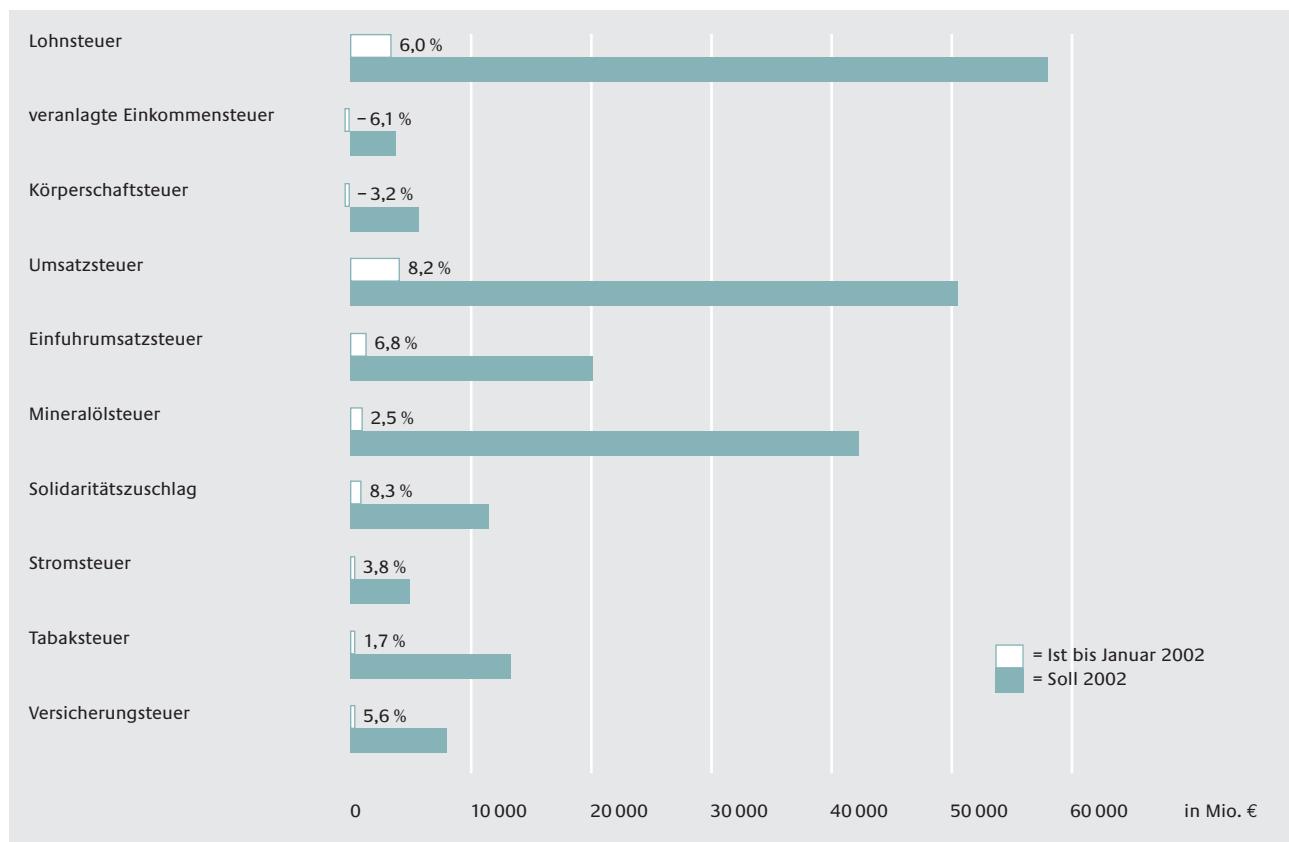
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar 2002



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002		Ist 2002 Januar		Ist 2001 Januar	Verän- derungen gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	199 239	12 861	89,7	12 759	84,8	+ 0,8
Bundesanteile an:						
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	150 272	11 177	78,0	11 346	75,4	- 1,5
davon:						
Lohnsteuer	58 225	3 472	24,2	3 902	25,9	- 11,0
veranlagte Einkommensteuer	3 781	- 230	- 1,6	- 208	- 1,4	+ 10,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	1 442	10,1	1 850	12,3	- 22,1
Zinsabschlag	3 973	1 163	8,1	1 167	7,8	- 0,3
Körperschaftsteuer	5 750	- 182	- 1,3	- 127	- 0,8	+ 43,3
Umsatzsteuer	50 755	4 137	28,9	3 147	20,9	+ 31,5
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	1 386	9,7	1 622	10,8	- 14,5
Gewerbesteuerumlage	2 007	- 11	- 0,1	- 7	0,0	+ 57,1
Versicherungsteuer	8 100	452	3,2	331	2,2	+ 36,6
Solidaritätszuschlag	11 550	959	6,7	1 016	6,7	- 5,6
Tabaksteuer	13 400	222	1,5	206	1,4	+ 7,8
Kaffeesteuer	1 050	91	0,6	79	0,5	+ 15,2
Branntweinsteuern	2 075	61	0,4	46	0,3	+ 32,6
Mineralölsteuer	42 500	1 065	7,4	997	6,6	+ 6,8
Stromsteuer	4 950	190	1,3	167	1,1	+ 13,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 715	0	0,0	0	0,0	-
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 700	- 823	- 5,7	- 862	- 5,7	- 4,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 731	- 546	- 3,8	- 572	- 3,8	- 4,5
II. Sonstige Einnahmen	24 534	1 471	10,3	2 295	15,2	- 35,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	72	0,5	78	0,5	- 7,7
Zinseinnahmen	1 055	107	0,7	826	5,5	- 87,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	486	3,4	215	1,4	+ 126,0
Einnahmen zusammen	223 773	14 331	100,0	15 054	100,0	- 4,8

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar 2002



Steuereinnahmen im Januar 2002

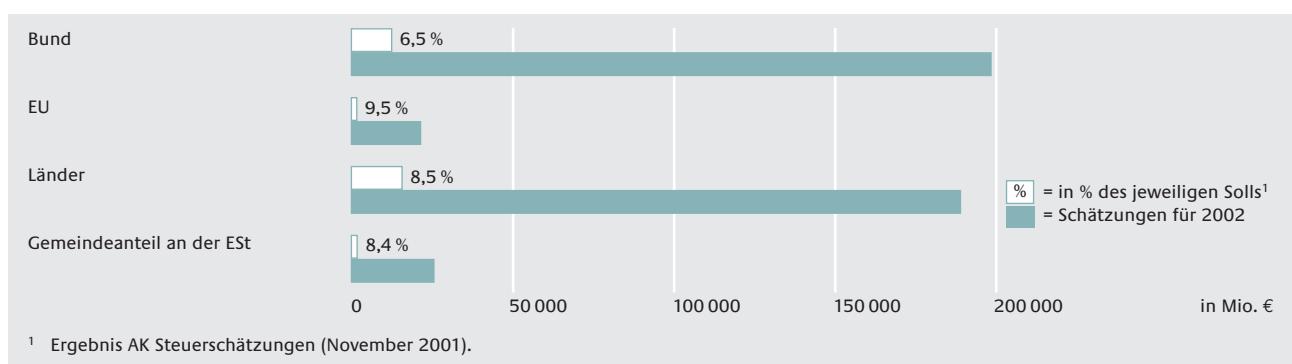
Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im Januar 2002 um **-2,9 %** unter dem infolge verschiedener Sondereffekte sehr starken Ergebnis des Januar 2001, das seinerzeit das Vorjahresergebnis um + 10,2 % überstieg. Bei den gemeinschaftlichen Steuern (-4,7 %) und den reinen Ländersteuern (-1,3 %) waren Rückgänge zu verzeichnen, während die reinen Bundessteuern Zuwächse aufwiesen (+7,2 %).

Die **Entwicklung** des Steueraufkommens im Januar 2002 liegt mit **-2,9 %** im Vorjahresvergleich noch deutlich unter dem für das Gesamtjahr prognostizierten Zuwachs von **+4,8 %** (um die Auswirkungen zwischenzeitlich wirksam gewordener Steuerrechtsänderungen bereinigte Steuerschätzung vom November 2001). Allerdings sind die Ergebnisse des bei den Veranlagungsteuern „kleinen“ Monats Januar noch nicht sehr ausschlussreich. Hier wird erst das Ergebnis des Vorauszahlungsmonats März genauere Erkenntnisse über den Trend der Einnahmeentwicklung mit sich bringen.

Die **Steuereinnahmen des Bundes** wiesen im Januar 2002 mit **+0,6 %** im Vorjahresvergleich einen leichten Zuwachs auf. Dieses Ergebnis ist durch eine Reihe von Sonderfaktoren geprägt, die wenig Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung zulassen. So haben sich kassentechnische Effekte (frühzeitiger Kassenschluss im Dezember wegen Euro-Umstellung), Vorzieheffekte (Tabaksteuer) und bereits partiell kassenwirksame Steuerrechtsänderungen zum 1. Januar 2002 (Familienkassen-Kindergeld) verzerrend auf das Aufkommensergebnis ausgewirkt.

Die **Lohnsteuer** ging im Januar 2002 gegenüber dem Vorjahresmonat um **-5,7 %** zurück. Dieser Rückgang hat zwei Hauptursachen: Zum einen macht sich letztmalig die Tarifsenkung zum 1. Januar 2001 bemerkbar, da im Januar die Lohnsteuer für den Monat Dezember 2001 kassenwirksam wurde. Zum anderen hat sich die Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2002 bei dem von den Familienkassen ausgezahlten Kindergeld bereits ausgewirkt. Hier ist im Januar ein Anstieg um **+11,6 %** zu verzeichnen. Vor Abzug des Kindergeldes sind die Lohnsteuereinnahmen um **-3,2 %** gesunken.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar 2002



Bei der **veranlagten Einkommensteuer** ergab sich ein Kassenminus, das mit –540 Mio. € etwas höher als im Vorjahr (–489 Mio. €) ausfiel. Dabei war ein kräftiger Rückgang der Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen (–94,5 %), der Eigenheimzulage (–30,6 %) und der Investitionszulage (–13,4 %) zu verzeichnen, während die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer um +5,5 % zulegten.

Für die **Körperschaftsteuer** lag das Kassenergebnis mit –365 Mio. € im Januar 2002 gut 100 Mio. € unter dem Januarergebnis des Vorjahrs (–253 Mio. €).

Bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** war für den Januar 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat ein deutlicher Rückgang (–22,0 %) zu verzeichnen. Nachdem das Aufkommen im Vorjahr infolge hoher Sonderausschüttungen stark überhöht war, deutet sich nunmehr eine Normalisierung an.

Bei den **Steuern vom Umsatz** setzte sich der positive Trend der Vormonate fort. Die Einnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um +2,2 %.

Dabei stand erneut einem deutlichen Rückgang der Einnahmen bei der Einfuhrumsatzsteuer (–13,5 %) ein kräftiger Anstieg bei der Umsatzsteuer um +7,0 % gegenüber.

Für die **reinen Bundessteuern** ergab sich ein Zuwachs von 7,2 %, wobei die stärksten Zunahmeraten bei der Versicherungsteuer (+36,4 %), der Branntweinsteuer (+30,7 %) und der Stromsteuer (+14,2 %) zu verzeichnen waren. Der sehr starke Zuwachs bei der Versicherungsteuer gleicht zu einem großen Teil den kassentechnisch bedingten Rückgang um –24,1 % im Dezember 2001 aus. Beim Solidaritätszuschlag war parallel zur Entwicklung bei den zugrunde liegenden Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuern ein Aufkommensrückgang (–5,6 %) zu verzeichnen.

Die **reinen Ländersteuern** zeigten sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert (–1,3 %), wobei sich die Erbschaftsteuer (–14,7 %), die Rennwett- und Lotteriesteuer (–5,0 %) und die Biersteuer (–13,7 %) rückläufig, die Kraftfahrzeugsteuer (+4,4 %) und die Grunderwerbsteuer (+1,8 %) hingegen positiv entwickelten.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr¹

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

	Schätzungen für 2002 ⁴	im Januar 2002 in Mio. €	Januar bis Januar 2002
Bund ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	199 472 3,1	12 948 0,6	12 948 0,6
EU Veränderung gegenüber Vorjahr in %	21 925 11,1	2 093 - 21,6	2 093 - 21,6
Länder ² Veränderung gegenüber Vorjahr in %	189 957 6,2	16 173 - 2,3	16 173 - 2,3
Gemeindeanteil an der ESt/USt Veränderung gegenüber Vorjahr in %	26 073 3,6	2 187 - 4,7	2 187 - 4,7
Zusammen Veränderung gegenüber Vorjahr in %	437 427 4,8	33 401 - 2,9	33 401 - 2,9
nachrichtlich:	137 004 3,3	11 336 - 5,7	11 336 - 5,7
Lohnsteuer ³ Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Veranlagte Einkommensteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9 434 7,6	- 540 -	- 540 -
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	11 000 - 47,3	2 885 - 22	2 885 - 22
Zinsabschlag Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9 030 0,8	2 643 - 0,3	2 643 - 0,3
Körperschaftsteuer Veränderung gegenüber Vorjahr in %	11 400 -	- 365 -	- 365 -
Steuern vom Umsatz Veränderung gegenüber Vorjahr in %	145 630 4,8	12 054 2,2	12 054 2,2
Reine Bundessteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	84 108 6,1	3 052 7,2	3 052 7,2
Reine Ländersteuern Veränderung gegenüber Vorjahr in %	19 842 1,1	1 876 - 1,3	1 876 - 1,3

¹ Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

² Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

³ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2001.

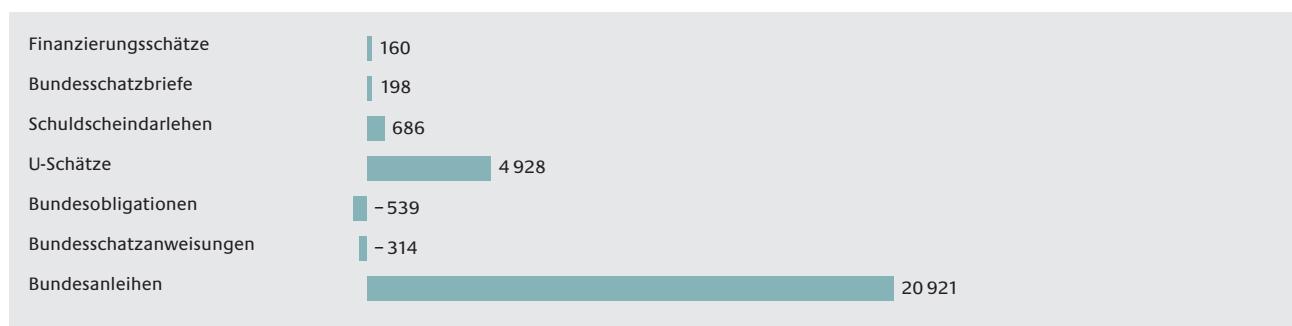
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Januar dieses Jahres 14,1 Mrd. €. Unter Einbe-

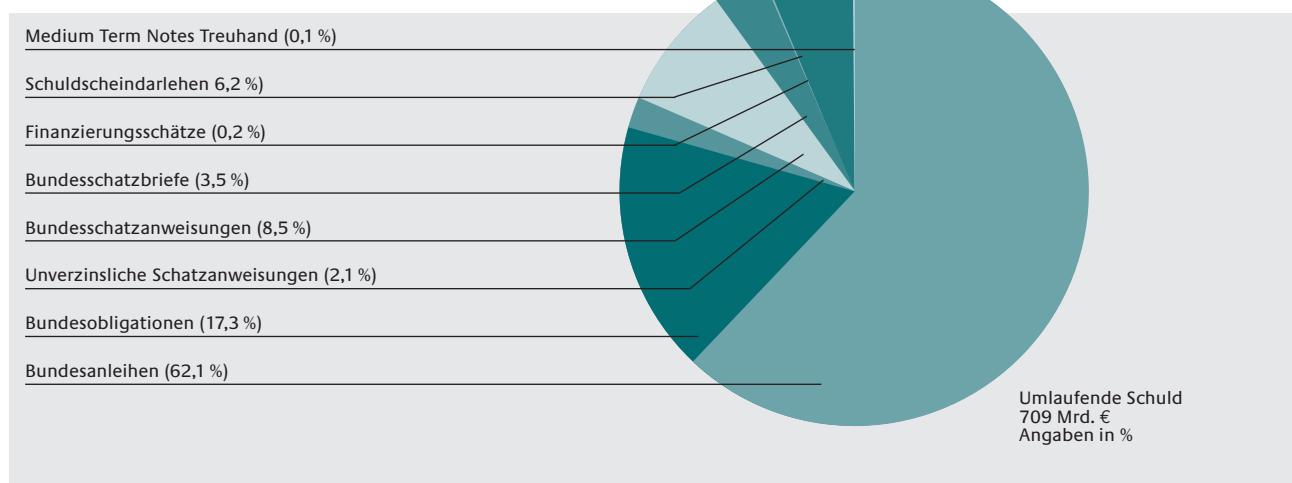
ziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betragen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 26,0 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis

Bruttokreditaufnahme des Bundes im Januar 2002 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Januar 2002



zum 31. Januar 2002 um ca. 1,16 % auf 709,7 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundes-eisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im ersten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten

Emissionen zu begeben (2., 9., 14. und 23. Januar bereits tatsächlich begebenes Volumen).

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das zweite Quartal 2002 wird in der dritten Dekade März 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im ersten Quartal 2002 auf insgesamt rund 41 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im ersten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesanleihe WKN 113519 Neuemission	2. Januar 2002	10 Jahre, fällig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn 4. Januar 2002 erster Zinstermin 4. Januar 2003	10 Mrd. €*
Bundesanleihe WKN 113517 Aufstockung	9. Januar 2002	30 Jahre, fällig 4. Januar 2031 Zinslaufbeginn 27. Oktober 2000 erster Zinstermin 4. Januar 2002	5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen WKN 111 441 Neuemission	14. Januar 2002	6 Monate, fällig 17. Juli 2002	5,008 Mrd. €
Bundesanleihe WKN 113519 Aufstockung	23. Januar 2002	10 Jahre, fällig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn 4. Januar 2002 erster Zinstermin 4. Januar 2003	10 Mrd. €*
Bundesobligationen WKN 114 139 Anschlusstender der Serie 139	20. Februar 2002	5 Jahre, fällig 16. Februar 2007 Zinslaufbeginn 22. August 2001 erster Zinstermin 16. Februar 2003	ca. 10 Mrd. €*
Bundesschatzanweisungen WKN 113 697 Neuemission	13. März 2002	2 Jahre, fällig 12. März 2004 Zinslaufbeginn 12. März 2002 erster Zinstermin 12. März 2003	ca. 7 Mrd. €*
Erstes Quartal 2002 insgesamt			ca. 47 Mrd. €

* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

¹ Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundes-eisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Tilgungen im ersten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	Januar	Februar	März	1. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	-	-	-	-
Bundesobligationen	-	6,6	-	6,6
Bundesschatzanweisungen	-	-	6,0	6,0
U-Schätz des Bundes	9,2	-	-	9,2
Bundesschatzbriefe	1,9	0,1	2,4	4,4
Finanzierungsschätz	0,2	0,2	0,1	0,5
Anleihe Deutsche Bundesbahn	-	-	-	-
Anleihen Fonds „Deutsche Einheit“	9,7	-	-	9,7
Ausgleichsforderungen, Ausgleichsfonds Währungsumstellung	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	1,2	1,1	2,0	4,3
Medium Term Notes der Treuhandanstalt	0,4	-	0,1	0,5
Insgesamt	22,6	8,0	10,6	41,2

Entwicklung der Länderhaushalte

Vorläufiger Abschluss der Länderhaushalte im Jahr 2001

Die Haushaltsentwicklung der Länder von Januar bis einschließlich Dezember 2001 stellt sich wie folgt dar:

Die **Länderhaushalte** haben sich nach den vorläufigen Abschlusssdaten im Jahr 2001 insgesamt deutlich schlechter entwickelt als im Vorjahr. Mit einem Anstieg von +2,5% beschleunigte sich das Ausgabenwachstum im Vergleich zu den Vorjahren erheblich und blieb auch klar über der Empfehlung des Finanzplanungsrates, das Ausgabenwachstum auf +2% zu begrenzen. Gleichzeitig gingen die Einnahmen zum Jahresende insbesondere aufgrund von Steuermindereinnahmen gegenüber den Haushaltsplanungen um rund 16 Mrd. DM zurück. Das Gesamtdefizit der Länderhaushalte in Höhe von -53,9 Mrd. DM stieg damit gegenüber dem Vorjahresergebnis um knapp 35 Mrd. DM und fiel um 11½ Mrd. DM höher aus als in den Haushaltsplanungen erwartet.

In den **westdeutschen Flächenländern** wuchsen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit +3,1% überdurchschnittlich stark an. Damit wurden die Haushaltsplanungen zwar unterschritten, das Ausgabenwachstum gegenüber dem Vorjahresergebnis lag jedoch deutlich über der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Die Entwicklung der Einnahmen fiel ungünstiger aus als im Vorjahr und blieb um rund 9 Mrd. DM hinter den Haushaltsplanungen zurück. Damit fiel das Finanzierungsdefizit mit -32,9 Mrd. DM um rund 4½ Mrd. DM höher aus

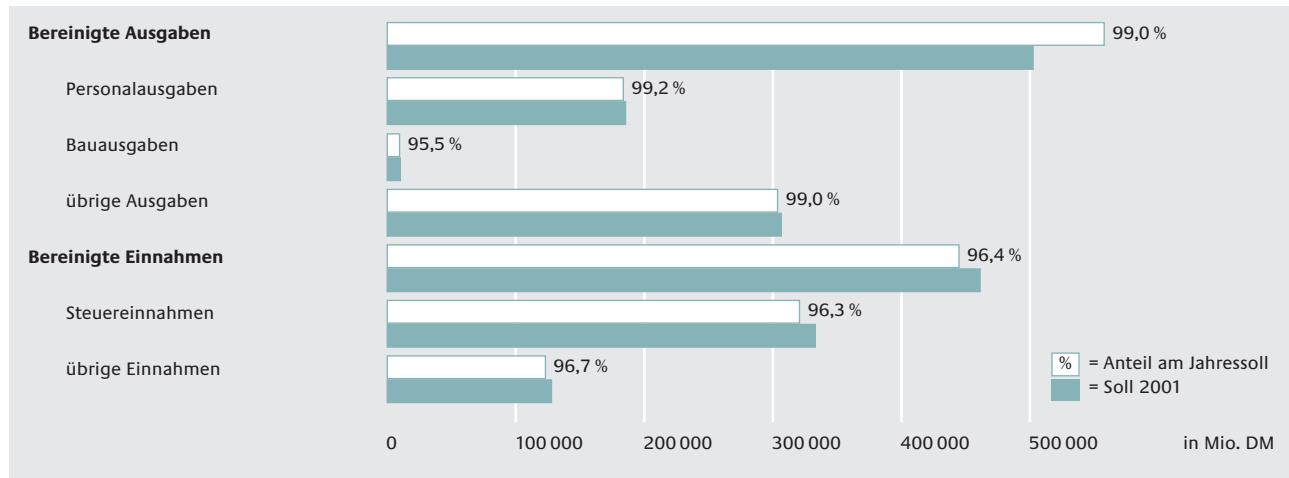
als geplant und lag um gut 25 Mrd. DM über dem Wert des Vorjahrs.

Die Ausgaben in den **neuen Ländern** konnten im Vergleich zum Vorjahr um 1,4% zurückgeführt werden. Auch gegenüber den Haushaltsplanungen wurden Einsparungen von rund 1,5 Mrd. DM realisiert. Damit konnte die Ausgabendynamik in den neuen Ländern im Gegensatz zu den westdeutschen Flächenländern deutlich gebremst werden. Die Bauausgaben wurden gegenüber dem Vorjahr wieder leicht um 2% ausgeweitet. Die um 2,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangenen Einnahmen verfehlten die Sollwerte der Haushaltsplanungen um rund 3 Mrd. DM. Dabei blieben die Steuereinnahmen, die im Vergleich zum Vorjahr um 2,3% zurückgingen, gegenüber den Planungen unverändert. Das Finanzierungsdefizit in Höhe von -7,1 Mrd. DM fiel um rund 1,8 Mrd. DM höher aus als im Soll 2001 geplant. Es lag knapp 1,6 Mrd. DM über dem Vorjahreswert.

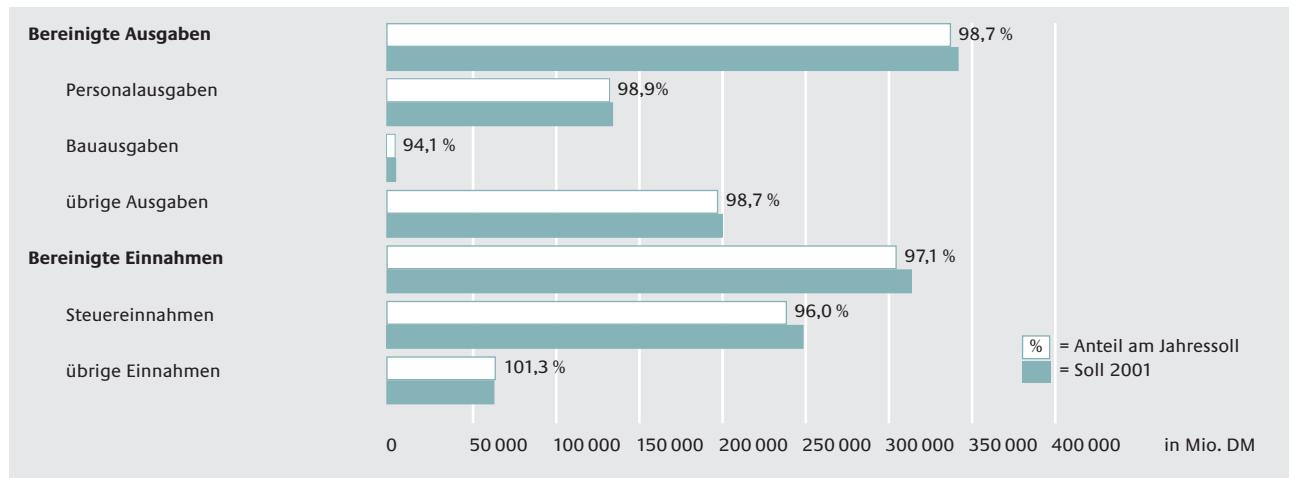
In den **Stadtstaaten** stiegen die Ausgaben – auch aufgrund von Sonderfaktoren – um +5,7% gegenüber dem Vorjahr, während die Einnahmen mit -5,8% überproportional zurückgingen. Damit wurde das Ausgabensoll um knapp 1 Mrd. DM überschritten und die erwarteten Einnahmen um rund 4 Mrd. DM unterschritten. Im Ergebnis belief sich das Defizit der Stadtstaaten auf -13,9 Mrd. DM, es lag um knapp 5 Mrd. DM über dem Soll bzw. rund 7,3 Mrd. DM über dem Vorjahresergebnis.

Die Bundesregierung vertraut darauf, dass die Länder ihren Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre wieder aufnehmen werden, um eine dauerhafte Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu sichern und um neue Gestaltungsspielräume für Zukunftsausgaben zu schaffen.

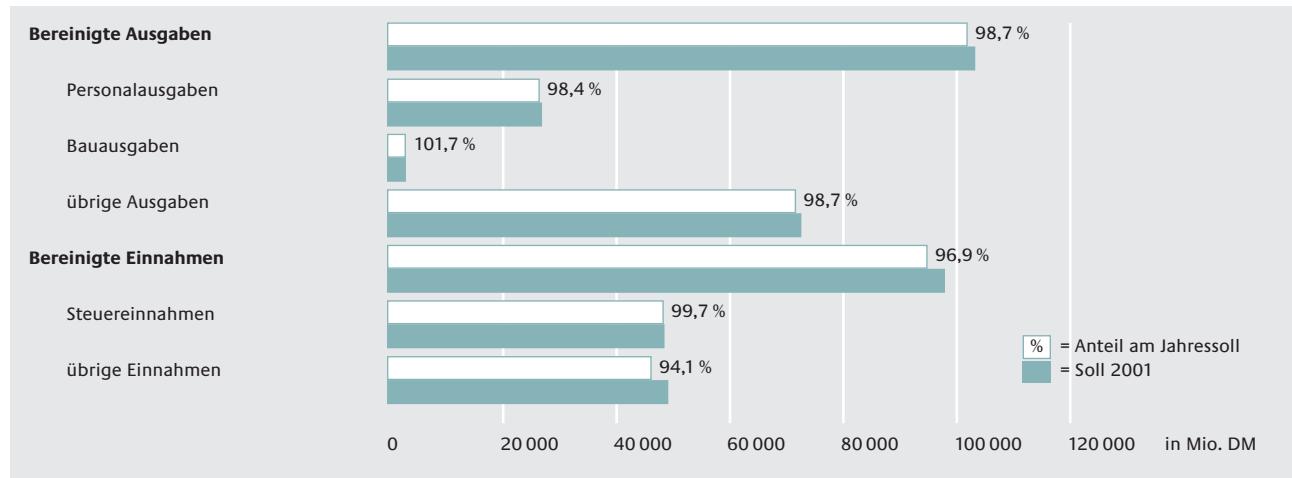
Länder insgesamt



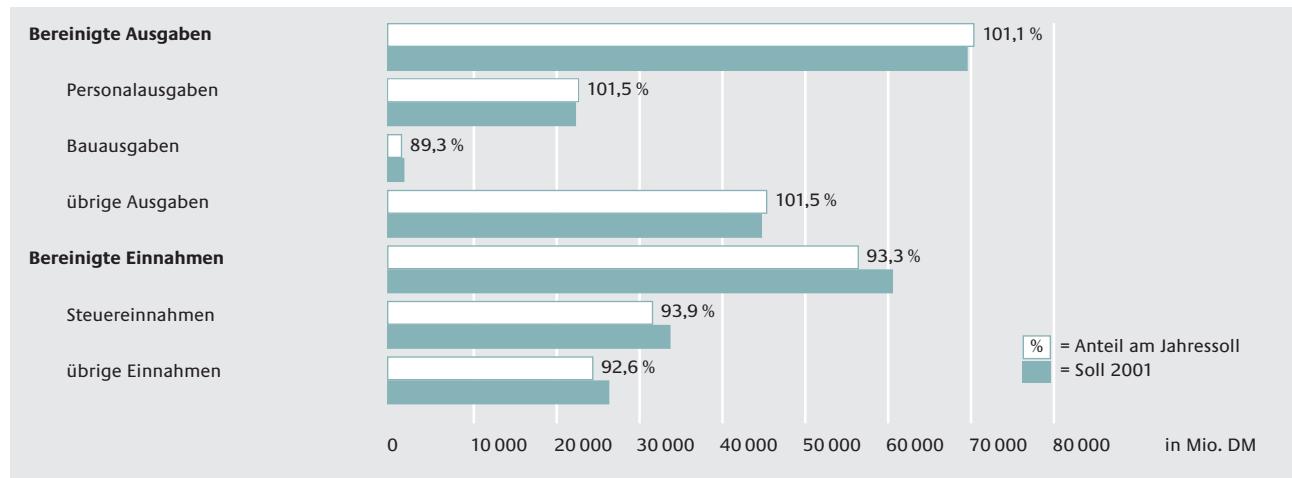
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



56. Generalversammlung der Vereinten Nationen: Haushalt für 2002/2003 verabschiedet

Alle Jahre wieder, wenn der reguläre Haushalt der Vereinten Nationen (VN) zu verabschieden ist, erfolgt eine Einigung im allerletzten Moment. So war es auch diesmal, als in den frühen Morgenstunden des 21. Dezember 2001 der Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 2002 bis 2003 unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Die Generalversammlung formalisierte die Einigung dann am 24. Dezember 2001.

Damit fanden wochenlange, zum Teil sehr schwierige Verhandlungen ein zufriedenstellendes Ergebnis, bei dem die Mitgliedstaaten letztlich ihre Kompromissfähigkeit zum erforderlichen Konsens bewiesen haben.

Dabei gestaltete sich die Ausgangslage im Herbst bei Beginn der Verhandlungen recht günstig. Der Beitragssatz des Hauptbeitragszahlers, der USA, war bereits für 2001 von 25 auf 22 % abgesenkt worden, der amerikanische Kongress hatte keine Vorgaben zur Höhe des VN-Haushalts aufgestellt, ein Großteil der US-Beitragsrückstände war in Höhe von 582 Mio. DM beglichen und in offiziellen Äußerungen der Mitgliedstaaten wurde die Forderung nach nominalem Nullwachstum (Zero Nominal Growth – ZNG) nicht erhoben, was als ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern interpretiert werden kann. Darüber hinaus waren die Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zum Haushaltsentwurf überraschend moderat ausgefallen und hatten vor allem einen Großteil der vom VN-Generalsekretär geforderten neuen Dienstposten befürwortet. Die Hauptbeitragszahler hatten erwartungsgemäß Haushaltsdisziplin, Managementreformen und Einsparungen vor allem bei

den Konferenzdiensten zur Finanzierung neuer Aktivitäten gefordert, aber ausdrücklich keinen Haushaltsobergrenzenansatz benannt und damit für diesen Haushalt auf die Geltendmachung des ZNG-Konzepts verzichtet.

Für Deutschland stand eine schwierige Gravitation bevor. Auf der einen Seite war der generellen politischen Rolle Deutschlands gerecht zu werden und nicht ganz unbegründete Mehranforderungen wie z. B. für die Verbesserung der Sicherheit des VN-Personals und der Liegenschaften sowie des Peacekeepings zu berücksichtigen, andererseits war der mit dem Zukunftsprogramm 2000 eingeschlagene Konsolidierungspfad fortzusetzen, wovon auch internationale Verpflichtungen nicht ausgenommen werden können, um die zentrale Aufgabe der deutschen Haushaltspolitik, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, zu verwirklichen. Daher hatte Deutschland für einen am Nullwachstum orientierten Haushalt – im Rahmen strikter Haushaltsdisziplin – plädiert, mit der Maßgabe, auch ein beschränktes Überschreiten des nominalen Nullwachstums mittragen zu können.

Der Haushalt für 2002 und 2003 in Höhe von rund 2,625 Mrd. US-\$ geht von Einnahmen in Höhe von ca. 51,7 Mio. US-\$ aus. Von den Mitgliedstaaten ist somit ein Beitrag in Höhe von ca. 2,56 Mrd. US-\$ zu finanzieren, der je zur Hälfte in den beiden Haushaltsjahren darzustellen ist. Auf Deutschland entfällt bei einem Beitragsanteil für 2002 von 9,845 % nach einigen vom Sekretariat vorgenommenen Gegenrechnungen ein Beitrag in Höhe von knapp 110 Mio. US-\$, der bereits Ende Dezember vom VN-Sekretariat angefordert wurde. Das beschlossene Ausgabenvolumen beträgt rund 2,625 Mrd. US-\$. Gegenüber dem Haushalt 2000 bis 2001, der Ausgaben in Höhe von ca. 2,535 Mrd. US-\$ ausweist, bedeutet dies einen nominalen Anstieg von ca. 3,53 %; gegenüber dem revidierten Haushalt 2000 bis 2001 in Höhe von ca. 2,561 Mrd. US-\$ entspricht dies einer Steigerung von ca. 2,5 %.

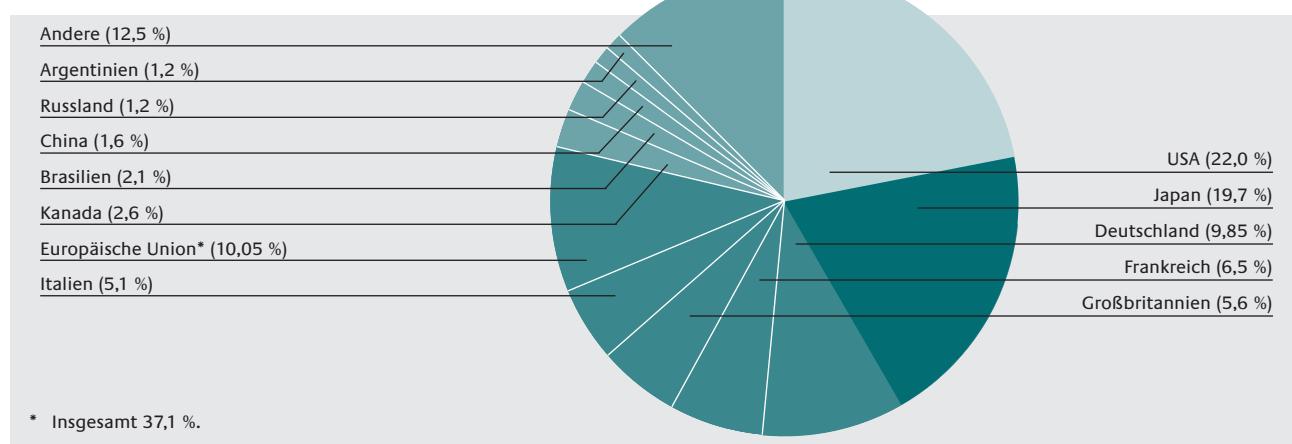
Die großen Ausgabenblöcke sind im Haushalt unverändert geblieben. Höchster Ausgabenblock sind der Konferenzdienst einschließlich der Ausgaben für die Generalversammlung mit ca. 500 Mio. US-\$, gefolgt von den Bereichen Verwaltung und den regionalen Wirtschaftskommissionen mit ca. 429 Mio. bzw. 335 Mio. US-\$.

Trotz Begleichung eines erheblichen Teils ihrer Rückstände waren die USA per 15. Dezember 2001 weiterhin größter Beitragsschuldner der VN. Zu diesem Zeitpunkt standen noch Beitragszahlungen in Höhe von mehr als 165 Mio. US-\$ aus, das sind rund 62 % der Beitragsveranlagung für 2001 zum regulären Haushalt. Brasilien und Argentinien waren mit 17,6 Mio. US-\$ bzw. 11,5 Mio. US-\$ zweit- bzw. drittgrößter Schuldner. Noch dramatischer ist die Situation bei den friedenserhaltenden Maßnahmen. Hier schuldeten die USA für den laufenden sowie für zurückliegende Veranlagungszeiträume rund 800 Mio. US-\$. Deutschland zählt weiterhin zu den verlässlichen

Beitragszahlern. Sein Anteil beträgt nach dem von der 55. Generalversammlung verabschiedeten Beitragsschlüssel im laufenden Jahr 9,845 % und 9,769 % für 2003.

Die Beiträge zu den friedenserhaltenden Maßnahmen der VN werden separat von denen des regulären Haushalts erhoben und gelten grundsätzlich für einen Jahreszeitraum ab 1. Juli eines betreffenden Jahres. Für das Haushaltsjahr 2002 sind im Bundeshaushalt dafür 290,2 Mio. US-\$ eingestellt. Insgesamt stehen für 2002 für den regulären Haushalt, die friedenserhaltenden Maßnahmen, den internationalen Gerichtshöfen und dem deutschen Übersetzungsdiensst bei den VN 426,6 Mio. US-\$ zur Verfügung. Hinsichtlich der Begleichung von DDR-Altschulden, die von der Bundesregierung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht durch Teilzahlungen erfolgen, wurde in 2001 ein weiterer Beitrag von Höhe von 2,5 Mio. US-\$ geleistet, sodass noch ca. 6,8 Mio. US-\$ unberücksichtigt bleiben.

Reguläres Budget der Vereinten Nationen 2002 – Finanzierungsanteile –



Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen

(Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz

– AltZertG –)

Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) am 1. Januar 2002 wird der Aufbau einer freiwilligen privaten Altersvorsorge durch staatliche Zulagen und steuerliche Begünstigungen gefördert.

Um das Ziel einer dauerhaften Alterssicherung zur Ergänzung der gesetzlichen Rente zu erreichen, unterliegen die begünstigten Anlageformen bestimmten Standards, die im Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen (Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz – AltZertG –) geregelt sind. Gefördert werden nur zertifizierte Verträge. Mit der Zertifizierung wird festgestellt, dass der Vertrag die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Zertifizierungsbehörde ist das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (Zertifizierungsstelle).

Bei den förderfähigen Anlageformen handelt es sich um Rentenversicherungen, Fonds- und Banksparpläne. Die Verträge müssen insbesondere den folgenden Kriterien entsprechen:

- Die Auszahlungen dürfen nicht vor Vollendung des 60. Lebensjahres oder dem Beginn einer Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. eines Ruhegehalts beginnen.
- Sie müssen lebenslang und kontinuierlich in Form einer Leibrente oder eines Auszahlungsplans mit Restkapitalverrentung erfolgen.

- Der Vertragsanbieter muss für den Beginn der Auszahlungsphase wenigstens die eingezahlten Altersvorsorgebeiträge zusagen.
- Das angesammelte Kapital darf weder abgetreten noch übertragen werden.
- Die Abschluss- und Vertriebskosten müssen über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren in gleichmäßigen Jahresraten verteilt werden, soweit sie nicht als Prozentsatz von den Altersvorsorgebeiträgen abgezogen werden.
- Der Anbieter hat den Vorsorgesparer jährlich schriftlich über die Verwendung der eingezahlten Altersvorsorgebeiträge, das gebildete Kapital, die einbehaltenen Abschluss- und Vertriebskosten, die Verwaltungskosten und die Erträge zu informieren.

Anbieter eines Altersvorsorgevertrags können inländische und ausländische Unternehmen sein, die einer besonderen staatlichen Aufsicht unterliegen.

Vor In-Kraft-Treten des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes abgeschlossene Verträge können grundsätzlich in die Förderung einbezogen werden. Der Altvertrag ist dazu in einen Vertrag umzuwandeln, der die Kriterien eines geförderten Altersvorsorgevertrags erfüllt.

Das Antragsrecht für eine Zertifizierung ist den Anbietern von Altersvorsorgeverträgen oder ihren Spitzenverbänden vorbehalten. Die Spitzenverbände können die Zertifizierung eines ausschließlich als Muster verwendbaren Vertrags beantragen. Entspricht ein Vorsorgevertrag dem Vertragsmuster eines Spitzenverbandes, hat die Zertifizierungsstelle nur noch zu prüfen, ob der jeweilige Anbieter die im Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz genannten Voraussetzungen erfüllt.

Die Zertifizierung setzt keine Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Altersvorsorgevertrags voraus. Die Zertifizierungsstelle prüft weder, ob die Zusage des Anbieters erfüllbar noch die Vertragsbedingungen zivilrechtlich wirksam

sind. Es handelt sich somit nicht um ein staatliches Gütesiegel, das die Qualität des Altersvorsorgevertrags hinsichtlich Rentabilität und Sicherheit bestätigt.

Die Zertifizierung ist jedoch bindend für die Finanzverwaltung. Beiträge, die der Zulageberechtigte zugunsten eines zertifizierten Vertrags zahlt, erfüllen die erforderlichen Voraussetzungen für eine steuerliche Begünstigung. Der Anleger braucht sich somit nicht selbst Klarheit

über die Förderfähigkeit eines angebotenen Altersvorsorgevertrags zu verschaffen, sondern kann unter den am Markt angebotenen zertifizierten Verträgen wählen.

Die Zertifizierungsstelle hat bis zum 1. Februar 2002 3 482 Zertifizierungen erteilt. Anbieter sind überwiegend Kreditinstitute. Von der Möglichkeit, Vertragsmuster der Spitzenverbände zu übernehmen, wurde weitgehend Gebrauch gemacht.

Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 4. bis 5. März 2002 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 6. bis 7. März 2002 – Besuch von Minister Eichel in Athen
- 15. bis 16. März 2002 – Europäischer Rat in Barcelona
- 9. bis 10. April 2002 – Deutsch-Russische Regierungskonsultationen in Weimar
- 12. bis 14. April 2002 – Informeller ECOFIN in Oviedo
- 19. bis 22. April 2002 – Finanzministertreffen der G-7 sowie Frühjahrstagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Washington

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Klarsicht – **Steuerliche Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge**
- Klarsicht – **Unsere Publikationen (Publikationsverzeichnis)**
- Innenansichten – **Das Bundesministerium der Finanzen**
- Innenansichten – **Die neue Familienförderung**
- Fachblick – **Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen – Jahreswirtschaftsbericht 2002 –**
- Fachblick – **Datensammlung zur Steuerpolitik**
- Fachblick – **Das System der Öffentlichen Haushalte**
- Fachblick – **Entschädigung von NS-Unrecht/Regelungen zur Wiedergutmachung**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim
Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29
Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	März	Februar 2002
	April	März 2002
	Mai	April 2002
	Juni	Mai 2002
	Juli	Juni 2002
	August	Juli 2002
	September	August 2002
	Oktober	September 2002
	November	Oktober 2002
	Dezember	November 2002

Terminplanung für die Aufstellung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2003 und für die Finanzplanung 2002 bis 2006

- 20. Dezember 2001 – BMF-Rundschreiben an die Ressorts zur Aufstellung des Haushalts 2003 und des Finanzplans (2002 bis 2006)
- bis 1. März 2002 – Übersendung der Haushaltsvoranschläge der Ressorts an das BMF
- bis Ende Mai 2002 – Verhandlungen zwischen BMF und den Ressorts auf Arbeitsebene
- 14. bis 16. Mai 2002 – Steuerschätzung
- Anfang Juni 2002 – Haushaltsverhandlungen auf Ministerebene (Chefgespräche)
- 12. Juni 2002 – Finanzplanungsrat (Koordination der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden)
- 19. Juni 2002 – Kabinettbeschluss zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan**

Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	37
Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung – „Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen“	43
Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2001	49
Der Bundeshaushalt 2002 – Nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungsfähigen Staat	77
Der neue bundesstaatliche Finanzausgleich ab 2005	99
Fortführung der Lissabon-Strategie im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates in Barcelona am 15./16. März 2002	103

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland¹

1	Gesamtwirtschaft	37
2	Produzierendes Gewerbe	37
3	Außenwirtschaft	38
4	Privater Konsum	39
5	Arbeitsmarkt	39
6	Preise	40

1 Gesamtwirtschaft

Die Anzeichen dafür, dass die expansiven Kräfte in der deutschen Volkswirtschaft in diesem Jahr wieder die Oberhand gewinnen werden, haben in letzter Zeit zugenommen. Vieles deutet auf belebende Impulse von außenwirtschaftlicher Seite hin. So hat sich der bewährte Frühindikator der OECD bis Ende 2001 gegenüber seinem Tiefstand vom Oktober spürbar verbessert. In den USA, die den Gang der Weltwirtschaft in besonderem Maße beeinflussen, weisen wichtige Frühindikatoren auf eine konjunkturelle Wende hin.

Zugleich enthalten auch wichtige Kennzahlen zur deutschen Wirtschaftsentwicklung Vorzeichen einer Trendwende nach oben. Zwar verläuft der Private Konsum, wohl auch vor dem Hintergrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt, weiterhin verhalten; doch haben sich in den letzten Monaten die Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft laut ifo-Konjunkturtest deutlich aufgehellt. Erste positive Reaktionen gab es vor allem in der Industrie, wo insbesondere die Auftragseingänge spürbar zulegten. Dieser in Deutschland besonders stark in die internationale Arbeitsteilung eingebundene Sektor könnte sich einmal mehr als konjunktureller Schrittmacher

erweisen, zumal sich im Dezember auch Produktion und Warenexporte günstig entwickelt haben. Außerdem zeichnen sich Stabilisierungstendenzen im Baugewerbe ab, das in den letzten Jahren das gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich gebremst hat. Hinzu kommen ein in der Tendenz rückläufiger Preisauftrieb und insgesamt günstige Finanzierungsbedingungen. Für die Diagnose einer stabilen Aufwärtsbewegung ist es allerdings noch zu früh. Rückschläge sind nicht völlig auszuschließen, sollten sich politische oder wirtschaftliche Risiken realisieren, die von einer Reihe von Ländern ausgehen können.

2 Produzierendes Gewerbe

Obgleich sich der konjunkturelle Abschwung des vergangenen Jahres noch deutlich in den Wirtschaftsdaten der Industrie für das Schlussquartal widerspiegelt, hat es in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres teilweise bereits spürbare Verbesserungen gegeben.

So ist die **Produktion in der Industrie** vom dritten auf das vierte Quartal saisonbereinigt² um 2,3 % gesunken. Von der Abwärtsbewegung waren alle Hauptgruppen betroffen, am stärksten die Konsumgüterproduzenten (- 3,7 %) und am wenigsten die Hersteller von Vorleistungsgütern (- 1,5 %). Zugleich ist die **Kapazitätsauslastung** im vierten Quartal erneut gesunken. Mit 82,7 % (Westdeutschland) wurde der langjährige Durchschnitt leicht unterschritten. Gleichzeitig lag die Industrieproduktion arbeitstäglich bereinigt um 3,8 % unter ihrem Vorjahresstand. Im Jahresdurchschnitt 2001 wurde jedoch das Produktionsniveau des Vorjahres um 0,8 % übertroffen (alte Länder + 0,4 %, neue Länder + 4,6 %).

Im Monat **Dezember 2001** ist der Produktionsindex – erstmals seit August 2001 – gegenüber dem Vormonat wieder merklich angestiegen

¹ In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 15. Februar 2002 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten Angaben um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

(vorläufig + 1,6 %). Eine definitive Aussage darüber, ob der jüngste Produktionsanstieg schon den Beginn einer Aufwärtsbewegung darstellt, kann jedoch nur auf der Grundlage von Mehrmonatsvergleichen getroffen werden.

Allerdings deuten verschiedene **andere Indikatoren**, die anders als die Produktion der konjunkturellen Entwicklung vorauslaufen, auf einen bevorstehenden Umschwung hin.

So war die Entwicklung des **Auftragseingangs** in der Industrie zwar im Durchschnitt des vierten Quartals noch leicht abwärts gerichtet, im November aber und noch stärker im Dezember war eine deutliche Nachfragebelebung festzustellen. Im Dezember 2001 wurde ein regelrechter Auftragschub (vorläufig + 5,0 %) gemeldet, der von einer außergewöhnlichen Häufung von Großaufträgen bei einer noch stärkeren Binnendynamik begünstigt wurde. In beiden Monaten zusammengenommen erhöhte sich das Bestellvolumen gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 2,9 %. Dies war das erste Zweimonatsergebnis seit Mai/Juni 2001, das einen Auftragszuwachs auswies. Im vierten Quartal 2001 lag jedoch das Ordervolumen der Industrie noch um 8,0 % unter seinem entsprechenden Vorjahresniveau (Inland – 7,0 %, Ausland – 9,2 %).

Der **ifo-Konjunkturtest**, der ein wichtiges und bewährtes Konjunkturbarometer darstellt, signalierte mit den Ergebnissen vom Januar 2002 eine wesentliche Stimmungsverbesserung in den Industrieunternehmen. Das Geschäftsklima hat sich nach seinem Tiefstand im Oktober 2001 beträchtlich erwärmt. Ausschlaggebend waren deutlich verbesserte Geschäftserwartungen, bei denen sich die negativen Bewertungen im Januar gegenüber Oktober per saldo mehr als halbiert haben. Dagegen wurde die aktuelle Geschäftslage – wie häufig am Ende eines Abschwungs – nochmals schlechter beurteilt. Die realwirtschaftliche Entwicklung folgt dem Verlauf der ifo-Geschäftserwartungen erfahrungsgemäß mit einiger Verzögerung (siehe Grafik im Überblick).

Im **Bauhauptgewerbe** hat die **Produktion** im Verlauf des gesamten zweiten Halbjahres 2001 tendenziell zugenommen, im Schlussquartal sogar beschleunigt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zuvor der Umfang der Bauleistungen erheblich geschrumpft war. Daher hat die Bauproduktion im letzten Vierteljahr 2001 zwar gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 3,6 % zugenommen, aber sie lag damit immer noch um 6,9 % unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Im Jahresdurchschnitt 2001 belief sich der Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf 10,6 % (West – 9,4 %, Ost – 16,3 %).

Die **Bauaufträge** zeigten im abgelaufenen Jahr eine ausgeprägte Wellenbewegung, wobei es zum Jahresende wieder etwas aufwärts ging. Im Oktober/November erhöhte sich das Vergabevolumen gegenüber August/September saisonbereinigt um 0,5 %. Somit könnte sich insgesamt die Stabilisierung der Bauproduktion weiter fortsetzen. In den einzelnen Bausparten gibt es jedoch gravierende Unterschiede. Während die Wohnungsbaunachfrage steil abwärts gerichtet ist, zeigen sich im übrigen Hochbau und im Tiefbau weitere Anzeichen einer Erholung, allerdings auf niedrigem Niveau. Dabei ist die Situation in den neuen Ländern wegen des anhaltenden Kapazitätsabbaus weiterhin erheblich ungünstiger als im Westen.

3 Außenwirtschaft

Angesichts der deutlichen Abkühlung der Weltkonjunktur entwickelten sich die deutschen **Warenexporte** bis August letzten Jahres noch vergleichsweise stabil. Ab September konnten sie sich dann aber der weiteren konjunkturellen Abschwächung nicht mehr entziehen. In der Verlaufs betrachtung zeigen die nominalen Ausfuhren saisonbereinigt zum Teil deutliche Rückgänge in den einzelnen Monaten, wobei im Dezember allerdings wieder ein kräftiger Anstieg zu verzeichnen war. Im gesamten vierten Quartal 2001 gingen die Ausfuhrwerte gegenüber dem Vorquartal um saisonbereinigt 3,0 % zurück; das ent-

sprechende Vorjahresniveau wurde ebenfalls deutlich unterschritten (-2,1 %). Die über das Gesamtjahr 2001 kumulierten Ausfuhren haben allerdings aufgrund des positiven Überhangs aus dem Jahr 2000 ihren Vorjahresstand um 6,6 % übertroffen.

Bei Betrachtung der **Ausfuhren** nach einzelnen **Ländergruppen** konnten 2001 im Vergleich zum Vorjahr vor allem in Drittländer deutlich mehr Waren exportiert werden (+9,9 %). Die Ausfuhrwerte in die Länder der Eurozone erhöhten sich um 3,8 % und die Ausfuhren in EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, erhöhten sich um 5,4 %.

Aufgrund der schwachen Binnennachfrage und der insbesondere in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Rohstoffpreise war die Entwicklung der nominalen **Einfuhren** im gesamten Jahr 2001 tendenziell rückläufig. Im saisonbereinigten Verlauf zeigten sich dabei in den einzelnen Monaten deutliche Schwankungen. Vom dritten zum vierten Quartal verringerten sich die Importwerte saisonbereinigt um 3,0 %, womit sie um 10,1 % unter ihrem entsprechenden Vorjahresstand lagen. Bei den von Januar bis Dezember 2001 kumulierten Einfuhrwerten ergibt sich gegenüber dem Vorjahr aber noch ein kleines Plus (+0,9 %).

Aufgrund der im Vergleich zu den Exporten schwächeren Importentwicklung hat sich der Überschuss der **Handelsbilanz** von Januar bis Dezember 2001 auf 93,9 Mrd. € erhöht. Das traditionelle Defizit der Bilanz der „unsichtbaren“ Transaktionen stieg auf 82,9 Mrd. €. Die **Leistungsbilanz** schloss 2001 – erstmals wieder seit 1990 – mit einem Plus ab (+11,1 Mrd. €).

4 Privater Konsum

Im konjunkturschwachen Jahr 2001 haben die **Privaten Konsumausgaben** – mit einem realen Zuwachs von 1,4 % – einen erheblichen Wachstumsbeitrag geleistet. Dieses Ergebnis kam zustande, weil die Steuerreform die privaten Ein-

kommen entlastet und so die Nachwirkung des Teuerungsschubes bei Mineralölprodukten und Lebensmitteln abgedämpft hat. Dennoch hat sich im Jahresverlauf die Konsumneigung offenbar abgeschwächt. Nimmt man die **Einzelhandelsumsätze** als Indikator für die aktuelle Entwicklung, so zeigt sich nach einem Anstieg bis zum Sommer 2001 danach eine rückläufige Bewegung. Auch im letzten Vierteljahr verringerten sich die Umsätze der Einzelhandelsunternehmen insgesamt gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt um 1,0 %. Überraschend war dabei, dass im Dezember, dem umsatzstärksten Monat, ein deutlicher Rückgang der Verkäufe (-4,1 %) gemeldet wurde. Presseberichten zufolge hatten Vertreter des Einzelhandels zuvor von einem sehr guten Weihnachtsgeschäft gesprochen. Im Vorjahresvergleich ergibt sich für das Schlussquartal 2001 ein um 0,2 % höheres Verkaufsvolumen (darunter Dezember -4,0 %). Im Gesamtjahr 2001 war der Umsatz aller Einzelhandelssparten in realer Rechnung kaum höher als im Vorjahr (+0,2 %) und beim klassischen Einzelhandel (ohne Umsätze des Kfz-Handels und der Tankstellen) sogar etwas niedriger (-0,1 %).

5 Arbeitsmarkt

Die **Zahl der Arbeitslosen** – ein traditionell nachlaufender Indikator – ist im Januar gegenüber Dezember um saisonbereinigt 31 000 Personen angestiegen. Diese Zunahme dürfte zumindest zum Teil auf die vergleichsweise ungünstigere Witterung zum Jahresbeginn zurückzuführen sein. Vom langjährigen Muster abweichende Einflüsse kann das Saisonbereinigungsverfahren nicht ausschalten. Das ausgesprochen kalte und schneereiche Wetter hatte vor allem in den Außenberufen zu verstärkten Entlassungen geführt. Mit 4,29 Mio. registrierten Arbeitslosen überstieg die Arbeitslosigkeit im Januar den entsprechenden Vorjahresstand um 197 000 Personen (Dezember + 155 000).

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar konzentrierte sich wie bereits in den vergangenen

Monaten in erster Linie auf das **frühere Bundesgebiet**. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich hier saisonbereinigt gegenüber Dezember um 28 000, in den **neuen Ländern** lag die Zunahme bei lediglich 3 000 Personen. Nach den Ursprungszahlen wurden die Vorjahresstände zuletzt im Westen um 169 000 und im Osten um 28 000 überschritten. Die im Vergleich zu Ostdeutschland ungünstigere Entwicklung des westdeutschen Arbeitsmarktes ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Einen wesentlichen Einflussfaktor bildet der nach wie vor anhaltende Wanderungs- und Pendlerüberschuss von Ost- nach Westdeutschland, hinter dem jedoch starke Bewegungen in beide Richtungen stehen. Er führt zu einer Erhöhung des Arbeitskräfteangebots im Westen und verringert es im Osten.

Die **Zahl der Erwerbstätigen** ist in Deutschland im November 2001 weiter zurückgegangen. Mit saisonbereinigt – 15 000 Personen war der Beschäftigungsabbau dabei etwas weniger stark ausgeprägt als im Oktober (–20 000), im Vergleich zum Durchschnitt der ersten neun Monate des vergangenen Jahres (–5 000 pro Monat) aber dennoch weiterhin ungünstiger.

6 Preise

Das insgesamt sehr gedämpfte Preisklima dauerte auch zum Jahreswechsel 2001/2002 an, auch wenn es auf der Verbraucherstufe im Januar aufgrund von Sonderfaktoren vorübergehend einen etwas verstärkten Preisauftrieb gegeben hat.

Der Rückgang der **Einfuhrpreise** hat sich auch im Dezember fortgesetzt (–0,2 %). Damit wurde das Vorjahresniveau erneut deutlich unterschritten (–4,7 %). Nach wie vor bildet die durch die Rohölpreisentwicklung maßgeblich bestimmte Verbilligung von Rohstoffen und Halbwaren die wichtigste Ursache für die rückläufige Entwicklung der Einfuhrpreise. Darüber hinaus waren Preissenkungen für Genussmittel und

Güter tierischen Ursprungs sowie für gewerbliche Vorerzeugnisse wichtige Bestimmungsfaktoren der Preisentwicklung. Im Durchschnitt des Jahres 2001 sind die Einfuhrpreise um 0,6 % angestiegen. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse wäre der Preisanstieg mit + 1,8 % dreimal so stark ausgefallen. Auch bei den **Ausfuhrpreisen** hat sich die seit Monaten leicht rückläufig Tendenz im Dezember fortgesetzt. Der Ausfuhrpreisindex nahm wie bereits im November zuletzt um 0,1 % ab; das Vorjahresniveau wurde um 0,7 % unterschritten. Von Januar bis Dezember 2001 erhöhten sich die Ausfuhrpreise im Durchschnitt um 1,0 %. Die **Terms of Trade** verbesserten sich 2001 um 0,3 %.

Auch die **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte** sind weiter gesunken (im Dezember wie im Vormonat – 0,3 %). Der anhaltende Rückgang der Rohstoffpreise, insbesondere der Preise für Rohöl, machte sich auf der Produzentenebene vor allem bei den Energieerzeugern und -verteilern sowie bei den stark energieabhängigen Vorleistungsgüterproduzenten bemerkbar. Seinen Vorjahresstand überschritt der Erzeugerpreisindex insgesamt zuletzt nur noch leicht (+0,1 %). Im Durchschnitt des Gesamtjahres 2001 erhöhte sich der Index gegenüber dem Vorjahr um 3,0 %.

Die **Verbraucherpreise** sind im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % angestiegen, nach +1,9 % im Jahr 2000. Dabei hat sich der Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte deutlich abgeflacht (Dezember +1,7 %). Im gesamten abgelaufenen Jahr wurde die Inflationsrate maßgeblich durch die Entwicklung der Preise für Mineralölerzeugnisse und Nahrungsmittel beeinflusst. Im Januar 2002 sind die Verbraucherpreise wieder stärker angestiegen (gegenüber Dezember um 0,9 %). Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren aufgrund des kalten Winters gegen Jahresende und der ungünstigen Wetterlage in Südeuropa insbesondere Verteuerungen von saisonabhangigen Nahrungsmitteln (Obst, Gemüse, Kartoffeln, Fisch). Preiserhöhend wirkten darüber

hinaus die am Jahresanfang in Kraft getretenen Erhöhungen der Tabak-, Mineralöl-, Energie- und Versicherungsteuern. Binnen Jahresfrist erhöhten sich die Verbraucherpreise insgesamt um 2,1 %. Ohne den Einfluss der Saisonwarenverteuerungen und der Steuererhöhungen gerechnet, belief sich die jährliche Teuerungsrate schätzungsweise auf 1,6 %. Dies lässt den Schluss zu, dass der Übergang auf die Euro-Preise Anfang Januar den Gesamtindex in Deutschland nicht erheblich beeinflusst hat.

Nach dem für die Länder der europäischen Union berechneten **harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** betrug die Jahresteuerungsrate 2001 für Deutschland +2,3 %. Für Dezember ergibt sich hiernach ein Preisanstieg binnen Jahresfrist um 1,5 %. Innerhalb der Europäischen Union gehörte Deutschland damit zu den Ländern mit dem geringsten Preisauftrieb. Nur Luxemburg (+0,9 %), das Vereinigte Königreich (+1,0 %) und Frankreich (+1,4 %) hatten im Dezember niedrigere Jahresteuerungsraten.

Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung

– „Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanz- politik fortsetzen“

1	Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	43
2	Wirtschaftliche Lage und Perspektiven: weltwirtschaftliche Wachstumsschwäche in 2001 – günstigere Aussichten für 2002	43
3	Wachstumsdynamik stärken, Reformen fortsetzen – Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland und der Europäischen Union	44
4	Sichtbare Erfolge, neue Aufgaben – Reformbilanz und Reformagenda	46

1 Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

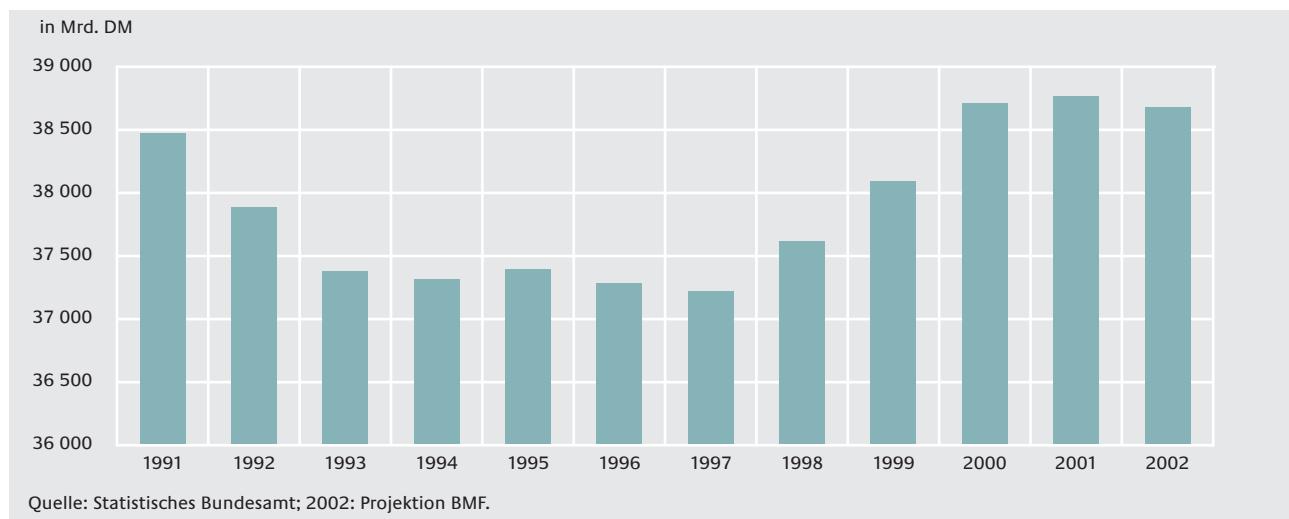
Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Bericht enthält eine Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für Gesamtdeutschland und die Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig legt die Bundesregierung hierin die von ihr verfolgte Wirtschafts- und Finanzpolitik dar.

Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht wurde am 30. Januar vom Kabinett verabschiedet. Er trägt den Titel „Vor einem neuen Aufschwung – Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen.“ Damit werden zwei zentrale Botschaften des Berichts plakativ zum Ausdruck gebracht: Zum einen, dass im Laufe dieses Jahres wieder mit einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu rechnen ist; zum anderen, dass sich die auf Nachhaltigkeit und Berechenbarkeit ausgerichtete wirtschafts- und finanzpolitische Konzeption der Bundesregierung bewährt hat und deshalb konsequent fortgesetzt wird.

2 Wirtschaftliche Lage und Perspektiven: weltwirtschaftliche Wachstumsschwäche in 2001 – günstigere Aussichten für 2002

Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von rund $\frac{3}{4}\%$. Aufgrund der ungünstigen Ausgangsbasis zum Jahresende 2001 bringt der Jahresdurchschnittswert von $\frac{3}{4}\%$ allerdings nicht die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahresverlauf zum Ausdruck. Wie stark diese Dynamik sein wird, hängt wesentlich davon ab, wann die wirtschaftliche Erholung – insbesondere in den USA und im Euroraum – einsetzt. Umso wichtiger ist es, dass sich das Vertrauen von Investoren und Verbrauchern wieder verbessert. Hierfür gibt es erste Anzeichen, insbesondere in den USA. Aber auch in Deutschland sind angesichts der aktuellen deutlichen Verbesserung der Geschäftserwartungen ermutigende Signale erkennbar. Im Jahr 2003 wird nach ersten Schätzungen von EU-Kommission und OECD die erwartete Beschleunigung der wirtschaftlichen Dynamik auch wieder zu beachtlichen Jahresdurchschnittswerten von 2,8 bzw. 2,9 % führen. Die deutsche Volkswirtschaft kommt damit rasch zurück auf einen Wachstumspfad, wie sie ihn – vor der weltweiten Abschwächung – in Deutschland mit 3 % und einem Anstieg der Beschäftigung um 618 000 im Jahr 2000 eingeschlagen hatte.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland in Tausend, Jahresdurchschnitte



3 Wachstumsdynamik stärken, Reformen fortsetzen – Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland und der Europäischen Union

Anforderungen an die Wirtschafts- und Finanzpolitik vor dem Hintergrund der welt- weiten Wachstumsabschwächung

Um möglichst rasch zu einer befriedigenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückzukehren, ist es nach Ansicht der Bundesregierung von zentraler Bedeutung, das Zukunftsvertrauen der Verbraucher und Investoren zurückzugewinnen. Dies gilt vor allem nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Bundesregierung sieht ihre Aufgabe deshalb darin, durch verlässliches Handeln Unsicherheiten abzubauen, Risiken zu senken und Erwartungen zu stabilisieren. Hierfür muss die Politik nachhaltig und berechenbar sein. Kurzfristiger Aktionismus und hektische Eingriffe in das Marktgeschehen sind damit nicht vereinbar.

Auf kurzatmige Konjunkturprogramme zu verzichten, bedeutet aber nicht, überhaupt keinen Einfluss auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung zu nehmen. Zusätzliche Spar-

maßnahmen in konjunkturellen Schwächephasen würden eine rasche Rückkehr zu einer wünschenswerten wirtschaftlichen Dynamik und damit auch zu den im Rahmen des nationalen Stabilitätsprogramms abgesteckten Defizitpfad gefährden. Die Bundesregierung lässt deshalb die automatischen Stabilisatoren im Rahmen des Referenzwertes des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 3 % des BIP wirken.

Im Übrigen hat die Bundesregierung bereits in 2001 eine Reihe von strukturellen Maßnahmen verabschiedet, die in 2002 konjunkturunterstützend wirken werden:

- 2. Stufe der Familienförderung (Entlastung: 2,6 Mrd. €);
- Investitionen in die Zukunftsbereiche Verkehr, Forschung, Bildung und Energie in Höhe von 2,1 Mrd. € mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm; für die Bafög-Novelle und zur Verstärkung der Verkehrsinvestitionen werden 0,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt;
- Steuerbefreiung von Gewinnen von Kapitalgesellschaften aus der Veräußerung von Anteilen an inländischen Kapitalgesellschaften (Entlastung: 2,15 Mrd. €);

- Wiedereinführung des halben Steuersatzes für Betriebsveräußerungen bzw. -aufgaben (Entlastung: 1,07 Mrd. €);
- Zulassung der Bildung einer Reinvestitionsrücklage von bis zu 500 000 € für Personenunternehmen (Entlastung: rund 650 Mio. €).

Gesamtwirtschaftliche Dynamik stärken, Reformen fortsetzen

Hier von abgesehen bleibt die Bundesregierung bei der von ihr eingeleiteten und bereits in zahlreichen Punkten umgesetzten wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption. Diese Konzeption hat die Bundesregierung gemeinsam mit ihren EU-Partnern in den Vorjahren vereinbart. Sie wird alljährlich im Rahmen der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“ fortentwickelt. Die Bundesregierung trägt mit dieser Politik dazu bei,

- Innovationen und Investitionen der Wirtschaft zum Zwecke der Sachkapitalbildung auf hohem Niveau zu halten,
- den Ausbildungsstand der Bevölkerung und das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte an die Anforderungen einer modernen Wissensgesellschaft anzupassen,
- insgesamt so das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Um diese Ziele zu erreichen, verfolgt die Bundesregierung eine breit angelegte Strategie. Dabei geht es auch darum, bestehende Wechselwirkungen und Synergien zwischen strukturellen Reformen und günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu nutzen.

Die nachhaltige Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates ist dabei die zentrale Aufgabe der Finanzpolitik. Mit seinen finanzpolitischen Leitplanken hat der Bund hierzu einen verlässlichen Orientierungsrahmen vorgegeben, der über konjunkturelle Ausschläge hinweg Gültigkeit besitzt: Er sieht die Rückführung der öffentlichen Verschuldung

ebenso vor wie die Schaffung eines tragfähigen und gerechten Steuer- und Abgabensystems. Durch eine erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen sinken die staatlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Neue finanzpolitische Handlungsspielräume können für wichtige Zukunftsinvestitionen und Steuersenkungen genutzt werden.

Soziale und ökologische Marktwirtschaft – tragfähiges Fundament für nachhaltige Politik in einer globalisierten Welt

Die Bundesregierung sieht ihre Aufgabe vor allem darin, einen geeigneten Regelungsrahmen zu gestalten und durch zielgerichtete Fortentwicklung langfristig verlässlich aufrechtzuerhalten. Dieser Rahmen ist die Soziale Marktwirtschaft, erweitert um ökologische Notwendigkeiten. Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden, aber sie bedarf der laufenden Pflege und Verbesserung sowie der Anpassung an sich verändernde Bedingungen. Es gilt daher, die Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Prozesse ständig zu verbessern, um durch Leistungsbereitschaft, Initiative und Engagement in Wirtschaft und Gesellschaft Wohlstand, soziale Sicherheit und eine gesunde Umwelt für die heutige Generation aber auch für die künftigen Generationen zu gewährleisten.

Die Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft unterliegen einem ständigen Wandel. In der heutigen Zeit ist es die Dynamik des europäischen Integrations- und des weltweiten Globalisierungsprozesses, die über einen zunehmenden internationalen Standortwettbewerb zu einer Veränderung der Handlungsbedingungen der Nationalstaaten führt. Auch aus der demographischen Entwicklung der Bevölkerung und dem Übergang zu einer globalen Wissensgesellschaft entstehen neue Herausforderungen. Es eröffnen sich aber zugleich vielfältige neue Wachstumschancen. Diejenigen Nationen, die sich diesem Strukturwandel stellen und ihn aktiv gestalten, haben beste

Voraussetzungen, auf Dauer deutliche Zugewinne bei Wachstum und Beschäftigung zu realisieren.

Die Aufgabe für die Wirtschaftspolitik liegt darin, Beschäftigungsförderung und soziale Sicherung so miteinander zu verknüpfen, dass insgesamt mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme und mehr Arbeitsplätze entstehen:

- Dies erfordert einerseits von den Bürgerinnen und Bürgern ein höheres Maß an Selbstständigkeit und Eigenvorsorge.
- Dies bedeutet andererseits, dass der Staat die Verpflichtung hat, die Menschen dabei zu unterstützen, eine größere Eigenverantwortung erfolgreich übernehmen zu können.

Herausforderungen im gesellschaftlichen Konsens meistern

Eine entsprechende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verlangt tiefgehende Reformen, die nur dann nachhaltig Bestand haben werden, wenn sie Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Die Bundesregierung verfolgt deshalb einen konsensorientierten Politikstil. Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit ist das wichtigste Forum für diesen Politikstil. Es ist dort gelungen, einen breiten gesellschaftlichen Dialog in Gang zu setzen und neue Wege zu einer auf Konsens beruhenden Beschäftigungspolitik einzuschlagen. Das Bündnis hat in zahlreichen Bereichen zu wichtigen Ergebnissen geführt und so einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft geleistet.

4 Sichtbare Erfolge, neue Aufgaben – Reformbilanz und Reformagenda

Die Bundesregierung hat seit dem Regierungswechsel 1998 den aufgelaufenen Reformstau aufgelöst und eine Vielzahl grundlegender wirtschafts- und finanzpolitischer Reformen eingeleitet bzw. umgesetzt:

- Sie hat den Weg in den Schuldenstaat – die Bundesschuld war von 1982 bis 1998 von rund 160 Mrd. € auf über 750 Mrd. € angestiegen – gestoppt. Mit dem Bundeshaushalt 2002 wurde zum dritten Mal in Folge ein Budget vorgelegt, dessen Neuverschuldung geringer ist als im Vorjahr. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, um danach im Sinne der Generationengerechtigkeit den Schuldenabbau zu beginnen.
- Sie hat die Verbesserung der Ausgabenstrukturen des Bundeshaushalts in Richtung Finanzierung von Zukunftsausgaben eingeleitet. Denn Sparen ist kein Selbstzweck. Vielmehr wird gespart, um neue finanzpolitische Handlungsspielräume zu gewinnen, die z. B. für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden. Wichtiger Bestandteil dieses Konzepts der Bundesregierung ist das Zukunftsinvestitionsprogramm.
- Sie hat zugunsten von Investoren und Verbrauchern, Arbeitnehmern und Unternehmern umfangreiche Steuerreformmaßnahmen umgesetzt, die bis zum Jahre 2005 zu Entlastungen gegenüber dem Jahr 1998 in Höhe von über 56 Mrd. € führen. Dabei wird insbesondere die mittelständische Wirtschaft per Saldo um über 16 Mrd. € entlastet.
- Sie hat Maßnahmen zur Arbeitsförderung im Sinne eines „Förderns und Forderns“ umgesetzt und damit die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte verbessert. Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wurde die Arbeitsvermittlung effektiver gestaltet und das Instrumentarium stärker auf die Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet.
- Sie treibt die Erschließung von Wegen zur Erleichterung des Einstiegs von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt voran und weitet die Erprobung des „Mainzer Modells“, das vom Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit angestoßen worden war, auf das Bundesgebiet aus.
- Sie hat durch das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit dazu beigetragen,

dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland spürbar zurückgegangen ist.

- Sie hat die gesetzliche Rentenversicherung grundlegend reformiert und den Einstieg in eine staatlich geförderte kapitalgedeckte Altersvorsorge beschlossen, um damit das System der Altersversorgung auf die demographische Entwicklung einzustellen und eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen zu gewährleisten.
- Sie hat die finanzielle Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbauprozesses in den neuen Ländern auf eine solide Basis gestellt. Mit dem Solidarpakt II im Volumen von rund 156 Mrd. € erhalten die neuen Länder eine verlässliche finanzielle Planungsgrundlage zum abschließenden Abbau teilungsbedingter Rückstände bis zum Jahre 2019.
- Sie hat die Liberalisierung insbesondere des Telekommunikationssektors, der Postdienstleistungen und der Strom- und Gasmärkte vorangetrieben, um die Flexibilität und Funktionsfähigkeit der Güter- und Dienstleistungsmärkte zu erhöhen.
- Sie hat die Integration und Modernisierung der Kapital- und Finanzmärkte – vor allem durch das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz – vorangetrieben, um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland zu stärken.
- Sie hat ein umfangreiches Klimaschutzprogramm verabschiedet, die Entwicklung und Produktion erneuerbarer Energien gefördert sowie den Atomausstieg im Konsens vereinbart.
- Sie entwickelt eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie, um die ökologische, soziale und ökonomische Modernisierung der deutschen Wirtschaft zu beschleunigen.
- Sie hat eine ökologische Steuerreform durchgesetzt, um zum energiesparenden und umweltschonenden Strukturwandel beizutragen und gleichzeitig den Faktor Arbeit finanziell zu entlasten. Die Mittel aus der Ökosteuerreform werden im Wesentlichen zur Senkung und Stabilisierung des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt.

Der Beitragssatz liegt daher in diesem Jahr um 1,5 Prozentpunkte niedriger als dies ohne die Mittel aus der Ökosteuer der Fall gewesen wäre.

- Sie hat eine neue Bildungs- und Forschungsinitiative gestartet, für die im Bundeshaushalt 2002 mit 8,4 Mrd. € mehr Mittel als jemals zuvor zur Verfügung stehen; auf ihre Initiative hin sind als erstem Land in Europa in Deutschland alle interessierten allgemein bildenden Schulen kostenlos mit einem ISDN-Anschluss und einem Internetzugang ausgestattet worden.

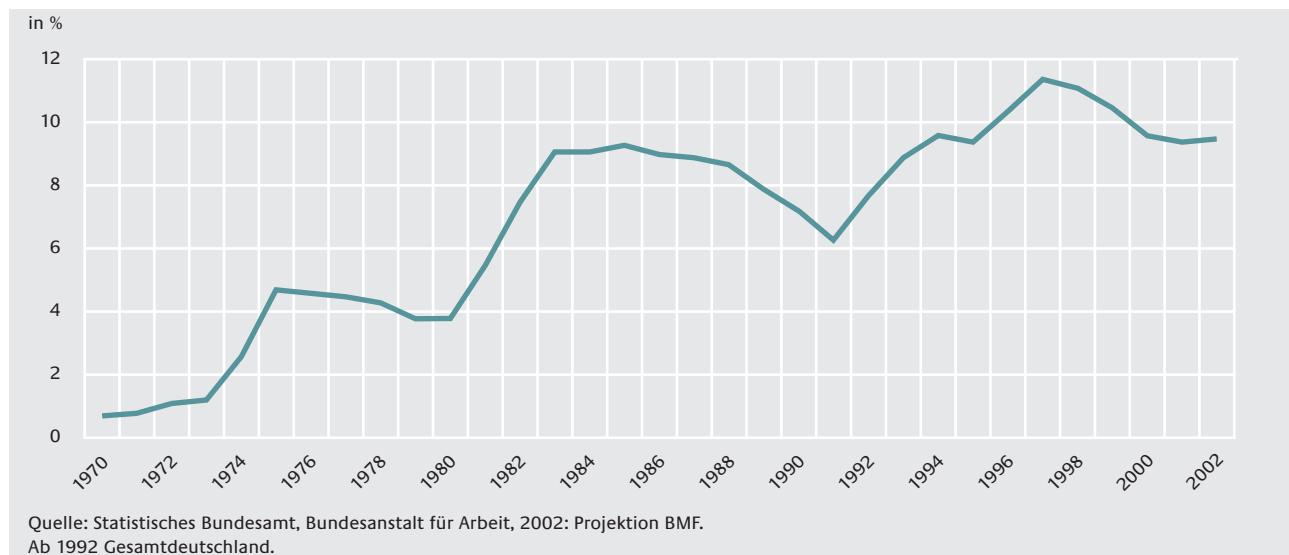
Diese umfangreiche Liste an Maßnahmen verdeutlicht: Die Bundesregierung hat die Weichen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik richtig gestellt und so die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte, aber auch für gesunde Staatsfinanzen und für einen fairen Generationenausgleich entscheidend verbessert. Dies sehen auch die wichtigsten nationalen und internationalen Institutionen so, wie z. B. die OECD in ihrem „Wirtschaftsbericht Deutschland“ vom Mai letzten Jahres. Sie erkennt an, dass die inländischen Wachstumskräfte in Deutschland vor allem dank der Steuerreformen, aber auch aufgrund wichtiger Verbesserungen auf den Produktmärkten deutlich robuster geworden sind. In Deutschland wird es deshalb nach allen Voraussagen erstmals nach einem Abschwung gelingen, auf einem deutlich niedrigeren Niveau der Arbeitslosigkeit als nach dem vorausgegangenen Abschwung in den nächsten Aufschwung zu starten.

Gleichwohl bleibt die weitere Rückführung der Arbeitslosigkeit unverändert die zentrale wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Herausforderung der Bundesregierung. Es gilt deshalb, den Reformkurs mit Nachdruck fortzuführen. Die bisherigen Reformen sind hierbei zugleich ein Wegweiser für die weiteren Reformschritte, die in den kommenden Jahren konsequent umgesetzt werden sollen. Neben der Fortsetzung der Sanierung der Staatsfinanzen gehören zu den wichtigsten

Bereichen insbesondere die weitere Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte, die Bewältigung der steigenden Anforderungen, vor denen die Gesundheitspolitik in Folge des demographischen Wandels und des medizinischen Fortschritts steht sowie eine umfassende Ge-

meindefinanzreform zur Stabilisierung des kommunalen Finanzsystems. Mit diesen Reformen wird Deutschland auf dem Weg zu einer zukunfts-fähigen und modernen Volkswirtschaft im zusam-menwachsenden Europa weitere entscheidende Schritte vorankommen.

Arbeitslosenquote in Deutschland 1970 bis 2002



Bericht über den Abschluss des Bundeshaushalts 2001

1 Gesamtdarstellung der wesentlichen Entwicklungen im Bundeshaushalt 2001	49
2 Die Entwicklung der Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten	52
3 Die Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen	62
4 Die Entwicklung der Einnahmen	73

1 Gesamtdarstellung der wesentlichen Entwicklungen im Bundeshaushalt 2001

Der Bundeshaushalt 2001 schließt mit einem guten Ergebnis ab. Die Neuverschuldung des Bundes wurde gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgeführt und liegt mit 44,6 Mrd. DM um 1,8 Mrd. DM unter dem Vorjahresergebnis. Trotz der erheblichen Belastungen aus dem konjunkturrellen Umbruch wurde der Sollansatz des Haushaltspolitischen Umbruchs nur um 0,9 Mrd. DM überschritten. Dieses Ergebnis bedeutet die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 1993.

Mit dem Bundeshaushalt 2001 hat die Bundesregierung ihren Weg der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt. Die Politik der strikten Ausgabendisziplin hat sich bewährt. Sie ist zugleich Voraussetzung für das Ziel, trotz schwieriger Zeiten im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Im Haushaltsjahr 2001 wurde das Ausgabenvolumen weiter zurückgeführt. Die Ausgaben unterschreiten mit 475,6 Mrd. DM das Haushaltssoll um 1,4 Mrd. DM und liegen damit um 0,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Die strikte Politik der Bundesregierung, die Ausgaben zu begrenzen, hat es ermöglicht, erhebliche, zwangsläufige Mehrausgaben durch Einsparungen in allen Ressorts auszugleichen. Wesentlichen Mehrausgaben – insbesondere für den Arbeitsmarkt und den

Rückkauf der DM-Münzen – stehen Entlastungen, z. B. bei den Zinsausgaben und Gewährleistungen, gegenüber.

Das Steueraufkommen liegt angesichts veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie aufgrund der Auswirkungen der Steuerreform mit 379,0 Mrd. DM um 5,6 Mrd. DM unter dem veranschlagten Aufkommen. Die Verwaltungseinnahmen verzeichnen mit 51,7 Mrd. DM eine Zunahme in Höhe von 3,2 Mrd. DM gegenüber den geplanten Einnahmen. Diese Zunahme ist im Wesentlichen auf höhere Zins- und Gewährleistungseinnahmen zurückzuführen.

Fortsetzung des Konsolidierungskurses. Mit dem Zukunftsprogramm 2000 hat die Bundesregierung im August 1999 ein mehrjähriges finanzpolitisches Konzept vorgelegt, mit dem die Handlungsspielräume zur Bewältigung der zentralen Zukunftsaufgaben zurückgewonnen werden können. Damit wurden die Weichen zur Verfestigung der Haushaltskonsolidierung als wesentlichem haushaltspolitischen Ziel gestellt. Dies ist der Weg zum mittelfristigen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2006, bevor der Schuldenstand des Bundes dann schrittweise abgebaut werden kann.

Privatisierungserlöse wurden insbesondere zur Finanzierung der Postunterstützungskassen eingesetzt. Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunk-Lizenzen (UMTS) wurden voll zur Schuldentilgung genutzt. Die Zinsersparnisse infolge des verminderten Schuldenstandes werden in den Jahren 2001 bis 2003 zur Finanzierung von Zukunftsausgaben – insbesondere Bildung, Forschung und Infrastruktur – genutzt.

Der Bundeshaushalt 2001 wurde durch grundlegende Reformen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite geprägt:

Steuerreform 2000. Von den umgesetzten Steuerreformmaßnahmen gingen erhebliche, die Konjunktur stützende Impulse aus. Die Binnen nachfrage wurde erheblich gestärkt und hat sich

zu einer wesentlichen Stütze der Konjunktur entwickelt. Die Angebotsseite der Volkswirtschaft profitiert zugleich von international attraktiven Steuersätzen und einer Verbesserung der Investitionsanreize.

Folgende Maßnahmen sind ab 1. Januar 2001 wirksam geworden:

- Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einheitlich 25 % (Übergang vom Vollanrechnungsverfahren zum europäuglichen Halbeinkünfteverfahren ab 1. Januar 2002)
- Durch das Vorziehen der dritten Entlastungsstufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 um ein Jahr beträgt der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer ab 1. Januar 2001 19,9 % und der Höchststeuersatz 48,5 %. Der Grundfreibetrag steigt auf rund 14 000 DM/28 000 DM (Ledige/Verheiratete).
- Gezahlte Gewerbesteuer wird in Höhe des 1,8fachen des Gewerbesteuer-Messbetrages auf die Einkommensteuer angerechnet. Der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer bei der steuerlichen Gewinnermittlung bleibt uneingeschränkt erhalten. Die überwiegende Zahl der mittelständischen Unternehmen wird dadurch im Ergebnis vollständig von der Gewerbesteuer entlastet.

Die Tarifabsenkungen entlasten alle Einkommensteuerzahler, insbesondere Arbeitnehmer und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sowie die für den Arbeitsmarkt besonders bedeutsamen mittelständischen Personenunternehmen.

Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Steuernenkungsgesetzes wird zur weiteren steuerlichen Entlastung des Mittelstandes u. a. der halbe durchschnittliche Steuersatz für Betriebsveräußerungen und -aufgaben ab 2001 wieder eingeführt. Der halbe durchschnittliche Steuersatz wird bei Anhebung des Freibetrages von 60 000 DM auf 100 000 DM Unternehmern, die aus dem Berufsleben ausscheiden, einmal im Leben gewährt.

Ökologische Steuerreform. Mit der ökologischen Steuerreform zielt die Bundesregierung auf ein Umsteuern der Nachfrage in Richtung energiesparende und ressourcenschonende Produkte sowie auf die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien. Gleichzeitig wird der Faktor Arbeit durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet und die Abgabenbelastung in Deutschland auf die Faktoren Arbeit, Kapital und Umwelt gleichmäßiger verteilt.

Der Einstieg in die ökologische Steuerreform erfolgte am 1. April 1999 mit folgenden Elementen:

- Erhöhung der Mineralölsteuer für Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter, für Heizöl um 4 Pfennig je Liter und für Gas um 0,32 Pfennig je Kilowattstunde,
- Besteuerung des Stroms mit 2 Pfennig je Kilowattstunde,
- Ermäßigte Steuersätze für das produzierende Gewerbe, die Landwirtschaft und den Fahrstrom des Schienenverkehrs.

Die Reform wird bis zum Jahr 2003 stufenweise zum 1. Januar jeden Jahres fortgesetzt:

- Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe jährlich um 6 Pfennig je Liter,
- steuerliche Förderung schwefelarmer bzw. -freier Kraftstoffe,
- Erhöhung der Stromsteuer jährlich um 0,5 Pfennig je Kilowattstunde.

Die Mehreinnahmen aus der ökologischen Steuerreform ermöglichen es, die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu senken.

Zukunftsinvestitionsprogramm. Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung 2001 bis 2003 sieht neben der Verfestigung der Verkehrsinvestitionen weitere 4 Mrd. DM jährlich an zusätzlichen Investitionen in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie vor.

Bundshaushalt 2001 in sozialer Verantwortung. Der Anteil der Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung an den Gesamtausgaben beläuft sich auf 42 %. Dies unterstreicht den hohen Stellenwert der sozialen Sicherung im Bundeshaushalt.

Die umfassende **Reform der Rentenversicherung** leistet einen wichtigen Beitrag, um den Sozialversicherungsbereich auf die demographische Entwicklung einzustellen und zukunftsfähig zu gestalten.

Am 1. Januar 2001 trat eine **Erziehungsgeldnovelle** in Kraft, die insbesondere jungen Familien mit mittleren Einkommen zugute kommt. Darüber hinaus wurde durch Verbesserungen beim Erziehungsurlaub die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.

Das **Wohngeldrecht** wurde im Rahmen der zum 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Wohngeldleistungsnovelle modifiziert. Die Leistungen für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich erhöht, die bisher unterschiedlichen Regelungen für die alten und neuen Länder vereinheitlicht.

Der Bundeshaushalt 2001 hat insgesamt mit den unten stehenden Ergebnissen abgeschlossen.

Die Ausgaben im Haushaltsjahr 2001 lagen mit 475,6 Mrd. DM um 0,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Das veranschlagte Soll wurde um 1,4 Mrd. DM unterschritten. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr insbesondere für die Leistungen an die Rentenversicherung und für den Arbeitsmarkt wurden durch geringere Aufwendungen für das Bundeseisenbahnvermögen, die Zinsausgaben und weitere Einsparungen und Entlastungen überkompensiert.

Die wichtigsten Ausgabenänderungen gegenüber dem Ergebnis des Vorjahrs ergeben sich bei folgenden Positionen:

Ausgabenänderungen

	in Mrd. DM
Leistungen an die Rentenversicherung	+ 8,0
Bundesanstalt für Arbeit	+ 2,1
Verteidigung	+ 1,8
Wissenschaft und Forschung	+ 0,7
Bundeseisenbahnvermögen	- 4,9
Zinsen	- 3,0
Gewährleistungen	- 1,7
GA Regionale Wirtschaftsstruktur	- 1,1
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	- 0,5
Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus	- 0,4

Eckwerte

	Soll 2001	Ist-Ergebnis Januar bis Dezember 2001 Mrd. DM ¹	Abweichung ggü. Soll 2001	Abweichung ggü. Ist 2000
Ausgaben <i>Veränderung in %²</i>	477,0 - 0,2	475,6 - 0,5	- 1,4 . .	- 2,5 . .
Einnahmen				
Steuereinnahmen	384,6	379,0	- 5,6	- 9,8
Verwaltungseinnahmen	48,5	51,7	+ 3,2	+ 9,2
Münzeinnahmen	0,2	0,2	+ 0,01	- 0,03
Nettokreditaufnahme	43,7	44,6	+ 0,9	- 1,8
nachrichtlich: <i>Investitionen</i>	58,0	53,3	- 4,6	- 1,7

¹ Differenzen durch Rundung.

² Jeweils gegenüber Ist des Vorjahres.

Die Einnahmen unterschritten das Ergebnis des Jahres 2000 um 0,6 Mrd. DM oder 0,1 %. Dabei liegt das Steueraufkommen angesichts veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen mit 379,0 Mrd. DM um 9,8 Mrd. DM unter dem Vorjahresergebnis. Dagegen stiegen die Verwaltungseinnahmen um 9,2 Mrd. DM auf 51,7 Mrd. DM.

Die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen führte zu einem Finanzierungsdefizit von 44,8 Mrd. DM. Bei Münzeinnahmen in Höhe von 0,2 Mrd. DM wurde eine Nettokreditaufnahme von 44,6 Mrd. DM zur Deckung des Defizits benötigt. Die Nettokreditaufnahme unterschreitet die Investitionsausgaben (53,3 Mrd. DM) um 8,7 Mrd. DM. Damit liegt die Neuverschuldung auch im Haushaltsvollzug deutlich unter der verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenze des Artikel 115 Grundgesetz.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2001 ist eine neue staatliche Haushaltssystematik in Kraft getreten. Die seit 1969 geltende Haushaltssystematik wurde überarbeitet. Dabei gab es Veränderungen, auch inhaltlicher Art, in den zentralen Elementen Gruppierungsplan (Gliederung nach volkswirtschaftlichen Arten) und Funktionenplan (Gliederung nach Aufgabenbereichen). Die damit verbundene neue Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben führt teilweise zu Brüchen im Vergleich mit früheren Zeiträumen. Dies betrifft insbesondere die Aufgabenbereiche

Allgemeine Dienste und Allgemeine Finanzwirtschaft.

2 Die Entwicklung der Ausgaben nach volkswirtschaftlichen Arten

Die Ausgaben des Bundes lassen sich nach ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe in konsumtive und investive Ausgaben aufteilen. Die Aufteilung erfolgt nach den Vorgaben in § 10 Haushaltsgundsätzegesetz. Erhebliche Bedeutung erhält durch diese Definition der Begriff der Investitionsausgaben. Entsprechend Artikel 115 Grundgesetz darf die Nettokreditaufnahme die im Haushalt veranschlagten Investitionen nicht übersteigen. Ausnahmen hiervon sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Durch die stetige Rückführung der Nettokreditaufnahme hat sich der Abstand zur Summe der Investitionen ständig vergrößert.

Die konsumtiven Ausgaben haben den größeren Anteil an den Gesamtausgaben. Da die investiven Ausgaben im Jahr 2001 gegenüber 2000 mit 3,1 % stärker zurückgingen als die konsumtiven Ausgaben (-0,2 %), hat sich das Verhältnis weiter zugunsten des Anteils der konsumtiven Ausgaben verschoben.

Aus dieser Entwicklung kann jedoch kein Rückschluss auf die Qualität des Haushalts gezogen werden. Der Rückgang des investiven Anteils

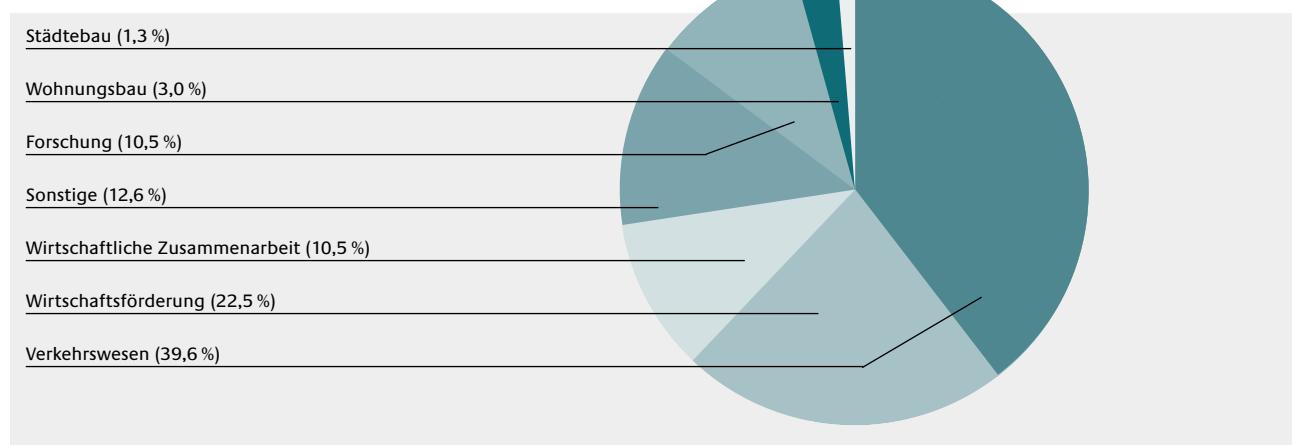
Aufteilung der Ausgaben

	Soll 2001 in Mrd. DM	Ist-Ergebnis Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	Ist-Ergebnis Januar bis Dezember 2000 in Mrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr Januar bis Dezember in Mrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Ausgaben zusammen	477,0	475,6	478,0	- 2,5	- 0,5
darunter:					
Konsumtive Ausgaben	420,2	422,2	423,0	- 0,8	- 0,2
Investive Ausgaben	58,0	53,3	55,0	- 1,7	- 3,1
Globale Mehr-/Minderausgaben	- 1,2	-	-	.	.

der Ausgaben ist in wesentlichen Teilen Ausdruck des erreichten Sättigungsniveaus einer hoch entwickelten Volkswirtschaft. Überdies können auch Investitionsausgaben nicht von den Konsolidierungsanstrengungen ausgenommen werden. Trotz der gewaltigen Sparleistungen haben die Investitionsausgaben jedoch keineswegs an Bedeutung verloren und bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau. In Zukunft werden die öffent-

lichen Investitionen vielschichtiger, Investitionen in Humankapital und private Investitionen bedeutsamer. Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung mit Investitionen und zukunftsorientierten Ausgaben in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie unterstreicht die Bemühungen, die Struktur des Bundeshaushalts durch die Bildung neuer Schwerpunkte zu verbessern.

Aufteilung der investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen



Konsumtive Ausgaben

	Soll 2001 in Mrd. DM	Ist-Ergebnis Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	Ist-Ergebnis 2000 in Mrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr Januar bis Dezember in Mrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Konsumtive Ausgaben	420,2	422,2	423,0	- 0,8	- 0,2
Personalausgaben	52,8	52,4	51,9	+ 0,6	+ 1,1
Aktivitätsbezüge	40,4	40,0	39,7	+ 0,3	+ 0,8
Versorgung	12,4	12,5	12,2	+ 0,2	+ 2,0
Laufender Sachaufwand	33,1	36,2	40,7	- 4,5	- 11,1
Sächliche Verwaltungsausgaben	15,4	18,1	15,8	+ 2,3	+ 14,6
Militärische Beschaffungen	15,0	15,6	14,3	+ 1,3	+ 8,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	2,8	2,5	10,6	- 8,1	- 76,7
Zinsausgaben	77,0	73,4	76,6	- 3,0	- 3,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	256,1	258,9	248,1	+ 10,8	+ 4,3
an Verwaltungen	26,4	25,9	31,5	- 5,6	- 17,7
an andere Bereiche	229,7	232,9	216,6	+ 16,4	+ 7,6
darunter:					
Unternehmen	33,2	32,6	26,0	+ 6,6	+ 25,6
Renten, Unterstützungen u. a.	38,2	40,4	42,0	- 1,5	- 3,7
Sozialversicherung	151,2	152,8	142,0	+ 10,9	+ 7,6
Sonstige Vermögensübertragungen	1,2	1,1	5,7	- 4,6	- 80,3

Die konsumtiven Ausgaben beliefen sich im Jahr 2001 auf 422,2 Mrd. DM und machten damit 88,8 % (2000 = 88,5 %) der Gesamtausgaben aus. Den größten Anteil davon belegten die Sozialausgaben (Sozialversicherungen, Renten, Unterstützungen u. a.) sowie die Zinsausgaben. Sie erreichten zusammen 266,8 Mrd. DM oder 63,2 % (2000 = 61,6 %) der konsumtiven Ausgaben. Insgesamt betrugen die Ausgaben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse für konsumtive Zwecke und für die Zinsausgaben 332,5 Mrd. DM. Dagegen beliefen sich die Ausgaben für Personal und den laufenden Sachaufwand (u. a. militärische Beschaffungen, sächliche Verwaltungsausgaben) lediglich auf 88,6 Mrd. DM (21,0 % der konsumtiven Ausgaben; 2000: 21,9 %).

Aufteilung der konsumtiven Ausgaben in Prozent



Personalausgaben

Die Personalausgaben nahmen im Jahr 2001 12,4 % der konsumtiven Ausgaben und 11,1 % der Gesamtausgaben des Bundes ein (1999: 12,3 % bzw. 10,9 %). Die Personalausgaben lassen sich in Aktivitätsbezüge und Versorgungsleistungen aufteilen. Die Aktivitätsbezüge erreichten 2001 insgesamt 40,0 Mrd. DM und machten 76,2 % der Personalausgaben aus.

Im zivilen Bereich wurden 21,5 Mrd. DM für Personal ausgegeben. Bei den Aktivitätsbezügen

(16,5 Mrd. DM) ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 2,7 % zu verzeichnen. Die Versorgungsleistungen im zivilen Bereich stiegen geringfügig um 1,0 % auf 5,1 Mrd. DM.

Die Personalausgaben im militärischen Bereich betrugen 30,9 Mrd. DM und bildeten mit 58,9 % den Hauptteil der Aufwendungen für Personal. Sowohl die Aktivitätsbezüge in Höhe von 23,5 Mrd. DM (-0,1 Mrd. DM gegenüber 2000) als auch die Versorgungsbezüge (7,4 Mrd. DM; -0,2 Mrd. DM gegenüber 2000) haben sich rückläufig entwickelt.

Aktivitätsbezüge und Versorgung in Milliarden DM



Laufender Sachaufwand

Sächliche Verwaltungsausgaben. Ein wesentlicher Anteil der sächlichen Verwaltungsausgaben entfällt auf die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens. Dafür wurden im Jahr 2001 insgesamt 3,2 Mrd. DM aufgewandt (– 1,3 % gegenüber 2000). Einen größeren Ausgabeposten bildete die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen für die Unterbringung der Bundeswehr mit 0,9 Mrd. DM. Diese Ausgaben wurden auch für die Altlastensanierung und für die Unterhaltung baulicher Anlagen der Bundeswehr im Ausland eingesetzt. Im Verkehrsbereich lag der Ausgabenschwerpunkt mit 1,5 Mrd. DM auf der betrieblichen Unterhaltung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen. Darin sind auch Aufwendungen für Verkehrsbeeinflussungs- und Beleuchtungsanlagen enthalten. Für die Unterhaltung der Wasserstraßen wurden 0,4 Mrd. DM ausgegeben.

Neben der Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens sind auch Aufwendungen in Höhe von 2,3 Mrd. DM für die Bewirtschaftung der Gebäude, Grundstücke und Räume angefallen. Auch hier wurden für die Unterbringung der Bun-

deswehr die größten Aufwendungen fällig. Die dafür ausgegebenen 1,5 Mrd. DM beinhalten 0,4 Mrd. DM für die Absicherung und Bewachung von Anlagen und Liegenschaften durch gewerbliche Unternehmen. Darin sind auch Aufwendungen für den Einsatz und Betrieb von Absicherungstechnik enthalten. Für die Bewirtschaftung der Liegenschaften des Bundes wurden 2001 knapp 0,4 Mrd. DM ausgegeben.

Außerdem enthalten die sächlichen Verwaltungsausgaben mehrere kleine Positionen.

- Verbrauchsmittel (1,5 Mrd. DM): Davon entfallen 73,4 % auf die Bundeswehr. Darin sind Ausgaben für die Gemeinschaftsverpflegung (0,4 Mrd. DM) sowie für Betriebsstoffe für Kraftfahrzeuge, Flugzeuge, Schiffe und anderes militärisches Gerät (0,5 Mrd. DM) enthalten.
- Mieten und Pachten (0,6 Mrd. DM): Darin sind knapp 0,2 Mrd. DM für Datenverarbeitungsgeräte und Software enthalten, von denen 76,1 % auf den Verteidigungsbereich entfallen.
- Mittel für Aus- und Fortbildung und Umschulung in der öffentlichen Verwaltung (0,6 Mrd. DM): Für die militärische Ausbildung und die Vorbereitung der Soldaten auf das spätere Berufsleben wurden davon knapp 0,5 Mrd. DM ausgegeben.

Militärische Beschaffungen. Bei den militärischen Beschaffungen schlägt die Wehrforschung, wehrtechnische Entwicklung und Erprobung mit 2,0 Mrd. DM zu Buche. Darin sind 1,1 Mrd. DM für Entwicklung und Erprobung und 0,5 Mrd. DM für Forschung und Technologie im Verteidigungsbereich enthalten. Für die Entwicklung des Eurofighter 2000 wurden 0,2 Mrd. DM aufgewandt.

Für die Materialerhaltung wurden 4,6 Mrd. DM ausgegeben. Die größten Aufwendungen fielen für die Pflege, Wartung und Instandsetzung von Flugzeugen und flugtechnischem Gerät (1,8 Mrd. DM) und von Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterial (0,9 Mrd. DM) an.

Zu den Beschaffungen zählen insbesondere der Erwerb von Fernmeldematerial, von Fahrzeugen für die Streitkräfte, von Schiffen und flugtechnischem Gerät. Dafür wurden insgesamt 7,4 Mrd. DM (+ 1,0 Mrd. DM) aufgewandt. Hier schlagen vor allem die Beschaffung des Waffensystems Eurofighter 2000 (1,7 Mrd. DM) und die Ausgaben für die Marine (1,2 Mrd. DM) zu Buche.

Sonstiger laufender Sachaufwand. Der sonstige laufende Sachaufwand beinhaltet Zuschüsse an Gesellschaften des privaten Rechts, Genossenschaften, Stiftungen und Vereine. Darunter fallen insbesondere Zuschüsse an Private zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie die allgemeine Wirtschaftsförderung, die kleinen und mittleren Unternehmen zukommt. Bedingt durch Veränderungen in der Zuordnung infolge des In-Kraft-Tretens der neuen staatlichen Haushaltssystematik ist die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahreszeitraum nicht möglich. Die Zuschüsse im Jahr 2001 in Höhe von insgesamt 1,6 Mrd. DM setzen sich aus vielen kleineren Beträgen zusammen. Einige Beispiele sind Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (0,3 Mrd. DM) und die Integration junger Spätaussiedler und junger ausländischer Flüchtlinge (0,2 Mrd. DM).

Außerdem leistete der Bund Erstattungen in Höhe von 0,8 Mrd. DM. Die Summe setzt sich aus einer Fülle vieler kleiner Positionen zusammen. Die größten Ausgabeposten sind Aufwendungen für Sachleistungen im Rahmen der Kriegsopferversorgung (0,2 Mrd. DM) und Erstattungen an Dritte für die Durchführung der Fluggast- und Reisegepäckkontrolle (0,2 Mrd. DM).

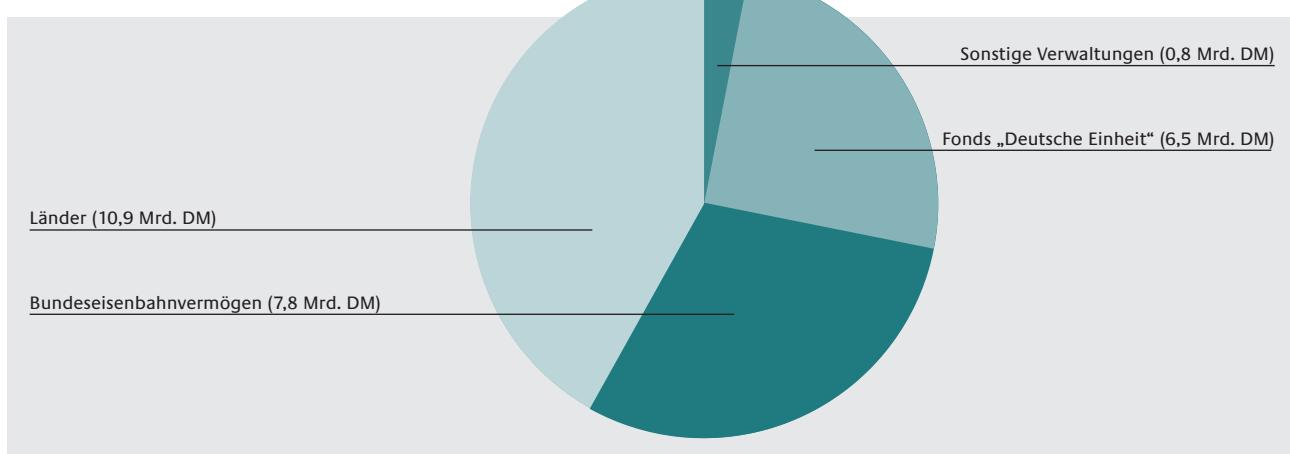
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen und andere Bereiche beinhalten hauptsächlich Finanzausgleichszahlungen, Erstattungen von Verwaltungsausgaben sowie Hilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen. Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen enthalten u. a. Leistungen an die Länder und Gemeinden sowie an die Sondervermögen des Bundes. Die Aufteilung auf die größten Positionen stellt sich wie folgt dar.

Den größten Teil der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse erhielten die Länder (10,9 Mrd. DM; - 0,5 Mrd. DM). Die Ausgaben an die Länder waren im Wesentlichen für die auf der folgenden Seite aufgeführten Zwecke bestimmt.

Aufteilung der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen



Ausgewählte Zuweisungen und Zuschüsse an Länder

	Ist 2001 in Mrd. DM	Veränderung gegenüber 2000
Wohngeld	4,0	+ 0,6
BAföG-Zuschüsse	1,4	+ 0,3
Leistungen für die Kriegsopferfürsorge	0,8	+ 0,04
Erstattung von Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung der Bundeswehr	0,7	- 0,04
Anteil an der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	+ 0,1
Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	0,6	- 0,02
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	0,5	- 0,04

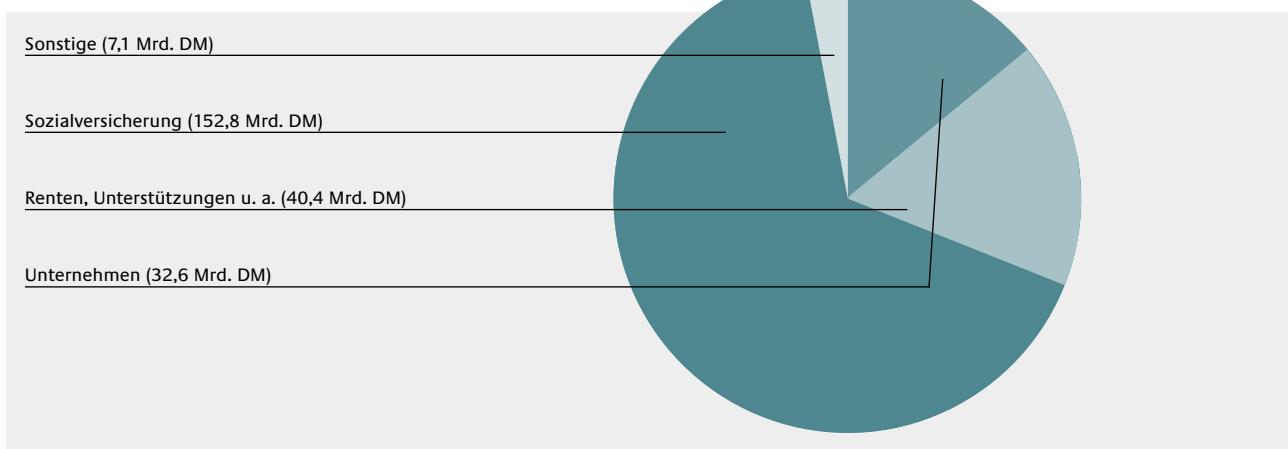
Bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen an das Bundesbahnvermögen in Höhe von 7,8 Mrd. DM (- 4,9 Mrd. DM) handelt es sich hauptsächlich um die Erstattung von Verwaltungsausgaben (6,8 Mrd. DM) und den Zuschuss zum Personalaufwand der Deutschen Bahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes im Bereich der früheren Deutschen Reichsbahn (1,0 Mrd. DM). Der Zuschuss zu den Verwaltungsausgaben fiel geringer aus, weil Erlöse aus dem Verkauf der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft eingesetzt wurden.

Zur Abdeckung der Schuldendienstverpflichtungen des Fonds „Deutsche Einheit“ wird jährlich ein Zuschuss aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt.

Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde für die Jahre 1998 bis 2003 der Zuschuss auf 6,8 % der aufgenommenen Kredite reduziert. Das bedeutet eine vorübergehende Absenkung der Annuitäten von 9,5 Mrd. DM um 3,04 Mrd. DM auf 6,46 Mrd. DM in den entsprechenden Jahren.

Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche. Den Schwerpunkt der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche bilden die Leistungen für Unternehmen, für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen sowie für die Sozialversicherungen.

Aufteilung der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche



Die öffentlichen Unternehmen erhielten im Jahr 2001 insgesamt 5,1 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt. Davon sind 3,1 Mrd. DM Zuschüsse. Gleichzeitig wird jedoch auch der Ansatz für das Jahr 2001 überschritten. Größere Positionen sind zum Beispiel die Zuschüsse an die Deutsche Bahn AG in Höhe von 0,6 Mrd. DM zur Abgeltung von besonderen Belastungen (ökologische Altlasten, erhöhter Materialaufwand im Bereich der früheren Deutschen Reichsbahn), die Erstattungen von Fahrgeldausfällen durch die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter (0,4 Mrd. DM), Zuwendungen an die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhändanstalt (0,8 Mrd. DM) und der Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (0,2 Mrd. DM).

Darüber hinaus wurden öffentliche Unternehmen mit Zuschüssen in Höhe von 2,0 Mrd. DM gefördert. Die Hilfen umfassten zum Beispiel Zinszuschüsse für das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den neuen Ländern (1,4 Mrd. DM) und für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO₂-Minderung.

Für private Unternehmen wurden im Bundeshaushalt 2001 10,3 Mrd. DM bereitgestellt. Unter den Zuschüssen von insgesamt 9,8 Mrd. DM dominieren die Absatz- und Stilllegungshilfen für den Steinkohlenbergbau (6,6 Mrd. DM). Außerdem

wurden Zuschüsse zur Verbilligung versteuerten Gasöls in der Landwirtschaft (0,4 Mrd. DM) gezahlt. Mit 0,4 Mrd. DM beteiligte sich der Bund am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen.

An Schuldendiensthilfen für private Unternehmen wurden 0,5 Mrd. DM gezahlt. Der Bund leistete Restzahlungen von 0,2 Mrd. DM im Rahmen des ab 1997 auf das ERP-Sondervermögen übergegangenen Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbstständiger Existenz. Auch die deutschen Werften erhielten 0,1 Mrd. DM an Zinszuschüssen zur Finanzierung von Aufträgen.

Die öffentlichen Einrichtungen erhielten Zuschüsse in Höhe von insgesamt 17,2 Mrd. DM. Allein für die Deckung des Defizits der Postunterstützungskassen mussten 8,7 Mrd. DM aufgewendet werden. Auf den Bereich Wissenschaft und Forschung entfielen weitere 6,3 Mrd. DM. Darin sind u. a. die Zuschüsse an die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft enthalten. Kulturelle Aufgaben fördert der Bund mit Zuschüssen von 1,1 Mrd. DM.

Die Ausgaben für Unterstützungen und sonstige Geldleistungen lagen im Jahr 2001 mit 40,4 Mrd. DM um 1,5 Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau. Sie beinhalten folgende wesentliche Positionen:

Ausgewählte Unterstützungen und Geldleistungen

	Ist 2001 in Mrd. DM	Veränderung gegenüber 2000
Arbeitslosenhilfe	25,0	- 0,7
Kriegsopfersorgung	6,5	- 0,5
Erziehungsgeld	6,5	- 0,2

Die Träger der Sozialversicherungen erhalten ebenfalls Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Die Leistungen an die Rentenversicherung stiegen im Jahr 2001 um 8,0 Mrd. DM auf 135,2 Mrd. DM. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr gehen im Wesentlichen auf den zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung zurück. Die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen der knappschaftlichen Rentenversicherung wurde mit 14,5 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Durch die Überführung der Zusatzversorgungssysteme der neuen Länder in die Rentenversicherung entstanden dem Bund Aufwendungen von 4,5 Mrd. DM; davon erstatteten die Länder dem Bund $\frac{2}{3}$ (2,8 Mrd. DM).

Auch 2001 hat der Bund einen Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit geleistet. Infolge der Auswirkungen der schwierigen konjunkturellen Lage auf dem Arbeitsmarkt wurden mit 3,7 Mrd. DM die veranschlagten Ausgaben um 2,6 Mrd. DM überschritten.

Der Bund trägt Sorge für die landwirtschaftliche Sozialpolitik. Für die Alterssicherung, die Krankenversicherung und für die Unfallversiche-

lung der Landwirte sowie für die Produktionsaufgaberente wandte der Bund 2001 insgesamt 7,9 Mrd. DM auf.

Sonstige Vermögensübertragungen

Hierbei handelt es sich um Zuweisungen und Zuschüsse, die sich in einer Veränderung des Vermögensstandes auswirken. Sie dienen der Verbesserung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur, werden als Entschädigungen für erlittene Vermögensschäden gezahlt oder haben die Vermögensbildung der Bevölkerung zum Ziel.

Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 5,7 Mrd. DM (+ 4,6 Mrd. DM). Für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung wurden Entschädigungen zur Abgeltung von einzelnen Härtefällen in Höhe von knapp 0,6 Mrd. DM gezahlt. Außerdem entfielen 0,3 Mrd. DM auf Zuschüsse an Bergbauunternehmen zum Ausgleich von Belastungen, die ihnen infolge von Kapazitätsanpassungen entstanden sind. Zusätzlich erhielten Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus, die im Zuge von Stilllegungs- und Rationalisierungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz verloren haben, 0,2 Mrd. DM an Anpassungsgeldern.

Investive Ausgaben

	Soll 2001 in Mrd. DM	Ist-Ergebnis Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr Januar bis Dezember 2000 in Mrd. DM	in %
Investive Ausgaben				
Finanzierungshilfen	58,0	53,3	55,0	- 1,7
Zuweisungen und Zuschüsse	43,9	39,8	41,9	- 2,0
Darlehensgewährungen, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	34,5	32,3	32,4	- 0,1
	9,4	7,5	9,5	- 1,9
Sachinvestitionen	14,0	13,5	13,2	+ 0,3
Baumaßnahmen	11,6	10,9	10,09	- 0,06
				- 0,5

Der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben beträgt im Jahr 2001 11,2 % (2000: 11,5 %). Bei insgesamt sinkenden Ausgaben haben sich die investiven Ausgaben stärker verringert als die konsumtiven.

Darüber hinaus wird jedoch die Investitionstätigkeit auch durch Einnahmenverzichte des Bundes unterstützt, z. B. im Rahmen der steuerlichen Investitionsförderung und im Rahmen der Zuweisungen an die Länder nach dem

Regionalisierungsgesetz zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die investiven Ausgaben unterteilen sich in Ausgaben des Bundes für eigene Sachinvestitionen und in Finanzierungshilfen zugunsten Dritter – in der Regel Länder und Gemeinden. 2001 erreichte der Anteil der Finanzierungshilfen an den investiven Ausgaben insgesamt 74,7 %. Die Finanzierungshilfen zur Unterstützung der Investitionstätigkeit umfassen

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Finanzierung der Investitionsausgaben,
- die Gewährung von Darlehen und
- den Erwerb von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen.

Die eigenen Sachinvestitionen des Bundes sind zu 80,3 % Baumaßnahmen. Der verbleibende Teil wird zum Erwerb von beweglichen Sachen und zum Grunderwerb verwendet.

Die investiven Ausgaben des Bundes in Mrd. DM



Aufteilung der investiven Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen. Auf das Verkehrswesen (einschließlich Deutsche Bahn AG) entfällt der größte Teil der investiven Ausgaben. In diesem Bereich tätigte der Bund mit 10,2 Mrd.

DM auch den überwiegenden Teil (75,4 %) seiner Sachinvestitionen. Der größte Teil davon entfällt auf Baumaßnahmen im Bereich der Bundesautobahnen und Bundesstraßen.

Im Rahmen des Gemeindeverkehrsförderungsgesetzes leistet der Bund Finanzhilfen an die Länder für den kommunalen Straßenbau und für Investitionsvorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs. Im Jahr 2001 wurden dafür 3,1 Mrd. DM aufgewendet. Außerdem erhalten die Länder einen Anteil (13,4 Mrd. DM) aus dem Mineralölsteueraufkommen zur Unterstützung bei der Wahrnehmung der Verantwortung für den Schienennahverkehr.

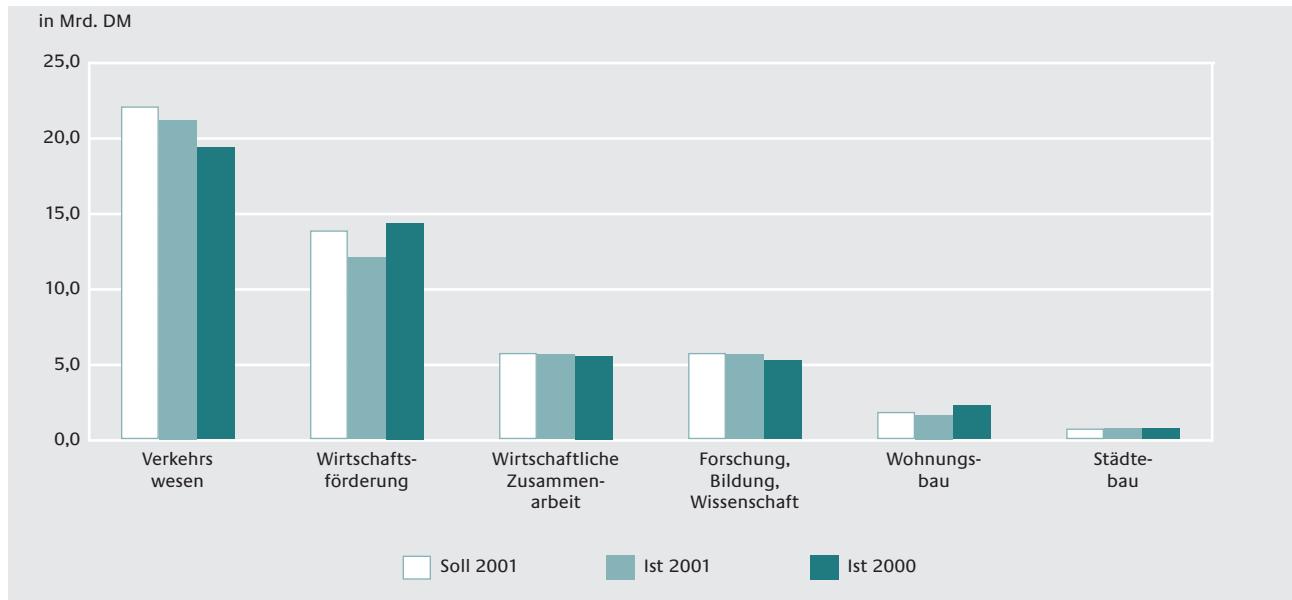
Die Eisenbahnen des Bundes erhielten 2001 Darlehen und Zuschüsse zur Finanzierung der Investitionen in das Schienennetz in Höhe von 7,5 Mrd. DM.

Für die **Wirtschaftsförderung** stellte der Bund 2001 Finanzhilfen in Höhe von 12,0 Mrd. DM bereit. Den Hauptteil machten die regionalen Fördermaßnahmen aus. Von den insgesamt 9,0 Mrd. DM entfielen 2,5 Mrd. DM auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ inklusive EFRE-Mittel. Wichtiger Bestandteil der regionalen Förderung sind auch die Finanzhilfen des Bundes für die neuen Länder im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost. Zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums erhalten die neuen Länder ab 1995 für die Dauer von zehn Jahren jährlich 6,6 Mrd. DM.

Eine weitere wesentliche Position im Rahmen der Wirtschaftsförderung bildet die Übernahme von Gewährleistungen (2,9 Mrd. DM). Sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Soll fielen hier Minderausgaben an.

Den Schwerpunkt der investiven Ausgaben in der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit** bildet die bilaterale finanzielle und technische

Die investiven Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen in Mrd. DM



Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (3,4 Mrd. DM). Bei den Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklung der Entwicklungsländer kommt der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA große Bedeutung zu. Die IDA hat die Aufgabe, zinslose Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer zu vergeben. Die Bundesrepublik ist Gründungsmitglied dieser Organisation und beteiligte sich an der Erstausstattung und der Auffüllung der Mittel der IDA mit rund 11% (2001 = 0,9 Mrd. DM).

Der überwiegende Teil der im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewährten Finanzierungshilfen fördert über Aufträge aus dem Ausland direkt oder über Sekundärwirkungen die deutsche Wirtschaft.

Für Investitionen auf dem Gebiet **Forschung, Bildung und Wissenschaft** wurden 2001 insgesamt 5,6 Mrd. DM aufgewendet. Den größten Anteil daran hat die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ mit 2,2 Mrd. DM. Der Bund erstattet grundsätzlich

jedem Bundesland die Hälfte der dafür entstandenen Ausgaben.

Die Europäische Weltraumorganisation ESA, deren Mitglied die Bundesrepublik ist, erhielt 2001 Mittel in Höhe von 1,0 Mrd. DM. Die ESA sichert und entwickelt die Zusammenarbeit europäischer Staaten für ausschließlich friedliche Verwendungen auf den Gebieten der Weltraumforschung und -technologie sowie weltraumtechnische Anwendungen. Dazu gehören zum Beispiel die Erderkundungssatelliten, die Satellitenkommunikation und das Raumtransportsystem (ARIANE).

Daneben erhielten fächerübergreifende Trägerorganisationen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft einen Teil der Zuwendungen als investive Finanzierungshilfen.

Die Ausgaben für den **Wohnungsbau** werden fast ausschließlich von den Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau bestimmt. Sie lagen 2001

mit 1,6 Mrd. DM um 0,5 Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau.

Die im **Städtebau** mit Bundesfinanzhilfen geförderten Investitionen in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsbereichen können

unter anderem öffentliche oder private Nachfolgeinvestitionen bewirken. Vor allem in den neuen Ländern, die 2001 0,5 Mrd. DM der Finanzhilfen von insgesamt knapp 0,7 Mrd. DM erhielten, wurden wesentliche Signale für den Erhalt der vom Verfall bedrohten Innenstädte gesetzt.

3 Die Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen

Soziale Sicherung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Leistungen an die Rentenversicherung	135,5	135,2	127,1	+ 8,0	+ 6,3
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	66,2	66,2	65,2	+ 0,9	+ 1,4
zusätzlicher Zuschuss	23,8	23,8	17,8	+ 6,1	+ 34,1
Beiträge für Kindererziehungszeiten	22,6	22,6	22,4	+ 0,2	+ 0,7
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	2,1	1,9	2,4	- 0,4	- 18,3
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	14,6	14,5	14,4	+ 0,1	+ 0,8
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	4,5	4,5	3,3	+ 1,2	+ 34,9
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	7,6	7,9	7,3	+ 0,6	+ 7,5
darunter:					
Alterssicherung	4,3	4,5	4,2	+ 0,2	+ 5,8
Krankenversicherung	2,3	2,3	2,0	+ 0,4	+ 17,8
Unfallversicherung	0,5	0,5	0,5	0,0	0,0
Arbeitsmarktpolitik	25,3	30,1	30,3	- 0,2	- 0,8
darunter:					
Bundesanstalt für Arbeit	1,2	3,8	1,7	+ 2,1	.
Arbeitslosenhilfe	22,6	25,0	25,7	- 0,7	- 2,9
Eingliederungshilfe für Spätaussiedler	0,8	0,7	0,8	- 0,1	- 10,9
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,8	0,7	2,2	- 1,5	- 69,0
Erziehungsgeld	6,9	6,5	6,7	- 0,2	- 2,5
Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	0,9	0,9	0,9	- 0,06	- 6,3
Wohngeld	3,9	4,0	3,3	+ 0,6	+ 18,4
Wohnungsbau-Prämiengesetz	1,0	0,9	0,8	+ 0,1	+ 7,9
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge, Wiedergutmachung	7,7	8,1	8,6	- 0,5	- 5,9

Leistungen an die Rentenversicherung. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientierte sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im vergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes im laufenden Jahr. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben hätte.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsdeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem

Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug für das Jahr 1999 15,6 Mrd. DM. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss (ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag) jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes

von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998. Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeiträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt in der knappschaftlichen Rentenversicherung den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Kalenderjahres und sichert damit deren dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die höheren Ausgaben gegenüber dem Vorjahr gehen auf Entscheidungen des Bundessozial- und des Bundesverfassungsgerichts zurück, die zu einer Erweiterung des Personenkreises der Rentenberechtigten und zu einer Anhebung von Rentenzahlbeträgen geführt haben. Die neuen Länder erstatteten dem Bund rund zwei Drittel

seiner Aufwendungen (Januar bis Dezember 2000 = 2,8 Mrd. DM).

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienten der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wurde der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt demnach der Bund (Defizitdeckung). Die im Jahr 2001 entstandenen Mehrausgaben beruhen auf niedrigeren Beitragseinnahmen und einer gestiegenen Zahl von Rentenbeziehern. Aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit werden Vergütungen an ältere Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer gewährt, die ihre landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufgegeben haben. Die Frist für Neubewilligungen ist zum 31. Dezember 1996 ausgelaufen, sodass die Ausgaben hierfür kontinuierlich zurückgehen. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich im Jahresdurchschnitt 2001 auf 3,85 Mio. Infolge der im Vergleich zu den Annahmen für den Haushaltssatz deutlich ungünstigeren Arbeitsmarktentwicklung ist ein höherer Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit notwendig geworden. Insbesondere mussten höhere Zahlungen für Arbeitslosengeld geleistet werden. Ab 2001 ist die aktive Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesanstalt für Arbeit konzentriert. Die einzelnen Maßnahmen, insbesondere

die Förderung der beruflichen Weiterbildung, die berufliche Eingliederung Behinderter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das Langzeitarbeitslosenprogramm und Strukturanpassungsmaßnahmen, wurden in hohem Maße in Anspruch genommen.

Die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe überschritten angesichts des weiterhin hohen Anteils von Arbeitslosenhilfeempfängern an der Gesamtzahl der Arbeitslosen das Soll. Auch hier wirkte sich die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in einer abgeschwächten Arbeitsmarktvermittlung aus.

Erziehungsgeld. In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld für Mütter oder Väter grundsätzlich in voller Höhe (600 DM/Monat) gewährt. Jedoch entfällt der Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen bei Eltern mit einem Kind 100 000 DM, bei Alleinerziehenden 75 000 DM überschreiten. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Die hier zugrunde zu legenden Einkommensgrenzen sind mit der Erziehungsgeldnovelle für ab dem 1. Januar 2001 geborene Kinder um rund 10 % – von 29 400 DM auf 32 200 DM – für Eltern mit einem Kind bzw. um rund 11 % – von 23 700 DM auf 26 400 DM – für Alleinstehende mit einem Kind deutlich erhöht worden. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um 4 200 DM für die Geburtsjahrgänge bis 2001 und um 4 800 DM für die Geburtsjahrgänge in 2001 (Geburtsjahrgänge in 2002/ab 2003: 5 470 DM/ 6 140 DM). Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall. Der

Rückgang der Ausgaben ist – neben der leicht abnehmenden Inanspruchnahme – auch darauf zurückzuführen, dass das auf ein Jahr budgetierte und erhöhte Erziehungsgeld von monatlich bis zu 900 DM als wesentliche Neuerung der Erziehungsgeldnovelle 2001 bisher noch nicht wie erwartet in Anspruch genommen werden ist.

Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern. Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz gewährt der Bund den neuen Ländern in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 6,4 Mrd. DM zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen.

Wohngeld. Das Wohngeld, das in der Regel auf Antrag als Miet- oder Lastenzuschuss gewährt wird, tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistung für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich verbessert, die bisher unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder vereinheitlicht.

Kriegsopfersversorgung und -fürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit 6,7 Mrd. DM auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Hier sind auch Mehrausgaben gegenüber dem Soll (+ 0,3 Mrd. DM) angefallen. Zu den Ausgaben gehören auch Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Versorgung	12,4	12,5	12,2	+ 0,2	+ 2,0
ziviler Bereich	4,9	5,1	5,0	+ 0,1	+ 1,0
militärischer Bereich	7,5	7,4	7,2	+ 0,2	+ 2,7
Verteidigung	46,9	47,3	45,5	+ 1,8	+ 4,0
Militärische Beschaffungen	15,0	15,6	14,3	+ 1,3	+ 8,9
Beteiligung der Bundeswehr im internationalen Rahmen	1,1	1,7	2,0	- 0,3	- 14,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	7,3	7,2	7,0	+ 0,2	+ 2,6
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	3,1	3,4	3,1	+ 0,3	+ 9,9
Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	0,9	0,9	0,9	- 0,04	- 4,0
Europäischer Entwicklungsfonds	0,9	0,6	0,9	- 0,3	- 36,8
Politische Führung und zentrale Verwaltung	9,3	9,1	14,1	- 5,1	- 36,0
Finanzverwaltung	4,5	4,4	4,3	+ 0,1	+ 1,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4,5	4,4	4,1	+ 0,4	+ 9,2

Versorgung. Entsprechend der ab 2001 neu in Kraft getretenen staatlichen Haushaltssystematik werden die Ausgaben für Versorgung unmittelbar den wichtigsten Aufgabenbereichen zugeordnet. Die hier zusammengefassten Versorgungsleistungen werden den entsprechenden Ausgaben, die bis zum Jahr 2000 im Bereich Allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagt waren, gegenübergestellt.

Verteidigung. Die Personalausgaben im Verteidigungsbereich nehmen 44,9 % der gesamten Personalausgaben des Bundes im Berichtszeitraum (52,4 Mrd. DM) ein.

Unter den Ausgaben für militärische Beschaffungen werden insbesondere die Aufwendungen für Wehrforschung und militärische Entwicklung und Erprobung, für Materialerhaltung, für den Erwerb von militärischem Gerät sowie für Baumaßnahmen erfasst. Die größten Aufwendungen entstanden im Jahr 2001 bei der Erhaltung von Fluggerät (1,9 Mrd. DM), beim Erwerb von Schiffen für die Marine (1,3 Mrd. DM) sowie für die Entwicklung und Beschaffung des Waffensystems Eurofighter (1,9 Mrd. DM).

Die Mittel für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen – humanitären und sonstigen – Einsätzen werden insbesondere für den Einsatz der Bundeswehr in Südosteuropa verwendet. Der Einsatz der Bundeswehr bei den NATO-geführten Operationen in Mazedonien erforderte im Hinblick auf die Bündnisfähigkeit Deutschlands zusätzliche Aufwendungen zur Sicherstellung der notwendigen Ausrüstung für den Auslandseinsatz auf dem Balkan.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit, mit der die Bundesregierung entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben in Entwicklungsländern unterstützt, bildet mit einem Anteil von rund 46 % den Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Hier war der Mittelabfluss vom jeweiligen Projektfortschritt abhängig.

Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben auch die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer (zum Beispiel die Internationale Entwicklungsorganisation IDA oder der Europäische Entwicklungsfonds).

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin sind knapp 0,7 Mrd. DM für Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verla-

gerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin enthalten.

Finanzverwaltung. Die Ausgaben für die Finanzverwaltung werden ab 2001 als gesonderter Aufgabenbereich veranschlagt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Ausgaben für die Steuer- und Zollverwaltung und für die Schuldenverwaltung.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001	Januar bis Dezember 2001	2000	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Deutsche Bahn AG	9,7	8,3	7,6	+ 0,7	+ 9,8
Bundeseisenbahnvermögen	7,9	7,8	12,7	- 4,9	- 38,9
Unterstützung des Transrapid-Projekts in Shanghai	-	0,2	-	+ 0,2	.
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsförderungsgesetz)	10,9	11,0	10,0	+ 1,0	+ 9,9
Bundesautobahnen	6,0	6,3	6,2	+ 0,1	+ 1,3
Bundesstraßen	4,6	4,5	3,6	+ 0,9	+ 26,6
Wasserstraßen und Häfen	2,6	2,5	2,6	- 0,1	- 4,1
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz	3,3	3,1	3,2	- 0,1	- 2,1

Deutsche Bahn AG. In den Ausgaben für die Deutsche Bahn AG sind 7,5 Mrd. DM (+ 1,0 Mrd. DM gegenüber Vorjahreszeitraum) an Investitionen in die Schienenwege und in das Sachanlagevermögen der ehemaligen Deutschen Reichsbahn zur Angleichung des Schienennetzes und der sonstigen erforderlichen Eisenbahninfrastruktur enthalten. Die Leistung der Ausgaben war wie bisher auch an den Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen über Investitionen in die Schienenwege mit der DB AG gebunden, die die Grundlage für die Entsperrung der vorgesehenen Mittel bildeten.

Seit 1996 ist die Verantwortung für den Schienennahverkehr vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund finanziert die Wahrnehmung dieser Aufgabe mit einem Beitrag aus seinem Mineralölsteueraufkommen.

Bundeseisenbahnvermögen. Für folgende wesentliche Positionen des nach der Ausgliede-

rung der Deutschen Bahn AG verbliebenen Bundeseisenbahnvermögens (BEV) stellte der Bundeshaushalt Mittel bereit:

- Der Bundeshaushalt trägt die Aufwendungen, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann. Für Erstattungen von Verwaltungsausgaben des BEV wurden mit 6,8 Mrd. DM im Berichtszeitraum 4,5 Mrd. DM weniger ausgegeben als im Vorjahr. Diese Absenkung war möglich, weil durch den Verkauf der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft Einnahmen realisiert wurden.
- Der Bund erstattet dem BEV die Kosten, die für den erhöhten Personalbedarf im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes entstehen (2001: 1,0 Mrd. DM; - 0,5 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahreszeitraum).

Unterstützung des Transrapid-Projekts in Shanghai. Für die Sicherung der Magnetschwebe-

bahntechnik im Interesse des Technologievorsprungs, des Erhalts von Arbeitsplätzen und der Sicherung des Industriestandorts Deutschland ist eine außerplanmäßige Ausgabe entstanden, die durch Einsparungen bei den Investitionen in die Schienenwege des Bundes geleistet werden konnte.

Straßen. Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalteten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellte daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) bereit. Mit 83,5 % trägt der größte Teil der Ausgaben für Straßen investiven Charakter.

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) leistet der Bund Finanzhilfen für Investitionen im Rahmen des kommunalen Straßenbaus und des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Finanzhilfen werden zu 80 % von den Ländern, die die Verantwortung für das Programm übernommen haben, in eigener Kompetenz verwaltet (2001 = 2,6 Mrd. DM). Die verbleibenden Mittel in Höhe von 20 % (2001 = 0,5 Mrd. DM) werden durch den Bund auf der Grundlage der von ihm erstellten Programme für Neu- und Ausbaumaßnahmen des Schienennahverkehrs mit Gesamtkosten von über 100 Mio. DM den Ländern zweckgebunden zugewiesen.

Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	9,3	9,4	10,5	- 1,1	- 10,5
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	2,3	2,5	3,2	- 0,6	- 19,7
Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	6,6	6,4	6,4	- 0,02	- 0,3
Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus	7,2	7,2	7,7	- 0,4	- 5,7
Absatz- und Stilllegungshilfen	6,6	6,6	7,3	- 0,7	- 9,0
Hilfen zur Kapazitätsanpassung	0,3	0,3	0,2	+ 0,1	+ 69,2
Hilfen für die Werftindustrie	0,3	0,3	0,2	+ 0,02	+ 5,4
Mittelstandsförderung	1,4	1,7	1,7	- 0,05	- 2,8
Förderung erneuerbarer Energien	0,6	0,5	0,3	+ 0,2	+ 58,0
Gewährleistungen	4,6	2,9	4,6	- 1,7	- 37,3
Landwirtschaft	2,7	2,7	3,2	- 0,5	- 16,7
Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	1,7	1,6	1,7	- 0,1	- 5,4
Gasölverbilligung	0,4	0,4	0,9	- 0,5	- 54,0

Regionale Förderungsmaßnahmen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die von Bund und Ländern je zur Hälfte finanziert wird, werden betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen unterstützt. Die Verantwortung für die Durchführung dieser Aufgabe liegt bei den Ländern. Die neuen Länder erhielten 2001 87,0 % der vom Bund

bereitgestellten Mittel. Hinzu kommen im Berichtszeitraum dem Bund zuzurechnende Leistungen aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) in Höhe von 0,3 Mrd. DM (-0,3 Mrd. DM gegenüber 2000).

Besondere Bedeutung kommt den Finanzhilfen des Bundes für die neuen Länder im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost zu.

Danach erhalten diese im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 1995 für die Dauer von zehn Jahren Mittel in Höhe von 6,6 Mrd. DM jährlich zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Darin eingeschlossen sind 0,7 Mrd. DM zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Förderung des Kohlenbergbaus. Auf der Grundlage der Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichenden Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatte, leistete der Bund Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus durften auch Zahlungen zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Außerdem erhielten die Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus konzeptgebundene Hilfen in Höhe von 0,3 Mrd. DM zum Ausgleich von bilanziellen Belastungen infolge der kohlepolitischen Beschlüsse vom Herbst 1991. Die Unternehmen mussten demnach ihre Kapazitäten den nachhaltig verringerten Absatzmöglichkeiten anpassen. Diese Hilfen, an denen sich die Bergbauländer Nordrhein-Westfalen und Saarland mit 26 % beteiligten, werden seit 1997 gezahlt.

Für die Abwicklung des Sondervermögens „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ wurden zusätzliche Ausgaben in Höhe von knapp 0,1 Mrd. DM fällig, die auf einem Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes bezüglich der Erhöhung von Zuschüssen nach dem Dritten Verstromungsgesetz beruhen.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der

Wirtschaftsförderung setzte die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Schulung und Weiterbildung bereitgestellt.

Ein wichtiger Teil der Mittelstandsförderung entfällt auf die Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich (1,4 Mrd. DM). Die Ausgaben dienen insbesondere der Erhöhung der Innovationsfähigkeit in den kleinen und mittleren Unternehmen der neuen Länder. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Forschungszusammenarbeit und bei Unternehmensgründungen. Höhere Aufwendungen fielen an, weil der Bund sich verpflichtet hat, Ausfälle bei geförderten Beteiligungen an Technologieunternehmen zu übernehmen.

Gewährleistungen. Im Rahmen der Ausgaben für Gewährleistungen hat der Bund im Jahr 2001 Schadensersatzleistungen für eine Reihe in Zahlungsschwierigkeiten geratener Länder, insbesondere auch im Zusammenhang mit abgeschlossenen Umschuldungsabkommen geleistet. Im binnengewirtschaftlichen Bereich waren Schadenzahlungen im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm und in den neuen Bundesländern erforderlich.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Ver-

besserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Betriebe der Landwirtschaft erhalten für die Verwendung versteuerten Gasöls zum Betrieb landwirtschaftlicher Fahrzeuge und Maschinen

eine Verbilligung. Damit werden Wettbewerbsverzerrungen vermieden, die durch Steuerbefreiung bzw. -entlastung in anderen Mitgliedstaaten der EU entstehen können. Ab 2001 wird die bisherige Gasölverbilligung durch eine mineralölsteuerliche Regelung ersetzt.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern Weltraumforschung	12,9 4,8 1,3	13,1 4,8 1,3	12,4 – 1,3	+ 0,7 + 4,8 + 0,05	+ 6,3 . + 3,9
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,5	1,4	1,1	+ 0,3	+ 31,4
Hochschulen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	4,1 2,2	4,1 2,2	3,9 2,0	+ 0,3 + 0,2	+ 7,5 + 10,7
Berufliche Weiterbildung	0,6	0,5	–	+ 0,5	.
Kunst- und Kulturförderung	2,8	2,7	2,7	– 0,01	– 0,3

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Bereiches. Die fächerübergreifenden Trägerorganisationen Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft erhielten zusammen 1,4 Mrd. DM. Die in der Helmholtz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Forschungszentren wurden 2001 mit 2,7 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt unterstützt.

An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligte sich die Bundesrepublik mit 1,0 Mrd. DM.

Erstmals wurden 2001 zusätzliche Mittel aus dem von der Bundesregierung initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm für ein nationales Genomforschungsnetz zur Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung (103 Mio. DM) sowie zur Förderung innovativer Wachstumskerne in

den neuen Bundesländern (56 Mio. DM) bereitgestellt.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ab 2000 wird der Darlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt. Im Frühjahr 2001 ist eine BAföG-Strukturreform in Kraft getreten, die eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsförderung gebracht hat.

Hochschulen. Der Hochschulbau ist seit 1970 nach Artikel 91a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund erstattet 50 % der jedem Land nach Maßgabe des jährlich aufzustellenden Rahmenplans entstandenen Ausgaben. Damit trägt der Bund im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten der bildungspolitischen Bedeutung des Hochschulbaus für den Standort Deutschland Rechnung. Der Schwerpunkt des Ausbaus liegt hierbei in den neuen Ländern.

Hervorzuheben ist die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung gestartete „Zukunftsinitiative Hochschule“, die die zentralen Herausforderungen an die Hochschulpolitik (Förderung des virtuellen Studiums und virtueller Hochschulprojekte, Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für die „besten Köpfe“ im In- und Ausland, Förderung von Forschungszentren an besonders leistungsfähigen Hochschulen als „Centers of Excellence“, Förderung eines bundesweiten Netzes für Patentierung, Verwertung von Forschungsergebnissen zur zielgerichteten Gründung von Unternehmen) aufgreift. Hierfür wurden 2001 knapp 0,3 Mrd. DM ausgegeben.

Berufliche Weiterbildung. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungspotenzials in den neuen Ländern förderte der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen mit einem Anteil von 0,2 Mrd. DM. Das Sonderprogramm wird je von Bund und Ländern zur Hälfte finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 (2001: 87 Mio. DM) Mittel (das so genannte „Meister-BAföG“), bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Die Hauptlast der beruflichen Ausbildung tragen die kleinen und mittleren Betriebe des Handwerks, der Industrie und der Bauwirtschaft. Da sie in der Regel über keine eigenen Lehrwerkstätten verfügen, fördert der Bund zur Ergänzung der Ausbildung in diesen Unternehmen überbetriebliche Ausbildungsstätten. Dafür wurden 2001 insgesamt knapp 0,1 Mrd. DM aufgewandt.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wird mit der „Zukunftsinitiative für berufliche Schulen“ (0,2 Mrd. DM) dem bestehenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Modernisierung der beruflichen Bildung durch Investitionen in moderne Informations- und Kommunikationstechnologien an den beruflichen Schulen Rechnung getragen.

Kunst- und Kulturflege. Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln können neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bilden dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern. Auch fördert der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Außerdem waren im Bundeshaushalt 2001 Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationaler Berufstätigenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen.

Übrige Ausgaben

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Zinsen	77,0	73,6	76,6	- 3,0	- 3,9
Prägekosten, Rückkauf der DM-Münzen	1,8	4,4	0,5	+ 3,9	.
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	6,5	6,5	6,5	0,0	0,0
Wohnungswesen	3,7	3,5	3,7	- 0,2	- 6,8
Sozialer Wohnungsbau	1,6	1,6	2,1	- 0,5	- 24,5
Wohnraummodernisierungsprogramm	1,4	1,4	1,4	+ 0,06	+ 4,1
Städtebauförderung	0,7	0,7	0,7	- 0,01	- 0,2
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2,3	2,0	1,2	+ 0,8	+ 64,6
Zuschuss an die Postunterstützungskassen	9,3	8,7	8,4	+ 0,3	+ 3,3
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	1,1	0,9	1,0	- 0,1	- 8,1

Zinsen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1999 wurde der Schuldendienst der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Verstromungsfonds in den Bundeshaushalt integriert. Durch die Übernahme der Schulden in Höhe von rund 390 Mrd. DM wird nun die bereits faktisch und rechtlich bestehende Verantwortung des Bundes für die Abdeckung des Schuldendienstes dieser Sondervermögen im Bundeshaushalt offen gelegt. Die Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen wurden voll zur Schuldentilgung verwendet. Daraus ergaben sich Zinsersparnisse für den Bundeshaushalt.

Prägekosten, Rückkauf der DM-Münzen. Die überplanmäßigen Ausgaben sind Folge des unerwartet großen Erfolgs der „Schlafmünzenaktion“ der Deutschen Bundesbank. Mit ihr ist es gelungen, die Bevölkerung zu einer vorzeitigen Rückgabe von DM-Münzen im Vorgriff auf die Einführung des Eurobargeldes zu bewegen und somit die Phase des Bargeldumtauschs zu Beginn des Jahres 2002 wesentlich zu entlasten.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bun-

desstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der Zins- und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhielt er jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite zur Finanzierung seiner Leistungen. Der Betrag von 9,5 Mrd. DM wurde je zur Hälfte vom Bund und von den alten Ländern aufgebracht. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den Annuitäten zusätzlich mit 2,1 Mrd. DM als pauschalem Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde für die Jahre 1998 bis 2003 der Zuschuss auf 6,8 % der aufgenommenen Kredite reduziert. Das bedeutet eine vorübergehende Absenkung der Annuitäten von 9,5 Mrd. DM um 3,04 Mrd. DM auf 6,46 Mrd. DM in den entsprechenden Jahren.

Wohnungswesen. Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz. Der Schwerpunkt der Förderung hat sich vom Neubau von Sozialmietwohnungen hin zur Erneuerung und Anpassung vorhandener Wohnungsbestände verlagert. Demzufolge entfällt

auch der größte Teil der Mittel (0,7 Mrd. DM) auf Investitionen bei der einkommensorientierten Förderung in den alten Ländern gemäß § 88d und e des II. WoBauG. Für Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus einschließlich Modernisierung und Instandsetzung in den neuen Ländern wurden 0,6 Mrd. DM aufgewandt.

Für emissionsmindernde Maßnahmen bei der Heizungserneuerung und der energetischen Verbesserung der Gebäudeaußenhülle in Altbaubeständen hat die KfW ein CO₂-Gebäudesanierungsprogramm gestartet, das mit jährlich 0,4 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt unterstützt wird.

Das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) diente der Kreditfinanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie von Aus-, An- und Umbaumaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden in den neuen Ländern. Die Kredite werden aus dem Bundeshaushalt über einen Zeitraum von zehn Jahren im Regelfall um bis zu 2 % jährlich verbilligt. Das Programm wurde 1990 mit einem Volumen von 10 Mrd. DM gestartet und 1993 auf 60 Mrd. DM angehoben. Wegen der großen Nachfrage aufgrund des Instandsetzungstaus wurde das Programm zunächst für das Jahr 1998 verlängert und 1999 letztmalig auf insgesamt 79 Mrd. DM aufgestockt. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden für die gesamte Laufzeit insgesamt 13,8 Mrd. DM betragen.

Im Jahr 2000 hat die Bundesregierung ein Nachfolgeprogramm für die neuen Länder mit einem Umfang von nochmals 10 Mrd. DM gestartet. Die neuen Länder beteiligen sich zur Hälfte an den Kosten der Zinsverbilligung.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Im Hinblick auf den hohen Erneuerungsbedarf in den Städten und Gemeinden der neuen Länder setzte der Bund

seine Finanzhilfen dort schwerpunktmäßig (0,5 Mrd. DM) ein. Das Förderspektrum umfasste hier neben Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen auch städtebaulichen Denkmalschutz sowie die städtebauliche Weiterentwicklung bestehender großer Neubaugebiete.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung.

Mit dem Wirksamwerden der neuen staatlichen Haushaltssystematik wurde der Aufgabenbereich Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung inhaltlich erweitert. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von Aids und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes leistete der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für dieendlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Postunterstützungskassen.

Aufgrund der Gewährleistungspflicht des Bundes gemäß § 16 Absatz 4 Postpersonalrechtsgesetz ist der Bund zum Ausgleich des Defizits der Postunterstützungskassen verpflichtet. Bislang erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandvermögen „Postnachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das u. a. Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für die Postunterstützungskassen unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die aus dem Bundeshaushalt geleisteten Ausgaben

stellten sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Dabei wurden die Mittel an den notwendigen Bedarf angepasst. Bei den Ausgaben für die Nachfolgeeinrichtungen der Treuhändanstalt

lag der Schwerpunkt auf den Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft (0,6 Mrd. DM). Außerdem erhielten die Energiewerke Nord GmbH 0,3 Mrd. DM.

4 Die Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereiche	Soll	Ist-Ergebnis		Veränderung	
	2001 in Mrd. DM	Januar bis Dezember 2001 in Mrd. DM	2000 in Mrd. DM	Januar bis Dezember in Mrd. DM	gegenüber Vorjahr in %
Einnahmen	433,2	430,7	431,3	- 0,6	- 0,1
darunter:					
Steuern	384,6	379,0	388,8	- 9,8	- 2,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	286,1	277,9	298,2	- 20,3	- 6,8
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	115,5	117,5	123,0	- 5,4	- 4,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	13,1	20,4	13,2	+ 7,2	+ 54,5
Körperschaftsteuer	12,0	- 0,4	23,1	- 23,5	.
Steuern vom Umsatz	135,4	129,7	130,0	- 0,3	- 0,2
Zinsabschlag	6,9	7,7	6,3	+ 1,4	+ 22,2
Gewerbesteuerumlage	3,3	3,0	2,6	+ 0,4	+ 14,0
Bundessteuern	156,8	155,1	147,7	+ 7,4	+ 5,0
Solidaritätszuschlag	21,4	21,6	23,2	- 1,5	- 6,5
Versicherungsteuer	14,3	14,5	14,2	+ 0,4	+ 2,5
Mineralölsteuer	82,1	79,6	74,0	+ 5,6	+ 7,6
Tabaksteuer	23,4	23,6	22,4	+ 1,2	+ 5,5
Branntweinsteuern	4,1	4,2	4,2	- 0,02	- 0,4
Stromsteuer	8,2	8,5	6,6	+ 1,9	+ 28,8
Übrige Bundessteuern	3,3	3,0	3,2	- 0,2	- 6,7
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 25,1	- 24,9	- 26,3	+ 1,4	- 5,3
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 13,4	- 13,4	- 13,2	- 0,1	+ 0,9
Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel	- 19,8	- 15,7	- 17,5	+ 1,8	- 10,2
Sonstige Einnahmen	48,5	51,7	42,5	+ 9,2	+ 21,6
Ablieferung Bundesbank	7,0	7,0	7,0	0,0	0,0
Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	22,1	22,6	11,3	11,3	+ 99,6

Steuern. Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2001 wurde von den finanziellen Wirkungen der von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten steuerwirksamen Maßnahmen geprägt:

- Steuernungsgesetz sowie Steuernungsergänzungsgesetz
- Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen
- Gesetz zur Fortsetzung der ökologischen Steuerreform
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“ und

des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern.

Außerdem wurde die Entwicklung des Steueraufkommens maßgeblich durch die Abschwächung der Konjunktur beeinflusst.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern (Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und Zinsabschlag) bilden auch weiterhin die Hauptfinanzierungs-

quelle des Bundes. Das Kindergeld, das ab 1996 aus dem Aufkommen der Lohnsteuer finanziert wird, wurde für das erste und zweite Kind ab 1. Januar 1999 von 220 DM auf 250 DM angehoben. Eine weitere Erhöhung des Kindergeldes um 20 DM auf 270 DM erfolgte zum 1. Januar 2000. Insbesondere spiegelt sich bei der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Tarifentlastung wider.

Der starke Rückgang der Körperschaftsteueraufkommens ist Folge der konjunkturellen Entwicklung, der Tarifsenkung und hohen Sonderausschüttungen, die zu stark zunehmenden Erstattungen der Differenz zwischen Ausschüttungs- und Thesaurierungsbelastung an die Körperschaftsteuerpflichtigen geführt haben. Diese stark gestiegenen Ausschüttungen haben andererseits zu einem kräftigen Zuwachs bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag geführt.

Der Umsatzsteuersatz wurde zum 1. April 1998 von 15 % auf 16 % zur Finanzierung des zusätzlichen Zuschusses zur Rentenversicherung angehoben. Die Steuern vom Umsatz enthalten noch den Anteil der Länder zum Schuldendienst Fonds „Deutsche Einheit“, den die Länder aus ihrem Umsatzsteueranteil mitfinanzieren. Ihr Anteil betrug in den Monaten Januar bis September 2001 3,8 Mrd. DM. Vom Umsatzsteueraufkommen stehen dem Bund seit 1999 vorab 5,63 % (1998: 3,64 %) als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen den Gemeinden ab 1998 2,2 % zum Ausgleich des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund seit 2000 50,25 % und den Ländern 49,75 % zu, da der Länderanteil wegen Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich um 0,25 % erhöht wurde. Damit ergibt sich für den Bund ab dem Jahr 2000 ein Anteil von rund 52,0 % an den Steuern vom Umsatz.

Das Aufkommen aus dem seit 1993 geltenden Zinsabschlag wird im Verhältnis 44:44:12 auf Bund:Länder:Gemeinden aufgeteilt.

Bundessteuern. Der seit dem 1. Januar 1995 erhobene Solidaritätszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer beträgt 5,5 % gesenkt. Der Solidaritätszuschlag dient der teilweisen Kompen-sierung der Belastungen des Bundes aus der Neu-regelung des Finanzausgleichs. Die Entwicklung der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag folgt der rückläufigen Entwicklung seiner Bemessungs-grundlagen.

Mit der ökologischen Steuer- und Abgaben-reform wird der Energieverbrauch stärker be-steuert. Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter ab 1. Januar 2001 stiegen die Einnahmen gegenüber dem Vor-jahr deutlich, blieben jedoch unter dem Ansatz. Die Mittel, die der Rentenversicherung im Zusam-menhang mit der Einführung der Ökosteuer zur Ver-fügung gestellt wurden, ermöglichen im Jahr 2001 einen Beitragssatz, der um 1,3 Prozent-punkte niedriger war, als dies ohne die Mittel aus der Ökosteuer der Fall gewesen wäre.

Die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer wurde zum 1. Januar 2001 um weitere 0,5 Pfennig auf 3 Pfennig je Kilowattstunde angehoben.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden neu geordneten Finanz-ausgleich sind die neuen Länder nach dem Aus-laufen des Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsoli-dierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977).

Durch die Neuregelung wurde auch das Gesamtvolume der Bundesergänzungszuwei-sungen erheblich ausgeweitet, und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Die Sanie- rungshilfen für Bremen und das Saarland werden nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes bis zum Jahr 2004 wei-tergewährt, die Zahlungen aber schrittweise ver-ringert.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Anteil des Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BSP-Eigenmittel zu den Eigenen Einnahmen der EU. Den Zuweisungen an die EU nach dem BSP-Schlüssel liegt der Eigenmittelbeschluss vom 31. Oktober 1994 zugrunde. Demnach verlagert sich das Gewicht von den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln zu den BSP-Eigenmitteln. Im Jahr 2001

betrug die Obergrenze der Eigenen Einnahmen der EU 1,27 % des BSP der Union.

Sonstige Einnahmen. Der Bund vereinamhte einen Betrag von 7,0 Mrd. DM am Bundesbankgewinn, die er zur allgemeinen Finanzierung seiner Aufgaben einsetzte. Der überschießende Teil des Bundesanteils am Bundesbankgewinn in Höhe von 9,3 Mrd. DM wurde gemäß § 4 des Haushaltsgesetzes 2001 zur Tilgung von Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Der Zuwachs bei den sonstigen Einnahmen ist im Wesentlichen auf höhere Zins- und Gewährleistungseinnahmen zurückzuführen. Außerdem beinhalten die Einnahmen aus Darlehensrückflüssen und aus der Veräußerung von Beteiligungen Privatisierungserlöse in Höhe von 14,9 Mrd. DM. Hiervon dienen allein 7,6 Mrd. DM der Refinanzierung des Zuschussbedarfs bei den Postunterstützungskassen.

Der Bundeshaushalt 2002 – Nachhaltige Finanzpolitik für einen handlungs- fähigen Staat

1 Finanzpolitische Ausgangslage	77
2 Die Entwicklung der Ausgaben	83
3 Die Entwicklung der Einnahmen	95

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Der Bundeshaushalt 2001 hat mit einem guten Ergebnis abgeschlossen. Die Neuverschuldung des Bundes wurde gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgeführt und liegt mit 22,8 Mrd. € um 1,0 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis. Trotz der erheblichen Belastungen aus der Konjunktur wurde der Sollansatz der Ausgaben des Haushaltspolitischen Ausgangslage nur um 0,5 Mrd. € überschritten.

Der Haushaltabschluss 2001 ist vor allem das Ergebnis strikter Haushaltsdisziplin. Zusätzliche Belastungen durch die angespannte Entwicklung des Steueraufkommens und zwangsläufige Mehrausgaben wurden durch konsequente Einsparungen aufgefangen. Damit hat die Bundesregierung ihren erfolgreichen Weg der Haushaltstonsolidierung, der auch für das Jahr 2002 wegweisend ist, fortgesetzt.

Finanzpolitische Leitplanken. Im November 2000 wurde mit den finanzpolitischen Leitplanken ein umfassendes Konzept vorgelegt, das einen verlässlichen, aber auch flexiblen Rahmen für finanzpolitische Entscheidungen bildet. Aufbauend auf den bereits bestehenden Reformpaketen Zukunftsprogramm zur Sicherung von Wohlstand, Arbeit und sozialer Stabilität sowie Steuerreform 2000 orientiert sich die Finanzpolitik an folgenden Zielen:

- Schuldenabbau für nachhaltig solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit,

- Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch ein tragfähiges Steuer- und Abgabensystem.

Die erfolgreiche Sanierung der Staatsfinanzen mit dem Ziel niedriger öffentlicher Defizite bzw. des Verzichts auf staatliche Kreditaufnahme wirkt sich in niedrigeren Preisen und Zinsen aus. Die wachsenden finanzpolitischen Handlungsspielräume können langfristig für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden und tragen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft bei. Zudem ist der Schuldenabbau der wichtigste Beitrag der Finanzpolitik zur Solidarität unter den Generationen.

Konsolidieren und Gestalten. Trotz konjunktureller Wachstumspause mit deutlicher Abschwächung des Steueraufkommens und zusätzlichen Belastungen bei den Arbeitsmarktausgaben wird die Konsolidierung des Bundeshaushalts weiter fortgesetzt. Die Nettokreditaufnahme 2002 beträgt 21,1 Mrd. € und unterschreitet damit die Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2001 um 1,7 Mrd. €. Die Haushaltspolitik des Bundes bleibt damit darauf ausgerichtet – wie im Zukunftsprogramm 2000 vorgesehen – mit dem Bundeshaushalt 2006 erstmals einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme vorzulegen.

Gestalterische Politik und erforderliche Konsolidierung bleiben trotz der Konjunkturabschwächung in einem ausgewogenen Verhältnis. Aufbauend auf den bisherigen Erfolgen verfolgt die Bundesregierung weiter ihren klaren finanzpolitischen Kurs und setzt zukunftsorientierte Akzente sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite.

Antiterrorpaket. Als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 hat die Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen. Im Bundeshaushalt 2002 werden dafür 1,5 Mrd. € zusätzlich zur

Verfügung gestellt. Zur Gegenfinanzierung der Maßnahmen wird die Tabaksteuer in zwei Schritten zum 1. Januar 2002 und 2003 um jeweils 1 Cent pro Zigarette erhöht und die Versicherungsteuer ab 2002 um einen Prozentpunkt angehoben.

Steuerreformen. Die von der Bundesregierung umgesetzten Steuerreformen, insbesondere das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung, das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 sowie das Familienförderungsgesetz führen im Zeitraum 1998 bis 2005 zu einer Gesamtentlastung von insgesamt rund 56 Mrd. €.

Die Eckpfeiler der Steuerreform 2000 sind die Tarifreform und die grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung. Folgende wichtige Maßnahmen sind zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten:

- Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf einheitlich 25 % (Übergang vom Vollarrechnungsverfahren zum europäuglichen Halbeinkünfteverfahren ab 1. Januar 2002)
- Durch das Vorziehen der dritten Entlastungsstufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 um ein Jahr beträgt der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer ab 1. Januar 2001 19,9 % und der Höchststeuersatz 48,5 %. Der Grundfreibetrag stieg auf rund 14 000 DM/ 28 000 DM (Ledige/Verheiratete).
- Gezahlte Gewerbesteuer wird in Höhe des 1,8fachen des Gewerbesteuer-Messbetrages auf die Einkommensteuer angerechnet. Der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer bei der steuerlichen Gewinnermittlung bleibt uneingeschränkt erhalten. Die überwiegende Zahl der mittelständischen Unternehmen wird dadurch vollständig von der Gewerbesteuer entlastet.
- Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Steuersenkungsgesetzes wurde zur weiteren steuerlichen Entlastung des Mittelstandes u. a. der halbe durchschnittliche Steuersatz für Be-

triebsveräußerungen und -aufgaben ab 2001 wieder eingeführt. Der halbe durchschnittliche Steuersatz wird Unternehmern, die aus dem Berufsleben ausscheiden, einmal im Leben gewährt.

Zu diesen auch in 2002 fortwirkenden Maßnahmen treten in den Jahren 2003 und 2005 weitere Entlastungsschritte:

- Zum 1. Januar 2003 steigt der Grundfreibetrag auf 7 426 € (14 500 DM). Der Eingangssteuersatz wird auf 17 % und der Spitzensteuersatz auf 47 % gesenkt.
- Zum 1. Januar 2003 steigt der Grundfreibetrag auf 7 664 € (15 000 DM). Der Eingangssteuersatz beträgt 15 % und der Spitzensteuersatz sinkt auf 42 %.

Ökologische Steuerreform. Die auf nachhaltige Wirkung angelegte ökologische Steuerreform wird – wie beschlossen – in insgesamt fünf Stufen bis 2003 fortgeführt. Die 1. Stufe trat am 1. April 1999 mit folgenden Maßnahmen in Kraft:

- Erhöhung der Mineralölsteuer für Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter, für Heizöl um 4 Pfennig je Liter und für Gas um 0,32 Pfennig je Kilowattstunde,
- Einführung der Besteuerung des Stroms mit 2 Pfennig je Kilowattstunde,
- Ermäßigte Steuersätze für das produzierende Gewerbe, die Landwirtschaft und den Fahrstrom des Schienenverkehrs; Befreiung für Strom aus regenerativen Energiequellen.

Die weiteren Stufen bis 2003 treten jeweils zum 1. Januar eines Jahres in Kraft:

- Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe jährlich um 3 Cent (6 Pfennig) je Liter,
- steuerliche Förderung schwefelarmer bzw. -freier Kraftstoffe aus umweltpolitischen Gründen,
- Erhöhung der Stromsteuer jährlich um $\frac{1}{4}$ Cent (0,5 Pfennig) je Kilowattstunde.

Mit den für das Jahr 2002 der gesetzlichen Rentenversicherung im Zusammenhang mit der Ökosteuer zur Verfügung gestellten Mitteln kann der Beitragssatz um 1,5 Beitragspunkte niedriger festgesetzt werden, als dies ohne die Mittel aus der Ökosteuer der Fall wäre. Die positiven umwelt- und energiepolitischen Wirkungen können sich in dieser Zeit weiter verfestigen.

Familienförderung. Bereits mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 wurde das Kindergeld zum 1. Januar 1999 von 220 DM auf 250 DM und mit dem Ersten Gesetz zur Familienförderung zum 1. Januar 2000 weiter auf 270 DM erhöht. Mit dem Zweiten Gesetz zur Familienförderung werden der Familienleistungsausgleich verbessert und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts weiter umgesetzt. Der bisherige Betreuungsfreibetrag wird um eine Erziehungskomponente ergänzt, der Ausbildungsbedarf eines Kindes in den Familienleistungsausgleich einbezogen und das Kindergeld für erste und zweite Kinder nochmals spürbar um 16 € angehoben. Darüber hinaus wird außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Abzug für nachgewiesene erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten zugelassen und ein Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs bei volljährigen Kindern, die sich in der Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, eingeführt.

Altersvermögensgesetz. Zum Ausgleich der geringfügigen Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung wird der Aufbau einer zusätzlichen freiwilligen betrieblichen oder privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ab 2002 steuerlich durch einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug oder eine progressionsunabhängige Zulage gefördert. Der Umfang der Altersvorsorgeaufwendungen, die von der Besteuerung freigestellt werden können, soll sich kontinuierlich von 2002 bis 2008 von 525 € auf 2 100 € aufbauen.

Zukunftsinvestitionsprogramm. Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (UMTS) wurden in vollem Umfang zur Rückführung der Staatsschulden eingesetzt. Dadurch konnte die Schuldenstandsquote wieder unter den Maastricht-Grenzwert von 60 % gesenkt werden. Die damit gleichzeitig erreichte Verringerung der Zinsausgaben um jährlich rund 2,6 Mrd. € hat Gestaltungsspielräume zugunsten von Zukunftsinvestitionen eröffnet, die bereits im Bundeshaushalt 2001 zum Tragen gekommen sind. Mit der Verwendung der Zinsersparnisse hat die Bundesregierung die Qualität der Staatsausgaben entscheidend verbessert. Das Zukunftsinvestitionsprogramm 2001 bis 2003 in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie umfasst zusätzliche Investitionsausgaben in Höhe von 2,1 Mrd. €. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden bis 2003 jährlich mit 1,5 Mrd. € und die Ausgaben für Forschung und Bildung mit gut 300 Mio. € gestärkt. Für ein Gebäudesanierungsprogramm stehen 205 Mio. € sowie für Energieforschung 51 Mio. € jährlich zur Verfügung. Bereits zuvor hatte die Bundesregierung jeweils gut 250 Mio. € pro Jahr zur Finanzierung der BAföG-Novelle und zur Verstärkung der Verkehrsinvestitionen vorgesehen.

Wende in der Agrarpolitik. Im Mittelpunkt stehen die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ das wesentliche Instrument zur Umsetzung der Agrarwende im Rahmen der Agrarstrukturpolitik. Entsprechend den Anforderungen wurden die Fördergrundsätze des Rahmenplans neu ausgerichtet. Daneben stellt der Bund für ein Sonderprogramm zur Förderung des Öko-Landbaus 34,8 Mio. € sowie für die Entwicklung von Modellregionen 17,9 Mio. € pro Jahr bereit.

Verbraucherpolitik. Für den neuen Politikschwerpunkt Verbraucherpolitik sind Mittel in

Höhe von 33,2 Mio. € veranschlagt. Dies bedeutet eine Aufstockung gegenüber 2001 um 55 %. Die Mittel werden für den gesundheitlichen Verbraucherschutz, den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und die Verbraucherinformation verwendet. Damit ist eine verantwortliche und leistungsfähige Verbraucherpolitik gewährleistet. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel für den Aufbau des neu zu gründenden Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie des Bundesinstituts für Risikobewertung, der die Grundlage für die Neuorganisation des gesund-

heitlichen Verbraucherschutzes schafft, bereitgestellt.

Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2002.

Der Entwurf des Bundeshaushaltplanes 2001 wurde den gesetzgebenden Körperschaften am 17. August 2001 zugeleitet. Nach eingehenden parlamentarischen Beratungen wurde der Bundeshaushalt am 30. November 2001 vom Deutschen Bundestag und am 20. Dezember 2001 vom Bundesrat verabschiedet. Am 27. Dezember 2001 wurde das Haushaltsgesetz 2002 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3964) verkündet.

Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2002

	Soll 2002	Ist 2001	Abweichung
	Mrd. € ¹		
Ausgaben Veränderung in % ²	247,5 + 1,8	243,1 - 0,4	+ 4,4 . .
Einnahmen			
Steuereinnahmen	199,2	193,8	+ 5,5
Verwaltungseinnahmen	24,5	26,4	- 1,9
Münzeinnahmen	2,7	0,2	+ 2,5
Nettokreditaufnahme	21,1	22,8	- 1,7
nachrichtlich: Investitionen	25,0	27,3	- 2,3

¹ Differenzen durch Rundung.

² Jeweils gegenüber Ist des Vorjahres.

Ausgaben. Die Ausgaben im Jahr 2002 liegen mit 247,5 Mrd. € um 4,4 Mrd. € über dem Ist-Ergebnis des Vorjahres. Diese Mehrausgaben beruhen im Wesentlichen auf dem gegenüber dem Vorjahr höheren Zuschussbedarf des Bundes-eisenbahnvermögens, da sich 2001 die Einnahmen aus dem Verkauf der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaften in Höhe von knapp 2,4 Mrd. € einmalig ausgabereduzierend auf den Bundeshaushalt auswirkten. Daneben ergeben sich Mehrausgaben beim zusätzlichen Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung, die durch die Einnahmen aus der Ökosteuer gegenfinanziert werden sowie für das Antiterrorpaket. Dagegen

werden die Leistungen für das Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost nicht mehr bei den Ausgaben erfasst. Sie wirken sich ab 2002 als Sonderbundesergänzungzuweisung auf der Einnahmeseite aus.

Diese Änderung in der Veranschlagung wirkt sich insbesondere in einem Rückgang der Investitionsausgaben aus. Dagegen verzichtet der Bund auf Steuereinnahmen, die den neuen Ländern direkt zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zur Verfügung gestellt werden. Die Investitionsausgaben verlieren damit im Bun-

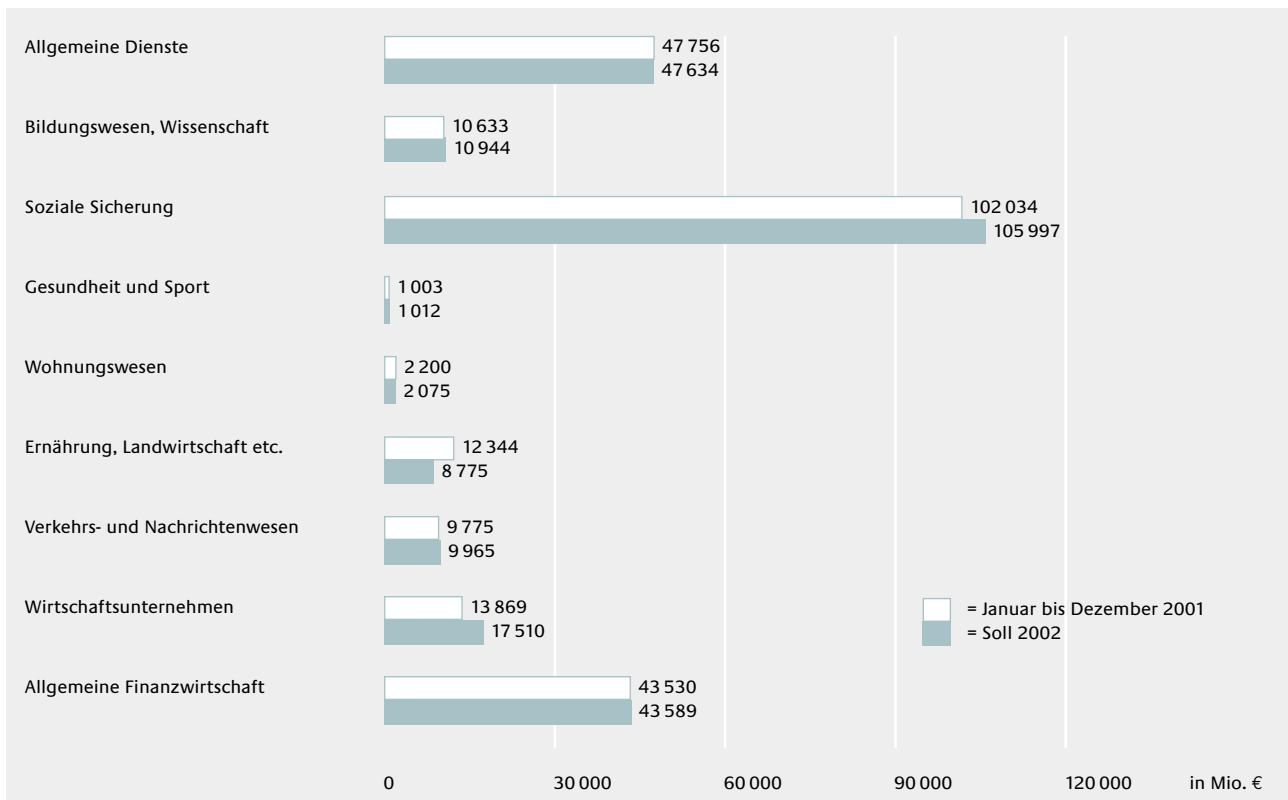
chen Wachstums zur Verfügung gestellt werden. Die Investitionsausgaben verlieren damit im Bundeshaushalt nicht an Bedeutung. Dieser Strukturwechsel unterstreicht vielmehr den vielschichtigen Charakter der Förderung öffentlicher Investitionen.

Die wichtigsten Ausgabenänderungen gegenüber dem Ist-Ergebnis 2001 ergeben sich bei folgenden Einzelpositionen:

Ausgabenänderungen

	in Mrd. €
Leistungen an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	+ 3,1
Bundeseisenbahnvermögen	+ 2,2
Antiterrorpaket	+ 1,5
Postunterstützungskassen	+ 1,0
Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	- 3,3
Steinkohlenbergbau	- 0,7

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

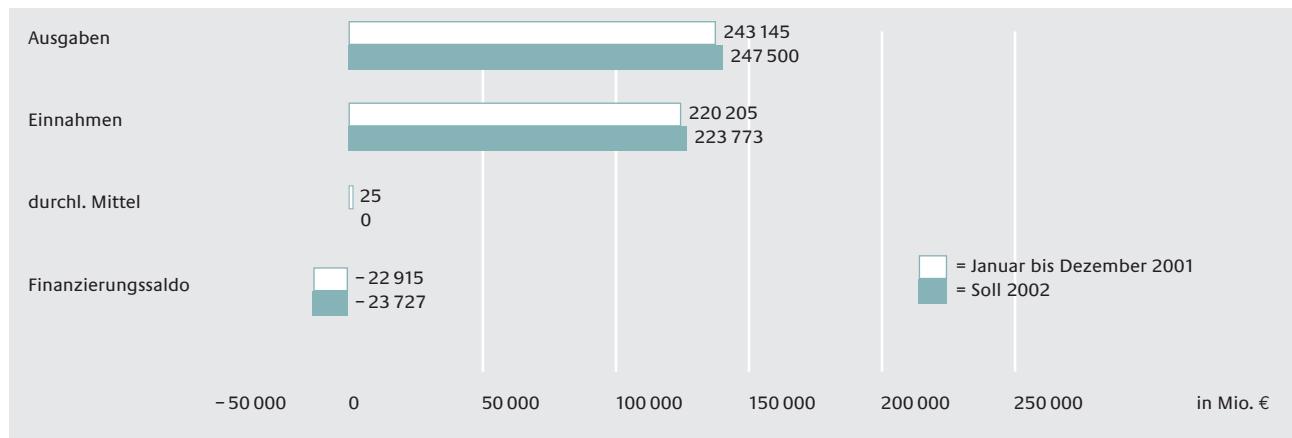


Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) werden im Jahr 2002 auf 223,8 Mrd. € veranschlagt und liegen damit um 1,6% über dem Ist-Ergebnis des Vorjahrs (220,2 Mrd. €). Dabei liegen die Steuereinnahmen mit 199,2 Mrd. € um 5,5 Mrd. € über dem Vorjahrsergebnis. Die veranschlagten Steuereinnahmen basieren auf dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung vom 8./9. November 2001. Grundlage dieser Schätzung ist das geltende Steuerrecht. Darüber hinaus wurden die finanziellen Auswirkungen weiterer Steuerrechtsänderungen berücksichtigt (Zweites Gesetz zur Familienförderung, Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes, 12. Euro-Einführungsgesetz, Solidarpaktfortführungsgesetz, Aufschiebung der

Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen). Ebenfalls wurden Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen, die sich bei der Steuerschätzung noch nicht niedergeschlagen haben, bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen einbezogen.

Defizit. Das Finanzierungsdefizit ist im Haushaltsplan mit 23,7 Mrd. € veranschlagt und wird durch eine Nettokreditaufnahme von 21,1 Mrd. € und durch Münzeinnahmen in Höhe von 2,7 Mrd. € gedeckt. Die Nettokreditaufnahme liegt um 3,9 Mrd. € unter den Investitionsausgaben von 25,0 Mrd. €. Damit wird die Neuverschuldung deutlich unterhalb der verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenze des Artikel 115 Grundgesetz gehalten.

Die Ermittlung des Finanzierungssaldos



2 Die Entwicklung der Ausgaben

Soziale Sicherung

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Leistungen an die Rentenversicherung	72,2	69,1	+ 3,1	+ 4,4
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	34,8	33,8	+ 1,0	+ 2,9
zusätzlicher Zuschuss	14,5	12,2	+ 2,3	+ 18,9
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	11,5	+ 0,1	+ 0,7
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,9	1,0	- 0,1	- 10,5
Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,5	7,4	+ 0,1	+ 1,1
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,0	2,3	- 0,3	- 13,1
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4,1	4,0	+ 0,1	+ 1,8
darunter:				
Alterssicherung	2,3	2,3	+ 0,05	+ 2,1
Krankenversicherung	1,2	1,2	+ 0,04	+ 3,4
Unfallversicherung	0,3	0,3	0,0	0,0
Arbeitsmarktpolitik	15,7	15,4	+ 0,3	+ 1,8
darunter:				
Bundesanstalt für Arbeit	2,0	1,9	+ 0,1	+ 3,6
Arbeitslosenhilfe	13,0	12,8	+ 0,2	+ 1,7
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,3	0,3	- 0,03	- 8,2
Erziehungsgeld	3,5	3,3	+ 0,1	+ 4,1
Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	0,4	0,4	+ 0,01	+ 0,1
Wohngeld	2,1	2,0	+ 0,1	+ 3,9
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,5	+ 0,01	+ 2,8
Kriegsopfersorgung und -fürsorge, Wiedergutmachung	3,8	4,1	- 0,3	- 8,7

Leistungen an die Rentenversicherung. Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im vergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde. Gleichzeitig ist der Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt. Dieses Gesetz sieht die Absenkung der Schwankungsreserve auf 80 % einer Monatsausgabe vor.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug

für das Jahr 1999 15,6 Mrd. DM. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss (ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag) jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998. Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge

zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund rund zwei Drittel seiner Aufwendungen (Soll 2002 = 1,2 Mrd. €).

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt der Bund (Defizitdeckung). Der im Jahr 2002 erhöhte Ansatz für

die Alterssicherung beruht auf einer erhöhten Anzahl von Rentenempfängern bei gleichzeitig starkem Rückgang der aktiv Versicherten. Aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit werden Vergütungen an ältere Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer gewährt, die ihre landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufgegeben haben. Die Frist für Neubewilligungen ist zum 31. Dezember 1996 ausgelaufen, was sich in tendenziell rückläufigen Aufwendungen auswirkt. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik. Der Ansatz für den Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) berücksichtigt die aus den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten zu erwartende Arbeitsmarktentwicklung. Demnach wird für das Jahr 2002 aufgrund der konjunkturellen Abschwächung eine Zunahme der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl auf 3,89 Mio. zugrunde gelegt. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Förderung der beruflichen Weiterbildung, berufliche Eingliederung Behindeter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse, Strukturanpassungsmaßnahmen, Langzeitarbeitslosen- und Jugendsofortprogramm, obliegt der Bundesanstalt für Arbeit. Mit dem Zuschuss des Bundes wird die Fortführung dieser Maßnahmen auf hohem Niveau sichergestellt.

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums macht sich deutlich am Arbeitsmarkt bemerkbar. Aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Arbeitslosenzahl wird der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger an allen Empfängern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auch weiterhin auf hohem Niveau liegen. Im Bundeshaushalt 2002 mussten deshalb umfangreiche Mittel für die Arbeitslosenhilfe vorgesehen werden.

Neben den umfangreichen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind im Bundeshaushalt weitere Mittel veranschlagt, mit denen das Ziel verfolgt wird, passive Lohnersatzleistungen langfristig zu vermeiden. Dazu zählen u. a. Hilfen für Arbeitnehmer in der Kohleindustrie, Mittel für Sprachkurse zur Integration von Zuwanderern und innovative Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Erziehungsgeld. In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld für Mütter oder Väter grundsätzlich in voller Höhe (307 €/Monat) gewährt. Jedoch entfällt der Anspruch auf Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen bei Eltern mit einem Kind 51 130 €, bei Alleinerziehenden 38 350 € überschreiten. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Die hier zugrunde zu legenden Einkommensgrenzen sind mit der Erziehungsgeldnovelle für ab dem 1. Januar 2001 geborene Kinder um rund 10 % – von 15 032 € auf 16 470 € – für Eltern mit einem Kind bzw. um rund 11 % – von 12 118 € auf 13 498 € – für Alleinstehende mit einem Kind deutlich erhöht worden. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um derzeit 2 454 €. Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall.

Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern. Entsprechend dem Pflegeversicherungsgesetz gewährt der Bund den neuen Ländern in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von

insgesamt 3,3 Mrd. € zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen. Dieser Betrag wird von den neuen Ländern durch Komplementärmittel um rund 0,8 Mrd. € aufgestockt. Damit wird die pflegerische Versorgung in den neuen Ländern zügig dem Standard im übrigen Bundesgebiet angepasst.

Wohngeld. Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird seit mehr als 30 Jahren die Sozialleistung Wohngeld – in der Regel auf Antrag als Miet- oder Lastenzuschuss – gewährt. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistung für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich verbessert, die bisher unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder vereinheitlicht. Aufgrund von Anlaufeffekten wirken sich diese Leistungsverbesserungen erst in 2002 in vollem Umfang aus.

Bund und Länder tragen das Wohngeld je zur Hälfte.

Kriegsopfersversorgung und -fürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit 3,1 Mrd. € auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Versorgung	6,5	6,4	+ 0,1	+ 2,3
ziviler Bereich	2,6	2,6	- 0,01	- 0,3
militärischer Bereich	3,9	3,8	+ 0,1	+ 4,0
Verteidigung	23,6	24,2	- 0,6	- 2,6
Militärische Beschaffungen	7,3	8,0	- 0,7	- 8,2
Beteiligung der Bundeswehr im internationalen Rahmen	0,7	0,9	- 0,2	- 18,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,6	3,7	- 0,1	- 2,1
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,5	1,7	- 0,2	- 10,9
Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	0,3	0,4	- 0,1	- 22,5
Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,3	+ 0,2	+ 64,0
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,7	4,6	+ 0,1	+ 2,5
Finanzverwaltung	2,2	2,2	- 0,08	- 3,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,4	2,3	+ 0,1	+ 4,0

Versorgung. Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassen die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene.

Verteidigung. Mit den für den Verteidigungsbereich veranschlagten Mitteln wird die umfangreiche Erneuerung der Bundeswehr gesichert. Ziel dieser Umgestaltung ist eine moderne, leistungsfähige und für qualifizierten Nachwuchs attraktive Bundeswehr, die ihren Auftrag auch künftig erfüllen kann. Der Ansatz für das Jahr 2002 ist den aktuellen finanzpolitischen Erfordernissen angepasst. Ergänzend können ab 2002 bis zu 0,6 Mrd. € durch Erlöse aus der Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens für die Erfüllung der Aufgaben genutzt werden. Darüber hinaus sollen in erheblichem Umfang Mittel zur Modernisierung der Bundeswehr durch Einsparung von Betriebskosten mobilisiert werden, die sich zum Teil aus der intensivierten Kooperation mit der Wirtschaft ergeben.

Unter den Ausgaben für militärische Beschaffungen werden insbesondere die Aufwendungen für Wehrforschung und militärische Entwicklung und Erprobung, für Materialerhaltung, für den Erwerb von militärischem Gerät sowie für Bau-

maßnahmen erfasst. Die größten Aufwendungen sind für die Erhaltung von Fluggerät (1,0 Mrd. €), für den Erwerb von Schiffen für die Marine (0,7 Mrd. €) sowie die Entwicklung und Beschaffung des Waffensystems Eurofighter (1,0 Mrd. €) geplant.

Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington beschlossen, im Bundeshaushalt 2002 1,53 Mrd. € für Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereitzustellen. Von diesen insgesamt zentral veranschlagten Ausgaben werden im Haushaltsvollzug Mittel in Höhe von knapp 0,8 Mrd. € dem Verteidigungsbereich zugeordnet.

Die Mittel für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen – humanitären und sonstigen – Einsätzen werden insbesondere für den Einsatz der Bundeswehr in Südosteuropa und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verwendet.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung leistet einen Beitrag dazu, dass die Menschen in allen Teilen der Welt die Chancen, die sich durch die Globalisierung bieten, zu ihrem Vorteil nutzen können. Trotz der Konsolidierungsbemühungen

hat die Entwicklungshilfe einen hohen Stellenwert. Die Mittel aus dem Bundeshaushalt werden eingesetzt, um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit wird regional und sektorale konzentriert. So wird sichergestellt, dass in bestimmten Schwerpunktländern die entwicklungspolitischen Instrumentarien gezielt zum Einsatz kommen.

Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben auch die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer (z. B. IDA, Europäischer Entwicklungsfonds).

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es

sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin sind knapp 0,3 Mrd. € für Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin enthalten.

Die Ausgaben für den Zivildienst, mit dem Kriegsdienstverweigerer dem Allgemeinwohl dienende Aufgaben, meist im sozialen Bereich, erfüllen, belaufen sich auf 1,0 Mrd. €.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für den Bundesgrenzschutz, für das Bundeskriminalamt und für das Bundesamt für Verfassungsschutz. In diesem Bereich werden auch zusätzlich Mittel aus dem Antiterrorpaket eingesetzt.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Deutsche Bahn AG	4,7	4,3	+ 0,4	+ 9,8
Bundeseisenbahnvermögen	6,2	4,0	+ 2,2	+ 56,3
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsförderungsgesetz)	5,5	5,6	- 0,01	- 1,1
Bundesautobahnen	3,1	3,2	- 0,1	- 3,3
Bundesstraßen	2,3	2,3	+ 0,02	+ 0,8
Wasserstraßen und Häfen	1,4	1,3	+ 0,1	+ 6,7
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsförderungsgesetz	1,7	1,6	+ 0,08	+ 5,0

Im Haushaltsjahr 2002 sind 45,8 % der investiven Ausgaben des Bundes (25,0 Mrd. €) Verkehrsinvestitionen. Im Jahr 2001 betrug ihr Anteil 39,5 %. Damit entfällt auf den Verkehrsbereich der größte Teil der Investitionen des Bundes. Das Zukunftsinvestitionsprogramm sieht in den Jahren 2001 bis 2003 jährlich 1,5 Mrd. € zusätzliche Mittel vor. Trotz des notwendigen Konsolidierungsbedarfs können damit die Verkehrsprojekte

„Deutsche Einheit“, notwendige Bestandsinvestitionen und gezielte Investitionen zur Verbesserung des Gesamtverkehrsnetzes realisiert werden.

Deutsche Bahn AG. Der Ansatz für das Jahr 2002 enthält 4,4 Mrd. € an Investitionsausgaben. Die Schienenwegeinvestitionen werden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms um 1,0 Mrd. € erhöht. Diese Mittel sind Bestandteil

eines insgesamt rund 7,7 Mrd. € umfassenden Programms zur Sanierung und Modernisierung des bestehenden Netzes im Zeitraum 2001 bis 2003. So sollen Langsamfahrstellen beseitigt, Leit- und Sicherungstechnik modernisiert sowie Brücken- und Tunnelbauten saniert werden, was die Leistungsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene hinsichtlich Schnelligkeit und Pünktlichkeit erheblich verbessern wird.

Bundeseisenbahnvermögen. Für folgende Positionen des nach der Ausgliederung der Deutschen Bahn AG verbliebenen Bundeseisenbahnvermögens (BEV) stellt der Bundeshaushalt Mittel bereit:

- Der Bund erstattet die Verwaltungsausgaben, die das BEV nicht durch eigene Einnahmen decken kann (Soll 2002: 5,9 Mrd. €; + 2,5 Mrd. € gegenüber Ist 2001). Im Jahr 2001 wirkten sich Einnahmen des BEV aus der Veräußerung der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft ausgabemindernd für den Bund aus.
- Der Bund erstattet dem BEV die Kosten, die für den erhöhten Personalbedarf im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes entstehen (Soll 2002: 0,3 Mrd. €; - 0,3 Mrd. € gegenüber Ist 2001).

Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen)

bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“, die als wichtige Bestandteile einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern anzusehen sind. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms werden die Straßenbauinvestitionen für ein zusätzliches Programm von 125 Ortsumgehungen um knapp 0,5 Mrd. € aufgestockt. Insgesamt entfallen auf den Bereich Straßen 40,5 % der investiven Ausgaben des Verkehrswesens.

Wasserstraßen und Häfen. Mit den für die Wasserstraßen veranschlagten Mitteln können die laufenden Ausbaumaßnahmen im Wesentlichen fortgeführt werden. Dabei werden die Mittel auf Projekte konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung sind. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes sowie das Projekt 17 der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ – Bundeswasserstraßenverbindung Rühen–Magdeburg–Berlin.

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist ein Betrag bis zu 1677 Mio. € des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zu verwenden. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm – außer bei größeren Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (über 51 Mio. €) – ganz auf die Länder übertragen. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	4,8	- 3,6	- 75,3
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	1,0	1,3	- 0,3	- 22,9
Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	0,0	3,3	- 3,3	.
Förderung des Kohlenbergbaus	3,0	3,7	- 0,7	- 17,7
Absatz- und Stilllegungshilfen	2,9	3,4	- 0,5	- 13,3
Hilfen zur Kapazitätsanpassung	0,0	0,2	- 0,2	.
Anpassungsgeld für Arbeitnehmer	0,1	0,1	+ 0,01	+ 1,7
Hilfen für die Werftindustrie	0,1	0,1	- 0,02	- 14,0
Mittelstandsförderung	0,8	0,9	- 0,06	- 7,1
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,3	+ 0,1	+ 33,8
Gewährleistungen	2,2	1,5	+ 0,7	+ 49,6
Landwirtschaft	1,3	1,4	- 0,06	- 0,4
Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,9	0,8	+ 0,07	+ 8,7

Regionale Förderungsmaßnahmen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die von Bund und Ländern je zur Hälfte finanziert wird, ist das wichtigste Bund-Länder-Instrument zur Förderung der Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

Im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost erhielten die neuen Länder ab 1995 bis 2001 Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Diese für einen Zeitraum von zehn Jahren angelegte Förderung wird ab 2002 als Sonderbundesergänzungszuweisung ausgewiesen.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Ansatz für das Jahr 2002 berücksichtigt die Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des

Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichen den Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatte.

Der Bund leistet Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus dürfen auch Zahlungen zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Die Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus erhielten außerdem von 1997 bis 2001 konzeptgebundene Hilfen zum Ausgleich von bilanziellen Belastungen infolge der kohlepolitischen Beschlüsse vom Herbst 1991. Die Unternehmen mussten demnach ihre Kapazitäten den nachhaltig verringerten Absatzmöglichkeiten anpassen. An diesen Hilfen beteiligte sich Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel und das Saarland mit 26 %.

Hilfen für die Werftindustrie. In Deutschland wird der Schiffbau durch Zinszuschüsse zur Absatzfinanzierung (so genannte Werfthilfe) und durch Produktionskostenzuschüsse (so genannte Wettbewerbshilfe) gefördert. Werfthilfen werden vollständig vom Bund finanziert, Wettbewerbshilfen zu 1/3 vom Bund und zu 2/3 von den Ländern.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen setzt die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Schulung und Weiterbildung bereitgestellt. Die gegenüber dem Vorjahr rückläufige Entwicklung der Ausgaben beruht auf der Tatsache, dass das Eigenkapitalhilfeprogramm seit 1997 aus dem ERP-Sondervermögen finanziert wird. Im Bundeshaushalt werden nur noch die Beträge für die Abwicklung früherer Förderjahrgänge veranschlagt.

Die Stärkung der Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung bildet mit einem Anteil von 0,6 Mrd. € einen wesentlichen Schwerpunkt. Hier haben z. B. die Forschungszusammenarbeit und Unternehmensgründungen sowie Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern großes Gewicht.

Förderung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung fördert die Bundesregierung die Technologie im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen und Studien. Diese dienen der Erschließung bzw. Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung den Einsatz regenerativer Energien. Schwerpunkte sind dabei die Stromerzeugung aus Sonnenenergie, die durch das auf fünf Jahre angelegte

„100 000 Dächer-Solarstrom-Programm“ gefördert wird, und ein Marktanreizprogramm zugunsten erneuerbarer Energien.

Gewährleistungen. Durch die Übernahme von Gewährleistungen fördert die Bundesregierung sowohl außen- als auch binnengewirtschaftliche Vorhaben, die sonst nicht oder nur schwer zu finanzieren wären. Von den im Jahr 2001 erwarteten Ausgaben entfällt der überwiegende Teil auf den Außenwirtschaftsbereich. Dabei handelt es sich insbesondere um Entschädigungen für Ausfuhrgeschäfte mit der ehemaligen Sowjetunion, die die Bundesregierung vor Jahren vor allem zur Unterstützung von Unternehmen in den neuen Bundesländern im Interesse der Beschäftigungssicherung verbürgt hat. Im binnengewirtschaftlichen Bereich ist vor allem Vorsorge für Schadenszahlungen im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm und für Gewährleistungen in den neuen Ländern getroffen.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt – neben den Hilfen des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern Weltraumforschung	6,8 2,5 0,7	6,7 2,4 0,7	+ 0,1 + 0,1 + 0,04	+ 1,2 + 2,7 + 5,3
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	0,8	0,7	+ 0,1	+ 14,7
Hochschulen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	2,2 1,1	2,1 1,1	+ 0,1 - 0,03	+ 3,5 - 2,9
Berufliche Weiterbildung	0,3	0,3	+ 0,03	+ 10,2
Kunst- und Kulturpflege	1,4	1,4	+ 0,03	+ 2,0

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Bereiches. Dabei entfallen 2,5 Mrd. € auf die gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern. Die fächerübergreifenden Trägerorganisationen Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft erhalten dabei zusammen 0,8 Mrd. €. Die in der Helmholtz-Gemeinschaft zusammengeschlossenen Forschungszentren werden mit 1,4 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt unterstützt.

An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligt sich die Bundesrepublik wie im Vorjahr mit rund 0,6 Mrd. €.

Zusätzliche Mittel werden in den Jahren 2001 bis 2003 aus dem von der Bundesregierung initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm für ein nationales Genomforschungsnetz zur Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung sowie zur Förderung innovativer Wachstumskerne in den neuen Ländern bereitgestellt.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können.

Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ab 2000 wird der Darlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt. Die im Frühjahr 2001 in Kraft getretene BAföG-Strukturreform brachte deutliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung.

Hochschulen. Der Hochschulbau ist seit 1970 nach Artikel 91 a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund erstattet 50 % der jedem Land nach Maßgabe des jährlich aufzustellenden Rahmenplans entstandenen Ausgaben. Damit trägt der Bund im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten der bildungspolitischen Bedeutung des Hochschulbaus für den Standort Deutschland Rechnung. Der Schwerpunkt des Ausbaus liegt hierbei in den neuen Ländern.

Hervorzuheben ist die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung gestartete „Zukunftsinitiative Hochschule“, die die zentralen Herausforderungen an die Hochschulpolitik (Förderung des virtuellen Studiums und virtueller Hochschulprojekte, Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen für die „besten Köpfe“ im In- und Ausland, Förderung von Forschungszentren an besonders leistungs-

fähigen Hochschulen als „Centers of Excellence“, Förderung eines bundesweiten Netzes für Patentierung, Verwertung von Forschungsergebnissen zur zielgerichteten Gründung von Unternehmen) aufgreift.

Berufliche Weiterbildung. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungspotenzials in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungspotenzialen. Das Sonderprogramm wird von Bund und Ländern je zur Hälfte finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel (das so genannte „Meister-BAföG“) bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wird mit der „Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen“ dem bestehenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Modernisierung der beruflichen Bildung durch Investitionen in

moderne Informations- und Kommunikationstechnologien an den beruflichen Schulen Rechnung getragen.

Kunst- und Kulturpflege. Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln können neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bilden dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern. Darüber hinaus ist im Jahr 2002 die Einrichtung einer im politischen Raum seit langem geforderten Bundeskulturstiftung vorgesehen, die im 1. Quartal 2002 ihre Arbeit in Halle/Saale aufnehmen soll. Sie soll im Rahmen der unstrittigen Bundeskompetenz innovative Programme und Projekte aus Kunst und Kultur insbesondere im internationalen Kontext fördern. Auch unterstützt der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Außerdem sind im Bundeshaushalt 2002 Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationaler Berufstätigengenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen.

Übrige Ausgaben

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Zinsen	38,9	37,6	+ 1,3	+ 3,3
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,5	3,3	- 0,8	- 25,5
Wohnungswesen	1,6	1,8	- 0,2	- 9,8
Sozialer Wohnungsbau	0,7	0,8	- 0,1	- 14,6
Wohnraummodernisierungsprogramm	0,6	0,7	- 0,1	- 12,8
Städtebauförderung	0,4	0,3	+ 0,06	+ 17,6
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,0	1,0	+ 0,01	+ 0,9
Zuschuss an die Postunterstützungskassen	5,4	4,4	+ 1,0	+ 22,2
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,5	0,4	+ 0,04	+ 8,4
Globale Mehr-/Minderausgaben	1,5	-	-	-

Zinsen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1999 wurde der Schuldendienst der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundesisenbahnbahnvermögen und Verstromungsfonds in den Bundeshaushalt integriert. Durch die Übernahme der Schulden in Höhe von rund 390 Mrd. DM wurde die bereits faktisch und rechtlich bestehende Verantwortung des Bundes für die Abdeckung des Schuldendienstes dieser Sondervermögen im Bundeshaushalt offen gelegt. Die Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen wurden voll zur Schuldentilgung verwendet. Daraus ergeben sich Zintersparnisse für den Bundeshaushalt.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit“ an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Sie erreichten ein Volumen von insgesamt 82,2 Mrd. €, wovon 48,6 Mrd. € kreditfinanziert waren. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der reinen Zins- und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhält er jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite zur Finanzierung seiner Leistungen. Der Betrag von

4,86 Mrd. € wird je zur Hälfte vom Bund und von den alten Ländern aufgebracht. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den Annuitäten zusätzlich mit 1,07 Mrd. € als pauschalen Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Wegen der seit Jahren günstigen Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt wurde die Schuld des Fonds schneller als erwartet abgebaut. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes über die Errichtung des Fonds „Deutsche Einheit“ vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde deshalb für die Jahre 1998 bis 2001 der Zuschuss auf 3,3 Mrd. € reduziert. Im Rahmen der Eingang zwischen Bund und Ländern vom 23. Juni 2001 wurde über die weitere Zukunft des Fonds entschieden. Die künftigen Annuitäten betrugen 2,46 Mrd. € in 2002, 2,27 Mrd. € in 2003 sowie 2,26 Mrd. € in 2004. Der Bund übernimmt die Annuitäten für die Jahre 2005 bis 2019 sowie eine Restschuld von bis zu 6,54 Mrd. € am 31. Dezember 2019. Für die Jahre 2005 bis 2019 erhält der Bund jährlich einen Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,32 Mrd. €. Weist der Bund nach, dass der Restbetrag des Fonds Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung 6,54 Mrd. € übersteigt, erhält er von den alten Bundesländern 53,3 % des übersteigenden Betrages.

Wohnungswesen. Für die soziale Wohnraumförderung gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz. Mit In-Kraft-Treten der Wohnungsbaureform zum 1. Januar 2002 ist der „soziale Wohnungsbau“ von der „sozialen Wohnraumförderung“ abgelöst worden. Vor dem Hintergrund einer durchweg guten Wohnungsmarktlage wird anstelle der bisherigen Ausrichtung auf die Neubauförderung künftig der vorhandene Wohnungsbestand zur Wohnraumversorgung besser genutzt. Daneben können die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund flexibler Fördermethoden effektiver eingesetzt werden.

Das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) diente der Kreditfinanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie von Aus-, An- und Umbaumaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden in den neuen Ländern. Die Kredite werden aus dem Bundeshaushalt über einen Zeitraum von zehn Jahren um bis zu 2 % jährlich verbilligt. Das Programm wurde 1990 mit einem Volumen von 10 Mrd. DM gestartet und 1993 auf 60 Mrd. DM angehoben. Wegen der großen Nachfrage aufgrund des Instandsetzungstaus wurde das Programm zunächst für das Jahr 1998 verlängert und 1999 letztmalig auf insgesamt 40 Mrd. € aufgestockt. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden für die gesamte Laufzeit insgesamt über 7 Mrd. € betragen.

Wegen des nach wie vor hohen Modernisierungsbedarfs insbesondere bei Altbauten, denkmalgeschützten Gebäuden und Hochhäusern wurde ein Nachfolgeprogramm im Jahr 2000 mit einem Kreditvolumen von 5,1 Mrd. € für drei Jahre aufgelegt. Dabei tragen Bund und Länder die Zinssubventionen je zur Hälfte.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Im Hinblick auf den enormen Erneuerungsbedarf in den neuen Län-

dern werden die Fördermittel schwerpunktmäßig dort eingesetzt. Daneben startet ab dem Jahr 2002 das neue Programm „Stadtumbau Ost“. Unter anderem werden hiermit Kommunen und Wohnungswirtschaft bei Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren und bei unvermeidlichem Rückbau leer stehender, langfristig nicht mehr benötigter Wohngebäude unterstützt.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von Aids und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wendet der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz auf. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Postunterstützungskassen. Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von den Postunterstützungskassen. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Dabei trägt der Bund die weitaus größere Finanzierungslast. Aufgrund der Gewährleistungspflicht des Bundes gemäß § 16 Absatz 4 Postpersonalrechtsgesetz besteht die Verpflichtung zum Ausgleich des Defizits der Postunterstützungskassen. Bislang erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandvermögen „Postnachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das u. a. Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für die Postunterstützungskassen unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt. Das den Bundeshaushalt belastende Defizit der Postunterstützungskassen steigt, weil durch den Eintritt weiterer Beamter in den Ruhestand zum einen die

Versorgungs- und Beihilfeleistungen steigen und sich zum anderen die Bemessungsgrundlage für die Finanzierungsbeiträge der Postnachfolgeunternehmen reduziert.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Einsparungen gegenüber dem Vorjahr im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms stellen gleichzeitig eine Anpassung der Mittel an den notwendigen Bedarf dar. Die Zuwendungen sind in erster Linie für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwal-

tungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt.

Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Als Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington stellt die Bundesregierung im Bundeshaushalt 2002 1,5 Mrd. € für Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bereit. Die Maßnahmen sind Teil einer langfristig angelegten, Ressortgrenzen überschreitenden Gesamtstrategie, die polizeiliche, nachrichtendienstliche, diplomatisch-präventive, humanitäre, wirtschaftliche und militärische Elemente sinnvoll kombiniert. Die veranschlagte Gesamtsumme wird im Rahmen des Haushaltsvollzugs den konkreten Vorhaben der jeweiligen Aufgabenbereiche zugeordnet.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereiche	Soll 2002 in Mrd. €	Ist-Ergebnis 2001 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. €	in %
Einnahmen darunter:	223,8	220,2	+ 3,6	+ 1,6
Steuern	199,2	193,8	+ 5,5	+ 2,8
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	150,3	142,1	+ 8,2	+ 5,7
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	62,0	60,1	+ 1,9	+ 3,2
Körperschaftsteuer	5,8	- 0,2	+ 6,0	.
Steuern vom Umsatz	71,0	66,3	+ 4,7	+ 7,1
Zinsabschlag	4,0	3,9	+ 0,03	+ 0,8
Bundessteuern	84,4	79,3	+ 4,8	+ 6,1
Solidaritätszuschlag	11,6	11,1	+ 0,5	+ 4,3
Versicherungsteuer	8,1	7,4	+ 0,7	+ 9,1
Mineralölsteuer	42,5	40,7	+ 1,8	+ 4,4
Stromsteuer	5,0	4,3	+ 0,7	+ 14,5
Tabaksteuer	13,4	12,1	+ 1,3	+ 11,0
Branntweinstuer	2,1	2,1	- 0,07	- 3,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15,7	- 12,8	- 3,0	+ 23,2
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,7	- 6,8	+ 0,1	- 1,5
Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel	- 12,7	- 8,0	- 4,7	+ 58,1
Sonstige Einnahmen	24,5	26,4	- 1,9	- 7,2
Ablieferung Bundesbank	3,5	3,6	- 0,08	- 2,2
Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,3	11,6	- 0,3	- 2,3

Steuern. Die veranschlagten Steuereinnahmen basieren auf dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung vom 8./9. November 2001. Grundlage dieser Schätzung ist das geltende Steuerrecht. Darüber

hinaus wurden die finanziellen Auswirkungen folgender Steuerrechtsänderungen berücksichtigt:

- Zweites Gesetz zur Familienförderung

- Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe
- Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes
- 12. Euro-Einführungsgesetz

Ebenfalls berücksichtigt wurden die Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen und die finanziellen Auswirkungen des Solidarpaktfortführungsgesetzes sowie Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen, die sich bei der Steuerschätzung noch nicht niedergeschlagen haben.

Diese Steuerrechtsänderungen wirken sich aufkommensmindernd auf die Steuereinnahmen des Bundes aus. Weitere Abweichungen nach unten ergeben sich als Folge der gedämpften wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Der Steuerschätzung für 2002 lag die Annahme eines nominalen Wirtschaftswachstums von 3 % zugrunde.

Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern (Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und Zinsabschlag) bilden auch weiterhin die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Das Kindergeld, das ab 1996 aus dem Aufkommen der Lohnsteuer finanziert wird, wurde für das erste und zweite Kind ab 1. Januar 2002 von 138 € auf 154 € angehoben.

Der Umsatzsteuersatz wurde zum 1. April 1998 von 15 % auf 16 % zur Finanzierung des zusätzlichen Zuschusses zur Rentenversicherung angehoben. Die Steuern vom Umsatz enthalten noch den Anteil der Länder zum Schuldendienst des Ende 1994 ausgelaufenen Fonds „Deutsche Einheit“, den die Länder aus ihrem Umsatzsteueranteil mitfinanzieren. Ihr Anteil beträgt 2,2 Mrd. €. Vom Umsatzsteueraufkommen stehen dem Bund seit 1999 vorab 5,63 % (1998: 3,64 %) als Ausgleich für

die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen stehen den Gemeinden ab 1998 2,2 % zum Ausgleich des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen standen dem Bund in den Jahren 2000 und 2001 50,25 % und den Ländern 49,75 % zu, da der Länderanteil wegen Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich um 0,25 % erhöht wurde. Damit ergab sich für den Bund ein Anteil von rund 52,0 % an den Steuern vom Umsatz. Mit dem Ausgleich der Belastungen der Länder durch das Zweite Gesetz zur Familienförderung ab 2002 erhalten die Länder 50,4 % und der Bund 49,6 %. Der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz verringert sich damit auf 51,4 %.

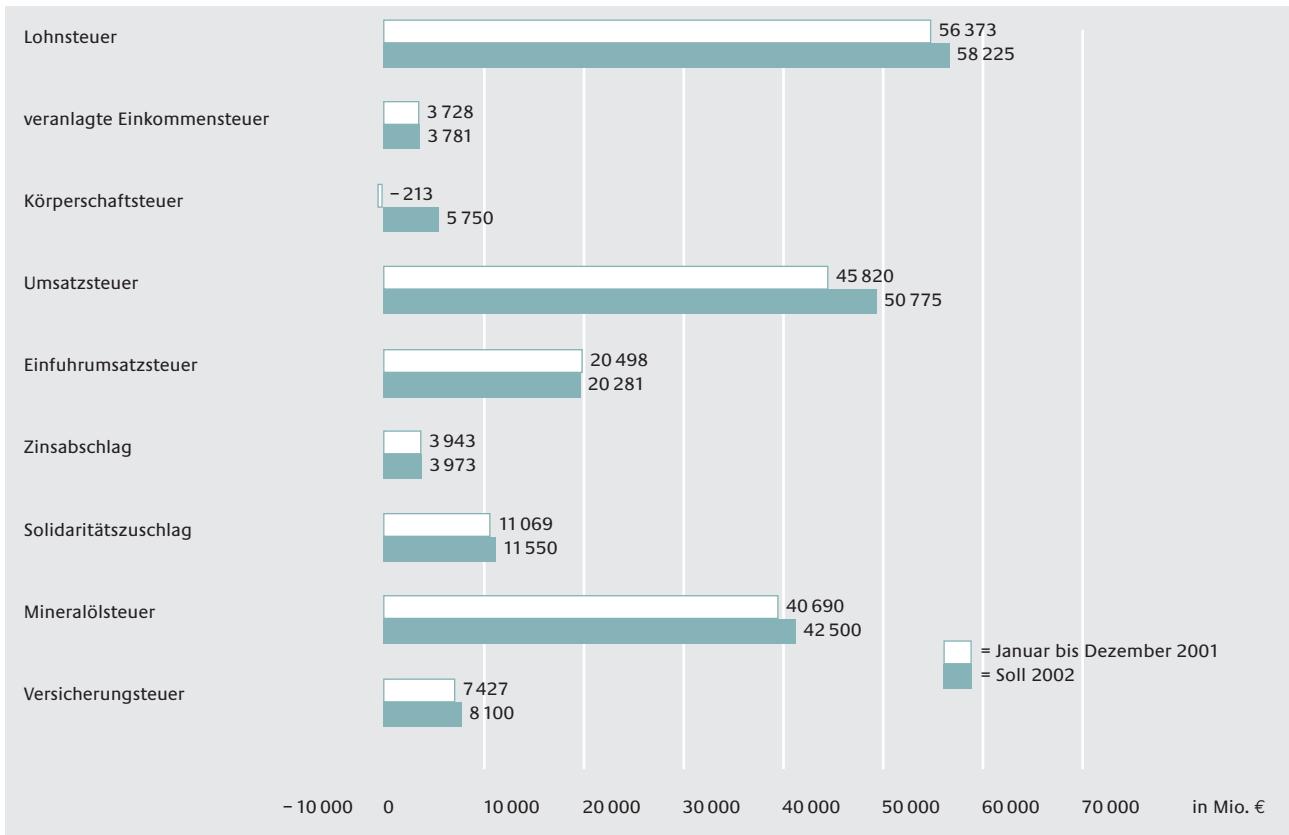
Das Aufkommen aus dem seit 1993 geltenden Zinsabschlag erhalten Bund:Länder:Gemeinden im Verhältnis 44:44:12.

Bundessteuern. Seit dem 1. Januar 1995 wurde der Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 % erhoben. Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 wurde er auf 5,5 % abgesenkt. Der Solidaritätszuschlag dient der teilweisen Kompen-sierung der Belastungen des Bundes aus der Neuregelung des Finanzausgleichs.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzeitig werden die erwarteten Einnahmen zur Senkung bzw. Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Die ökologische Steuerreform wird seit 1999 in mehreren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Die jährliche Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent je Liter Kraftstoff führt deshalb auch im Jahr 2002 zu steigenden Einnahmen.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer wird in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im

Die Steuereinnahmen des Bundes



Jahr 2002 werden 1,79 Cent je Kilowattstunde erhoben.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden neu geordneten Finanzausgleich sind die neuen Länder nach dem Auslaufen der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977).

Durch die Neuregelung wurde das Gesamtvolume der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Im Haushalt 2002 werden die Sanierungshilfen für Bremen und das Saarland fortgesetzt. Die Hilfen werden in Form von Sonderbundesergänzungszuweisungen ver-

geben. 2002 erhalten Bremen und das Saarland zusammen 1,0 Mrd. €. Ebenfalls als Sonderbundesergänzungszuweisungen werden ab 2002 die Leistungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost ausgewiesen. Die Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich wurden bisher als Ausgabe im Rahmen der Wirtschaftsförderung veranschlagt.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil des Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und

den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BSP-Eigenmittel zu den Eigenen Einnahmen der EU. Der Ansatz für das Jahr 2002 beruht auf dem neuen Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2001. Im Jahr 2002 beträgt die Obergrenze der Eigenen Einnahmen der EU 1,27 % des BSP der Union.

Sonstige Einnahmen. Der Bund vereinnahmt einen Betrag von 3,5 Mrd. € am Bundesbankgewinn, den er zur allgemeinen Finanzierung sei-

ner Aufgaben einsetzt. Der überschießende Teil des Bundesanteils am Bundesbankgewinn wird gemäß § 4 des Haushaltsgesetzes 2002 zur Tilgung von Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Die Einnahmen aus Darlehensrückflüssen und aus der Veräußerung von Beteiligungen beinhalten Privatisierungserlöse in Höhe von 2,75 Mrd. €. Weitere 5,4 Mrd. € dienen der Refinanzierung des Zuschussbedarfs bei den Postunterstützungskassen.

Der neue bundesstaatliche Finanzausgleich ab 2005

Das Solidarpaktfortführungsgesetz schließt die wohl umfassendste Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ab

Das Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20. Dezember 2001 reformiert auf den Grundzügen der Entschließungen des Deutschen Bundestages vom 5. Juli 2001 (Bundestagsdrucksache 14/6577) und des Bundesrates vom 13. Juli 2001 (Bundesratsdrucksache 485/01) den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Das politische Tauziehen um die Neugestaltung ist damit endgültig abgeschlossen.

Mit der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes ab 1. Januar 2005 im Solidarpaktfortführungsgesetz wird der bundesstaatliche Finanzausgleich auf eine langfristig konzipierte Grundlage gestellt. Damit ist der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Dies hatte in seiner Entscheidung vom 11. November 1999 eine Neukonzeption der Rechtsgrundlagen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs vorgegeben. Auf der Grundlage des im Sommer 2001 verabschiedeten Maßstäbegesetzes, das auf der ersten Stufe die Finanzverfassung durch allgemeine Maßstäbe konkretisiert, regelt das neue Finanzausgleichsgesetz auf der abschließenden zweiten Stufe die detaillierten Verteilungs- und Ausgleichsfolgen.

Stärker als bisher wurde das neue Finanzausgleichssystem auf den Aspekt seiner Anreizwirkungen ausgerichtet, ohne jedoch die bundesstaatliche Solidargemeinschaft infrage zu stellen. Vielmehr wird den beiderseitigen Solidarpflichten von finanzstarken Ländern einerseits und finanzschwachen Ländern andererseits insofern Geltung verschafft, als alle Länder motiviert werden, ihre Einnahmesituation durch Eigenanstrengungen zu verbessern. Auf diese Weise

nehmen finanzschwache Länder Hilfe nur insoweit in Anspruch, als ihre eigenen Möglichkeiten nicht ausreichen, um eine angemessene Finanzausstattung zu erlangen. Finanzstarke Länder können im Gegenzug darauf vertrauen, dass ihre überdurchschnittlichen Einnahmen nur in dem notwendigen Umfang abgeschöpft werden. Im Rahmen dieser Begrenzung der Ausgleichsleistungen werden auch im Finanzausgleichsgesetz die gegenläufigen Verfassungsprinzipien der Solidarität und Eigenstaatlichkeit zum Ausgleich gebracht.

Die neuen Länder erhalten mit dem Solidarpaktfortführungsgesetz zudem bereits jetzt eine verlässliche Perspektive für die Fortführung des Aufbaus Ost. Dies wird gewährleistet, insbesondere durch die Vergabe von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten ab 1. Januar 2005 für weitere 15 Jahre. In dem Gesamtkonzept des Aufbaus Ost spiegelt sich die gemeinsame Erwartung von Bund und Ländern wider, dass bis zum Jahr 2020 die teilungsbedingten Sonderlasten in den neuen Ländern und Berlin abgebaut sein werden.

Im Solidarpaktfortführungsgesetz wurde darüber hinaus die bisherige Abwicklung des Fonds „Deutsche Einheit“ neu gestaltet. Für die Zeit ab dem 1. Januar 2005 übernimmt der Bund die Verbindlichkeiten des Fonds vollständig; mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds endgültig aufgelöst. Dabei hat der Bund bei der Übernahme der Verpflichtungen des Fonds auf eine vollständige Kompensation der ihm dadurch entstehenden Belastungen durch die Länder verzichtet und ihnen so die Zustimmung zum Gesamtkonzept der Neuregelung erleichtert. Die vom Bund ermöglichte jährliche Entlastung der Länder von knapp 1,3 Mrd. € begünstigt bei einer einwohnerbezogenen Betrachtung alle Länder etwa in gleichem Umfang.

Die wichtigsten Neuerungen des Finanzausgleichs ab 2005 im Einzelnen:

1. Horizontale Umsatzsteuerverteilung

Die Umsatzsteuerergänzungsanteile werden vor allem zugunsten der neuen Länder verstärkt. Über die Anpassung des Tarifverlaufs entfällt die im bisherigen Recht noch garantierte Mindestauffüllung und damit die unter Anreizgesichtspunkten zweifelhafte Grenzabschöpfung von 100 %. Der Tarif ist nunmehr so gestaltet, dass der Auffüllungssatz im künftigen Ausgleichssystem mit zunehmendem Abstand der Steuerkraft der Empfängerländer zum Länderdurchschnitt (von anfänglich 60 % auf einen Höchstsatz von 95 %) linear ansteigt.

2. Länderfinanzausgleich

Auch der Länderfinanzausgleich wurde anreizfreundlicher gestaltet und darüber hinaus in einigen Bereichen vereinfacht. Mit der Abflachung des Ausgleichstarifs und der gleichzeitigen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage wurde zur Anreizverbesserung auch im Finanzausgleich auf ein bereits bei der Steuerreform angewandtes Reformprinzip zurückgegriffen. Zudem wird ein neues Element in den Finanzausgleich eingeführt, das auf die Entwicklung der Steuereinnahmen im Zeitablauf abstellt. Entfallen sind die Berücksichtigung von Sonderbedarfen im Finanzausgleich (Seehäfen) sowie die komplizierten Normierungen bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer; der Transparenz und Einfachheit des neuen Systems kommt auch die Streichung der alten Garantieklauseln zugute.

- Tarifverlauf:

Der ab 2005 gültige Ausgleichstarif weist einen symmetrischen, bereichsweise linear progressiven Verlauf auf. Sprungstellen in der Grenzbelastung wie auch in der Grenzauffüllung, die den bestehenden Tarif kennzeichnen, wird es künftig nicht mehr geben. Die auf der Empfängerseite jetzt noch vorhandene Vollauffüllung wird abgeschafft; auf der Zahlerseite wird die tarifliche maximale Grenzbelastung von 80 % im bisherigen Ausgleichssystem auf 75 % abgesenkt. Zudem kommt dieser marginale Höchstsatz künf-

tig erst bei 120 % statt bei 110 % der durchschnittlichen Finanzkraft deutlich später zum Tragen. Eingeführt wird darüber hinaus ein „Deckel“ für die durchschnittliche Abschöpfung der Überschüsse der Geberländer in Höhe von 72,5 %. Dieser begrenzt die Geberländer vor übermäßiger Belastung. Die rechnerisch über diese Grenze hinausgehende Ausgleichsbeträge werden von finanzstarken wie von finanzschwachen Ländern gleichermaßen getragen.

- Bemessungsgrundlage:

Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage des Finanzausgleichs durch die erhöhte Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft stellt eine der politisch sensibelsten Änderungen gegenüber dem geltenden Finanzausgleichsgesetz dar. Im neuen Finanzausgleichsgesetz wird die kommunale Finanzkraft zu 64 % statt bisher 50 % einbezogen. Dies kommt im Wesentlichen den neuen Ländern zugute, bei denen kommunale Finanzkraft immer noch vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

- Einwohnerwertung:

Die Stadtstaatenwertung von 135 % für Berlin, Hamburg und Bremen wird beibehalten; wissenschaftliche Untersuchungen stützen die bisherige Modifizierung des Einwohnermaßstabes bei den Landessteuern. Die kommunale Einwohnerwertung hingegen wird vollständig neu konzipiert. Sie wird künftig auf die drei Stadtstaaten und die besonders dünn besiedelten Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt beschränkt. Hier haben wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt, dass sich nicht nur für Stadtstaaten, sondern auch für besonders dünn besiedelte Flächenländer die Notwendigkeit für eine Berücksichtigung solcher abstrakter Mehrbedarfe ergibt.

- Prämienmodell:

Ein vollständig neues Element im Finanzausgleich stellt das so genannte „Prämienmodell“

dar. Für Länder mit überproportionalen Steuerzuwachsen je Einwohner gegenüber dem Vorjahr wird zukünftig der überproportionale Teil dieser Steuerzuwächse teilweise ausgleichsfrei gestellt. Dies ist als Ergänzung der Anreizfunktion der übrigen Ausgleichselemente gedacht. Über dieses neue Element des Ausgleichssystems kann eine spürbare Absenkung der Grenzbelastung für einzelne Länder erreicht werden.

3. Bundesergänzungszuweisungen

Auch die Vergabe der Bundesergänzungszuweisungen wurde neu ausgerichtet.

- **Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen (bisher Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen):**

Künftig erhalten nur noch diejenigen finanzschwachen Länder allgemeine Bundesergänzungszuweisungen, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % statt wie bisher 100 % der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt. Zugleich wird die bisherige Ausgleichsintensität von 90 % auf 77,5 % abgesenkt. So kommt auch bei den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen der stärkere Anreizcharakter des neuen Systems zum Tragen.

- **Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen:**

Im Rahmen der Vergabe von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für leistungsschwache Länder werden im neuen Finanzausgleichsgesetz zwei Sonderlasten berücksichtigt: zum einen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft für die neuen Länder, zum anderen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen als Ausgleich für überdurchschnittlich hohe Kosten politischer Führung zugunsten

– gemessen an der Bevölkerungszahl – kleinerer Länder.

Die neuen Länder werden trotz erheblicher Fortschritte beim Aufbau Ost auf absehbare Zeit auf die solidarische Unterstützung des Bundes und der alten Länder angewiesen sein. Mit der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist festgelegt, dass die neuen Länder und Berlin im Rahmen der Fortführung des Solidarpakts für die Jahre bis 2019 Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen mit einem Volumen von insgesamt 105,3 Mrd. € erhalten. Bereits ab 2002 werden durch entsprechende Änderung des geltenden Finanzausgleichsgesetzes und des Investitionsförderungsgesetzes die bisherigen Mittel des Investitionsförderungsgesetzes in Höhe von jährlich rund 3,4 Mrd. € in Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für die neuen Länder und Berlin übergeleitet. Neu ist, dass die neuen Länder regelmäßig über die Verwendung der Mittel berichten müssen. Bund und Länder gehen gemeinsam davon aus, dass mit der Fortführung des Solidarpakts die teilungsbedingten Sonderlasten der ostdeutschen Länder einschließlich Berlins bis zum Jahr 2020 abbaut sein werden. Der im Gesetz festgelegte degressive Verlauf über 15 Jahre erleichtert einen gleitenden Übergang der öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern mit dem Auslaufen des Solidarpakts zum Ende des übernächsten Jahrzehnts.

Bei den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für überdurchschnittlich hohe Kosten politischer Führung wurde die Vergabe auf eine neue Basis gestellt und zudem das Volumen insgesamt spürbar reduziert. Ihre Höhe bemisst sich künftig an den Kosten für politische Führung, die in denjenigen Ländern mindestens anfallen, die selbst nicht Empfänger dieser Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sind. Verteilung und Bemessung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wurden damit den verfassungsrechtlichen Erfordernissen angepasst, die sich aus dem Urteil des

Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999 ergeben.

Die Geltungsdauer des neuen Finanzausgleichsgesetzes wurde wie die des Maßstäbegesetzes auf

das Jahr 2019 begrenzt. Damit eröffnet sich die Chance, nach Abschluss des Aufbaus Ost die föderalen Finanzbeziehungen auch im Lichte der bis dahin gesammelten Erfahrungen mit dem jetzt neu geregelten Finanzausgleich weiterzuentwickeln.

Fortführung der Lissabon-Strategie im Rahmen des Europäischen Rates in Barcelona

1 Lissabon-Strategie	103
2 Überprüfung der Fortschritte auf dem Europäischen Rat Stockholm und Erweiterung der Lissabon-Strategie um die Umweltdimension	104
3 Programm der spanischen Ratspräsidentschaft für den Europäischen Rat Barcelona	105
4 Synthesebericht 2002	106
5 Die Position der Bundesregierung	107
6 Fazit	108

Die Europäische Union hat auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und schließlich mit der Einführung des Euro ein ausgesprochen hohes Niveau makroökonomischer Stabilität erreicht. Diese Errungenschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dennoch bleibt noch viel zu tun, denn wirtschaftliche Stabilität kann langfristig nur durch eine Wirtschaftspolitik erreicht werden, die sowohl gesunde makroökonomische Rahmenbedingungen als auch dynamische und wettbewerbsfähige Strukturen schafft. Aus diesem Grund haben sich die politischen Akteure in Europa auf dem Sondertreffen des Europäischen Rates Lissabon im März 2000 ein klares Ziel für die europäische Wirtschaft gesetzt: Aus der Europäischen Union soll bis zum Jahr 2010 weltweit der dynamischste und wettbewerbsfähigste, auf Innovation und Wissen gegründete Wirtschaftsraum werden. Dieser Anspruch ist oberste Leitlinie der jährlichen Frühjahrstreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Auf dem Europäischen Rat Barcelona im März 2002 sollen Maßnahmen ergriffen werden, die zur Erreichung dieses strategischen Ziels beitragen: Wirtschaftsreformen zur Marktliberalisierung, eine Bildungs- und Wis-

sensoffensive, Arbeits- und Sozialreformen sowie in diesem Jahr erstmals auch Umweltmaßnahmen, nachdem der Europäische Rat in Göteborg im Juni 2001 die Lissabon-Strategie um diesen Bereich erweitert hatte.

1 Lissabon-Strategie

Die Lissabon-Strategie geht auf das Sondertreffen des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2000 in Lissabon zurück, dessen Mittelpunkt die Thematik „Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt – für ein Europa der Innovation und des Wissens“ war. Der Europäische Rat einigte sich auf die strategische Zielsetzung, die Europäische Union binnen zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der in der Lage ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen – die Lissabon-Strategie. Damit hat der Europäische Rat den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft die dringend notwendige längerfristige Reformperspektive gegeben. Die Debatte über Fortschritte bei der Umsetzung sowie die künftige Entwicklung der Lissabon-Strategie bilden seither den Schwerpunkt der jeweiligen Frühjahrsgipfel.

Wichtige Elemente der auf dem Europäischen Rat Lissabon vereinbarten Strategie sind die Vorbereitung des Übergangs zur wissensbasierten Wirtschaft, Wirtschaftsreformen im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, die Erneuerung des europäischen Gesellschaftsmodells durch Investitionen in Humankapital und die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung, sowie die Beibehaltung eines makroökonomischen Policy Mix im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum. Konkret verständigte sich der Europäische Rat auf eine Reihe von Maßnahmen und nachprüfbarer Zielvorgaben, die vom Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Kompetenzen bei voller Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips

umgesetzt werden sollen. Hierzu gehören beispielsweise:

- das Ziel eines durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstums von ca. 3 % unter gesunden makroökonomischen Bedingungen;
- die Halbierung der Zahl der 18- bis 24-Jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen bis zum Jahr 2010;
- die Gewährleistung des flächendeckenden Anschluss von Schulen an das Internet sowie die Schulung der Lehrer im Umgang mit dem Internet;
- die Einführung eines Gemeinschaftspatents;
- die Möglichkeit zur elektronischen Abwicklung öffentlicher Aufträge der Gemeinschaft und der Regierungen bis 2003;
- die Umsetzung des Aktionsrahmens für Finanzdienstleistungen nach einem straffen Zeitplan bis 2005;
- die Steigerung der EU-Beschäftigungsquote von 61 % auf 70 % bis 2010, wobei die Beschäftigungsquote der Frauen auf über 60 % angehoben werden soll;
- die Entwicklung prioritärer Maßnahmen für Minderheiten, Kinder, alte Menschen und Behinderte sowie andere bestimmte Zielgruppen zur Förderung der sozialen Integration.

Im Interesse der Kohärenz aller Maßnahmen prüft der Europäische Rat den Stand der Umsetzung der Strategie jedes Jahr auf seiner Frühjahrstagung. Die konkreten Ergebnisse jedes Mitgliedstaates werden dabei an denen der anderen gemessen und damit der Anreiz für jeden Mitgliedstaat erhöht, auf diesen Gebieten Fortschritte zu erzielen.

Die wesentliche Grundlage für diese Prüfung durch den Europäischen Rat bildet der Syntheserichter der Europäischen Kommission, in dem die Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie in den einzelnen Mitgliedstaaten anhand von Strukturindikatoren gemessen werden. Die Liste der Indikatoren wird auf Vorschlag der

Europäischen Kommission vom Rat der Europäischen Union verabschiedet.

2 Überprüfung der Fortschritte auf dem Europäischen Rat Stockholm und Erweiterung der Lissabon-Strategie um die Umweltdimension

Auf dem Europäischen Rat Stockholm ging es ein Jahr nach der Geburtsstunde der Lissabon-Strategie um eine erste Bilanz. Ein ganzes Bündel von Anpassungen und teilweise neuer Maßnahmen, die im Vorfeld insbesondere von den Fachräten intensiv vorbereitet worden waren, wurde hier präsentiert. Die folgenden Punkte der Schlussfolgerungen sind besonders hervorzuheben:

- Hinsichtlich der Beschleunigung der Wirtschaftsreformen steht die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte im Mittelpunkt. Das politische Ziel wird bestätigt, konkrete Jahreszahlen werden aber nicht genannt.
- Im Hinblick auf effektiven Wettbewerb soll der Rat bis Ende 2001 Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen erlassen. Die Mitgliedstaaten müssen „für einen Abwärtstrend der staatlichen Beihilfen im Verhältnis zum BIP zu sorgen“. Zur Förderung der unternehmerischen Initiative sollen die ordnungspolitischen Regeln vereinfacht werden.
- Wesentliche Bedeutung kommt der Entschließung zur wirksameren Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte zu. Ziel ist es, bis Ende 2003 einen integrierten Wertpapiermarkt zu erreichen und damit Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung spürbare Impulse zu verleihen. Mit der Entschließung werden im Wesentlichen die von einem hochrangigen Ausschuss der Weisen unter Vorsitz von Alexandre Lamfalussy vorgelegten Empfehlungen genehmigt.
- Die Diskussion über Maßnahmen zur Nutzung der neuen Technologien nahm einen breiten Raum ein. Folgende Ziele wurden festgehalten: möglichst baldige Verabschiedung des

Telekommunikationspaketes, Setzung eines politischen Rahmens für Mobilkommunikation der dritten Generation, Annahme der Rechtsvorschriften über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen, neue Zielangaben für den Anschluss von Schulen an das Internet (hier nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle ein).

- Zur Stärkung von Forschung und Innovation wird die rechtzeitige Verabschiedung des sechsten Forschungsrahmenprogramms gefordert und eine Strategie für die Mobilität im europäischen Forschungsraum vorgeschlagen. Die Kommission wird zusammen mit dem Rat Vorschläge zur Nutzung des vollen Potenzials der Biotechnologie unter Berücksichtigung der damit verbundenen ethischen Aspekte machen.
- Der Europäische Rat drängt auf rasche Einführung des Programms für das Satelliten-navigationssystem Galileo und beauftragt den Rat, die nächste Phase in Angriff zu nehmen. Dies wird allerdings nur möglich sein, wenn es Bereitschaft der privaten Wirtschaft zur weit gehenden finanziellen Beteiligung gibt.
- Der Europäische Rat Stockholm bekräftigt das Ziel der Vollbeschäftigung und nennt dabei konkrete Zwischenziele für 2005 zu Beschäftigungsquoten. Die Schlussfolgerungen des Gipfels enthalten konkrete Schritte zur Verbesserung der Ausbildung insbesondere im IT-Bereich (lebenslanges Lernen) sowie zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern und Studierenden.
- Angesichts des immer wichtiger werdenden Themas des Älterwerdens in Europa hält der Europäische Rat Stockholm eine klare Strategie zur Modernisierung des europäischen Sozialmodells für erforderlich. Vorgesehen sind eine Studie des Rates und eine Mitteilung der Kommission über die Tragfähigkeit der Altersversorgungssysteme, die dem Europäischen Rat Göteborg bzw. dem nächsten Frühjahrsgipfel 2002 in Barcelona vorgelegt werden sollen.

Ebenfalls unter schwedischer Ratspräsidentschaft wurde die Lissabon-Strategie um die Umweldimension erweitert – zusätzlich zu den in Lissabon vereinbarten Schwerpunktthemen Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt. Diese Entscheidung geht auf den Europäischen Rat in Göteborg am 15. und 16. Juni 2001 zurück und steht im Zusammenhang mit der Einigung über die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union auf dem Europäischen Rat in Göteborg.

3 Programm der spanischen Ratspräsidentschaft für den Europäischen Rat Barcelona

Die spanische Ratspräsidentschaft hat im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates in Barcelona mit Bezug auf die Lissabon-Strategie fünf Politikbereiche genannt, in denen sie bedeutende Fortschritte erzielen möchte.

Dabei handelt es sich um die folgenden Bereiche:

- Europäischer Raum für Verkehr und Kommunikation,
- Einheitlicher Energiemarkt: Liberalisierung, Öffnung und Verbund,
- Einheitlicher Finanzmarkt,
- Vollbeschäftigung als Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts in Europa,
- Bildung.

Inhaltlich tritt Spanien beim Ziel eines europäischen Raumes für Verkehr und Kommunikation für die Verbesserung grenzüberschreitender Verbindungen bei den transeuropäischen Verkehrsnetzen ebenso wie für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums bis 2004 ein. Darüber hinaus sollen politische Impulse für die Entwicklung von Breitbandnetzen sowohl auf nationaler als auch auf gemeinschaftlicher Ebene gegeben werden.

Im Bereich Energie wird sich der spanische Vorsitz darum bemühen, dass politisches

Einvernehmen über die vollständige Öffnung der Elektrizitäts- und Gasmärkte für Unternehmen erzielt wird. Darüber hinaus sollen klare Regeln für die Festsetzung der Tarife und das Management grenzüberschreitender Stromlieferungen aufgestellt werden, um auf dem Weg zu einem funktionierenden einheitlichen europäischen Strommarkt voranzukommen.

Ziel der Vereinheitlichung der Finanzmärkte ist ein in Größe, Ausgestaltung und Potenzial mit den besten Finanzmärkten der Welt vergleichbarer europäischer Markt. Dadurch wird die Europäische Union nach Ansicht Spaniens einen effizienteren Einsatz von Spargeldern und niedrigere Kapitalkosten ermöglichen und dadurch die Voraussetzungen für Anlagen und Wachstum in Europa verbessern.

Das Ziel der Vollbeschäftigung wird von der spanischen Ratspräsidentschaft als Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts in Europa angesehen. Um dem Ziel der Vollbeschäftigung bis 2010 näher zu kommen und um einen integrierten Arbeitsmarkt zu schaffen, sollte insbesondere die Mobilität der Beschäftigten in Europa gefördert werden. Darüber hinaus sieht Spanien in der Modernisierung des europäischen Sozialmodells eine vorrangige Kernfrage des Europäischen Rates Barcelona. Dies schließt die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Betreuung und medizinische Versorgung älterer Menschen ein.

Mit Blick auf den Bereich Bildung hält Spanien ein solides, praktisches und offenes Bildungssystem mit europäischer Dimension zur Erreichung des Ziels von Lissabon für erforderlich. Hierzu sollte durch die Vereinfachung der Anerkennung von Diplomen und Befähigungsnachweisen, vertiefte Fremdsprachenkenntnisse und die Förderung des Bildungsaustausches zwischen Einrichtungen aller Ebenen die Mobilität zwischen den nationalen Bildungssystemen erhöht werden.

4 Synthesebericht 2002

Zur Vorbereitung des Europäischen Rates Barcelona wurde die bestehende Liste der 35 Indikatoren, welche im Synthesebericht 2001 für den Europäischen Rat in Stockholm herangezogen worden war, überarbeitet. Dies war notwendig geworden, um aktuelle statistische Entwicklungen und die Erfahrungen mit den bisher verwendeten Indikatoren einfließen zu lassen, insbesondere aber, um Indikatoren für den Umweltbereich mit in die Liste aufnehmen zu können. Die neue Liste der Strukturindikatoren für den Synthesebericht 2002 umfasst 42 Kennziffern für die sechs Bereiche gesamtwirtschaftlicher Hintergrund, Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreformen, sozialer Zusammenhalt und Umwelt. Sie wurde im Dezember 2001 vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten auf Grundlage der Schlussfolgerungen der Fachräte für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), Beschäftigung und Soziales sowie Umwelt verabschiedet.

In ihrem Synthesebericht für den Europäischen Rat Barcelona hat die Europäische Kommission eine Bilanz der Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie aufgestellt. Danach werden insgesamt zwar durchaus gute Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie attestiert, in einigen Bereichen aber auch ein gewisser Nachholbedarf ausgemacht. Die Europäische Kommission möchte durch eine Reihe konkreter Politikempfehlungen die Dynamik aufrechterhalten. Dazu gehören beispielsweise die Verpflichtung zur makroökonomischen Stabilität und die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ebenso wie die Beseitigung von Hindernissen bei grenzüberschreitender Wirtschaftstätigkeit. Darüber hinaus werden in dem Synthesebericht Schwerpunkte für den anstehenden Europäischen Rat in Barcelona vorgeschlagen, die nach Ansicht der Kommission den größten Ertrag im Sinne der Lissabon-Strategie versprechen. Zu diesen Schwerpunktthemen gehören die weitere Liberalisierung der Energiemärkte, die Revision der Europäischen Beschäftigungsstrategie, die Erhöhung der Ar-

beitskräftemobilität in Europa sowie die weitere Integration der Finanzmärkte.

5 Die Position der Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung hat für den Europäischen Rat Barcelona mehrere Handlungsfelder und Prioritäten ausgearbeitet, mit denen sie einen Beitrag zur Erreichung des strategischen Ziels von Lissabon leisten will. Die diesjährige Position schreibt die für den Europäischen Rat Stockholm entwickelte deutsche Position fort, nimmt dabei die Umweltdimension explizit mit auf und berücksichtigt insoweit auch die auf dem Europäischen Rat Göteborg verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie der EU. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Bereiche:

- Die Handlungsspielräume für Unternehmen in Europa sollen durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen betreffend Rechtsrahmen, Steuern und Kapitalmarkt vergrößert werden. Hierzu gehören der Abbau bürokratischer Hemmnisse durch die Vereinfachung bestehender Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie die effektive Prüfung neuer Gemeinschaftsvorhaben auf ihre Auswirkungen für Unternehmen und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die Integration der Finanzmärkte sollte weiter vorangetrieben und steuerliche Wettbewerbsneutralität gewährleistet werden. Ferner tritt die Bundesregierung für die Beschleunigung der Liberalisierung und Marktöffnung in wichtigen Bereichen ein. Auf den Gas- und Strommärkten wird die vollständige Marktöffnung für alle Kundengruppen bis Ende 2004 angestrebt. Bei der Eisenbahn sollte die Liberalisierung des Netzzugangs auf den nationalen Güterverkehr und den grenzüberschreitenden Personenverkehr ausgedehnt sowie die Weiterentwicklung der Interoperabilität der Europäischen Eisenbahnsysteme angestrebt werden.
- Europa muss im Bereich Forschung und Entwicklung auch langfristig zur Weltspitze

gehören. Die Europäische Union steht in einem zunehmenden weltweiten Wettbewerb bei Forschung und Innovation. Sinnvoll ist es deshalb, den europäischen Forschungsraum sichtbar weiterzuentwickeln. Für Spaltenforscher und Unternehmen aus aller Welt müssen Anreize gegeben werden, in Europa zu arbeiten bzw. in die Zusammenarbeit mit europäischen Forschungseinrichtungen zu investieren.

- Die Bundesregierung befürwortet eine Offensive für Bildung und Mobilität in Europa. Die Bewältigung des Strukturwandels und die Aus schöpfung des Wachstumspotenzials der Innovations- und Wissensgesellschaft erfordern eine qualitativ hochwertige Ausbildung für junge Menschen und die Möglichkeit zur ständigen Weiterbildung für alle Bürger. Hierzu bedarf es größerer Anstrengungen, um die Mobilität der Bürger in der EU zu erhöhen. Mobilitätshemmisse für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen abgebaut werden; die Anerkennung von Qualifikationen sowie die Übertragbarkeit von Ansprüchen aus privater sozialer Sicherung müssen verbessert werden. Darüber hinaus kann Europa angesichts des weltweiten Bildungswettbewerbs im Innern durch gut funktionierende Hochschulnetzwerke enger zusammenarbeiten und nach außen ein klarer erkennbares Profil gewinnen.
- Europa muss die durch das Altern der Gesellschaft entstehenden Herausforderungen annehmen und den sozialen Zusammenhalt aktiv gestalten. Hierbei geht es nicht nur um Reformen der sozialen Sicherungssysteme (mit allen Implikationen für eine Renten- und Gesundheitsreform, des aktiven Alterns und des lebenslangen Lernens). Ebenso wichtig ist die Entwicklung einer zukunftsgerechten Familien- und Gleichstellungspolitik von Frauen und Männern sowie einer sozialgerechten Zuwanderungspolitik. Damit wollen wir in Europa den Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen.
- Es gilt darüber hinaus, die Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu

sichern. Die Grundlage hierfür bildet der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die richtigen Akzente zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, Innovation und Wissen müssen unter stabilitätspolitischen als auch unter demographischen und zukunftsorientierten Gesichtspunkten gesetzt werden. Dies sollte sich auch in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002“ widerspiegeln, insbesondere in Form von Prinzipien zur Sicherung der Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Die Bundesregierung bekennt sich zu einer fortgesetzten Stabilitätsorientierung mit ehrgeizigen Zielen beim Schuldenabbau und einer verstärkten Begrenzung und Kontrolle öffentlicher Ausgaben.

- Schließlich vertritt die Bundesregierung die folgenden Prioritäten für die erste Überprüfung der Fortschritte im Bereich der Umweldimension: Der Umweltschutz sollte weiter gestärkt und Klimaänderungen bekämpft werden. Letzteres kann beispielsweise durch eine umfassende Harmonisierung der Energiebesteuerung und den Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert werden. Daneben wird die konsequente Anwendung des Nachhaltigkeitsprinzips auf die Verbraucher- und Agrarpolitik befürwortet. Eine umwelt- und naturverträgliche Erzeugung in einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft sowie eine nachhaltige Entwicklung für zukünftige Generationen sind hierbei sicherzustellen.

6 Fazit

Der Europäische Rat Lissabon vor zwei Jahren hat gezeigt, dass die Europäische Union dazu bereit ist, die Modernisierung Europas anzugehen und den Wandel durch strukturelle Reformen herbeizuführen. Die gegenwärtige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wird aber nicht dazu führen, von dem Weg der Modernisierung der Volkswirtschaften in der Europäischen Union

abzuweichen. Im Gegenteil: Die Lissabon-Strategie ist die richtige Antwort auf die derzeitige schwierige wirtschaftliche Lage und die unbefriedigenden Daten auf den Arbeitsmärkten. Gerade jetzt ist es nötig und sinnvoll, die gesunde makroökonomische Politik in Europa durch mikroökonomische Maßnahmen zu ergänzen – durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine Offensive in den Bereichen Forschung, Technologie und Bildung, die Förderung der Mobilität sowie eine den demographischen Veränderungen gerecht werdende Sozialpolitik. Denn gute ordnungspolitische Rahmenbedingungen und die Modernisierung Europas bieten die besten Chancen, die Europäische Union widerstandsfähiger gegen Konjunkturschwankungen und negative externe Schocks zu machen. Die Fortführung der Lissabon-Strategie auf dem Europäischen Rat von Barcelona und die ungeteilte Unterstützung des mittelfristigen Ziels der Lissabon-Strategie durch alle 15 Mitgliedstaaten ist daher von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas. Deutschland hat großes Interesse daran, das Momentum und die Dynamik der europäischen wirtschaftlichen Integration zu erhalten sowie die Modernisierung der Europäischen Union voranzutreiben.

Von besonderer Wichtigkeit wird auch sein, Medien und Öffentlichkeit die außerordentliche Bedeutung der Lissabon-Strategie zu vermitteln, denn die Unterstützung der Lissabon-Strategie durch die Bürgerinnen und Bürger Europas ist ein wesentlicher Faktor zur Erreichung des strategischen Ziels von Lissabon. Hierzu müssen die Beiträge der einzelnen Maßnahmen zu mehr Wachstum, mehr und besseren Arbeitsplätzen, sozialem Zusammenhalt und Umweltschutz verdeutlicht werden. Dies gilt gerade für die Maßnahmen, deren Wirkungen zwar nicht kurzfristig greifbar werden, dafür aber die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Europas in besonderer Weise begünstigen.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage	114
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	146
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	166
Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage	171

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	114
2	Produzierendes Gewerbe	116
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	116
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	116
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	118
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	120
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	122
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	122
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	124
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	126
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	126
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	128
3	Privater Konsum	130
4	Außenwirtschaft	132
5	Arbeitsmarkt	134
5.1	Bundesrepublik Deutschland	134
5.2	Früheres Bundesgebiet	136
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	138
6	Preise	140
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	140
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise	142
7	Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001	144
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	144
7.2	Preise	144
7.3	Außenwirtschaft	145
7.4	Einkommensverteilung	145

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	146
2	Gewährleistungen	146
3	Bundesaushalt 1997 bis 2002	147
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002	148
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002	150
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002	154
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001	156
8	Steuer- und Abgabenquoten	158
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	159
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	160

11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden	161
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	162
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	163
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	164
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002	165

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001	166
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2001	166
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	167
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Dezember 2001	168

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

①	Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	171
②	Produzierendes Gewerbe	172
②.1	Produktion des Produzierenden Gewerbes	172
②.1.1	Bundesrepublik Deutschland	172
②.1.2	Früheres Bundesgebiet	174
②.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	176
②.2	Auftragseingang der Industrie	178
②.2.1	Bundesrepublik Deutschland	178
②.2.1.1	Werte	178
②.2.1.2	Volumen	179
②.2.2.	Früheres Bundesgebiet	180
②.2.2.1	Werte	180
②.2.2.2	Volumen	181
②.2.3	Neue Länder und Berlin-Ost	182
②.2.3.1	Werte	182
②.2.3.2	Volumen	183
②.3	Umsatz der Industrie	184
②.3.1	Bundesrepublik Deutschland	184
②.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	185
②.4	Lage in der Bauwirtschaft	186
②.4.1	Bundesrepublik Deutschland	186
②.4.2	Früheres Bundesgebiet	187
②.4.3	Neue Länder und Berlin-Ost	188
③	Löhne und Gehälter	189
④	Außenwirtschaft	190
④.1	Einfuhr nach Warengruppen	190
④.2	Ausfuhr nach Warengruppen	191

@4.3	Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern	192
@4.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	193
@4.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	194
@4.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	194
@4.7	Handelsbilanzsaldo	194
@4.8	Leistungsbilanzsaldo	195
@4.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	195
5	Arbeitsmarkt	196
@5.1	Früheres Bundesgebiet	196
@5.2	Neue Länder und Berlin-Ost	197
6	Preise	198
7	Zinssätze	199

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	1999		2000			2001		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,1
Erwerbstätige ²⁾	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstädtigen, in Preisen von 1995) ³⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,7	- 0,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,1
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 1,3
Private Konsumausgaben ⁴⁾	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 0,4	+ 1,2	+ 0,8	- 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	0	- 0,6
Ausrüstungen	+ 0,7	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,0	- 0,5	- 0,9	- 3,2	- 1,8
Bauten	- 0,9	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,7	- 3,3	- 0,6	0
Sonstige Anlagen	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,7
Vorratsveränderung ^{5) 6)}	+ 0,2	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,9	- 1,2	0	- 0,8
Exporte	+ 2,7	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1
Importe	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 5,1	- 3,9	+ 1,2	- 2,2
nachrichtlich: Außenbeitrag ⁶⁾	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,2	- 0,1	+ 1,1
Preisentwicklung³⁾								
Bruttoinlandsprodukt	0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,6
Inlandsnachfrage	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Private Konsumausgaben	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^{2) 3)}	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^{2) 3)}	- 0,9	- 0,1	+ 0,8	+ 0,6	- 0,4	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,6

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.

²⁾ Inlandskonzept.

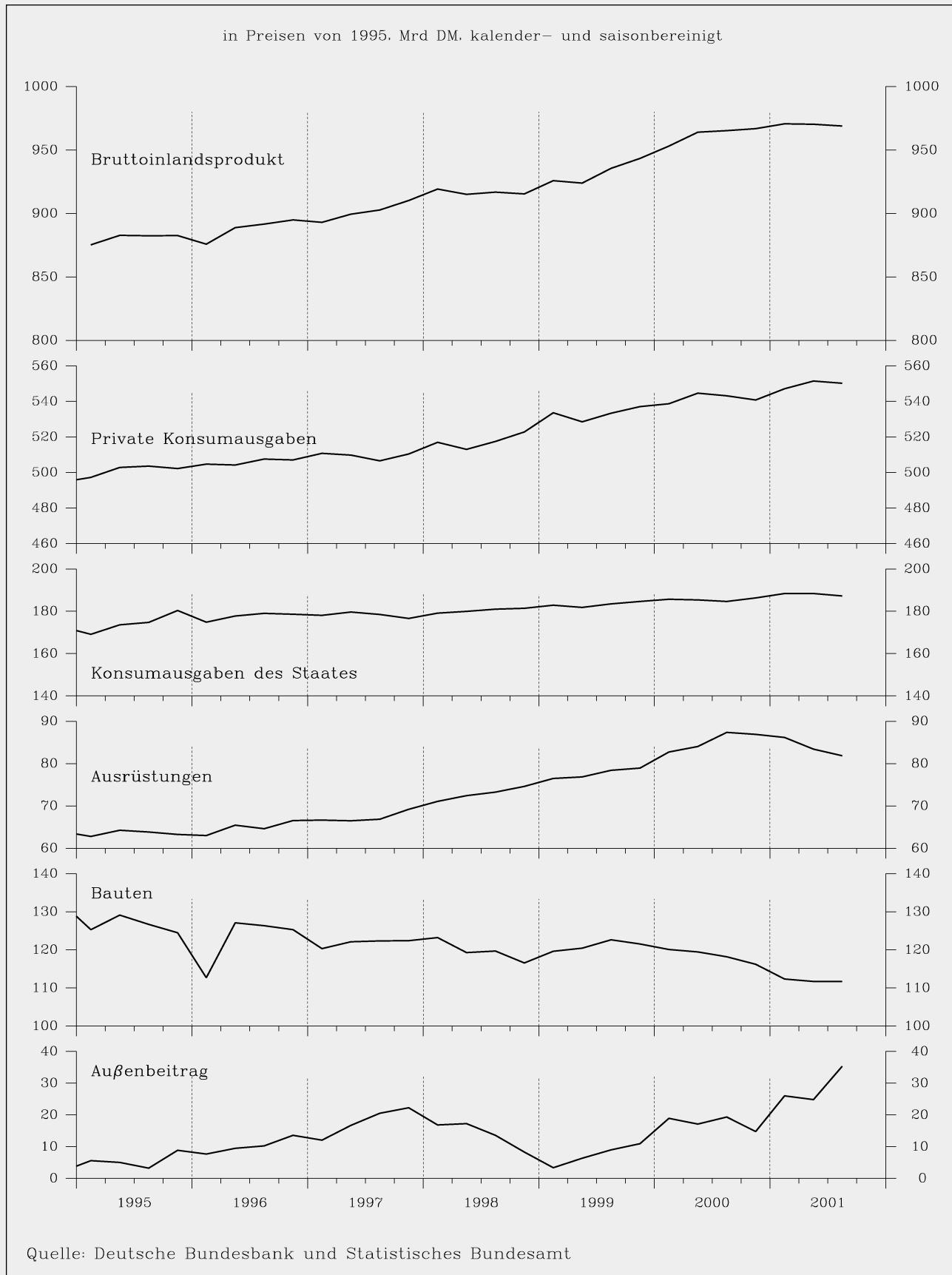
³⁾ Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.

⁴⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁵⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁶⁾ Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung saisonbereinigte Zahlen¹⁾, Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 1				
	4.Vj. ^p	Okt.	Nov.	Dez. ^p	Nov./ Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,9	- 1,2	- 1,4	+ 1,9	- 1,1
Industrie ³	- 2,3	- 1,6	- 1,4	+ 1,6	- 1,4
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	- 0,3	- 0,8	- 0,4	- 1,1
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,5	- 2,6	- 1,9	+ 2,4	- 2,0
- Konsumgüterproduzenten	- 3,7	- 2,0	- 1,9	+ 3,9	- 1,0
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,0	- 4,1	- 0,7	+ 9,9	+ 2,0
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,6	- 1,4	- 2,2	+ 2,3	- 1,8
Energie ⁴	- 0,9	- 2,3	+ 1,0	+ 2,1	+ 0,8
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 3,6	+ 5,4	- 2,7	+ 3,2	+ 1,5
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 1				
	4.Vj. ^p	Okt.	Nov.	Dez. ^p	Jan.- Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 3,8	- 3,3	- 4,7	- 3,3	- 0,5
Industrie ³	- 3,8	- 3,3	- 4,5	- 3,3	+ 0,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,6	- 3,4	- 4,8	- 5,8	- 0,4
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,7	- 2,0	- 3,5	- 2,6	+ 2,8
- Konsumgüterproduzenten	- 4,1	- 5,2	- 5,9	- 0,6	- 0,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,1	- 8,3	- 4,5	+ 5,3	+ 1,4
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,2	- 4,4	- 6,1	- 1,8	- 1,0
Energie ⁴	- 0,6	- 2,9	- 0,9	+ 2,1	- 2,6
Bauhauptgewerbe ⁵	- 6,9	- 3,1	- 8,7	- 9,8	- 10,6
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2 0 0 0	2 0 0 1			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe
	2 0 0 0	2 0 0 1			
	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

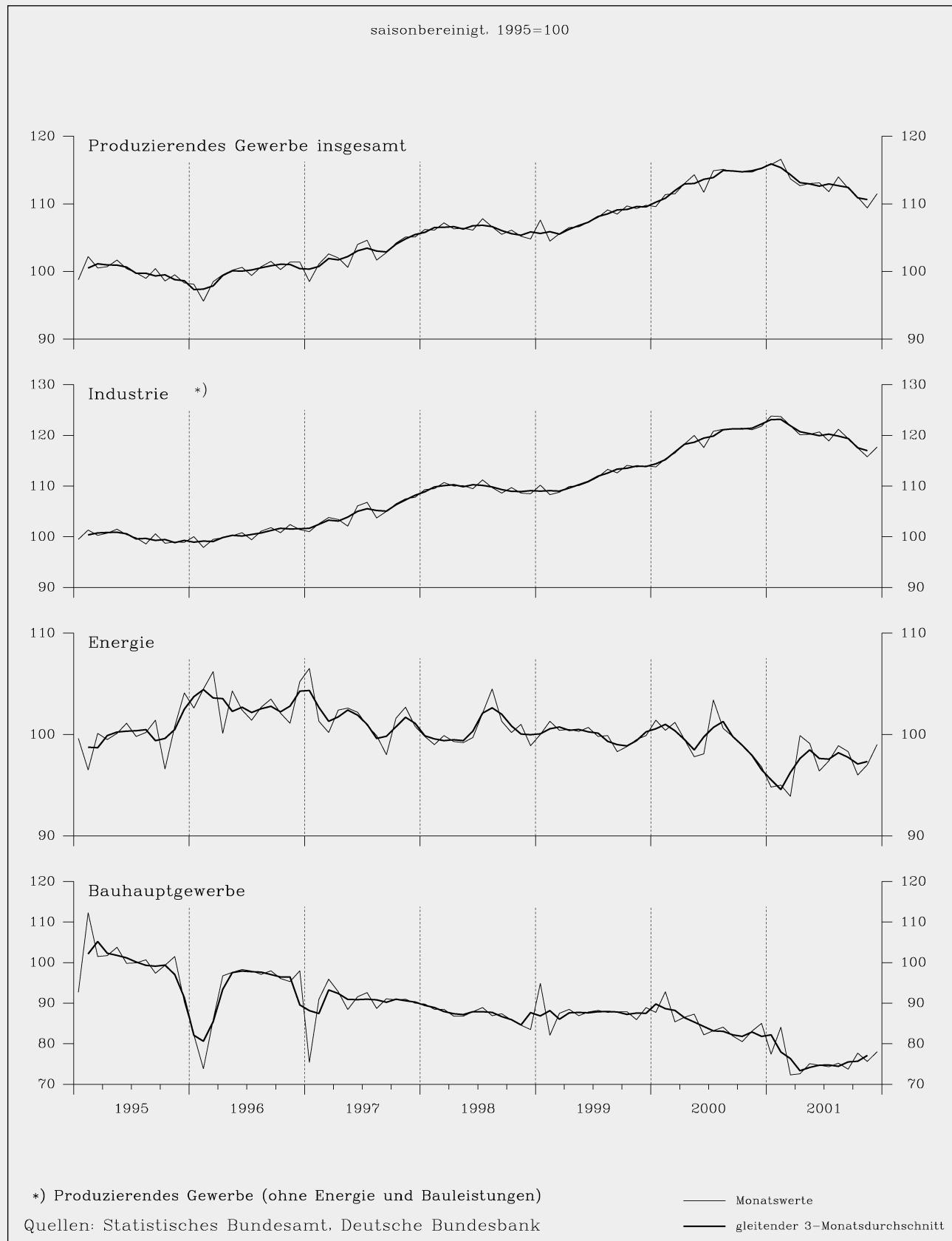
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2 0 0 1				
	4.Vj. ^p	Okt.	Nov.	Dez. ^p	Nov./ Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,0	- 1,3	- 1,5	+ 1,9	- 1,1
Industrie ³	- 2,5	- 1,7	- 1,6	+ 1,7	- 1,6
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 1,1
- Investitionsgüterproduzenten	- 2,9	- 2,8	- 2,2	+ 2,5	- 2,4
- Konsumgüterproduzenten	- 3,6	- 2,2	- 1,7	+ 3,8	- 0,9
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,9	- 4,4	+ 0,1	+ 10,0	+ 2,7
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,4	- 1,6	- 2,1	+ 2,2	- 1,8
Energie ⁴	- 0,9	- 2,3	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,8
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 4,1	+ 5,5	- 2,6	+ 4,4	+ 2,3
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2 0 0 1				
	4.Vj. ^p	Okt.	Nov.	Dez. ^p	Jan.- Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 3,9	- 3,5	- 4,8	- 3,5	- 0,5
Industrie ³	- 4,0	- 3,6	- 4,8	- 3,6	+ 0,4
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,9	- 3,7	- 5,0	- 5,9	- 0,8
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,1	- 2,4	- 3,9	- 3,0	+ 2,5
- Konsumgüterproduzenten	- 4,4	- 5,7	- 6,0	- 0,8	- 1,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,3	- 9,2	- 4,2	+ 5,6	+ 0,9
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,7	- 4,8	- 6,4	- 2,3	- 1,6
Energie ⁴	- 0,8	- 3,1	- 1,2	+ 1,8	- 2,9
Bauhauptgewerbe ⁵	- 5,8	- 2,0	- 7,7	- 8,9	- 9,4
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2 0 0 0	2 0 0 1			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ⁸	87,7	87,0	85,6	84,6	82,7
	2 0 0 0	2 0 0 1			
	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
	60,9	59,3	59,5	60,8	65,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

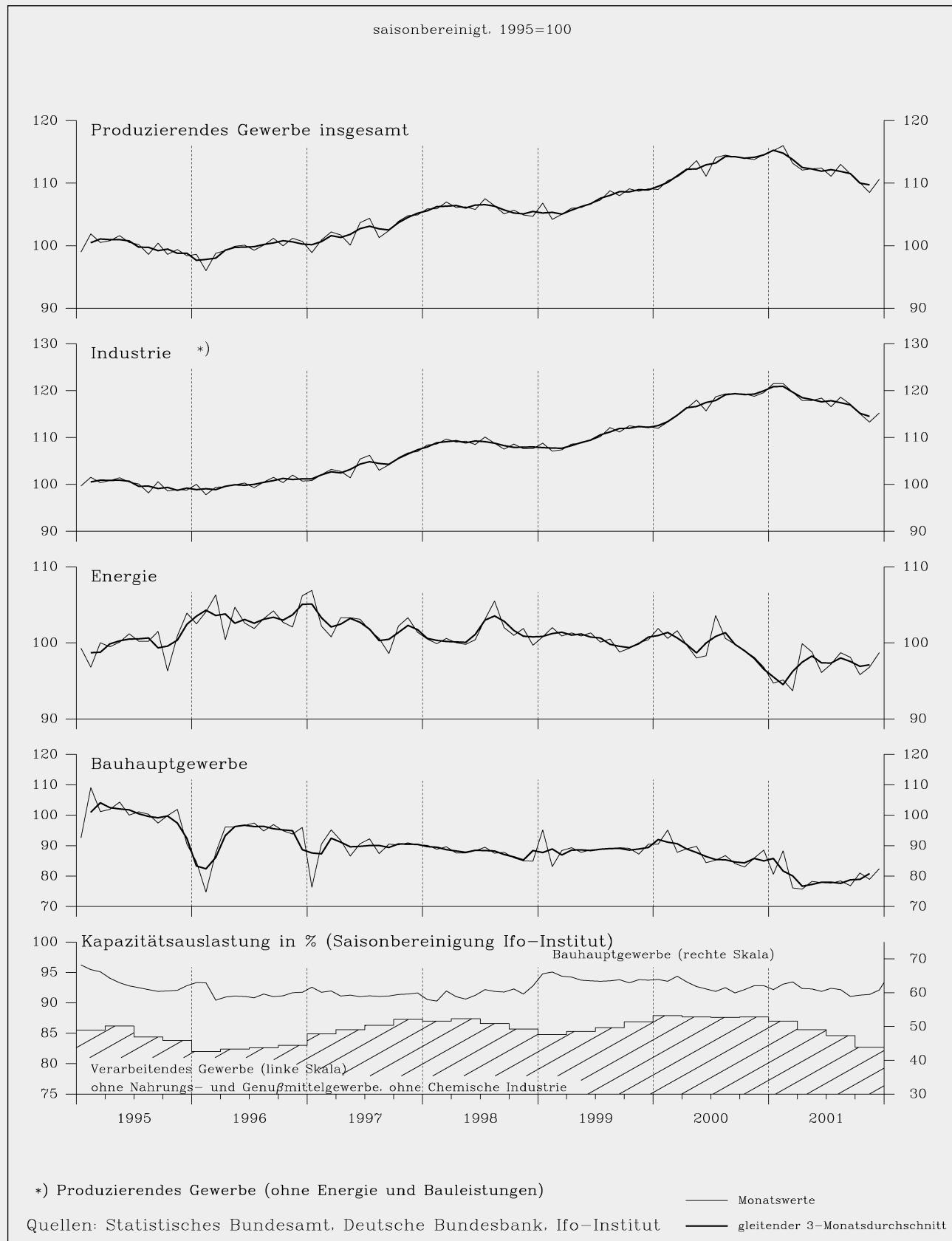
⁸ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2001				
	4.Vj. ^p	Okt.	Nov.	Dez. ^p	Nov./ Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,8	+ 0,7	- 1,1	+ 0,7	- 0,4
Industrie ³	- 1,5	- 0,1	- 0,8	+ 1,0	- 0,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,2	- 0,8	- 1,1	- 0,9	- 2,0
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,5	+ 1,0	+ 2,6	+ 0,8	+ 3,5
- Konsumgüterproduzenten	- 4,4	- 0,2	- 3,7	+ 4,3	- 1,7
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,5	- 0,4	- 9,9	+ 9,6	- 5,8
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,2	- 0,1	- 2,5	+ 3,3	- 0,9
Energie ⁴	- 0,6	- 2,3	+ 1,1	+ 3,3	+ 1,5
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 1,9	+ 5,8	- 3,8	- 2,0	- 2,0
Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2001				
	4.Vj. ^p	Okt.	Nov.	Dez. ^p	Jan.- Dez. ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,7	- 0,7	- 3,3	- 1,1	0
Industrie ³	+ 0,2	+ 1,4	- 1,3	+ 0,7	+ 4,6
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,0	+ 0,2	- 2,5	- 4,1	+ 3,4
- Investitionsgüterproduzenten	+ 4,7	+ 4,7	+ 3,7	+ 5,7	+ 7,0
- Konsumgüterproduzenten	- 0,8	+ 0,1	- 4,7	+ 2,4	+ 4,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,1	+ 4,9	- 8,8	+ 1,4	+ 8,9
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,9	- 0,8	- 3,9	+ 2,6	+ 3,2
Energie ⁴	+ 1,4	- 1,9	+ 1,4	+ 4,6	+ 0,1
Bauhauptgewerbe ⁵	- 11,1	- 7,5	- 12,8	- 13,8	- 16,3
Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollauslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2000	2001			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	84,2	82,7	82,2	81,0	78,9
	2000	2001			
	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe	58,4	66,2	66,6	65,1	71,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Verfahren Census X-12-ARIMA.

² 1995 = 100.

³ Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

⁴ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.

⁵ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

⁶ Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.

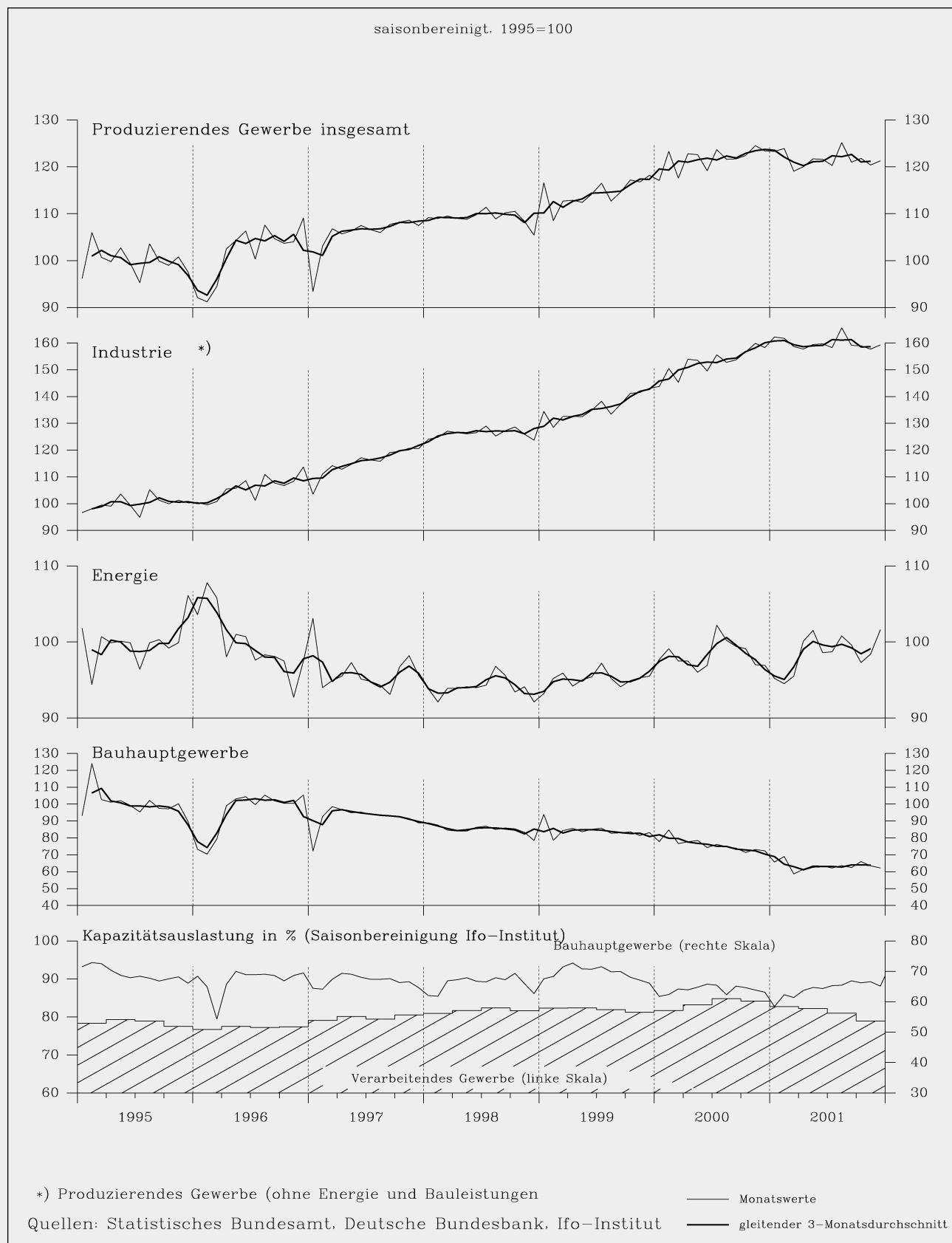
⁷ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Nov./Dez. ^p	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Nov./Dez. ^p
Industrie insgesamt³	- 0,9	+ 0,5	+ 5,2	+ 2,9	- 0,7	+ 0,6	+ 5,0	+ 2,9
Inland	- 1,4	- 0,8	+ 5,7	+ 1,5	- 1,2	- 0,6	+ 5,6	+ 1,7
Ausland	- 0,1	+ 2,0	+ 4,7	+ 4,6	0	+ 2,1	+ 4,5	+ 4,6
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	- 1,4	+ 4,6	+ 1,2	- 0,9	- 1,3	+ 4,9	+ 1,4
Inland	- 2,0	- 1,4	+ 5,2	0	- 1,4	- 1,2	+ 5,3	+ 0,4
Ausland	- 0,7	- 1,3	+ 3,9	+ 3,1	0	- 1,0	+ 3,8	+ 3,4
Investitionsgüterproduzenten	- 0,5	+ 2,4	+ 6,7	+ 4,6	- 0,7	+ 2,6	+ 6,2	+ 4,5
Inland	- 1,5	- 0,3	+ 7,4	+ 2,9	- 1,4	- 0,1	+ 6,9	+ 2,7
Ausland	+ 0,2	+ 4,9	+ 6,1	+ 6,1	- 0,1	+ 5,2	+ 5,7	+ 6,1
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 0,4	- 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,1	- 1,4	+ 1,2	+ 1,4
Inland	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,2	0	- 0,1	+ 2,3	+ 2,0
Ausland	+ 0,3	- 4,1	- 1,0	+ 0,4	+ 0,2	- 4,1	- 0,9	+ 0,4
Auftragseingang ²								
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Werte				Volumen				
2001								
4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Jan.-Dez. ^p	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Jan.-Dez. ^p	
Industrie insgesamt³	- 7,8	- 8,8	- 9,0	- 1,9	- 8,0	- 8,8	- 9,3	- 3,0
Inland	- 6,7	- 8,6	- 7,7	- 2,6	- 7,0	- 8,8	- 7,9	- 3,6
Ausland	- 9,2	- 8,9	- 10,6	- 1,1	- 9,2	- 8,8	- 10,8	- 2,2
Vorleistungsgüterproduzenten	- 9,3	- 10,4	- 10,6	- 4,0	- 7,8	- 8,8	- 8,9	- 4,9
Inland	- 8,5	- 10,2	- 9,6	- 3,5	- 7,3	- 8,9	- 8,1	- 4,3
Ausland	- 10,6	- 10,7	- 12,0	- 5,0	- 8,7	- 8,6	- 10,2	- 5,9
Investitionsgüterproduzenten	- 8,3	- 9,1	- 9,0	- 1,0	- 9,5	- 10,1	- 10,2	- 2,1
Inland	- 6,8	- 9,3	- 7,4	- 2,5	- 8,3	- 10,4	- 8,6	- 3,4
Ausland	- 9,5	- 9,0	- 10,3	+ 0,3	- 10,6	- 9,7	- 11,5	- 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 4,2	- 6,2	- 6,6	- 0,5	- 5,5	- 7,4	- 8,0	- 1,9
Inland	- 3,4	- 5,3	- 5,2	- 1,0	- 4,8	- 6,4	- 6,7	- 2,7
Ausland	- 6,0	- 8,1	- 9,7	+ 0,6	- 7,1	- 9,3	- 10,8	- 0,7
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,4	+ 1,5	- 2,8	+ 2,4	0	+ 0,1	- 4,1	+ 0,9
Inland	+ 0,3	+ 0,5	- 1,8	+ 0,1	- 1,3	- 1,2	- 3,5	- 1,6
Ausland	+ 3,5	+ 3,5	- 4,5	+ 7,5	+ 3,0	+ 2,9	- 4,8	+ 6,4
Nachrichtlich:								
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 2,1	- 3,5	- 5,1	+ 0,6	- 3,4	- 4,6	- 6,5	- 0,9
Inland	- 1,8	- 2,9	- 3,6	- 0,5	- 3,3	- 4,4	- 5,3	- 2,2
Ausland	- 3,0	- 4,7	- 8,0	+ 2,9	- 4,1	- 5,8	- 8,9	+ 1,6
Auftragsbestand								
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
2000				2001				
März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe
Investitionsgüter prod. Gewerbe
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

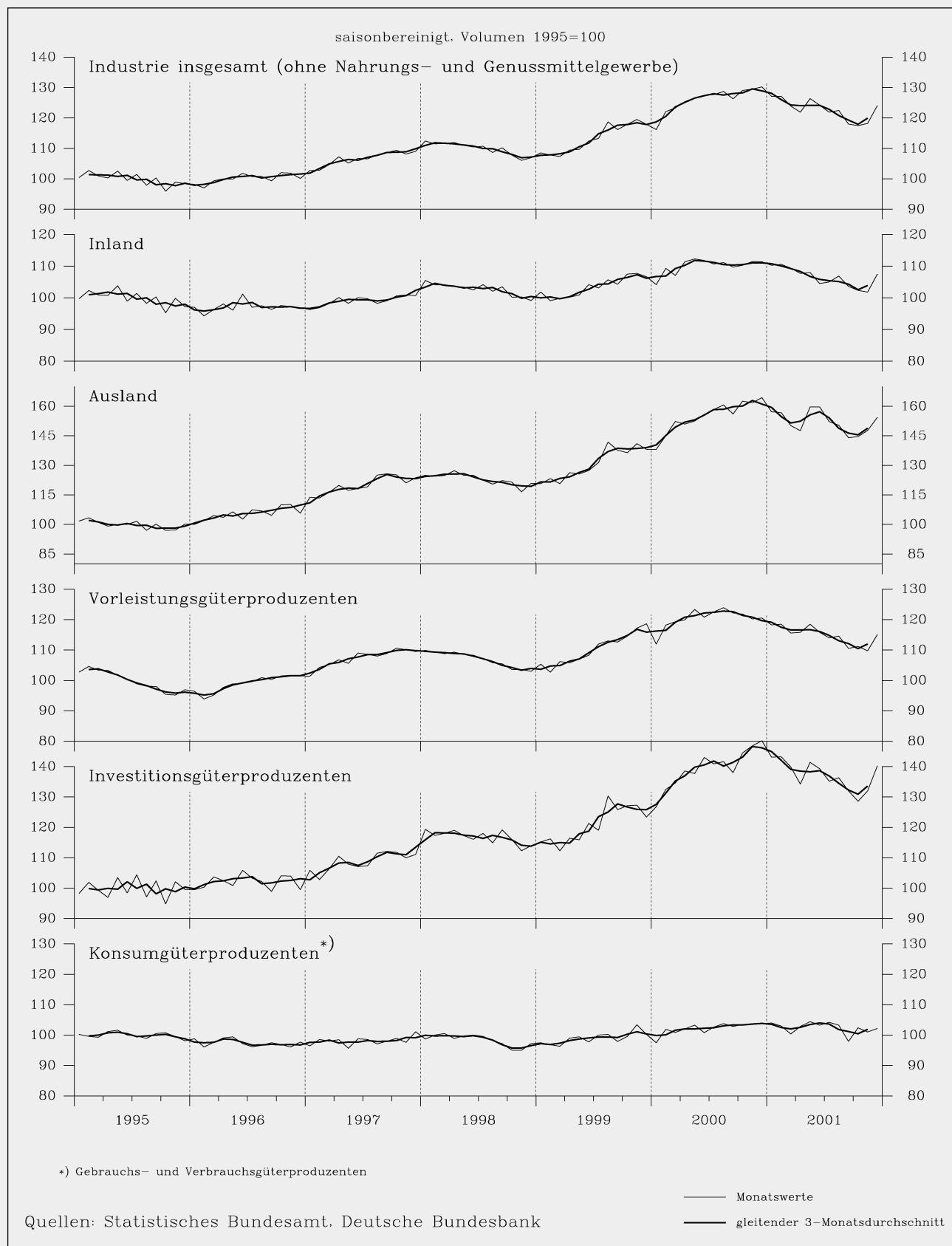
⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Nov./ Dez. ^p	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Nov./ Dez. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 0,5	+ 0,7	+ 5,2	+ 3,5	- 0,5	+ 0,8	+ 4,7	+ 3,4
Inland	- 1,4	- 0,6	+ 5,3	+ 1,7	- 1,3	- 0,4	+ 4,9	+ 1,7
Ausland	+ 0,7	+ 2,3	+ 4,7	+ 5,8	+ 0,7	+ 2,4	+ 4,5	+ 5,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,6	- 1,2	+ 4,2	+ 1,1	- 1,1	- 1,0	+ 4,1	+ 1,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,1	+ 2,8	+ 6,7	+ 5,9	- 0,1	+ 2,9	+ 6,2	+ 5,6
Konsumgüterproduzenten ⁴	+ 0,7	- 1,2	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,4	- 1,4	+ 1,0	+ 1,5
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	- 4,6	- 2,7	+ 8,1	- 5,0	- 3,8	- 2,2	+ 8,3	- 4,2
Inland	- 0,7	- 2,5	+ 10,1	+ 0,2	- 0,2	- 2,2	+ 10,6	+ 0,7
Ausland	- 12,4	- 3,3	+ 3,2	- 15,3	- 11,7	- 2,4	+ 3,2	- 14,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,2	- 3,4	+ 10,5	+ 1,5	+ 0,9	- 2,9	+ 11,0	+ 2,1
Investitionsgüterproduzenten	- 9,8	- 1,9	+ 6,5	- 12,2	- 8,8	- 1,2	+ 6,5	- 11,3
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 3,6	- 2,7	+ 4,2	- 0,8	- 3,8	- 2,9	+ 4,1	- 1,1
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁵								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Jan.- Dez. ^p	4.Vj. ^p	Nov.	Dez. ^p	Jan.- Dez. ^p
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt ³	- 8,0	- 8,9	- 9,0	- 2,4	- 8,3	- 8,9	- 9,3	- 3,5
Inland	- 7,0	- 9,0	- 7,7	- 3,1	- 7,4	- 9,1	- 8,0	- 4,0
Ausland	- 9,3	- 8,8	- 10,3	- 1,7	- 9,4	- 8,7	- 10,7	- 2,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 10,1	- 10,9	- 11,5	- 4,9	- 8,7	- 9,3	- 9,9	- 5,8
Investitionsgüterproduzenten	- 8,2	- 9,1	- 8,3	- 1,3	- 9,5	- 10,0	- 9,7	- 2,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,9	- 5,8	- 6,5	- 0,7	- 5,2	- 6,9	- 7,9	- 2,1
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 1,1	+ 1,3	- 2,7	+ 1,9	- 0,1	0	- 3,9	+ 0,5
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 2,0	- 3,2	- 5,0	+ 0,5	- 3,2	- 4,3	- 6,3	- 1,1
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt ³	- 4,5	- 6,7	- 9,5	+ 5,2	- 4,2	- 6,5	- 8,6	+ 4,0
Inland	- 3,2	- 4,2	- 7,2	+ 2,3	- 3,1	- 4,6	- 6,3	+ 1,2
Ausland	- 7,5	- 11,9	- 14,1	+ 12,2	- 6,8	- 11,0	- 13,2	+ 11,0
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,2	- 4,4	+ 0,6	+ 5,9	+ 1,7	- 2,7	+ 3,1	+ 5,0
Investitionsgüterproduzenten	- 9,5	- 9,8	- 17,8	+ 4,4	- 10,2	- 10,9	- 17,6	+ 3,0
Gebrauchsgüterproduzenten	- 8,0	- 11,0	- 8,4	+ 0,6	- 9,6	- 12,6	- 9,9	- 1,2
Verbrauchsgüterproduzenten nachrichtlich:	+ 4,2	+ 3,4	- 3,0	+ 9,7	+ 2,6	+ 1,8	- 4,5	+ 7,8
Konsumgüterproduzenten ⁴	- 3,5	- 5,7	- 6,2	+ 4,1	- 5,0	- 7,3	- 7,7	+ 2,2
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁶)								
Auftragsbestand	2000				2001			
	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ^{7,8}	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ⁸	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,7	2,5	2,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,1	1,8	1,9	1,9	1,9	2,3	1,7	1,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,8	3,5	4,1	4,1	4,3	4,2	3,6	2,9
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² 1995 = 100.

³ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

⁴ Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

⁵ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁶ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

⁷ Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

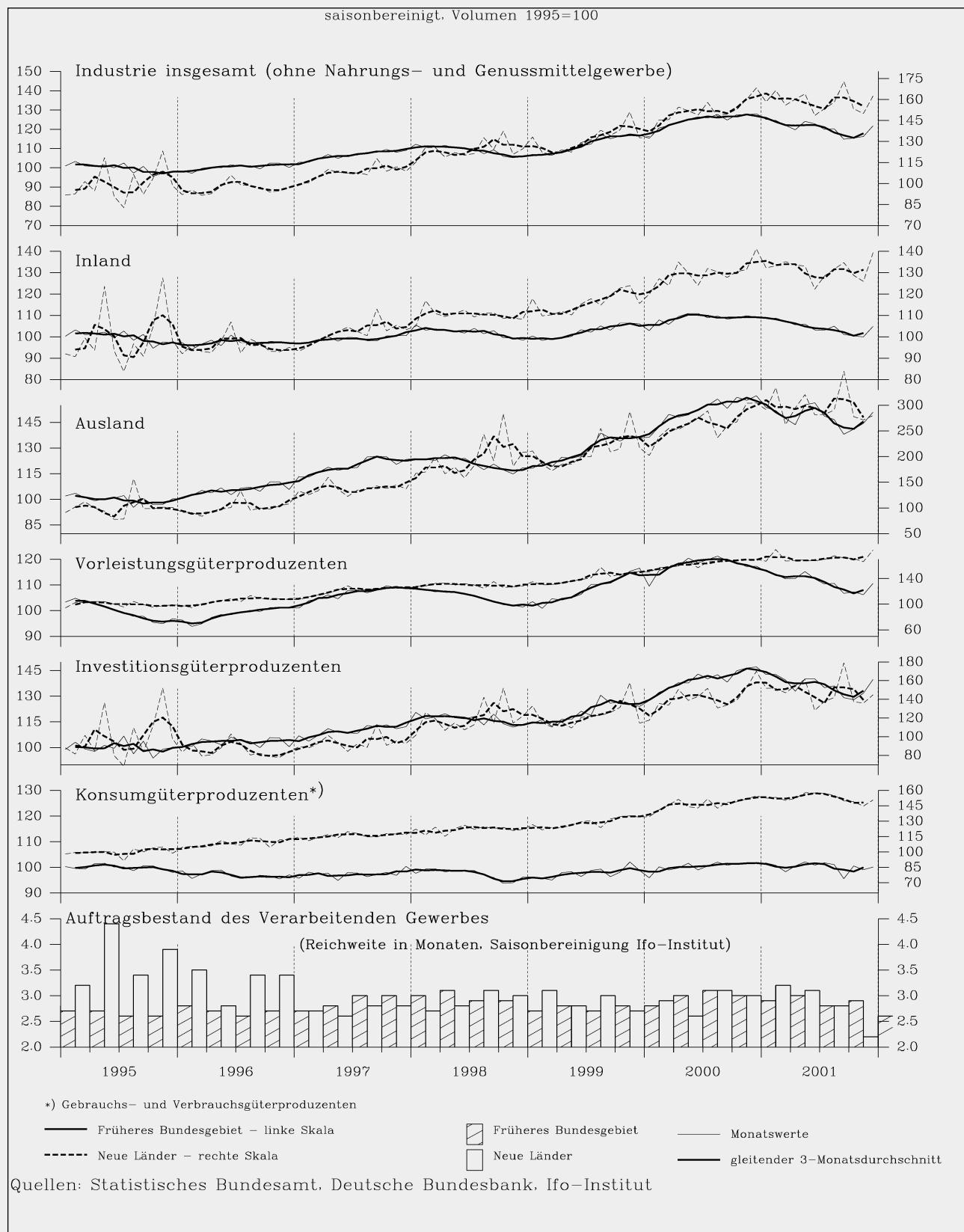
⁸ Ohne Chemische Industrie.

^p = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Sept.	Okt.	Nov.	Okt./Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Okt./Nov.
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 4,9	+ 1,3	+ 3,5	+ 0,4	- 5,1	+ 1,3	+ 3,8	+ 0,5
Hochbau	- 2,5	- 1,1	+ 1,0	- 1,9	- 2,7	- 1,2	+ 0,9	- 2,1
Wohnungsbau	- 0,2	- 1,5	- 9,2	- 6,1	- 0,4	- 1,1	- 9,6	- 6,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 3,6	- 1,0	+ 6,3	+ 0,3	- 3,8	- 1,4	+ 6,6	- 0,1
- Gewerblicher Hochbau	- 4,1	- 9,9	+ 13,6	- 5,8
- Unternehmen Bahn/Post	- 1,8	+ 38,0	- 14,3	+ 27,0
- Öffentlicher Hochbau
Tiefbau	- 8,0	+ 4,6	+ 6,7	+ 3,5	- 8,2	+ 4,6	+ 7,2	+ 3,7
Straßenbau	- 5,8	+ 0,4	+ 2,5	- 1,3	- 5,9	+ 0,6	+ 3,1	- 0,9
Tiefbau ohne Straßenbau	- 9,3	+ 6,8	+ 9,2	+ 6,2	- 9,3	+ 6,7	+ 9,4	+ 6,4
- Gewerblicher Tiefbau	- 3,4	+ 11,3	+ 8,3	+ 13,9
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 14,1	+ 2,7	+ 9,9	- 0,4
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³								
Auftragseingang ²	Werte				Volumen			
	2001							
	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.-Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.-Nov.
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 8,7	- 4,0	- 3,3	- 4,8	- 8,1	- 3,4	- 2,4	- 4,4
Hochbau	- 12,4	- 5,9	- 7,7	- 7,3	- 11,4	- 5,1	- 6,9	- 6,7
Wohnungsbau	- 13,6	- 15,4	- 21,7	- 16,8	- 12,6	- 14,3	- 20,8	- 15,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 11,6	0,0	+ 0,2	- 1,2	- 10,7	+ 1,0	+ 1,2	- 0,5
- Gewerblicher Hochbau	- 12,3	- 7,9	- 0,7	- 1,2
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Hochbau	- 8,5	+ 28,4	+ 4,4	- 0,7
Tiefbau	- 3,7	- 1,9	+ 3,0	- 1,2	- 3,5	- 1,3	+ 3,8	- 1,3
Straßenbau	- 2,6	+ 7,9	- 0,5	+ 0,1	- 2,7	+ 8,0	- 0,1	- 0,8
Tiefbau ohne Straßenbau	- 4,4	- 6,3	+ 4,7	- 1,8	- 3,9	- 5,8	+ 5,5	- 1,5
- Gewerblicher Tiefbau	- 5,4	+ 4,9	+ 7,6	- 4,2
- Unternehmen Bahn/Post
- Öffentlicher Tiefbau	- 3,5	- 15,1	+ 1,8	+ 0,3
Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)								
Auftragsbestand	2000				2001			
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

Bauhauptgewerbe insgesamt
Hochbau
Tiefbau

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

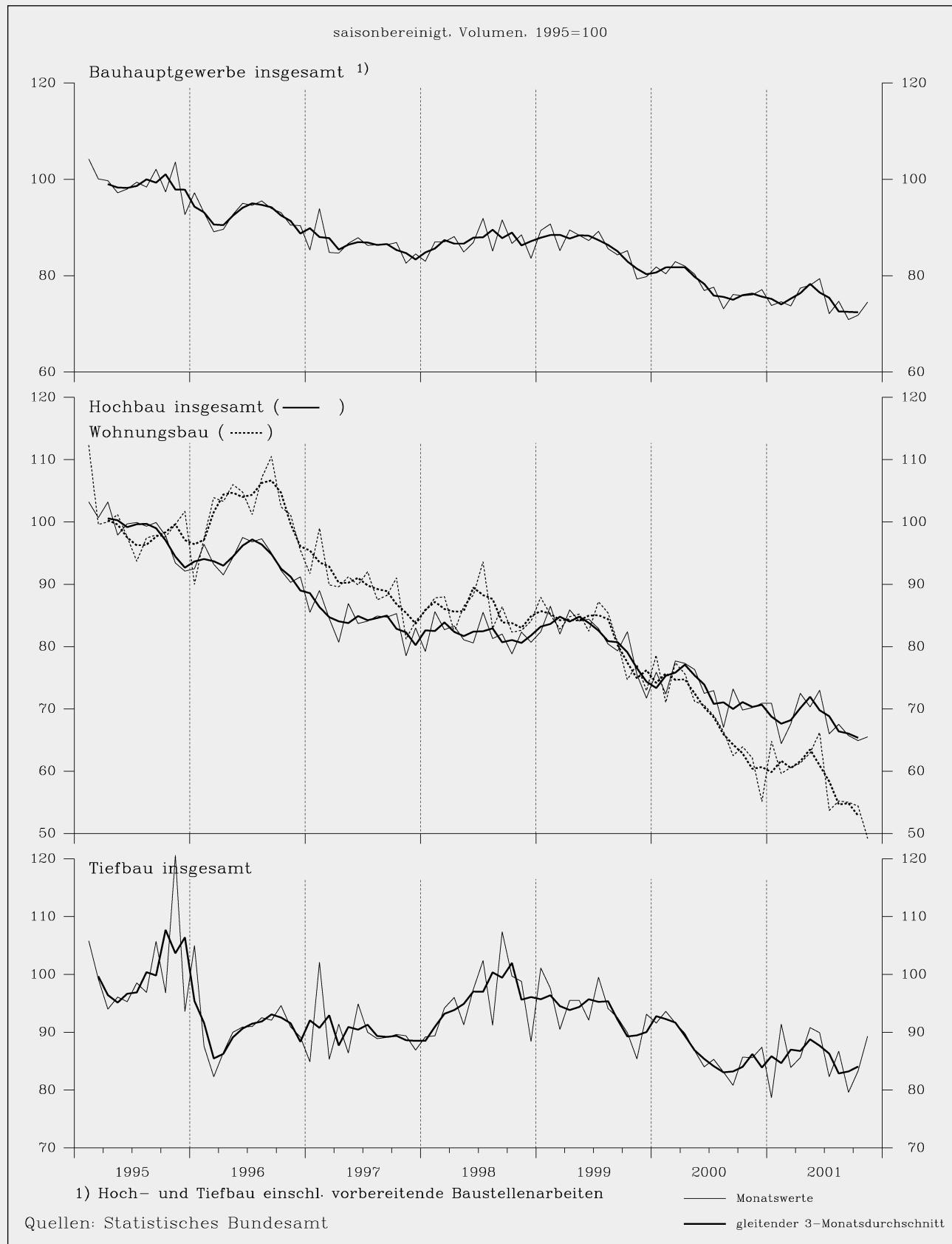
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Sept.	Okt.	Nov.	Okt./Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Okt./Nov.
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 3,0	+ 0,1	+ 2,5	- 0,1	- 3,0	+ 0,1	+ 2,5	- 0,1
Hochbau	+ 0,5	- 2,4	+ 3,5	- 0,4	+ 0,7	- 2,5	+ 3,6	- 0,4
Wohnungsbau	+ 2,3	- 5,5	- 5,9	- 7,2	+ 2,4	- 5,3	- 5,8	- 7,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 0,4	- 0,7	+ 7,9	+ 2,9	- 0,2	- 1,1	+ 8,3	+ 3,0
Tiefbau	- 7,9	+ 3,9	+ 1,1	+ 0,2	- 7,9	+ 3,9	+ 1,2	+ 0,1
Straßenbau	- 5,0	- 1,5	- 4,5	- 6,2	- 4,8	- 1,6	- 4,4	- 6,1
Tiefbau ohne Straßenbau	- 9,5	+ 6,8	+ 4,1	+ 3,7	- 9,5	+ 6,9	+ 4,0	+ 3,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 11,4	+ 5,3	+ 7,6	+ 2,6	- 11,5	+ 5,3	+ 7,4	+ 2,5
Hochbau
Wohnungsbau
Hochbau ohne Wohnungsbau
Tiefbau
Straßenbau
Tiefbau ohne Straßenbau
Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	Werte				Volumen			
	2001							
	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.-Nov.	Sept.	Okt.	Nov.	Jan.-Nov.
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 7,2	- 3,3	- 2,6	- 1,8	- 6,8	- 2,9	- 2,2	- 1,8
Hochbau	- 9,8	- 5,2	- 3,5	- 3,6	- 9,2	- 4,7	- 2,9	- 3,1
Wohnungsbau	- 10,7	- 17,7	- 21,9	- 12,0	- 10,0	- 16,9	- 21,2	- 11,4
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 9,2	+ 2,8	+ 7,4	+ 2,0	- 8,7	+ 3,4	+ 8,1	+ 2,2
Tiefbau	- 3,2	- 0,7	- 1,5	+ 0,6	- 3,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,1
Straßenbau	0,0	+ 11,0	- 5,9	+ 0,2	- 0,5	+ 10,8	- 5,8	- 1,0
Tiefbau ohne Straßenbau	- 5,1	- 5,7	+ 0,4	+ 0,6	- 4,6	- 5,3	+ 0,9	+ 0,7
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 13,9	- 6,8	- 5,1	- 14,0	- 12,8	- 5,6	- 3,9	- 12,6
Hochbau	- 22,8	- 9,0	- 22,9	- 21,1	- 21,6	- 7,6	- 22,0	- 19,6
Wohnungsbau	- 23,4	- 4,4	- 21,1	- 31,0	- 22,5	- 4,0	- 21,1	- 29,7
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 22,2	- 11,6	- 23,9	- 13,2	- 20,8	- 9,8	- 22,4	- 11,4
Tiefbau	- 5,1	- 5,1	+ 16,2	- 5,8	- 4,1	- 4,1	+ 17,6	- 4,8
Straßenbau	- 8,6	+ 0,6	+ 14,4	- 0,2	- 8,0	+ 1,2	+ 15,1	+ 0,1
Tiefbau ohne Straßenbau	- 2,5	- 8,5	+ 17,0	- 8,9	- 1,3	- 7,2	+ 18,8	- 7,6
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁴)							
	2000				2001			
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,6	2,7	2,5	2,6	2,7	2,4	2,5	2,7
Hochbau	2,5	2,6	2,5	2,5	2,7	2,3	2,5	2,7
Tiefbau	2,9	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8	2,7	2,8
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	1,8	1,9	1,7	1,9	2,0	2,0	1,9	1,9
Hochbau	1,6	1,9	1,7	1,8	2,0	2,0	2,1	2,1
Tiefbau	2,1	1,9	1,8	2,0	2,1	2,0	1,8	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

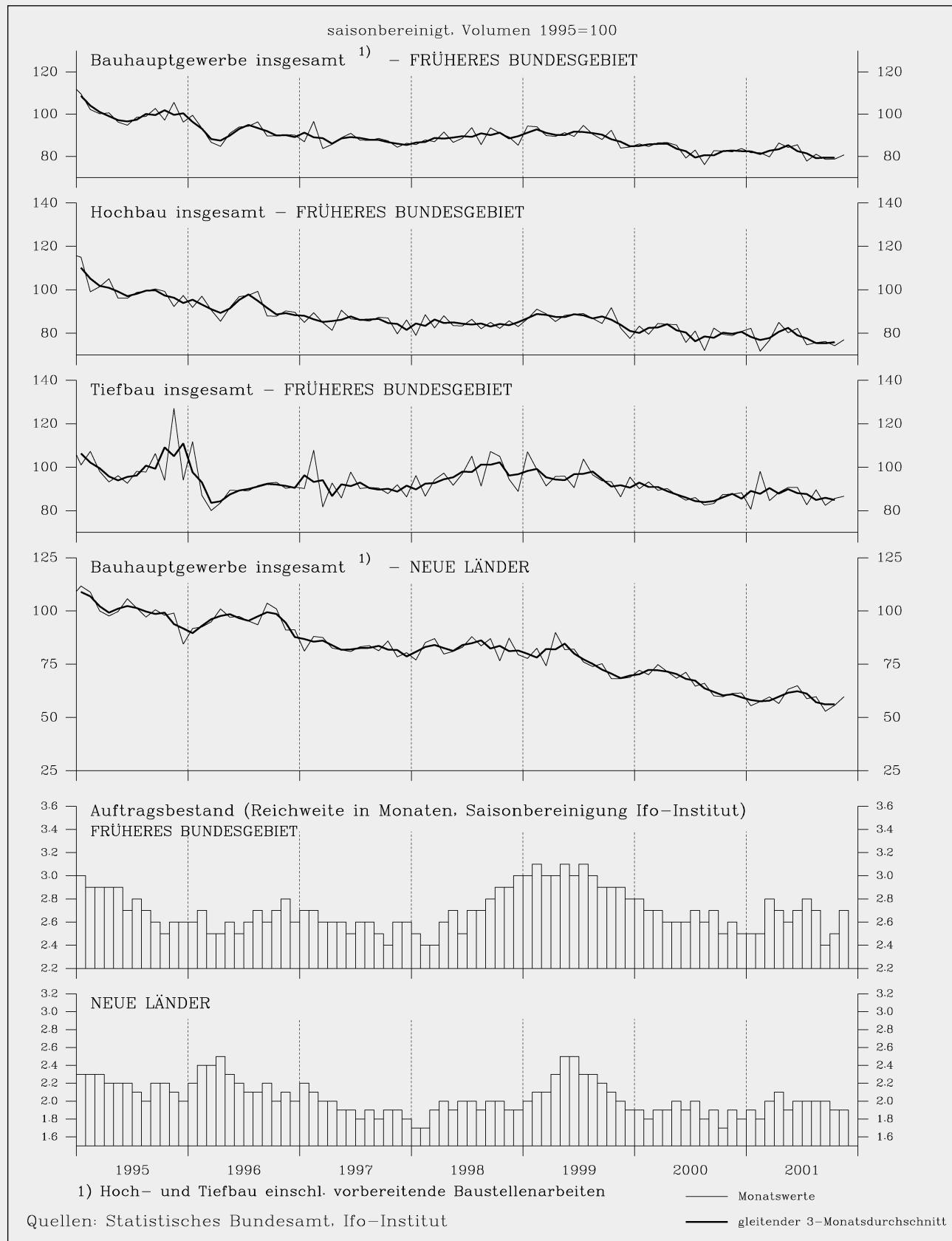
³ Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

⁴ Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
	Werte				Volumen			
	2001							
	4.Vj.	Nov.	Dez.	Nov./ Dez.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Nov./ Dez.
Einzelhandel insgesamt	- 1,4	+ 2,1	- 4,2	- 0,9	- 1,0	+ 2,3	- 4,1	- 0,5
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 2,5	+ 2,8	- 5,1	- 1,0	- 2,1	+ 3,3	- 5,1	- 0,5
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in % ²							
	Werte				Volumen			
	2001							
	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan.- Dez.	4.Vj.	Nov.	Dez.	Jan.- Dez.
Einzelhandel (EH) insgesamt	+ 1,4	+ 3,2	- 3,0	+ 1,7	+ 0,2	+ 2,1	- 4,0	+ 0,2
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 0,4	+ 2,3	- 2,9	+ 1,7	- 0,7	+ 1,2	- 4,1	- 0,1
EH mit Waren verschiedener Art ^{3,4}	+ 3,6	+ 6,0	- 0,2	+ 3,8	+ 0,5	+ 2,8	- 3,1	+ 1,0
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 6,3	+ 7,2	+ 3,9	+ 5,4	+ 2,7	+ 3,7	+ 0,6	+ 2,1
Sonstige Waren verschiedener Art	- 9,5	- 0,7	- 16,6	- 4,4	- 10,7	- 2,0	- 17,7	- 5,4
Fach-Einzelhandel ⁵ mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	- 1,6	- 0,7	- 4,8	- 1,4	- 4,7	- 3,9	- 7,7	- 4,5
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	+ 6,2	+ 7,4	+ 3,3	+ 6,7	+ 4,6	+ 5,7	+ 1,7	+ 5,4
Sonstiger Fach-Einzelhandel ³	- 3,4	- 1,8	- 6,2	- 2,2	- 4,2	- 2,6	- 7,0	- 2,8
darunter: Bekleidung	- 3,5	+ 0,4	- 5,5	- 1,1	- 4,2	- 0,4	- 6,1	- 1,5
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 3,7	- 3,0	- 8,1	- 1,9	- 5,5	- 4,9	- 9,8	- 3,4
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 7,4	- 4,4	- 12,8	- 5,8	- 6,2	- 3,1	- 11,6	- 4,6
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	+ 0,1	- 2,6	+ 2,1	- 3,9	- 0,5	- 3,2	+ 1,5	- 4,3
Fach-Einzelhandel a.n.g. ⁶	- 4,4	- 3,9	- 7,3	- 2,2	- 4,6	- 4,1	- 7,7	- 2,7
Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³	- 7,9	- 2,4	- 11,2	+ 1,1	- 8,7	- 3,2	- 12,0	+ 0,3
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel ⁷	- 3,4	- 2,2	- 9,2	+ 0,8	+ 4,1	+ 5,2	- 0,4	+ 1,1
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	+ 5,2	+ 7,4	- 3,1	+ 2,2	+ 4,0	+ 6,2	- 4,3	+ 0,8

Quellen: Statistisches Bundesamt.

¹ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.

³ In Verkaufsräumen.

⁴ Breites bzw. gemischtes Waren sortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.

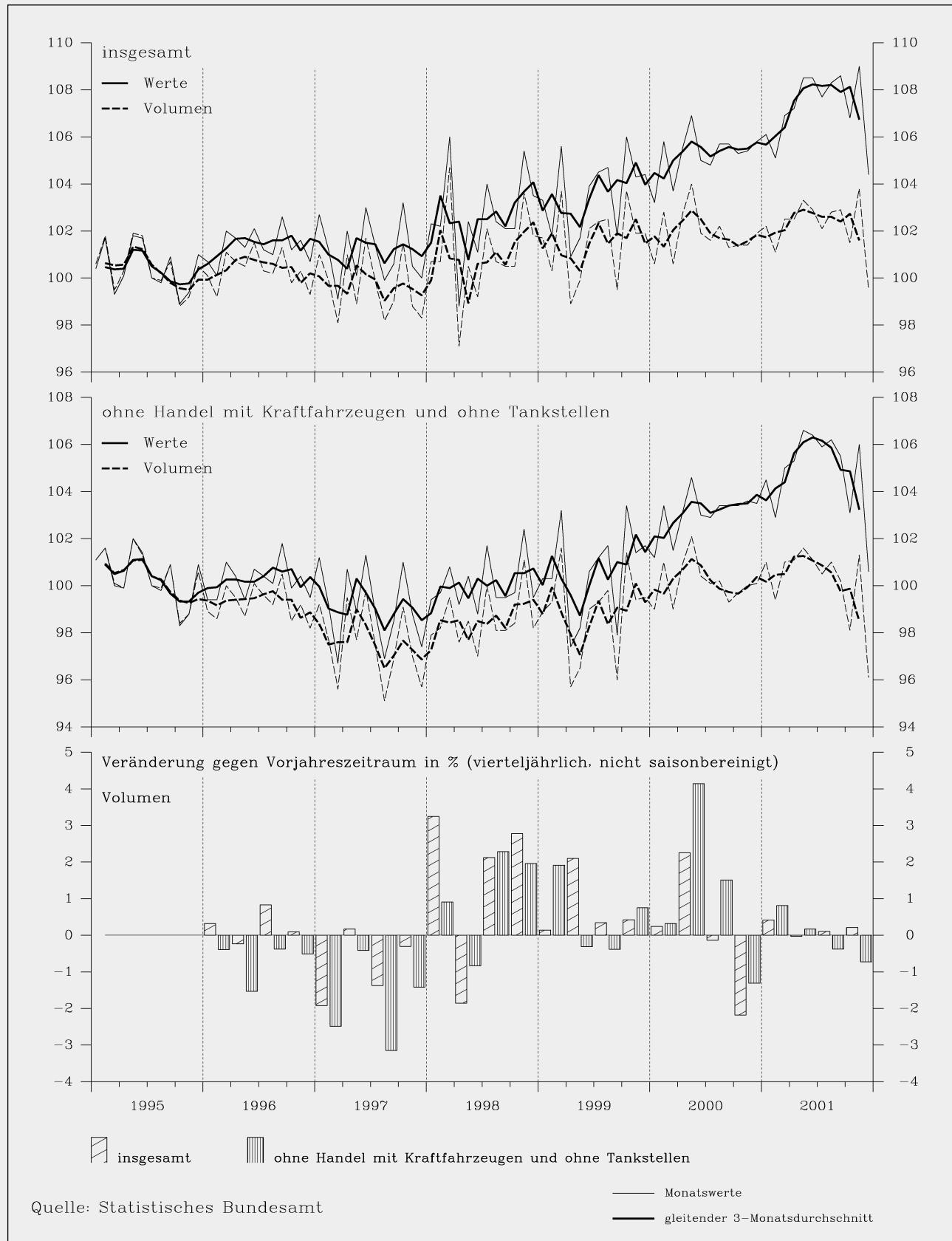
⁵ Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.

⁶ Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.

⁷ Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt



4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2 0 0 0			2 0 0 1		
	4.Vj.	Dez.	Jan.- Dez.	4.Vj.	Dez.	Jan.- Dez.
Einfuhr	150,5	48,4	538,3	135,3	40,2	543,3
Ausfuhr	163,7	50,0	597,5	160,3	48,2	637,2
Saldo der Handelsbilanz	+ 13,2	+ 1,7	+ 59,1	+ 25,0	+ 8,1	+ 93,9
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 2,2	- 1,0	- 6,4	- 1,1	- 0,2	- 5,9
Dienstleistungen	- 10,5	- 3,0	- 44,7	- 9,0	- 2,4	- 46,7
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1,4	- 1,9	- 1,2	+ 0,9	- 2,4	- 3,5
laufenden Übertragungen	- 8,0	- 2,2	- 27,1	- 7,3	- 1,8	- 26,7
Leistungsbilanz	- 9,0	- 6,4	- 20,3	+ 8,6	+ 1,4	+ 11,1
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
2 0 0 1						
	3.Vj.	4.Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.- Dez.
in Mrd. €						
Saldo der Handelsbilanz	+ 12,1	+ 11,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 6,4	+ 34,8
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,2	+ 1,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	+ 0,5
Dienstleistungen	- 1,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	- 2,0
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 0,2	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,6	- 0,5	- 2,3
laufenden Übertragungen	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4
Leistungsbilanz	+ 11,6	+ 17,6	+ 5,8	+ 4,1	+ 7,8	+ 31,4
in %						
Einfuhr	- 1,2	- 10,1	- 4,9	- 8,8	- 17,0	+ 0,9
Ausfuhr	+ 7,2	- 2,1	+ 0,7	- 3,5	- 3,6	+ 6,6
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
2 0 0 1						
	Werte			Volumen ³		
	Nov.	Dez.	Nov. / Dez.	Okt.	Nov.	Okt. / Nov.
Einfuhr	+ 1,3	- 5,4	- 2,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,3
Ausfuhr	- 4,1	+ 4,3	- 1,9	- 0,9	- 4,0	- 4,1

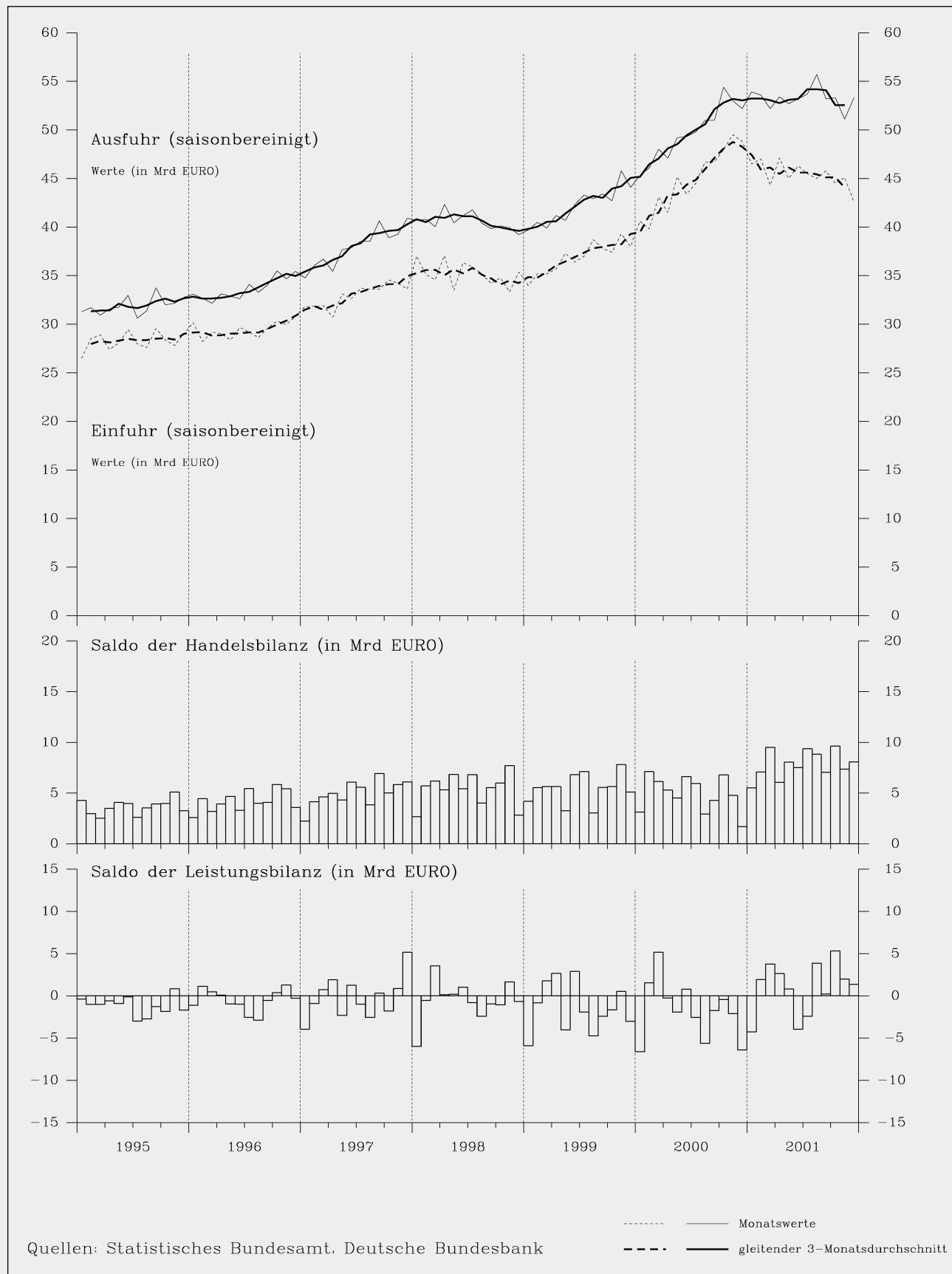
Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

¹ Ursprungszahlen.

² Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

³ Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4 Außenwirtschaft



5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0 / 2 0 0 1			2 0 0 1 / 2 0 0 2		
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹	39 151	38 988	38 331	39 068	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 645	3 809	4 093	3 789	3 964	4 290
Zugänge an Arbeitslosen	580	603	807	584	601	842
Abgänge an Arbeitslosen	545	439	379	521	427	516
Arbeitslosenquote (in % ²)	8,9	9,3	10,0	9,2	9,6	10,4
Kurzarbeiter	70	70	92	169	175	212
Offene Stellen	468	454	484	408	389	422
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum			
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹	- 120	.	.	- 83	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 63	+ 175	+ 326	+ 144	+ 155	+ 197
Zugänge an Arbeitslosen	+ 30	+ 17	+ 241	+ 4	- 1	+ 35
Abgänge an Arbeitslosen	- 51	- 94	+ 89	- 25	- 12	+ 137
Kurzarbeiter	+ 29	+ 6	+ 36	+ 99	+ 106	+ 120
Offene Stellen	- 35	- 18	+ 33	- 60	- 65	- 62
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹	38 764	38 753	38 733	38 718	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 863	3 888	3 919	3 938	3 947	3 978
Arbeitslosenquote (in % ²)	9,3	9,4	9,5	9,5	9,5	9,6
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹	+ 1	- 11	- 20	- 15	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 2	+ 25	+ 31	+ 19	+ 9	+ 31
Offene Stellen ⁵	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Inlandskonzept.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

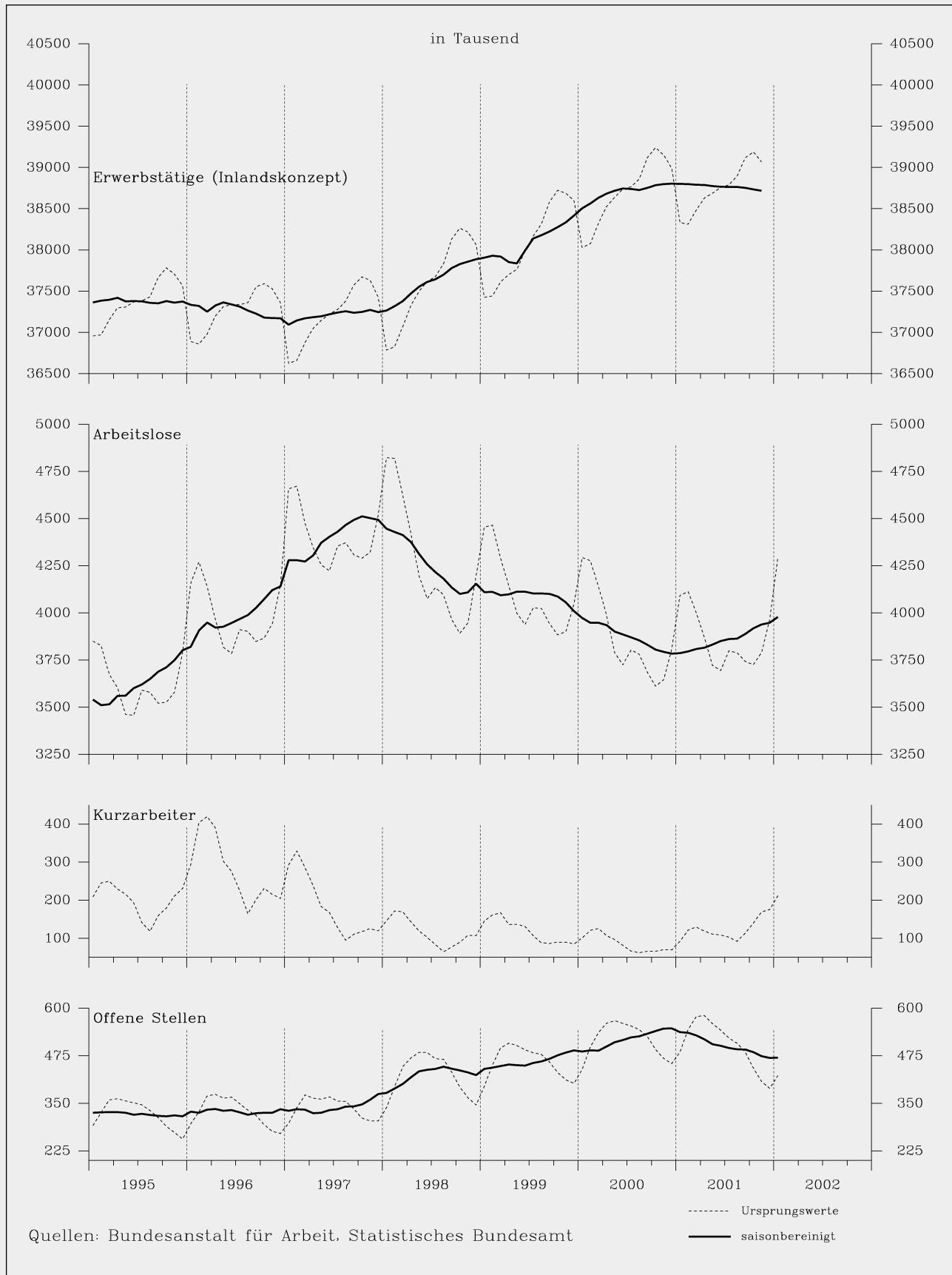
³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

⁵ Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland



5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0 / 2 0 0 1			2 0 0 1 / 2 0 0 2		
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 360	2 454	2 622	2 468	2 584	2 791
Zugänge an Arbeitslosen	393	397	533	409	409	570
Abgänge an Arbeitslosen	375	303	364	354	293	362
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,2	7,4	8,0	7,4	7,7	8,3
Kurzarbeiter	52	53	69	142	147	179
Offene Stellen	413	405	431	348	334	367
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 55	+ 116	+ 207	+ 108	+ 130	+ 169
Zugänge an Arbeitslosen	+ 19	0	+ 161	+ 16	+ 12	+ 37
Abgänge an Arbeitslosen	- 46	- 61	+ 70	- 21	- 11	- 2
Kurzarbeiter	+ 28	+ 5	+ 32	+ 89	+ 94	+ 110
Offene Stellen	- 31	- 14	+ 33	- 65	- 71	- 64
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	2 494	2 509	2 523	2 544	2 558	2 586
Arbeitslosenquote (in % ²)	7,4	7,5	7,5	7,6	7,6	7,7
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 7	+ 15	+ 14	+ 21	+ 14	+ 28
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet



5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2 0 0 0 / 2 0 0 1			2 0 0 1 / 2 0 0 2		
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 285	1 355	1 471	1 321	1 380	1 499
Zugänge an Arbeitslosen	187	206	274	175	192	272
Abgänge an Arbeitslosen	170	136	15	167	134	153
Arbeitslosenquote (in % ²)	16,3	17,2	18,7	16,9	17,6	19,1
Kurzarbeiter	18	17	23	28	29	33
Offene Stellen	54	50	54	59	55	56
Veränderungen in 1.000 ³						
gegen Vorzeitraum				gegen Vorjahreszeitraum		
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	+ 8	+ 58	+ 119	+ 36	+ 24	+ 28
Zugänge an Arbeitslosen	+ 12	+ 17	+ 80	- 12	- 13	- 2
Abgänge an Arbeitslosen	- 5	- 33	+ 19	- 4	- 1	+ 138
Kurzarbeiter	+ 2	+ 1	+ 4	+ 9	+ 12	+ 10
Offene Stellen	- 4	- 4	+ 1	+ 5	+ 6	+ 2
Saisonbereinigte Zahlen in 1.000 ⁴						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	1 369	1 379	1 396	1 394	1 389	1 392
Arbeitslosenquote (in % ²)	17,5	17,6	17,8	17,8	17,7	17,8
Offene Stellen	65	67	67	69	71	69
Veränderungen gegen Vorzeitraum in 1.000 (saisonbereinigt ⁴)						
2 0 0 1 / 2 0 0 2						
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Erwerbstätige insgesamt ¹
Arbeitslose insgesamt	- 5	+ 10	+ 17	- 2	- 5	+ 3
Offene Stellen	- 1	+ 2	0	+ 2	+ 2	- 2

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

¹ Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.

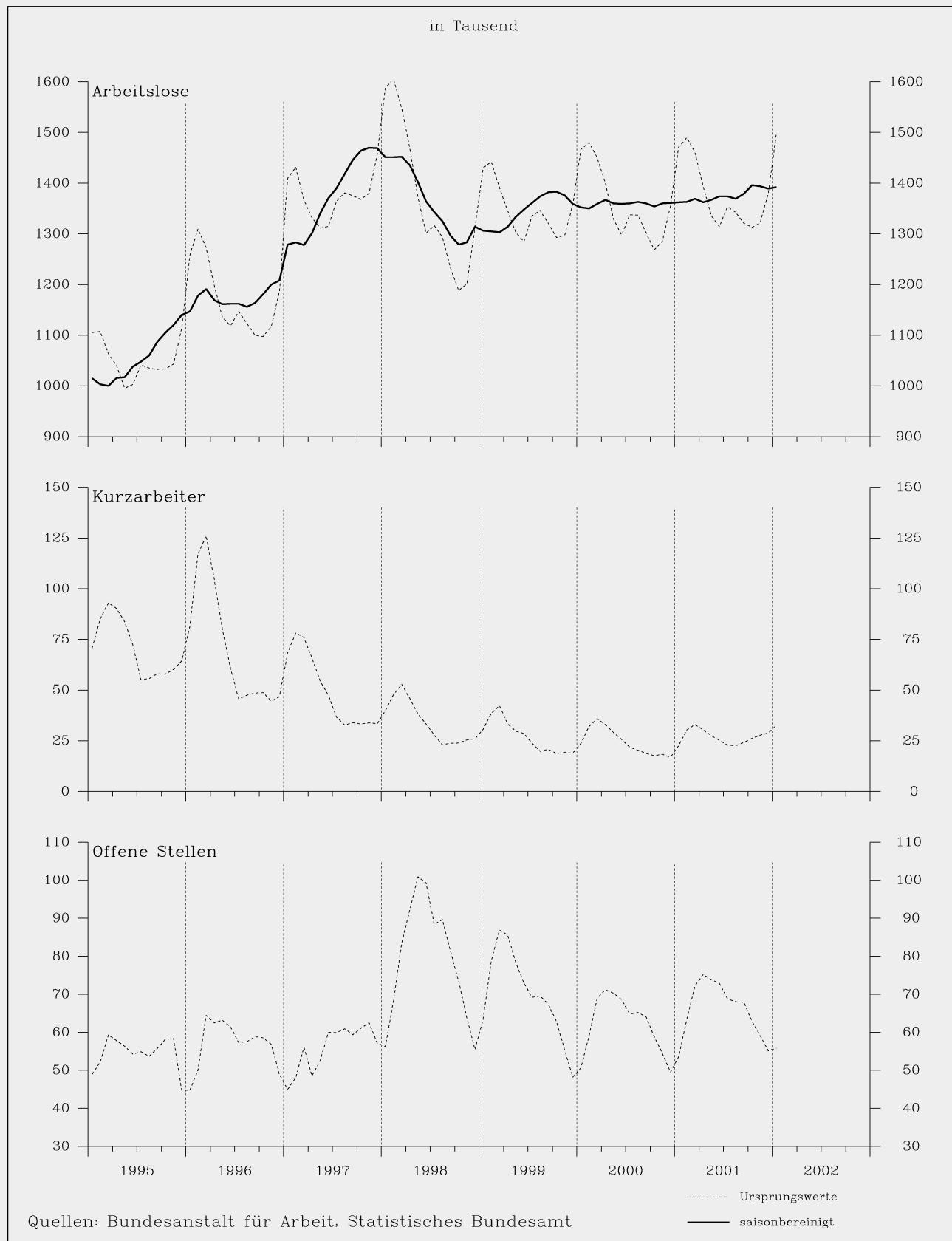
² Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Ursprungszahlen.

⁴ Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2001 / 2002					
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾						
Insgesamt	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,1
Waren	- 0,3	- 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,3
- Verbrauchsgüter	- 0,7	0	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 3,2
darunter:						
Nahrungsmittel	- 0,6	+ 0,6	+ 3,0	+ 5,4	+ 5,3	+ 6,7
darunter:						
Saisonwaren ²⁾	- 2,7	+ 2,2	+ 11,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 11,9
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6
- Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,1	0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7
Dienstleistungen	0	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte³⁾						
Insgesamt	- 0,3	- 0,3	.	+ 0,1	+ 0,1	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	- 0,7	- 0,4	.	- 1,6	- 1,3	.
- Energie	- 1,3	- 0,6	.	- 2,3	- 1,1	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,1	- 0,2	.	- 1,1	- 1,3	.
Investitionsgüterproduzenten	0	+ 0,1	.	+ 1,1	+ 1,2	.
Konsumgüterproduzenten	- 0,2	- 0,1	.	+ 2,2	+ 1,8	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,2	.	+ 1,8	+ 2,0	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,2	- 0,1	.	+ 2,3	+ 1,9	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte³⁾						
Insgesamt	- 0,2	- 0,4	.	+ 0,6	+ 1,6	.
Pflanzliche Produkte	+ 0,3	+ 2,7	.	+ 4,0	+ 5,7	.
Tierische Produkte	- 0,4	- 2,1	.	- 0,9	- 0,4	.
2001						
Baupreise³⁾		Mai	Aug.	Nov.	Mai	Aug.
Wohngebäude		0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Straßenbau		- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 1,2	+ 0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

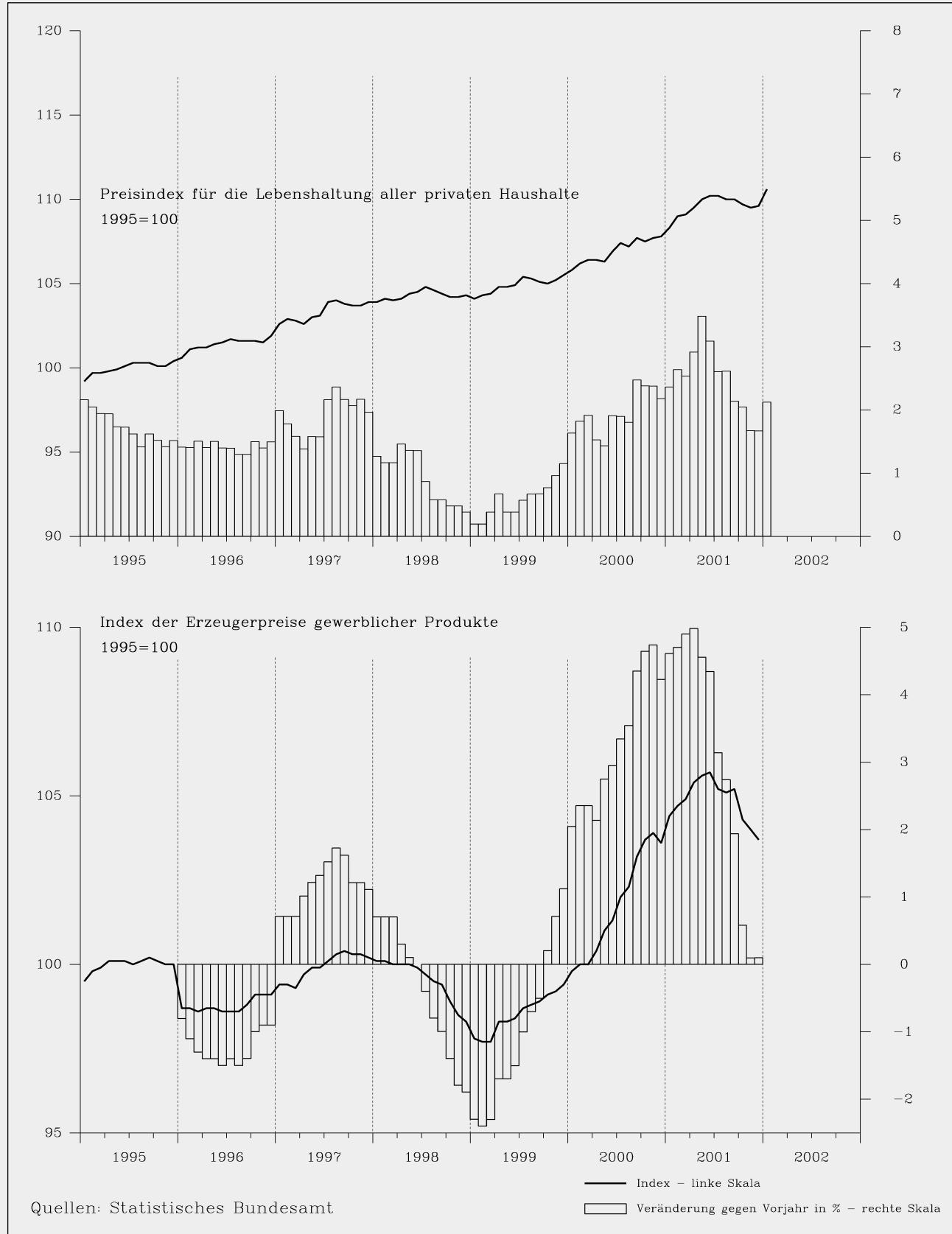
¹⁾ Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

²⁾ Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

³⁾ 1995 = 100.

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2001 / 2002					
	ßß Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹⁾						
Insgesamt	- 6,9	- 0,8	+ 2,7	- 31,9	- 21,5	- 19,9
- Nahrungs- und Genußmittel	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,1	- 3,9	- 2,5	- 3,6
- Industrie-Rohstoffe	+ 0,3	- 1,7	+ 2,4	- 15,1	- 18,2	- 16,6
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 10,7	- 0,7	+ 3,1	- 39,4	- 24,9	- 23,0
Entwicklung des Außenwertes der DM						
Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar ²⁾	- 2,0	+ 0,5	.	+ 3,7	- 0,6	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern ³⁾	- 1,4	- 3,6	.	+ 5,5	- 2,0	.
Außenhandelspreise²⁾						
Einfuhrpreise insgesamt	- 0,5	- 0,2	.	- 6,6	- 4,7	.
darunter:						
Güter der Ernährungswirtschaft	0	+ 3,6	.	- 0,5	+ 1,2	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 0,6	- 0,6	.	- 7,3	- 5,4	.
- Rohstoffe und Halbwaren	- 2,8	- 2,7	.	- 24,3	- 19,4	.
- Fertigwaren	0	- 0,1	.	- 1,1	- 0,8	.
Ausfuhrpreise insgesamt	- 0,1	- 0,1	.	- 0,9	- 0,7	.
Terms of Trade	+ 0,5	+ 0,1	.	+ 6,1	+ 4,2	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.

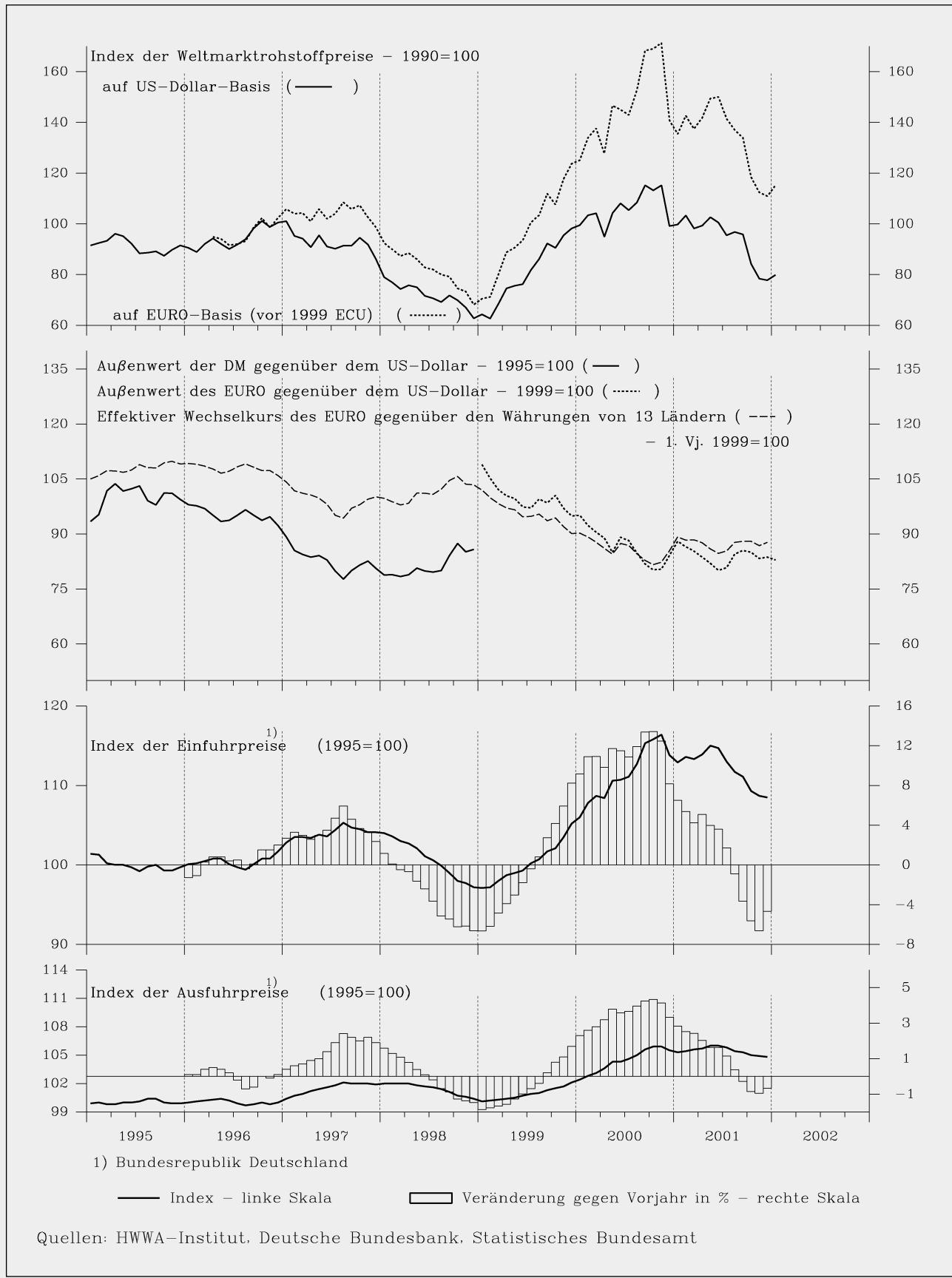
¹⁾ HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.

²⁾ 1995 = 100.

³⁾ 1999 = 100.

6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert der DM, Außenhandelspreise



7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ² in %	Erwerbs- lose Mio.	Erwerbs- losen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	51,3	2,6	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	3,0	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,4	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,7	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,6	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	4,0	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	4,4	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	4,3	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	4,1	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,9	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 ⁵	38,8	0,1	51,7	3,9	7,4	0,6	0,4	1,2	20,4
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,5	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	4,1	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3} Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten ⁴	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer	
								Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
1991
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4	
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4	
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0	
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2	
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4	
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3	
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0	
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4	
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6	
2001 ⁵	1,3	0,0	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8	
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2	
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1	

¹ Preisbasis 1995.

² Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahrs.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 ¹	6,1	3,0	29,58	- 3,42	35,1	33,7	1,4	- 0,2
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

¹ Erste vorläufige Ergebnisse.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-	Unterneh-	Arbeitnehmer-	Lohnquote		Bruttolöhne	Reallöhne	Arbeits-
	einkommen	mens- und	entgelte	unbereinigt ¹	bereinigt ²	und Gehälter (je Arbeit- nehmer)	(netto) ³	produktivität (je Erwerbs- tätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 ⁴	1,4	0,1	1,9	72,7	73,4	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand 31. Dezember 2001 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 31. Januar 2002 Mio. €
Anleihen ²	425 358	15 035	0	440 393
Bundesobligationen	122 616	50	0	122 667 ^p
Bundesschatzbriefe ³	26 394	249	1 866	24 777 ^p
Bundesschatzanweisungen	60 252	0	0	60 252
Unverzinsliche Schatzanweisungen	19 478	4 928	9 213	15 194
Finanzierungsschätzungen ⁴	1 658	147	165	1 641 ^p
Schuldscheindarlehen ⁵	44 790	686	1 235	44 241
Medium Term Notes Treuhand	956	0	409	547
Gesamte umlaufende Schuld⁶	701 504			709 712

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 31. Dezember 2001 Mio. €	Stand 31. Januar 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	132 110	135 893
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	246 684	249 258
langfristig (mehr als 4 Jahre)	322 709	324 562
Gesamte umlaufende Schuld⁷	701 504	709 712

^p Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundes schuld vom 21. Juni 1999.

² Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

³ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

⁴ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzungen.

⁵ Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

⁶ Einschließlich Eigenbestände.

2 Gewährleistungen

	Soll 2001 in Mrd. €	Dezember 2001 in Mrd. €	Dezember 2000 in Mrd. €
Ausfuhr	118	102,7	106,1
Internationale Finanzinstitute	33	31,7	31,7
Kapitalanlagen	33	26,1	24,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	77	68,6	45,5

3 Bundeshaushalt 1997 bis 2002

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1997 Ist Mrd. DM	1998 Ist Mrd. DM	1999 Ist Mrd. DM	2000 Ist Mrd. DM	2001 Ist Mrd. DM	2001 Ist Mrd. €	2002 Soll Mrd. €
1. Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	441,9 - 3,0	456,9 3,4	482,8 5,7	478,0 - 1,0	475,6 - 0,5	243,1 - 0,5	247,5 1,8
2. Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in % darunter: Steuereinnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	378,4 0,4	400,3 5,8	431,5 7,8	431,3 - 0,1	430,7 - 0,1	220,2 - 0,1	223,8 1,6
3. Finanzierungsdefizit	- 63,5	- 56,6	- 51,3	- 46,7	- 44,8	- 22,9	- 23,7
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits							
4. Bruttokreditaufnahme (-)	252,6	243,3	281,8	292,8	254,3	130,0	179,4
5. Tilgungen (+)	188,9	186,8	230,7	246,3	209,6	107,2	158,3
6. Nettokreditaufnahme	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 44,6	- 22,8	- 21,1
7. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 2,7
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 63,4 14,3	- 56,6 12,4	- 51,3 10,6	- 46,7 9,8	- 44,8 9,4	- 22,9 9,4	- 23,7 9,6
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	56,4 - 7,6	57,1 1,3	56,0 - 2,0	55,1 - 1,6	53,3 - 3,1	27,3 - 3,1	25,0 - 8,2
darunter: Bundesanteil am Bundesbankgewinn	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Dezember 2001.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 836	26 653	26 963	26 517	26 807	27 132
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 440	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 414	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 026	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 367	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 598	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 770	3 922
Laufender Sachaufwand	19 469	19 719	20 432	20 822	18 503	16 069
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 619	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 985	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	8 899	7 147
Zinsausgaben	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	37 582	38 841
an Ausland	4	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	122 632	128 618	129 156	126 846	132 359	138 443
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 257	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 580	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	241	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 435	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	119 102	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 674	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	20 668	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	78 143	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	672	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 940	2 965
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	6 224	6 925	7 110	6 732	6 905	6 803
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 551	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	882	787
Grunderwerb	331	394	314	373	473	430
Vermögensübertragungen	16 417	18 339	17 831	19 506	17 085	14 351
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	16 509	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 496	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 431	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	65	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 013	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	5 370	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 643	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	577	446
an Verwaltungen	154	18	-6	0	0	0
Länder	0	0	-6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	577	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	183	196
Ausland	173	156	203	284	227	250

noch 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist Mio. €	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen						
Darlehensgewährung an Verwaltungen	7 064	4 645	4 290	4 835	3 859	4 334
Länder	6 345	3 964	3 661	4 205	3 185	3 699
Gemeinden	570	516	487	197	166	147
an andere Bereiche	562	510	485	195	166	147
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	9	6	1	1	0	1
Ausland	5 775	3 448	3 174	4 008	3 019	3 552
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 429	2 130	1 981	2 998	1 841	2 564
Inland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 178	988
Ausland	719	681	629	630	674	634
	13	3	1	19	24	52
	706	678	628	611	651	583
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen						
	0	0	0	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globale Mehr-/Minderausgaben	-1	0	0	0	0	1 481
Ausgaben zusammen	225 950	233 619	246 869	244 405	243 145	247 500
Abschluss der Ausgaben						
Summe Ausgaben	225 950	233 619	246 869	244 405	243 145	247 500
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	-1	0	0	0	0	1 481
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	136	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	226 124	233 774	247 009	244 539	243 282	247 500
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	27 273	25 041

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 634	43 553	24 825	12 367	0	6 361
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	10 944	8 068	447	674	0	6 947
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	105 997	104 599	169	402	0	104 027
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
3 Gesundheit und Sport	1 012	631	239	197	0	195
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	922	2	3	0	917
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 316	692	24	124	0	544
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasöverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 459	4 200	62	356	0	3 782
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

noch 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 081	1 108	1 402	1 571	4 031
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	2 876	89	2 787	0	2 868
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 398	14	1 380	4	1 028
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	381	204	176	0	375
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 153	0	983	170	1 153
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	623	4	616	3	623
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 259	3	1 056	2 201	3 259
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

noch 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	2 893	1 014	1 229	0	651
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	17 510	12 866	27	283	0	12 555
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	42 108	322	436	38 887	2 463
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	247 500	220 532	27 132	16 069	38 887	138 443

noch 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 072	5 254	1 818	1	7 072
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 645	128	4 132	384	4 633
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	25 487	6 803	14 351	4 334	25 041

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611½
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	- 62,3	- 48,1	- 28,8	- 27,9	- 33,7	- 45	- 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245½	247½
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	- 40,1	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22½	- 23½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182½	187
Finanzierungssaldo	- 16,5	- 12,4	- 8,9	- 5,5	- 5,8	- 19½	- 12½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	- 3,1	- 2,0	2,6	2,6	1,8	- 2	- 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56½
Finanzierungssaldo	- 7,7	- 7,1	- 5,3	- 4,0	- 4,4	- 5	- 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	- 1,3	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0	- ½
Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	- 0,9	-	1,7	2,8	0,1	1½	1
Einnahmen	- 2,1	-	5,5	3,1	- 0,9	- ½	1½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	½	1
Einnahmen	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	1	½
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	-	1,1	0,9	2,0	4	- 1
Einnahmen	1,9	-	3,1	2,8	1,9	- 3	2½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	- 1,8	-	- 0,4	1,9	1,6	1	2½
Einnahmen	0,6	-	3,6	1,8	0,9	- 2	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	-	- 0,3	- 1,1	0,7	0	- 1
Einnahmen	5,3	-	3,0	1,1	0,1	- 1	- 1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	- 3,7	-	- 3,2	- 2,2	- 3,3	- 1	½
Einnahmen	- 4,8	-	- 2,1	- 1,3	- 1,9	- 2½	½

noch 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997 ²	1998	1999	2000 ³	2001 ³	2002 ³
Anteil in %							
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 3,4	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2	- 2
darunter:							
Bund	- 2,2	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1	- 1
Länder (West)	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 1	- 1½
Gemeinden (West)	- 0,2	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	0	0
Gemeinden (Ost)	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 10,2	- 8,4	- 5,0	- 4,7	- 5,6	- 7½	- 7
darunter:							
Bund	- 17,2	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9	- 9½
Länder (West)	- 8,4	- 6,7	- 4,8	- 2,9	- 3,0	- 9½	- 6½
Gemeinden (West)	- 2,3	- 1,8	2,2	2,2	1,5	- 1½	- 2
Länder (Ost)	- 12,0	- 11,6	- 8,7	- 6,6	- 7,2	- 8½	- 7
Gemeinden (Ost)	- 3,9	- 2,8	- 1,7	- 0,8	0,6	- 1	- 1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29½	28½
darunter:							
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11½
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9½	9½
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.

¹ Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.

² Ab 1997 ohne Krankenhäuser.

³ 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.

Stand: November 2001.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Ist-Ergebnisse	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	82,3	156,9	275,4	289,8	380,2	401,8	427,2	457,5	471,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	8,6	12,7	2,4	5,2	0,0	0,0	6,3	7,1	3,0
Einnahmen	83,4	123,8	239,4	269,7	332,1	348,6	387,8	390,5	420,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	17,9	0,2	- 0,7	12,7	0,0	0,0	11,3	0,7	7,7
Finanzierungssaldo	1,2	- 33,1	- 36,0	- 20,0	- 48,0	- 53,2	- 39,3	- 66,9	- 50,6
darunter :									
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0 ²	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,8	- 0,5
Rücklagenbewegung	-	- 2,4	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	1,4	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	12,8	25,4	40,1	41,3	43,2	48,7	51,5	52,7	52,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	12,4	5,9	2,1	3,0	0,0	0,0	5,7	2,4	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben	2,2	5,2	32,3	32,1	34,2	39,6	43,8	45,8	53,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	14,3	23,1	4,0	- 0,6	0,0	0,0	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben	14,0	25,5	33,4	36,2	39,2	61,5	65,8	65,1	61,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	11,0	0,4	8,4	0,0	0,0	7,0	- 1,1	- 6,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen¹	78,6	119,2	220,3	247,1	258,8	317,9	352,9	356,0	379,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	18,7	0,5	1,5	12,2	0,0	0,0	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme	- 0,0	- 29,9	- 35,4	- 19,2	- 46,7	- 52,0	- 38,6	- 66,2	- 50,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte³	115,8	253,1	899,0	924,8	1 048,8	1 165,5	1 331,5	1 499,2	1 645,1
darunter:									
Bund	45,2	107,1	475,2	490,5	542,2	586,0	606,7	685,3	712,5

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand: November 2001.

noch 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2001

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2001	2002
	Ist-Ergebnisse								
	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Mrd. DM	Ist	Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	464,7 - 1,4	455,6 - 2,0	441,9 - 3,0	456,9 3,45,7	482,8 - 1,0	478,0 - 0,2	475,6 - 0,5	243,1 - 0,5	247,5 1,8
Einnahmen Veränderung gegen Vorjahr in %	414,1 - 1,5	377,0 - 9,0	378,4 0,4	400,3 5,8	431,5 7,8	439,3 1,8	430,7 - 2,0	220,2 - 2,0	223,8 1,6
Finanzierungssaldo darunter :	- 50,5	- 78,5	- 63,4	- 56,6	- 51,3	- 46,5	- 44,8	- 22,9	- 23,7
Nettokreditaufnahme	- 50,1	- 78,3	- 63,7	- 56,4	- 51,1	- 46,5	- 44,6	- 22,8	- 21,1
Münzeinnahmen	- 0,4	- 0,2	0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 2,7
Rücklagenbewegung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	52,9 0,5	52,9 - 0,0	52,5 - 0,7	52,1 - 0,7	52,7 1,2	51,9 - 1,6	52,4 1,1	26,8 1,1	27,1 1,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,7	15,7	15,7
Zinsausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	49,7 - 6,2	50,9 2,3	53,4 4,9	56,2 5,2	80,4 43,1	76,6 - 4,8	73,6 - 3,9	37,6 - 3,9	38,9 - 3,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	15,5	15,5	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	55,7	55,7	56,0
Investive Ausgaben Veränderung gegen Vorjahr in %	66,5 8,8	61,0 - 8,3	56,4 - 7,6	57,1 1,3	56,0 - 2,0	55,0 - 1,7	53,3 - 3,1	27,3 - 3,1	25,0 - 8,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	11,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	34,5	34,5	31,4
Steuereinnahmen¹ Veränderung gegen Vorjahr in %	366,1 - 3,4	338,6 - 7,5	331,1 - 2,2	341,5 3,1	376,3 10,2	388,8 3,3	379,0 - 2,5	193,8 - 2,5	199,2 2,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	79,7	79,7	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,0	88,0	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in % ⁴	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	42,5	42,5	41,9
Nettokreditaufnahme Anteil an den Bundesausgaben in %	- 50,1 10,8	- 78,3 17,2	- 63,7 14,4	- 56,4 12,4	- 51,1 11,8	- 46,5 10,6	- 44,6 10,4	- 22,8 10,4	- 21,1 9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	83,6	83,6	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in % ⁴	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	60,8	60,8	59,3
nachrichtlich: Schuldenstand									
öffentliche Haushalte³ darunter:	1 976,1	2 093,6	2 188,7	2 255,9	2 313,9	2 343,4	2 362,5	1 207,9	1 242,2
Bund	754,3	833,2	899,1	954,4	1 385,3	1 399,6	1 369,5	700,2	717,6

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

Stand: November 2001.

8 Steuer- und Abgabenquoten^{1, 2}

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{3, 4}		Kassenmäßige Abgrenzung ⁵	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996 ⁵	22,9	42,3	22,3	40,6
1997 ⁵	22,6	42,3	21,8	40,3
1998 ⁵	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ⁵	24,2	43,3	22,9	40,9
2000 ⁵	24,6	43,3	23,1	40,7
2001 ⁶	23	41½	21½	39
2002 ⁶	23½	42	22	39½

¹ Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

² Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

³ Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

⁴ Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.

⁶ Schätzung, Stand: November 2001.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001 ⁶	2002 ⁶
Schulden (Mrd. €)¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West) ³	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost) ³	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West) ⁴	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost) ⁴	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen ⁵	56,3	58,3	60	63
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,9	59,7	58	57½
Länder (West) ³	22,9	23,2	24½	25
Länder (Ost) ³	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West) ⁴	5,8	5,6	5½	5½
Gemeinden (Ost) ⁴	1,3	1,3	1½	1½
Sonderrechnungen ⁵	4,8	4,9	5	5
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,9	59,2	58½	58½
Bund	35,9	35,3	34	33½
Länder (West) ³	13,7	13,7	14½	14½
Länder (Ost) ³	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West) ⁴	3,5	3,3	3½	3½
Gemeinden (Ost) ⁴	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen ⁵	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

⁴ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁵ ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.

⁶ Prognose auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.

Stand: November 2001.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen ^{1,2}			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	davon				
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
Mrd. €					
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1951	13,5	6,7	6,8	49,6	50,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,4	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,3	36,5	53,7	46,3
1971	88,2	47,9	40,3	54,3	45,7
1972	100,7	56,3	44,4	55,9	44,1
1973	114,9	67,1	47,9	58,4	41,6
1974	122,5	73,8	48,7	60,3	39,7
1975	123,7	72,9	50,9	58,9	41,1
1976	137,1	82,3	54,8	60,1	39,9
1977	153,1	95,1	58,0	62,1	37,9
1978	163,2	98,2	64,9	60,2	39,8
1979	175,3	103,0	72,3	58,8	41,2
1980	186,6	109,3	77,4	58,5	41,5
1981	189,3	108,6	80,7	57,4	42,6
1982	193,6	112,1	81,6	57,9	42,1
1983	202,8	115,2	87,6	56,8	43,2
1984	212,0	120,9	91,1	57,0	43,0
1985	223,5	132,2	91,4	59,1	40,9
1986	231,3	137,4	93,9	59,4	40,6
1987	239,6	141,8	97,8	59,2	40,8
1988	249,6	148,5	101,0	59,5	40,5
1989	273,8	163,1	110,8	59,6	40,4
1990	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001 ³	448,9	221,3	227,6	49,3	50,7
2002 ³	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2002 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

¹ Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:

- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer; Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

² Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:

- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuern; Teesteuer; Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

³ Steuerschätzung vom 8. bis 9. November 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des zweiten Gesetzes zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz.

Stand: November 2001.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000*	2001*	2002	2003
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,3	- 2,5	- 2,7	- 2,2
Belgien	- 8,6	- 9,0	- 5,4	- 4,4	0,1	- 0,2	- 0,2	0,1
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,0	1,6	2,0
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,1	- 0,4	0,3	0,8
Spanien	- 2,5	- 6,1	- 4,1	- 6,6	- 0,4	0,1	- 0,2	0,0
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 2,0	- 1,6
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,5	2,4	1,8	1,8
Italien	- 8,6	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,5	- 1,2	- 1,2	- 0,9
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	1,8	6,1	4,4	2,8	3,2
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	1,3	0,5	1,4
Österreich	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 5,2	- 1,5	- 0,2	- 0,4	0,4
Portugal	- 8,6	- 10,3	- 5,0	- 4,5	- 1,8	- 2,0	- 1,6	- 1,4
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	6,9	4,8	2,9	2,3
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	4,1	3,9	1,6	1,9
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,9	1,2	0,4	0,5
Eurozone	- 3,4	- 4,8	- 4,2	- 5,0	- 0,8	- 1,1	- 1,4	- 1,0
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,1	- 0,5	- 0,9	- 0,6
Japan	- 4,4	- 0,8	2,9	- 4,2	- 7,6	- 6,5	- 5,9	- 5,6
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,7	- 0,3	- 3,6	- 3,4

Quelle: EU-KOM: Herbstprognose 2001, November 2001.

* für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.

Stand: November 2001.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,3	60,0	61,0	60,6
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	110,3	107,0	103,9	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,1	43,2	42,5	40,0
Griechenland	27,7	59,8	89,0	108,7	102,7	99,8	98,5	95,1
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,7	58,0	57,3	55,6
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,6	57,1	57,3	56,6
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	38,6	34,3	30,8	27,1
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,5	108,2	106,9	103,4
Luxemburg	9,3	9,6	4,5	5,6	5,3	5,3	5,2	4,9
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	56,1	51,8	48,9	45,3
Österreich	36,4	49,5	57,5	68,5	63,1	62,3	61,2	58,7
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,7	53,5	53,5	53,3
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	42,7	42,0	41,7
Schweden	39,6	61,6	42,1	76,6	55,7	52,7	50,5	48,2
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,8	39,3	37,2	34,8
Eurozone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,2	68,8	68,4	66,7
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,4	62,5	61,8	59,9
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	129,7	140,8	152,5	-
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,4	55,2	54,2	-

Quelle: EU-KOM: Herbstprognose 2001, November 2001; Japan und USA für 1995 bis 2002: IWF-World Economic Outlook (Dezember 2001).
Stand: Dezember 2001.

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland ³	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000 ²
Deutschland ^{3,4}	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland ³	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2001.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	- 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	- 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	- 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	- 1,01	- 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	- 16,34	13,80	- 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	- 6,90	11,11	- 36,67	384,21	- 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 70,00	- 52,38	- 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	- 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	- 0,65	- 3,70	11,96	3,97	- 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	- 8,80	- 27,92
MwSt-Eigenmittel	- 5,97	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	- 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

Bemerkungen:

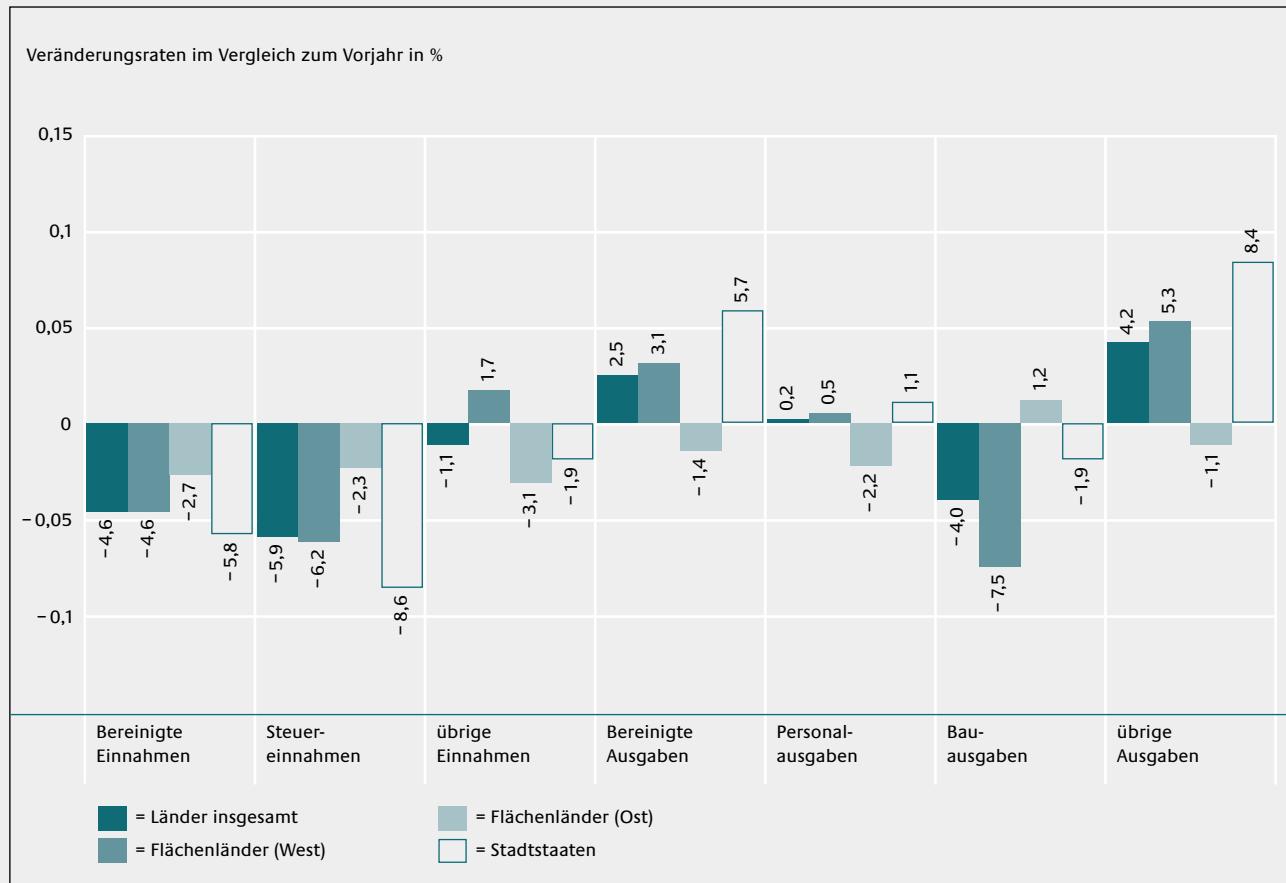
1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.
2002 Haushaltsentwurf des Rates.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2001 im Vergleich zum Jahressoll 2001

in Mio. DM	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	315 887	306 674	98 437	95 342	60 832	56 755	462 532	446 036
Steuereinnahmen	251 076	241 003	48 879	48 727	34 069	31 978	334 023	321 708
übrige Einnahmen	64 811	65 670	49 558	46 615	26 764	24 778	128 508	124 328
Bereinigte Ausgaben	344 080	339 592	103 723	102 426	69 847	70 644	505 026	499 927
Personalausgaben	136 196	134 707	27 380	26 942	22 727	23 073	186 303	184 721
Bauausgaben	5 788	5 447	3 305	3 362	2 069	1 849	11 162	10 657
übrige Ausgaben	202 095	199 438	73 038	72 122	45 051	45 723	307 560	304 548
Finanzierungssaldo	- 28 188	- 32 919	- 5 285	- 7 084	- 9 015	- 13 889	- 42 487	- 53 891

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2001



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Dezember 2000			November 2001			Dezember 2001		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1 Seit dem 1. Januar gebuchte										
11 Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr		431 308	467 623	862 668	362 870	391 741	722 822	430 685	446 036	841 385
111 darunter: Steuereinnahmen		388 769	341 936	730 704	320 326	282 643	602 969	378 972	321 708	700 679
112 Länderfinanzausgleich ¹		-	-	-	-	-	-	-	-	-
113 nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)		257 164	71 385	328 549	243 094	83 485	326 579	265 099	92 543	357 642
12 Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr		478 014	487 808	929 559	444 756	450 677	863 644	475 551	499 927	940 141
121 darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)		51 862	184 409	236 271	48 831	173 369	222 200	52 430	184 721	237 151
122 Bauausgaben		10 913	11 097	22 010	8 909	8 467	17 376	10 856	10 657	21 513
123 Länderfinanzausgleich ¹		-	-72	-72	-	536	536	-	231	231
124 nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln		246 309	63 748	310 057	284 890	57 439	342 329	294 738	64 519	359 257
13 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)		-46 706	-20 185	-66 891	-81 887	-58 936	-140 823	-44 866	-53 891	-98 757
14 Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres		-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres		-	-	-	-	-	-	-	-	-
16 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)		-	-	-	-	-	-	-	-	-
17 Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²		46 706	7 160	53 866	33 420	24 618	58 038	44 866	30 058	74 923
2 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21 des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)		-	880	880	-	-	-	-	-	0
22 der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)		-	-2 297	-2 297	-	-2 248	-2 248	-	-2 248	-2 248
3 Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31 Verwahrungen		0	7 206	7 206	20 424	20 147	40 571	-	7 980	7 980
32 Vorschüsse		-	16 436	16 436	-	17 784	17 784	-	15 389	15 389
33 Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen		-	14 196	14 196	-	18 630	18 630	-	18 255	18 255
34 Saldo (31+32+33)		0	4 965	4 966	20 424	20 993	41 417	-	10 846	10 846
4 Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)		0	-9 476	-9 476	-28 042	-15 574	-43 616	0	-15 236	-15 236
5 Schwebende Schulden										
51 Kassenkredit von Kreditinstituten		-	9 376	9 376	28 042	13 952	41 994	-	10 380	10 380
52 Schatzwechsel		-	-	-	-	-	-	-	-	-
53 Unverzinsliche Schatzanweisungen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
54 Kassenkredit vom Bund		-	-	-	-	-	-	-	-	-
55 Sonstige		-	-	-	-	638	638	-	98	98
56 Zusammen		-	9 376	9 376	28 042	14 590	42 632	-	10 477	10 477
6 Kassenbestand insgesamt (4+56)		0	-100	-100	0	-984	-984	0	-4 759	-4 759
7 Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71 Innerer Kassenkredit		-	2 955	2 955	-	4 461	4 461	-	4 174	4 174
72 Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)		-	2 557	2 557	-	3 570	3 570	-	3 439	3 439

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: Dezember 2001.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Dezember 2001

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	56 545,1	63 200,9⁹	17 703,3	33 580,5	12 729,0	36 108,8	79 500,1	20 386,0	6 369,2
111	darunter: Steuereinnahmen	43 151,5	49 743,3	9 139,3	27 548,0	6 207,1	27 628,8	65 792,4	13 451,4	3 681,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	1 160,0	-	974,9	1 595,6	-	797,5	362,4
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	9 553,3	3 236,6 ⁷	3 488,8	8 175,3	1 752,9	5 568,3	21 497,0	4 586,9	850,1
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	61 721,9	64 923,6⁹	19 393,9	36 195,2	13 803,7	43 194,7	92 747,7	22 374,7	6 238,2
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	24 053,5	26 692,2	4 784,9	12 804,3	3 763,1	15 950,9 ³	37 491,7 ³	9 155,8	2 583,9
122	Bauausgaben	1 009,7	1 811,2	742,1	763,9	461,7	555,9	463,3 ⁴	432,1	135,5
123	Länderfinanzausgleich ¹	4 502,5	4 189,3	-	5 127,6	-	-	2 067,5	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 138,7	2 827,0 ⁸	3 092,9	9 059,5	1 084,3	3 437,4	15 207,5	3 420,4	1 131,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-5 176,8	-1 722,7⁹	-1 690,6	-2 614,6	-1 074,7	-7 085,9	-13 247,6	-1 988,7	131,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	5 577,0	737,4	533,5	-385,6	719,8	1 928,6	8 999,8	1 232,8	-279,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	376,3	-2 626,3	-	1,6	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 849,6	-91,3	276,5	-995,2	18,8	848,4	2 218,4	1 759,0	131,8
32	Vorschüsse	2 104,6	6 543,0	-45,8	806,3	0,2	-184,1	1 141,3	1 067,1	-5,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	619,1	10 247,2	-	1 042,3	235,6	2 756,8	-349,2	2,3	56,1
34	Saldo (31+32+33)	1 364,1	3 612,9	322,3	-759,3	254,2	3 789,3	727,9	694,2	193,0
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	2 140,6	1,3	-834,8	-3 757,9	-100,7	-1 368,0	-3 519,9	-61,7	44,9
5	Schwedende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	825,9	1 410,1	19,6	-	-	-	-44,9
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	825,9	1 410,1	19,6	-	-	-	-44,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	2 140,6	1,3	-8,9 ⁵	-2 347,8 ⁵	-81,1 ⁵	-1 368,0 ⁵	-3 519,9 ⁵	-61,7 ⁵	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	-	-	2 709,3	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	-	2 756,8	-358,5	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne Januar-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 924,4 Mio. DM. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 195,8 Mio. DM. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 62 958,0 Mio. DM, die Ausgaben 63 980,9 Mio. DM und der Finanzierungssaldo – 1 022,9 Mio. DM.

Stand: Dezember 2001.

noch 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Dezember 2001

- Mio. DM -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder ⁶ zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	29 964,7	18 148,5	13 904,0	16 796,1	33 922,3	7 596,0	16 002,6	446 035,6
111	darunter: Steuereinnahmen	15 565,7	9 211,9	10 006,0	8 602,9	15 532,1	3 404,0	13 041,4	321 707,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	2 335,5	1 404,9	165,5	1 278,3	5 434,8	912,1	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 812,8	4 868,7	4 163,4	3 073,3	15 690,1	1 397,0	2 828,5	92 543,0
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	30 272,5	20 119,9	15 117,2	18 835,5	44 155,6	8 191,6	19 062,2	499 926,6
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	8 089,7	5 469,1	5 974,7	4 834,8	14 058,7	2 599,5	6 414,6	184 721,4
122	Bauausgaben	1 059,7	488,5	275,4	609,6	461,7	423,8	963,0	10 657,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	765,6	231,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 412,8	3 475,2	3 049,5	1 620,5	6 114,7	1 317,5	3 129,0	64 518,5
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-307,8	-1 971,5	-1 213,2	-2 039,4	-10 233,3	-595,6	-3 059,6	-53 891,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	298,5	1 511,5	1 371,4	1 369,0	6 479,2	259,7	-296,1	30 057,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	-	-2 248,4
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	1 378,5	210,9	-55,6	-107,4	-1 465,5	432,9	570,2	7 980,0
32	Vorschüsse	2 239,2	259,6	17,3	168,7	-	349,7	926,9	15 389,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	561,7	510,6	258,4	145,6	176,4	253,8	1 738,2	18 254,9
34	Saldo (31+32+33)	-299,0	462,0	185,5	-130,5	-1 289,1	337,0	1 381,5	10 846,0
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-308,3	2,1	343,7	-800,9	-5 043,2	1,1	-1 974,2	-15 235,9
5	Schwedende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	809,7	5 093,5	-125,1	2 390,7	10 379,5
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	97,8	-	-	-	-	-	-	97,8
56	Zusammen	97,8	-	-	809,7	5 093,5	-125,1	2 390,7	10 477,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-210,5 ⁵	2,1	343,7	8,8	50,3	-124,0 ⁵	416,5	-4 758,6 ⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	143,3	-	-	1 321,7	4 174,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	2,3	176,4	-195,1	1 056,7	3 438,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. - ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. - ³ Ohne Januar-Bezüge. - ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. - ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. - ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. - ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 924,4 Mio. DM. - ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 195,8 Mio. DM. - ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 62 958,0 Mio. DM, die Ausgaben 63 980,9 Mio. DM und der Finanzierungssaldo - 1 022,9 Mio. DM.

Stand: Dezember 2001.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1998 1)	1999 1)	2000 1)	2000 1)		2001 1)					
				4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj				
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %											
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen											
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,3				
Erwerbstätige	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0				
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3				
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,6				
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2)	10,3	9,9	9,8	8,6	13,6	9,6	8,8				
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,9	8,2	7,5	7,1	7,9	7,3	7,3				
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	11,1	10,5	9,6	9,0	9,9	9,3	9,1				
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts											
in Preisen von 1995											
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 2,4	+ 3,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,7				
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,6	- 1,3	+ 5,4	+ 3,8	+ 3,4	+ 1,0	- 1,2				
Baugewerbe	- 1,9	- 0,2	- 2,7	- 6,0	- 9,9	- 7,0	- 5,3				
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 2,4	+ 6,1	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,4				
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7				
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4				
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts											
in Preisen von 1995											
Konsum	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1				
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,7	+ 3,0	+ 1,4	- 0,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0				
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 4,0	+ 6,4	+ 1,6	- 0,3	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7				
Konsumausgaben des Staates	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4				
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,3	- 0,1	- 2,9	- 3,7	- 4,8				
Ausrüstungen	+ 9,2	+ 7,2	+ 8,7	+ 6,9	+ 3,4	- 1,2	- 6,1				
Bauten	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 6,0	- 8,4	- 6,4	- 5,0				
Sonstige Anlagen	+ 10,8	+ 13,5	+ 8,9	+ 7,2	+ 5,8	+ 6,9	+ 6,7				
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,9				
Inlandsnachfrage	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,2	+ 0,7	- 0,3	- 1,2				
Exporte	+ 6,8	+ 5,6	+ 13,2	+ 12,2	+ 8,2	+ 7,2	+ 4,8				
Gesamtnachfrage	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 0,3				
Importe	+ 8,9	+ 8,5	+ 10,0	+ 11,7	+ 6,4	+ 4,9	+ 0,0				
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	- 0,4	- 0,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6				
Preisentwicklung											
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,7				
Inlandsnachfrage	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,2				
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,6				
Verteilung des Bruttonationaleinkommens											
Bruttonationaleinkommen (Brutosozialprodukt)	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5				
Volkseinkommen	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2				
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,7				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 4,1	- 1,4	+ 2,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1				
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3				
dar. private Haushalte	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,5				

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Jahresergebnisse Januar 2002, Vierteljahresergebnisse November 2001.

²⁾ Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.

⁴⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.

⁵⁾ Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	116,5	106,7	- 2,0	- 3,8	- 4,7	- 3,3	- 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	122,9	113,5	- 1,0	- 3,8	- 4,5	- 3,3	+ 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,6	99,6	- 2,2	- 4,6	- 4,8	- 5,8	- 0,4
Investitionsgüterproduzenten.....	139,0	138,9	0,0	- 2,7	- 3,5	- 2,6	+ 2,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	112,6	100,5	- 0,1	- 3,1	- 4,5	+ 5,3	+ 1,4
Verbrauchsgüterproduzenten.....	107,6	99,6	- 1,0	- 4,2	- 6,1	- 1,8	- 1,0
Energie.....	105,5	109,0	- 2,9	- 0,6	- 0,9	+ 2,1	- 2,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	81,6	59,0	- 9,6	- 6,9	- 8,7	- 9,8	- 10,6
Hochbauleistungen.....	77,2	56,1	- 12,8	- 8,8	- 10,4	- 11,5	- 13,2
Tiefbauleistungen.....	90,0	64,3	- 4,0	- 3,5	- 5,7	- 6,8	- 6,1
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	77,4	69,8	- 9,0	- 3,8	- 4,7	- 2,4	- 6,7
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	69,9	69,2	- 12,0	- 3,2	- 4,5	+ 0,3	- 8,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	67,7	65,8	- 14,4	- 2,7	- 2,6	+ 2,3	- 9,1
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	97,2	110,0	+ 18,3	- 5,7	- 17,4	- 12,8	+ 0,3
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	99,5	70,8	- 3,1	- 5,2	- 5,6	- 10,0	- 3,7
Verarbeitendes Gewerbe.....	122,9	113,8	- 1,1	- 3,7	- 4,5	- 3,2	+ 0,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	109,6	103,5	+ 0,1	- 4,5	- 6,2	- 1,6	- 1,4
Ernährungsgewerbe.....	110,0	105,1	+ 0,3	- 4,2	- 5,5	- 0,8	- 1,4
Tabakverarbeitung.....	100,4	69,3	- 3,1	- 11,3	- 19,9	- 23,3	- 1,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	73,8	64,8	- 5,7	- 8,9	- 10,9	- 3,7	- 3,5
Textilgewerbe.....	87,5	73,9	- 3,9	- 7,5	- 10,9	- 3,3	- 2,2
Bekleidungsgewerbe.....	52,0	50,2	- 9,2	- 12,8	- 10,7	- 4,9	- 6,3
Ledergewerbe.....	83,2	69,6	- 9,7	- 5,2	- 5,5	+ 2,8	- 4,6
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	103,5	95,0	- 5,8	- 3,7	- 10,6	+ 3,6	- 5,6
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	117,0	109,7	- 3,3	- 4,6	- 5,6	- 3,5	- 2,0
Papiergewerbe.....	107,1	94,8	- 3,5	- 1,9	- 3,3	+ 1,4	- 1,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	118,5	99,5	- 8,0	- 4,6	- 3,3	- 5,4	- 5,2
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	99,8	91,8	+ 0,3	+ 0,3	- 3,4	+ 6,7	+ 1,5
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	121,4	116,2	- 3,2	- 5,6	- 6,3	- 5,1	- 2,2
Verlagsgewerbe.....	123,0	111,8	- 4,4	- 9,9	- 9,8	- 10,5	- 3,8
Druckgewerbe.....	118,6	119,9	- 2,5	- 2,4	- 4,0	- 1,2	- 1,1
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	102,1	103,4	- 4,8	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,6	- 1,1
Chemische Industrie.....	117,5	106,2	- 2,9	- 3,9	- 4,9	- 3,1	- 2,0
Chemische Grundstoffe.....	127,9	117,9	- 3,6	- 4,3	- 2,2	- 6,2	- 3,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	114,5	96,1	+ 3,8	+ 2,5	- 2,2	+ 5,8	+ 6,2
Chemiefasern.....	87,3	80,1	- 15,7	- 13,2	- 15,5	- 13,4	- 10,7
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	117,4	94,7	- 0,8	- 2,7	- 4,5	- 0,6	+ 0,1
Gummifasern.....	127,3	96,6	+ 0,4	- 1,6	- 1,9	- 1,3	+ 0,1
Kunststoffwaren.....	114,0	94,1	- 1,3	- 3,1	- 5,4	- 0,3	+ 0,1

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: @2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	93,4	76,8	- 6,3	- 5,3	- 7,7	- 1,0	- 5,2
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	117,7	108,8	- 2,4	- 1,4	- 2,8	+ 2,8	+ 0,5
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	85,0	63,3	- 9,3	- 6,3	- 9,2	+ 0,3	- 9,0
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	117,5	99,0	- 0,9	- 2,9	- 3,5	- 4,6	+ 1,6
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	108,0	88,4	- 3,3	- 3,6	- 4,6	- 5,6	- 0,1
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS).....	109,2	88,9	- 7,8	- 4,6	- 0,8	- 12,3	- 2,5
Gießereiindustrie.....	121,5	95,4	0,0	- 3,2	- 3,5	- 4,4	+ 2,0
Metallerzeugnisse.....	122,4	104,6	+ 0,3	- 2,6	- 2,9	- 4,1	+ 2,4
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	107,8	101,4	- 3,0	- 5,0	- 3,6	- 5,1	- 2,2
Maschinenbau.....	120,1	145,6	+ 0,3	- 0,4	- 2,7	+ 3,0	+ 2,8
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	109,4	110,0	+ 1,3	- 1,3	- 6,2	+ 3,2	+ 2,9
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	80,5	92,3	+ 5,3	+ 1,4	+ 2,8	+ 11,7	+ 0,2
Werkzeugmaschinen.....	127,5	164,5	- 1,4	- 7,7	- 9,3	- 14,5	+ 3,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	145,9	139,1	- 1,5	- 8,4	- 5,8	- 9,2	+ 2,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	236,9	216,7	- 14,3	- 17,1	- 13,6	- 9,5	- 6,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	131,2	114,7	+ 1,7	- 5,5	- 1,1	- 10,9	+ 2,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	167,6	154,3	- 2,4	- 18,1	- 12,8	- 21,1	+ 3,5
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	139,9	145,4	- 0,2	- 2,3	- 5,2	+ 0,2	+ 4,1
Fahrzeugbau.....	153,7	128,2	+ 2,9	+ 0,3	- 1,3	- 2,3	+ 4,6
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	159,6	131,5	+ 2,5	- 0,4	- 1,8	- 3,8	+ 4,6
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	153,3	128,2	+ 2,2	- 1,9	- 4,7	- 3,8	+ 5,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	110,4	104,3	+ 6,7	+ 8,4	+ 5,3	+ 15,2	+ 5,5
Schiffbau.....	94,1	85,2	+ 7,6	+ 10,4	+ 4,9	+ 20,7	+ 6,7
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	135,3	133,5	+ 9,7	+ 11,7	+ 9,2	+ 17,9	+ 8,8
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	103,4	91,5	- 3,6	- 3,6	- 8,1	+ 1,1	- 1,9
Möbel.....	95,6	86,2	- 3,6	- 4,3	- 7,7	+ 2,0	- 2,7
Recycling.....	222,9	188,6	- 4,4	- 4,2	- 7,1	- 4,7	+ 4,1
Energieversorgung.....	114,9	119,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	+ 2,1	- 1,7

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Produzierendes Gewerbe 1).....	115,3	106,1	- 2,2	- 3,9	- 4,8	- 3,5	- 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	120,1	111,2	- 1,5	- 4,0	- 4,8	- 3,6	+ 0,4
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,4	97,2	- 2,7	- 4,9	- 5,0	- 5,9	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten.....	136,7	137,1	- 0,3	- 3,1	- 3,9	- 3,0	+ 2,5
Gebrauchsgüterproduzenten.....	109,5	97,6	- 0,2	- 3,3	- 4,2	+ 5,6	+ 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	104,0	96,1	- 1,6	- 4,7	- 6,4	- 2,3	- 1,6
Energie.....	105,4	108,7	- 3,1	- 0,8	- 1,2	+ 1,8	- 2,9
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	84,8	61,6	- 8,1	- 5,8	- 7,7	- 8,9	- 9,4
Hochbauleistungen.....	81,7	59,6	- 10,7	- 7,5	- 9,1	- 10,5	- 11,4
Tiefbauleistungen.....	90,6	65,3	- 3,2	- 3,0	- 5,2	- 5,9	- 5,4
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	76,3	69,8	- 10,3	- 5,6	- 5,8	- 6,2	- 8,7
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	66,9	65,8	- 14,3	- 5,9	- 6,0	- 5,2	- 11,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	64,0	61,3	- 17,3	- 6,1	- 4,2	- 3,9	- 12,7
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	99,0	116,6	+ 19,4	- 5,3	- 18,2	- 11,9	+ 0,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden.....	106,6	82,7	- 2,5	- 4,7	- 4,9	- 8,4	- 3,1
Verarbeitendes Gewerbe.....	120,2	113,4	- 1,4	- 4,5	- 4,9	- 5,6	+ 0,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	105,2	100,8	- 0,6	- 5,4	- 6,7	- 3,6	- 2,1
Ernährungsgewerbe.....	105,4	102,1	- 0,5	- 5,1	- 6,1	- 2,9	- 2,1
Tabakverarbeitung.....	100,5	74,9	- 3,6	- 10,6	- 19,9	- 20,6	- 1,6
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	70,6	63,6	- 6,1	- 9,6	- 10,6	- 6,5	- 4,3
Textilgewerbe.....	82,5	71,8	- 4,4	- 8,0	- 10,9	- 5,9	- 3,2
Bekleidungsgewerbe.....	52,2	51,1	- 9,1	- 13,3	- 10,2	- 7,6	- 6,4
Ledergewerbe.....	80,9	69,2	- 10,4	- 6,8	- 6,0	- 1,6	- 5,6
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	94,1	88,3	- 6,3	- 5,8	- 12,6	- 0,2	- 6,7
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	114,3	109,1	- 3,6	- 5,3	- 5,9	- 5,1	- 2,5
Papiergewerbe.....	105,2	92,3	- 3,9	- 3,1	- 3,7	- 2,2	- 2,2
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	117,6	102,4	- 8,7	- 5,2	- 3,2	- 5,5	- 5,8
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	97,5	86,1	- 0,2	- 1,4	- 3,9	+ 0,5	+ 0,6
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. beispiel. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	118,4	116,5	- 3,5	- 6,1	- 6,8	- 6,1	- 2,6
Verlagsgewerbe.....	121,9	116,6	- 4,6	- 10,4	- 10,4	- 10,2	- 4,4
Druckgewerbe.....	114,7	117,1	- 2,7	- 2,8	- 4,3	- 3,0	- 1,2
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	100,3	101,6	- 5,9	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,7	- 0,5
Chemische Industrie.....	115,1	101,3	- 3,5	- 4,2	- 3,9	- 6,1	- 2,7
Chemische Grundstoffe.....	126,8	112,4	- 4,4	- 3,4	0,0	- 7,7	- 3,6
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	110,8	90,7	+ 2,1	- 0,5	- 2,6	- 1,8	+ 4,0
Chemiefasern.....	86,5	81,5	- 14,6	- 12,7	- 15,0	- 14,0	- 10,1
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	114,6	94,0	- 1,1	- 3,7	- 5,0	- 3,7	- 0,6
Gummiwaren.....	125,9	96,3	- 0,2	- 2,5	- 2,5	- 4,6	- 0,7
Kunststoffwaren.....	110,6	93,1	- 1,6	- 4,2	- 6,0	- 3,4	- 0,6

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	91,1	74,5	- 6,7	- 6,1	- 8,2	- 4,5	- 5,8
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	110,6	95,2	- 2,9	- 2,6	- 3,9	- 2,0	+ 0,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	84,3	64,8	- 9,5	- 7,0	- 9,3	- 2,4	- 9,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	114,2	95,2	- 1,5	- 4,0	- 4,4	- 7,4	+ 0,8
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	107,5	82,5	- 4,0	- 3,9	- 5,0	- 9,5	- 0,5
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegerungen (EGKS).....	106,7	84,8	- 8,3	- 5,3	- 1,7	- 14,3	- 3,0
Gießereiindustrie.....	120,1	85,0	- 1,4	- 3,4	- 3,5	- 9,6	+ 1,0
Metallerzeugnisse.....	117,8	102,1	- 0,3	- 4,0	- 4,0	- 6,4	+ 1,5
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	100,3	99,0	- 3,5	- 5,5	- 5,0	- 3,2	- 3,3
Maschinenbau.....	118,5	147,9	0,0	- 1,2	- 3,3	+ 1,3	+ 2,1
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	107,9	109,3	+ 0,7	- 2,2	- 6,9	+ 0,1	+ 1,9
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	80,7	94,8	+ 5,2	+ 0,8	+ 3,1	+ 9,7	- 0,7
Werkzeugmaschinen.....	121,7	166,9	- 2,3	- 9,5	- 12,6	- 15,7	+ 2,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	141,1	132,1	- 2,1	- 10,7	- 6,9	- 14,3	+ 1,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	207,7	203,0	- 13,4	- 21,0	- 17,3	- 17,5	- 6,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	129,0	115,1	+ 1,1	- 6,9	- 2,3	- 13,7	+ 1,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	159,2	147,9	- 3,4	- 20,6	- 13,8	- 24,7	+ 2,2
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	135,0	138,2	- 1,0	- 3,8	- 5,1	- 4,6	+ 2,6
Fahrzeugbau.....	152,3	131,1	+ 2,3	- 0,9	- 1,8	- 5,3	+ 3,8
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	157,0	133,9	+ 1,9	- 1,6	- 2,4	- 6,6	+ 3,7
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	152,5	126,3	+ 1,5	- 3,9	- 5,3	- 9,7	+ 4,3
Sonstiger Fahrzeugbau.....	113,6	108,1	+ 7,5	+ 7,5	+ 5,8	+ 11,0	+ 5,3
Schiffbau.....	98,2	88,3	+ 9,5	+ 9,8	+ 6,3	+ 15,1	+ 7,0
Luft- u. Raumfahrzeugbau.....	132,2	132,0	+ 9,6	+ 10,2	+ 8,8	+ 14,2	+ 8,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	99,9	92,7	- 4,5	- 4,7	- 9,3	- 0,6	- 2,9
Möbel.....	92,4	85,7	- 4,6	- 6,0	- 9,1	- 1,6	- 3,9
Recycling.....	226,3	216,1	- 5,6	- 4,0	- 10,1	- 0,1	+ 4,7
Energieversorgung.....	115,9	119,0	- 1,4	- 0,6	- 0,7	+ 0,8	- 1,6

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1).....	130,9	114,0	- 0,5	- 1,7	- 3,3	- 1,1	0,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen).....	170,8	151,5	+ 4,4	+ 0,2	- 1,3	+ 0,7	+ 4,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	168,5	137,7	+ 3,4	- 2,0	- 2,5	- 4,1	+ 3,4
Investitionsgüterproduzenten.....	188,6	177,4	+ 6,6	+ 4,7	+ 3,7	+ 5,7	+ 7,0
Gebrauchsgüterproduzenten.....	178,7	163,1	+ 1,0	- 1,1	- 8,8	+ 1,4	+ 8,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	153,5	144,3	+ 4,5	- 0,9	- 3,9	+ 2,6	+ 3,2
Energie.....	106,6	111,3	- 0,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 4,6	+ 0,1
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau.....	70,2	49,5	- 16,1	- 11,1	- 12,8	- 13,8	- 16,3
Hochbauleistungen.....	60,6	43,3	- 21,6	- 15,0	- 16,5	- 16,4	- 20,7
Tiefbauleistungen.....	87,8	60,8	- 7,3	- 5,5	- 7,5	- 10,2	- 9,1
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2).....	85,2	80,7	- 2,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 5,2	+ 2,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze).....	91,5	95,3	- 0,3	+ 7,4	+ 8,4	+ 9,9	+ 6,8
Kohlenbergbau, Torfgewinnung.....	92,6	96,7	- 0,2	+ 8,2	+ 8,8	+ 10,8	+ 7,0
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen.....	66,1	61,4	- 2,9	- 16,6	- 3,2	- 16,3	- 0,2
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau.....	73,3	53,5	- 5,8	- 6,8	- 10,0	- 7,8	- 6,6
Verarbeitendes Gewerbe.....	173,5	156,0	+ 4,6	- 0,5	- 1,4	- 1,8	+ 4,4
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	151,8	149,4	+ 5,2	- 2,1	- 3,0	- 1,2	+ 1,7
Ernährungsgewerbe.....	152,2	150,4	+ 5,2	- 2,0	- 2,7	- 0,8	+ 1,7
Tabakverarbeitung.....	121,0	76,1	+ 3,6	- 12,2	- 27,8	- 38,5	+ 3,0
Textil- u. Bekleidungsgewerbe.....	127,1	102,1	- 1,9	- 11,9	- 15,8	- 10,0	+ 0,4
Textilgewerbe.....	151,9	119,9	- 0,6	- 11,3	- 15,3	- 9,8	+ 1,4
Bekleidungsgewerbe.....	49,4	46,4	- 10,4	- 16,8	- 21,1	- 11,8	- 7,2
Ledergewerbe.....	112,9	89,0	+ 1,2	- 6,9	- 7,8	- 10,1	+ 2,7
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln).....	194,5	173,3	- 3,7	+ 0,2	- 1,9	+ 1,5	- 2,1
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	158,1	153,8	+ 0,5	- 1,8	- 2,3	+ 1,4	+ 1,0
Papiergewerbe.....	147,7	133,7	+ 2,7	+ 0,3	- 1,7	- 1,3	+ 3,7
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe.....	113,6	105,3	- 1,0	- 5,2	- 5,3	- 7,9	- 0,3
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung.....	192,2	170,8	+ 6,0	+ 5,1	+ 1,3	+ 4,8	+ 7,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	161,5	160,5	- 0,1	- 2,3	- 2,5	+ 2,1	+ 0,3
Verlagsgewerbe.....	122,1	116,2	- 2,4	- 6,7	- 4,6	- 2,9	0,0
Druckgewerbe.....	229,4	238,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,2	- 0,8
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen.....	137,3	138,6	+ 10,7	- 5,3	+ 4,9	+ 1,3	0,0
Chemische Industrie.....	169,3	155,2	+ 6,1	- 8,3	- 14,5	- 7,1	+ 3,7
Chemische Grundstoffe.....	155,0	146,2	+ 3,8	- 14,4	- 20,1	- 13,1	+ 0,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	173,4	164,6	+ 22,0	+ 15,7	- 2,5	+ 25,4	+ 22,2
Chemiefasern.....	101,1	56,6	- 29,1	- 31,3	- 21,3	- 49,6	- 21,1
Gummi- u. Kunststoffwaren.....	178,7	147,2	+ 3,8	- 1,3	- 3,2	+ 0,6	+ 4,4
Gummiwaren.....	183,5	137,8	+ 15,4	- 0,7	+ 0,8	- 5,7	+ 10,7
Kunststoffwaren.....	177,7	149,2	+ 1,4	- 1,5	- 4,0	+ 2,0	+ 3,1

- Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.

¹⁾ Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.

²⁾ Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden.....	116,6	89,5	- 4,0	- 3,8	- 5,7	- 2,6	- 4,9
Herstellung und Verarb. v. Glas.....	228,4	193,8	0,0	+ 2,2	+ 4,1	- 0,4	+ 1,4
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips.....	89,8	64,1	- 7,0	- 6,7	- 11,2	- 2,0	- 9,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	182,0	151,3	+ 5,8	+ 1,7	+ 3,8	- 7,6	+ 7,6
Metallerzeugung u. -bearbeitung.....	167,7	132,1	+ 4,6	+ 1,4	+ 1,5	- 4,3	+ 6,4
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u.							
Ferrolegierungen (EGKS).....	193,0	180,1	+ 1,0	+ 11,8	+ 11,4	+ 17,2	+ 8,4
Gießereiindustrie.....	201,2	135,7	+ 10,2	- 2,5	- 2,8	- 19,8	+ 8,2
Metallerzeugnisse.....	186,2	157,0	+ 6,2	+ 1,8	+ 4,4	- 8,4	+ 7,8
Stahl- u. Leichtmetallbau.....	157,6	155,7	- 1,4	- 1,6	+ 1,3	- 7,6	+ 1,6
Maschinenbau.....	157,6	157,6	+ 6,0	+ 2,0	+ 6,8	- 7,3	+ 7,4
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie.....	159,2	155,5	+ 11,2	+ 1,0	+ 3,1	+ 0,4	+ 12,3
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen.....	81,7	67,6	+ 9,4	+ 0,3	- 5,9	- 14,2	+ 11,4
Werkzeugmaschinen.....	256,1	197,7	+ 12,2	+ 18,9	+ 65,0	- 17,5	+ 19,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik.....	294,8	270,7	+ 5,5	+ 7,2	+ 6,9	+ 11,4	+ 8,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen.....	1222,3	964,1	- 29,0	+ 18,0	+ 14,0	+ 82,8	- 11,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.....	201,9	172,2	+ 16,4	+ 14,8	+ 23,6	+ 4,8	+ 14,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	364,6	349,6	+ 12,4	+ 1,5	- 0,5	- 5,5	+ 14,9
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik.....	222,0	241,3	+ 6,9	- 1,5	- 8,2	+ 2,3	+ 9,7
Fahrzeugbau.....	181,9	155,8	+ 15,9	+ 0,4	- 3,3	- 3,9	+ 10,3
Kraftwagen u. Kraftwagenteile.....	264,3	218,3	+ 20,8	- 0,6	- 3,4	- 8,8	+ 12,7
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore.....	201,3	160,5	+ 43,8	- 12,7	- 14,6	- 27,0	+ 17,8
Sonstiger Fahrzeugbau.....	84,8	82,0	+ 0,1	+ 4,2	- 3,2	+ 15,3	+ 2,3
Schiffbau.....	73,2	66,6	- 3,6	+ 3,1	- 6,5	+ 17,7	+ 1,5
Luft- u. Raumfahrtzeugbau.....	362,0	400,4	+ 11,0	+ 17,5	+ 9,1	+ 28,7	+ 11,4
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst.							
Erzeugnisse, Recycling.....	158,4	132,9	+ 1,9	+ 0,6	- 0,3	+ 0,4	+ 2,2
Möbel.....	151,0	133,8	+ 3,0	+ 1,5	- 0,8	+ 2,4	+ 2,4
Recycling.....	214,2	159,0	0,0	- 2,1	+ 2,8	- 10,3	+ 2,6
Energieversorgung.....	111,6	113,4	- 1,4	- 0,4	- 0,3	+ 1,0	- 1,6

p = Vorläufiges Ergebnis.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.1 Werte

	2001						
	November	Dezember p)	4. Vj.	3. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie ²⁾	125,8	115,7	- 4,7	- 7,8	- 8,8	- 9,0	- 1,9
davon: Inland.....	107,8	95,6	- 4,2	- 6,7	- 8,6	- 7,7	- 2,6
Ausland.....	158,3	151,7	- 5,4	- 9,2	- 8,9	- 10,6	- 1,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	114,3	99,1	- 8,2	- 9,3	- 10,4	- 10,6	- 4,0
davon: Inland.....	104,7	88,0	- 6,1	- 8,5	- 10,2	- 9,6	- 3,5
Ausland.....	134,1	122,0	- 11,5	- 10,6	- 10,7	- 12,0	- 5,0
Investitionsgüterproduzenten.....	143,0	139,8	- 3,1	- 8,3	- 9,1	- 9,0	- 1,0
davon: Inland.....	115,2	110,0	- 3,0	- 6,8	- 9,3	- 7,4	- 2,5
Ausland.....	181,0	180,4	- 3,3	- 9,5	- 9,0	- 10,3	+ 0,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	112,4	88,5	- 1,3	- 4,2	- 6,2	- 6,6	- 0,5
davon: Inland.....	105,8	81,7	- 3,0	- 3,4	- 5,3	- 5,2	- 1,0
Ausland.....	131,7	108,0	+ 2,5	- 6,0	- 8,1	- 9,7	+ 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten.....	104,0	91,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,5	- 2,8	+ 2,4
davon: Inland.....	94,8	82,5	- 1,8	+ 0,3	+ 0,5	- 1,8	+ 0,1
Ausland.....	132,9	119,9	+ 6,7	+ 3,5	+ 3,5	- 4,5	+ 7,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	82,1	63,7	- 2,5	- 0,8	+ 0,2	- 4,5	- 0,5
Textilgewerbe.....	93,5	69,5	- 6,4	- 9,2	- 7,2	- 14,4	- 4,0
Bekleidungsgewerbe.....	66,5	55,7	+ 1,3	+ 18,8	+ 18,8	+ 19,0	+ 4,4
Ledergewerbe.....	78,6	58,6	- 1,8	- 6,9	- 11,6	+ 2,4	- 0,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	103,1	83,2	- 5,2	- 0,6	- 3,1	- 0,2	- 3,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	124,7	108,6	- 2,4	- 2,3	- 3,1	- 3,3	- 0,9
Papiergewerbe.....	123,8	105,6	- 2,7	- 3,4	- 4,4	- 3,5	- 1,6
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	137,5	121,7	- 7,3	- 8,3	- 9,7	- 5,9	- 7,5
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	112,8	92,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,3	- 0,9	+ 4,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	126,2	113,2	- 1,6	- 0,7	- 0,9	- 3,0	+ 0,1
Chemische Industrie.....	108,4	95,9	- 4,4	- 9,3	- 10,0	- 13,5	- 2,0
Chemische Grundstoffe.....	108,1	97,4	- 7,5	- 15,3	- 16,8	- 19,0	- 4,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	119,9	113,4	+ 5,0	+ 1,6	+ 3,2	- 6,7	+ 6,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	119,6	93,0	- 2,0	- 3,1	- 2,8	- 5,5	+ 1,0
Kunststoffwaren.....	118,5	94,0	- 2,8	- 3,6	- 4,0	- 5,2	- 0,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,3	74,8	- 7,0	- 8,2	- 8,3	- 12,2	- 4,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	112,4	94,6	- 4,2	- 9,7	- 8,9	- 13,7	- 3,3
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	110,7	94,9	- 7,5	- 11,7	- 13,0	- 11,6	- 6,1
Gießereiindustrie.....	131,3	101,7	- 2,2	- 11,3	- 14,4	- 14,7	- 1,2
Metallerzeugnisse.....	113,8	94,4	- 1,6	- 8,1	- 5,6	- 15,2	- 1,1
Stahl- und Leichtmetallbau.....	102,5	86,6	- 4,0	- 4,4	- 2,8	- 6,4	- 2,4
Maschinenbau.....	111,6	120,0	- 8,9	- 7,1	- 14,7	- 2,5	- 3,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	137,0	135,8	- 15,4	- 13,4	- 12,2	- 11,4	- 7,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	131,7	112,9	- 25,9	- 25,7	- 21,9	- 17,0	- 18,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	117,6	132,0	- 9,4	- 6,5	- 13,3	- 1,1	- 0,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	172,3	141,9	- 25,2	- 25,6	- 11,0	- 30,7	- 19,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	143,4	147,8	- 7,2	- 2,2	- 6,6	0,0	+ 0,9
Fahrzeugbau.....	171,5	157,8	+ 5,1	- 5,9	- 5,5	- 9,9	+ 4,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	181,3	156,2	+ 6,6	+ 1,0	- 1,2	- 0,6	+ 7,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	117,5	166,6	- 8,5	- 38,9	- 30,9	- 39,1	- 17,7
Schiffbau.....	23,8	125,4	- 79,9	- 68,5	- 61,6	- 69,4	- 65,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	219,4	215,6	+ 33,4	- 38,1	- 39,3	- 22,5	- 12,3
Möbel.....	108,1	83,6	- 3,2	- 4,8	- 6,8	- 4,7	- 2,7

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.2 Volumen

	2001						
	November	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	122,0	111,8	- 5,4	- 8,0	- 8,8	- 9,3	- 3,0
davon: Inland.....	105,9	93,9	- 4,9	- 7,0	- 8,8	- 7,9	- 3,6
Ausland.....	150,8	144,2	- 6,0	- 9,2	- 8,8	- 10,8	- 2,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,4	98,5	- 8,0	- 7,8	- 8,8	- 8,9	- 4,9
davon: Inland.....	104,6	88,0	- 5,9	- 7,3	- 8,9	- 8,1	- 4,3
Ausland.....	131,8	120,0	- 11,4	- 8,7	- 8,6	- 10,2	- 5,9
Investitionsgüterproduzenten.....	136,7	133,1	- 4,2	- 9,5	- 10,1	- 10,2	- 2,1
davon: Inland.....	112,6	107,1	- 4,2	- 8,3	- 10,4	- 8,6	- 3,4
Ausland.....	169,5	168,7	- 4,2	- 10,6	- 9,7	- 11,5	- 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten.....	107,1	84,3	- 2,7	- 5,5	- 7,4	- 8,0	- 1,9
davon: Inland.....	100,7	77,7	- 4,5	- 4,8	- 6,4	- 6,7	- 2,7
Ausland.....	125,7	103,2	+ 1,1	- 7,1	- 9,3	- 10,8	- 0,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	99,3	87,3	- 0,6	0,0	+ 0,1	- 4,1	+ 0,9
davon: Inland.....	90,7	79	- 3,4	- 1,3	- 1,2	- 3,5	- 1,6
Ausland.....	126,2	113,7	+ 5,7	+ 3,0	+ 2,9	- 4,8	+ 6,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	81,4	63,0	- 3,0	- 1,0	+ 0,1	- 5,0	- 1,1
Textilgewerbe.....	92,8	68,8	- 7,1	- 9,5	- 7,5	- 15,0	- 5,1
Bekleidungsgewerbe.....	65,7	55,1	+ 1,2	+ 19,0	+ 18,8	+ 19,0	+ 4,5
Ledergewerbe.....	74,1	55,2	- 4,8	- 8,8	- 13,4	+ 0,5	- 3,1
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	105,9	85,4	- 4,9	+ 0,6	- 1,9	+ 1,3	- 4,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	122,7	107,1	- 2,4	- 1,8	- 2,4	- 2,5	- 2,8
Papiergewerbe.....	121,8	104,4	- 3,1	- 2,2	- 3,1	- 1,8	- 4,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	139,4	124,0	- 5,3	- 4,5	- 5,9	- 1,6	- 9,3
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	107,7	88,7	- 0,7	+ 0,3	0,0	- 2,0	+ 1,1
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	124,0	111,2	- 1,6	- 0,9	- 1,3	- 3,6	- 0,2
Chemische Industrie.....	106,5	94,6	- 4,7	- 8,0	- 8,8	- 11,7	- 3,5
Chemische Grundstoffe.....	111,2	101,2	- 5,6	- 10,3	- 12,0	- 13,2	- 5,4
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	109,0	103,2	+ 1,9	- 1,0	+ 0,4	- 9,0	+ 3,5
Gummi- und Kunststoffwaren.....	118,3	92,0	- 2,8	- 3,6	- 3,1	- 5,7	- 0,1
Kunststoffwaren.....	117,1	92,8	- 3,7	- 3,8	- 4,3	- 5,3	- 2,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	97,6	75,1	- 8,7	- 9,3	- 9,4	- 12,8	- 6,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse.....	110,0	92,9	- 3,1	- 7,6	- 6,7	- 11,4	- 3,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	112,0	96,5	- 3,9	- 5,2	- 6,6	- 5,2	- 5,1
Gießereiindustrie.....	129,8	100,4	- 0,9	- 8,9	- 11,7	- 12,5	- 1,2
Metallerzeugnisse.....	108,4	90,0	- 2,6	- 9,3	- 6,9	- 16,1	- 2,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	97,9	82,5	- 4,7	- 7,1	- 6,7	- 6,8	- 3,7
Maschinenbau.....	104,2	111,7	- 10,0	- 8,2	- 15,7	- 3,8	- 5,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	140,8	137,8	- 15,8	- 14,0	- 12,1	- 12,1	- 8,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	169,7	145,5	- 24,5	- 24,2	- 20,2	- 15,5	- 15,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	114,2	127,5	- 9,4	- 7,3	- 14,1	- 2,1	- 1,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	187,5	154,8	- 24,5	- 24,1	- 9,3	- 29,2	- 18,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	134,8	138,7	- 8,2	- 2,7	- 7,0	- 0,6	- 0,2
Fahrzeugbau.....	160,2	147,5	+ 4,4	- 6,8	- 6,4	- 11,1	+ 2,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	169,0	145,4	+ 6,0	0,0	- 2,1	- 1,9	+ 6,5
Sonstiger Fahrzeugbau.....	112,1	158,8	- 9,5	- 39,5	- 31,6	- 39,6	- 18,4
Schiffbau.....	22,8	119,8	- 80,2	- 68,7	- 61,7	- 69,5	- 65,5
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	208,8	205,2	+ 32,0	- 38,7	- 39,9	- 23,1	- 13,2
Möbel.....	95,8	73,8	- 6,2	- 7,5	- 9,5	- 7,5	- 5,7

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.1 Werte

	2001						
	November	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	123,7	113,4	- 5,5	- 8,0	- 8,9	- 9,0	- 2,4
davon: Inland.....	105,6	93,3	- 4,8	- 7,0	- 9,0	- 7,7	- 3,1
Ausland.....	154,8	147,9	- 6,4	- 9,3	- 8,8	- 10,3	- 1,7
Vorleistungsgüterproduzenten.....	110,7	95,9	- 9,2	- 10,1	- 10,9	- 11,5	- 4,9
davon: Inland.....	101,2	84,8	- 7,0	- 9,3	- 10,8	- 10,7	- 4,2
Ausland.....	129,5	117,6	- 12,4	- 11,4	- 11,2	- 12,9	- 6,1
Investitionsgüterproduzenten.....	142,6	138,5	- 3,9	- 8,2	- 9,1	- 8,3	- 1,3
davon: Inland.....	115,0	109,0	- 3,2	- 6,9	- 9,8	- 6,6	- 2,8
Ausland.....	177,9	176,4	- 4,6	- 9,4	- 8,5	- 9,6	- 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten.....	109,5	86,1	- 1,4	- 3,9	- 5,8	- 6,5	- 0,7
davon: Inland.....	102,4	78,8	- 3,4	- 3,4	- 4,8	- 5,3	- 1,4
Ausland.....	129,4	106,2	+ 2,7	- 5,1	- 7,6	- 9,0	+ 1,0
Verbrauchsgüterproduzenten.....	101,4	89,3	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	- 2,7	+ 1,9
davon: Inland.....	91,7	79,8	- 2,6	0,0	+ 0,2	- 1,6	- 0,5
Ausland.....	131,3	118,6	+ 6,4	+ 3,5	+ 3,6	- 4,7	+ 7,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	79,1	61,6	- 2,6	- 0,5	+ 0,5	- 4,0	- 0,7
Textilgewerbe.....	88,8	66,4	- 6,9	- 9,5	- 7,5	- 14,4	- 4,7
Bekleidungsgewerbe.....	66,2	55,3	+ 1,3	+ 18,8	+ 18,6	+ 18,9	+ 4,3
Ledergewerbe.....	76,8	56,9	- 2,0	- 7,5	- 12,5	+ 2,3	- 0,8
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	91,9	73,9	- 7,6	- 4,7	- 5,6	- 5,5	- 6,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	121,4	105,8	- 2,8	- 2,7	- 3,3	- 3,4	- 1,5
Papiergewerbe.....	120,3	102,6	- 2,9	- 3,8	- 4,8	- 3,5	- 2,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	136,7	121,6	- 6,9	- 8,1	- 9,8	- 4,8	- 7,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	107,4	87,8	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,8	- 2,0	+ 4,1
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	123,2	110,6	- 2,5	- 0,9	- 1,1	- 3,3	- 0,4
Chemische Industrie.....	105,9	93,7	- 5,1	- 9,1	- 9,9	- 13,3	- 2,4
Chemische Grundstoffe.....	104,9	95,1	- 8,7	- 15,2	- 17,1	- 18,8	- 5,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	117,4	111,2	+ 4,3	+ 1,5	+ 3,1	- 6,2	+ 6,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	115,0	90,2	- 3,0	- 4,4	- 4,0	- 6,7	+ 0,2
Kunststoffwaren.....	114,0	91,2	- 3,9	- 4,6	- 5,1	- 6,4	- 1,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	91,2	71,2	- 7,5	- 8,6	- 8,1	- 12,6	- 5,3
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	109,5	90,7	- 4,8	- 10,7	- 9,2	- 15,9	- 3,9
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	107,9	89,6	- 8,0	- 12,6	- 12,8	- 14,7	- 6,7
Gießereiindustrie.....	124,8	96,3	- 3,8	- 11,5	- 13,7	- 14,6	- 2,8
Metallerzeugnisse.....	110,8	91,5	- 2,4	- 9,2	- 6,2	- 17,0	- 1,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	97,3	82,1	- 5,7	- 5,3	- 2,3	- 7,4	- 2,6
Maschinenbau.....	111,0	119,3	- 9,2	- 7,6	- 15,1	- 2,9	- 4,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	133,4	131,8	- 16,4	- 14,2	- 12,1	- 12,5	- 8,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	113,7	97,0	- 24,8	- 28,8	- 23,9	- 23,6	- 17,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	117,1	130,4	- 10,8	- 7,4	- 13,3	- 2,4	- 1,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	167,4	137,0	- 26,2	- 26,2	- 10,4	- 31,0	- 20,3
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	139,8	145,1	- 8,2	- 2,2	- 6,4	+ 0,1	+ 0,5
Fahrzeugbau.....	173,0	157,5	+ 3,8	- 5,0	- 5,4	- 7,3	+ 3,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	178,8	154,9	+ 5,6	+ 1,1	- 1,0	+ 0,1	+ 7,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	134,1	175,4	- 13,4	- 38,2	- 32,1	- 35,6	- 19,3
Schiffbau.....	28,3	145,0	- 78,9	- 61,6	- 35,2	- 63,4	- 60,7
Luft- und Raumfahrzeugbau.....	216,7	215,3	+ 16,4	- 38,6	- 39,9	- 18,0	- 15,9
Möbel.....	104,8	81,1	- 4,2	- 5,1	- 7,1	- 4,9	- 3,4

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.2 Volumen

	2001						
	November p)	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November p)	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	119,8	109,5	- 6,2	- 8,3	- 8,9	- 9,3	- 3,5
davon: Inland.....	103,7	91,4	- 5,4	- 7,4	- 9,1	- 8,0	- 4,0
Ausland.....	147,3	140,5	- 7,1	- 9,4	- 8,7	- 10,7	- 2,8
Vorleistungsgüterproduzenten.....	109,8	95,1	- 9,0	- 8,7	- 9,3	- 9,9	- 5,8
davon: Inland.....	101,0	84,7	- 6,7	- 8,0	- 9,4	- 9,2	- 4,9
Ausland.....	127,1	115,6	- 12,4	- 9,5	- 9,2	- 11,0	- 7,1
Investitionsgüterproduzenten.....	136,1	131,7	- 5,0	- 9,5	- 10,0	- 9,7	- 2,4
davon: Inland.....	112,3	105,9	- 4,5	- 8,4	- 10,9	- 8,1	- 3,7
Ausland.....	166,5	164,8	- 5,5	- 10,5	- 9,3	- 11,0	- 1,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	104,5	82,1	- 2,8	- 5,2	- 6,9	- 7,9	- 2,1
davon: Inland.....	97,6	75,1	- 4,8	- 4,6	- 6,0	- 6,7	- 2,9
Ausland.....	123,6	101,6	+ 1,3	- 6,3	- 8,8	- 10,2	- 0,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	96,9	85,3	- 1,0	- 0,1	0,0	- 3,9	+ 0,5
davon: Inland.....	87,8	76,4	- 4,1	- 1,6	- 1,5	- 3,5	- 2,1
Ausland.....	124,7	112,5	+ 5,3	+ 3,1	+ 3,0	- 4,9	+ 6,1
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	78,4	61,0	- 3,1	- 0,8	+ 0,4	- 4,4	- 1,3
Textilgewerbe.....	88,1	65,7	- 7,6	- 9,8	- 7,7	- 14,9	- 5,7
Bekleidungsgewerbe.....	65,5	54,7	+ 1,3	+ 18,9	+ 18,9	+ 18,9	+ 4,3
Ledergewerbe.....	72,4	53,5	- 5,1	- 9,4	- 14,2	+ 0,2	- 3,4
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	94,1	75,6	- 7,3	- 3,9	- 4,9	- 4,3	- 6,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	119,4	104,3	- 3,0	- 2,2	- 2,8	- 2,7	- 3,4
Papiergewerbe.....	118,2	101,4	- 3,3	- 2,7	- 3,7	- 1,7	- 5,0
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	138,3	123,6	- 5,2	- 4,6	- 6,3	- 0,7	- 9,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	102,5	83,9	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 3,0	+ 0,3
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	121,2	108,7	- 2,4	- 1,2	- 1,4	- 4,0	- 0,7
Chemische Industrie.....	104,0	92,5	- 5,5	- 7,7	- 8,6	- 11,4	- 3,9
Chemische Grundstoffe.....	108,2	98,9	- 6,8	- 10,1	- 12,0	- 12,9	- 5,9
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	106,7	101,2	+ 1,2	- 1,2	+ 0,2	- 8,5	+ 3,1
Gummi- und Kunststoffwaren.....	113,8	89,2	- 4,0	- 4,8	- 4,4	- 7,1	- 1,0
Kunststoffwaren.....	112,6	90,1	- 4,7	- 4,9	- 5,3	- 6,4	- 2,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	91,2	71,3	- 9,2	- 9,7	- 9,3	- 13,4	- 7,2
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	107,1	88,8	- 3,8	- 8,6	- 7,0	- 14,0	- 4,1
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	109,2	90,8	- 4,2	- 6,2	- 6,3	- 8,7	- 5,8
Gießereiindustrie.....	123,5	95,2	- 2,6	- 9,0	- 11,0	- 12,3	- 2,9
Metallerzeugnisse.....	105,5	87,2	- 3,4	- 10,4	- 7,4	- 17,9	- 2,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	92,8	78,2	- 6,4	- 8,0	- 6,2	- 7,9	- 4,0
Maschinenbau.....	103,6	111,0	- 10,4	- 8,7	- 16,1	- 4,1	- 5,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	136,7	133,5	- 16,7	- 14,7	- 12,0	- 13,3	- 8,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	146,7	124,9	- 23,3	- 27,4	- 22,1	- 22,3	- 15,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	113,5	125,7	- 10,7	- 8,3	- 14,2	- 3,5	- 2,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	182,3	149,4	- 25,6	- 24,7	- 8,6	- 29,6	- 19,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	131,5	136,1	- 9,0	- 2,6	- 6,7	- 0,6	- 0,4
Fahrzeugbau.....	161,5	147,1	+ 3,2	- 6,0	- 6,3	- 8,5	+ 2,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	166,5	144,1	+ 5,0	+ 0,2	- 1,9	- 1,2	+ 6,0
Sonstiger Fahrzeugbau.....	127,9	167,3	- 14,3	- 38,7	- 32,7	- 36,0	- 20,0
Schiffbau.....	27,1	138,6	- 79,2	- 61,8	- 35,6	- 63,6	- 61,0
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	206,2	204,9	+ 15,3	- 39,2	- 40,5	- 18,7	- 16,7
Möbel.....	92,8	71,6	- 7,3	- 8,0	- 9,7	- 7,9	- 6,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.1 Werte

	2001						
	November	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	161,4	153,6	+ 6,8	- 4,5	- 6,7	- 9,5	+ 5,2
davon: Inland.....	136,1	125,8	+ 1,9	- 3,2	- 4,2	- 7,2	+ 2,3
Ausland.....	288,2	293,6	+ 19,5	- 7,5	- 11,9	- 14,1	+ 12,2
Vorleistungsgüterproduzenten.....	171,6	150,7	+ 3,2	- 0,2	- 4,4	+ 0,6	+ 5,9
davon: Inland.....	149,4	128,6	+ 2,6	- 0,8	- 5,3	+ 0,5	+ 2,8
Ausland.....	275,8	254,3	+ 5,0	+ 1,8	- 1,9	+ 0,7	+ 14,3
Investitionsgüterproduzenten.....	149,8	159,2	+ 11,2	- 9,5	- 9,8	- 17,8	+ 4,4
davon: Inland.....	117,0	120,6	0,0	- 6,9	- 3,6	- 14,8	+ 0,5
Ausland.....	307,6	345,5	+ 36,1	- 13,9	- 19,3	- 22,3	+ 11,2
Gebrauchsgüterproduzenten.....	169,1	134,6	+ 0,8	- 8,0	- 11,0	- 8,4	+ 0,6
davon: Inland.....	159,7	127,1	+ 1,9	- 4,4	- 9,2	- 4,7	+ 2,5
Ausland.....	264,6	210,9	- 4,5	- 25,1	- 20,3	- 26,4	- 8,9
Verbrauchsgüterproduzenten.....	169,0	147,4	+ 10,7	+ 4,2	+ 3,4	- 3,0	+ 9,7
davon: Inland.....	162,2	141,8	+ 8,8	+ 4,7	+ 4,1	- 3,9	+ 7,8
Ausland.....	221,1	189,1	+ 20,5	+ 1,5	- 0,4	+ 1,6	+ 19,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	147,8	108,9	- 0,6	- 3,3	- 2,0	- 9,8	+ 3,0
Textilgewerbe.....	168,0	119,0	- 1,1	- 6,2	- 4,3	- 14,2	+ 2,0
Bekleidungsgewerbe.....	76,7	73,3	+ 2,2	+ 23,8	+ 20,8	+ 28,6	+ 8,7
Ledergewerbe.....	127,1	104,6	+ 5,6	+ 5,6	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,7
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	255,3	209,8	+ 7,8	+ 26,1	+ 11,6	+ 36,0	+ 11,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	188,4	163,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 1,3	- 1,6	+ 6,2
Papiergewerbe.....	183,7	156,4	- 0,8	+ 1,6	+ 0,8	- 3,8	+ 4,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	148,4	124,3	- 12,1	- 9,9	- 8,3	- 17,5	- 3,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	225,2	194,1	+ 11,0	+ 13,1	+ 9,2	+ 9,8	+ 13,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	198,2	176,9	+ 11,9	+ 4,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 9,4
Chemische Industrie.....	160,9	141,0	+ 7,0	- 12,0	- 12,0	- 16,2	+ 3,5
Chemische Grundstoffe.....	156,0	132,5	+ 6,7	- 16,0	- 15,4	- 21,4	+ 3,0
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	185,3	170,9	+ 17,5	+ 4,0	+ 5,9	- 14,0	+ 14,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	196,2	140,1	+ 10,4	+ 11,5	+ 12,1	+ 10,2	+ 11,4
Kunststoffwaren.....	190,1	136,8	+ 7,4	+ 8,6	+ 8,3	+ 7,2	+ 8,9
Glasmehrere, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	147,6	104,2	- 4,0	- 5,8	- 9,1	- 9,5	- 2,6
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	151,1	147,0	+ 2,1	+ 1,0	- 6,2	+ 11,6	+ 2,5
Metallerzeugung und -bearbeitung,	149,7	169,8	- 3,6	- 2,8	- 14,7	+ 21,3	- 0,1
Gießereiindustrie.....	209,7	166,0	+ 9,4	- 9,9	- 19,1	- 16,1	+ 10,8
Metallerzeugnisse.....	152,1	130,9	+ 6,3	+ 4,0	+ 0,8	+ 4,0	+ 4,6
Stahl- und Leichtmetallbau.....	138,6	117,7	+ 4,7	+ 0,4	- 5,0	- 0,8	- 0,8
Maschinenbau.....	122,9	132,7	- 2,2	+ 1,3	- 7,9	+ 4,3	+ 3,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	208,1	213,4	- 0,5	- 2,7	- 13,2	+ 4,7	+ 4,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	660,0	578,9	- 35,5	- 3,4	- 10,4	+ 42,9	- 18,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	126,4	156,0	+ 11,0	+ 7,7	- 11,7	+ 18,5	+ 17,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	320,7	292,0	- 5,4	- 16,6	- 20,1	- 26,2	- 2,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	229,3	210,3	+ 8,3	- 2,6	- 9,6	- 1,8	+ 5,0
Fahrzeugbau.....	148,9	161,3	+ 30,4	- 18,8	- 8,0	- 36,9	+ 9,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	260,7	193,9	+ 31,4	- 1,9	- 4,7	- 14,9	+ 16,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	57,0	134,5	+ 27,7	- 42,6	- 18,6	- 51,7	- 6,8
Schiffbau.....	9,6	61,1	- 84,2	- 87,6	- 92,1	- 86,4	- 82,0
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	603,1	252,7	+ 584,9	- 20,5	+ 9,4	- 90,0	+ 67,7
Möbel.....	155,7	117,6	+ 7,5	- 0,8	- 4,2	- 3,2	+ 5,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie¹⁾

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.2 Volumen

	2001						
	November	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	158,8	151,3	+ 5,8	- 4,2	- 6,5	- 8,6	+ 4,0
davon: Inland.....	135,0	125,1	+ 1,2	- 3,1	- 4,6	- 6,3	+ 1,2
Ausland.....	278,8	283,7	+ 18,5	- 6,8	- 11,0	- 13,2	+ 11,0
Vorleistungsgüterproduzenten.....	171,8	151,9	+ 3,4	+ 1,7	- 2,7	+ 3,1	+ 5,0
davon: Inland.....	150,3	130,9	+ 2,7	+ 0,7	- 4,1	+ 3,2	+ 1,9
Ausland.....	273,8	251,0	+ 5,6	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,9	+ 13,5
Investitionsgüterproduzenten.....	146,2	154,9	+ 9,0	- 10,2	- 10,9	- 17,6	+ 3,0
davon: Inland.....	116,0	118,8	- 1,5	- 7,9	- 5,4	- 14,7	- 0,5
Ausland.....	291,6	329,4	+ 33,7	- 14,5	- 19,9	- 22,2	+ 9,7
Gebrauchsgüterproduzenten.....	157,9	126,3	- 1,3	- 9,6	- 12,6	- 9,9	- 1,2
davon: Inland.....	149,0	119,1	- 0,5	- 6,2	- 11,0	- 6,4	+ 0,5
Ausland.....	248,3	200,3	- 5,6	- 25,9	- 21,3	- 26,4	- 10,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	160,9	140,1	+ 8,7	+ 2,6	+ 1,8	- 4,5	+ 7,8
davon: Inland.....	154,6	135,1	+ 6,8	+ 2,9	+ 2,2	- 5,4	+ 5,8
Ausland.....	208,7	178,2	+ 18,9	+ 0,9	- 1,2	+ 1,0	+ 18,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	147,2	107,9	- 1,5	- 3,7	- 2,2	- 10,5	+ 1,8
Textilgewerbe.....	167,7	118,1	- 2,2	- 6,6	- 4,5	- 14,9	+ 0,7
Bekleidungsgewerbe.....	74,9	71,6	+ 1,9	+ 23,5	+ 20,6	+ 28,1	+ 8,5
Ledergewerbe.....	120,3	99,2	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,3
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	265,9	218,1	+ 9,5	+ 29,0	+ 14,6	+ 39,9	+ 12,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	185,7	160,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,1	- 0,2	+ 4,8
Papiergewerbe.....	183,3	156,2	+ 0,4	+ 4,6	+ 3,8	- 1,1	+ 3,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	154,9	129,8	- 7,1	- 2,5	- 0,6	- 11,0	- 3,2
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	216,7	187,3	+ 8,2	+ 11,6	+ 7,8	+ 8,8	+ 9,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	190,7	170,0	+ 11,3	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 8,4
Chemische Industrie.....	159,4	139,3	+ 5,6	- 10,9	- 10,9	- 14,7	+ 0,5
Chemische Grundstoffe.....	159,0	135,2	+ 6,5	- 12,7	- 12,0	- 17,5	- 0,1
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	168,1	154,9	+ 13,7	+ 1,0	+ 2,8	- 16,2	+ 10,9
Gummi- und Kunststoffwaren.....	193,5	138,0	+ 9,1	+ 10,7	+ 11,1	+ 9,5	+ 9,9
Kunststoffwaren.....	187,2	134,6	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,5	+ 6,6	+ 7,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	148,0	104,7	- 6,0	- 6,6	- 10,1	- 10,3	- 4,4
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	147,7	146,9	+ 3,2	+ 3,1	- 5,0	+ 15,9	+ 2,7
Metallerzeugung und -bearbeitung.....	150,3	177,5	+ 0,3	+ 4,5	- 9,7	+ 32,4	+ 1,4
Gießereiindustrie.....	205,2	163,8	+ 10,2	- 7,8	- 17,4	- 13,8	+ 10,7
Metallerzeugnisse.....	145,9	125,4	+ 5,4	+ 2,1	- 1,3	+ 3,2	+ 3,7
Stahl- und Leichtmetallbau.....	132,6	112,3	+ 4,3	- 2,7	- 9,1	- 1,1	- 2,0
Maschinenbau.....	114,7	124,0	- 3,6	+ 0,2	- 9,0	+ 3,1	+ 2,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.....	220,8	224,0	- 2,1	- 2,5	- 12,8	+ 6,0	+ 3,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	846,4	748,2	- 35,9	- 1,0	- 8,6	+ 47,5	- 17,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	124,9	152,9	+ 11,2	+ 6,8	- 12,3	+ 17,1	+ 16,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	346,9	316,8	- 5,2	- 15,1	- 19,0	- 24,2	- 2,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.....	214,7	197,1	+ 7,1	- 3,3	- 10,2	- 2,5	+ 3,8
Fahrzeugbau.....	140,8	152,8	+ 28,7	- 19,5	- 8,7	- 37,5	+ 8,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	245,9	183,0	+ 29,8	- 2,5	- 5,2	- 15,3	+ 15,6
Sonstiger Fahrzeugbau.....	54,4	128,1	+ 25,3	- 43,2	- 19,5	- 52,1	- 7,8
Schiffbau.....	9,2	58,4	- 84,5	- 87,7	- 92,1	- 86,5	- 82,1
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	574,5	241,0	+ 606,9	- 21,5	+ 8,1	- 90,1	+ 68,8
Möbel.....	138,7	104,7	+ 4,5	- 3,1	- 6,4	- 5,5	+ 2,5

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2001						
	November	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2).....	134,7	118,3	- 0,2	- 3,7	- 4,6	- 7,5	+ 1,9
davon: Inland.....	115,7	101,8	- 1,4	- 3,6	- 5,1	- 7,5	+ 0,2
Ausland.....	169,7	148,6	+ 1,5	- 3,6	- 3,9	- 7,5	+ 4,1
Vorleistungsgüterproduzenten.....	117,7	95,1	- 4,1	- 7,7	- 9,2	- 10,2	- 0,8
davon: Inland.....	107,4	85,4	- 3,0	- 6,7	- 8,2	- 10,7	- 0,8
Ausland.....	139,3	115,3	- 6,0	- 9,1	- 10,7	- 9,5	- 0,6
Investitionsgüterproduzenten.....	159,6	149,6	+ 2,7	- 1,5	- 1,8	- 6,9	+ 4,1
davon: Inland.....	132,0	127,3	- 0,1	- 1,6	- 3,1	- 6,7	+ 1,2
Ausland.....	197,5	180,3	+ 5,3	- 1,4	- 0,5	- 7,0	+ 6,8
Gebrauchsgüterproduzenten.....	117,6	94,1	+ 2,4	- 0,9	- 2,7	- 2,8	+ 2,2
davon: Inland.....	108,0	86,8	+ 0,3	- 1,4	- 3,5	- 2,1	+ 0,5
Ausland.....	146,6	115,8	+ 7,1	+ 0,1	- 0,8	- 4,2	+ 6,3
Verbrauchsgüterproduzenten.....	107,7	93,8	+ 1,2	+ 0,9	- 0,1	- 1,3	+ 2,1
davon: Inland.....	96,8	87,3	- 1,0	- 0,4	- 0,6	- 1,0	- 0,2
Ausland.....	143,4	115,1	+ 6,1	+ 3,6	+ 0,7	- 2,0	+ 6,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	84,2	65,0	- 3,7	- 6,3	- 6,4	- 8,7	- 1,9
Textilgewerbe.....	94,6	70,3	- 3,3	- 6,3	- 7,7	- 10,4	- 1,5
Bekleidungsgewerbe.....	69,4	57,5	- 3,9	- 6,3	- 4,0	- 5,3	- 2,6
Ledergewerbe.....	86,2	85,6	+ 2,3	+ 1,5	- 0,9	+ 4,1	+ 1,5
Holzgewerbe (ohne Möbel).....	101,4	81,7	- 7,9	- 7,0	- 9,3	- 9,7	- 7,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	121,1	103,8	- 1,2	- 1,6	- 2,2	- 3,9	+ 1,4
Papiergewerbe.....	118,1	94,3	- 2,1	- 2,2	- 3,0	- 5,2	+ 1,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe.....	124,4	98,2	- 7,8	- 6,8	- 6,5	- 9,6	- 2,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung.....	112,8	91,1	+ 4,0	+ 2,4	+ 0,6	- 0,8	+ 6,1
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern.....	125,8	118,3	+ 0,3	- 0,6	- 1,0	- 2,2	+ 0,7
Chemische Industrie.....	113,9	93,6	- 4,1	- 8,0	- 9,4	- 11,4	- 1,1
Chemische Grundstoffe.....	114,1	95,0	- 7,8	- 14,0	- 15,7	- 17,4	- 3,3
Pharmazeutische Erzeugnisse.....	129,4	108,6	+ 6,2	+ 5,8	+ 4,0	+ 1,4	+ 7,3
Gummi- und Kunststoffwaren.....	120,9	90,6	- 0,5	- 2,9	- 4,3	- 5,5	+ 0,5
Kunststoffwaren.....	119,6	91,7	- 1,5	- 3,6	- 5,8	- 5,2	- 0,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	100,4	74,0	- 4,1	- 5,5	- 5,6	- 8,0	- 2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	115,6	94,2	- 1,6	- 4,7	- 7,1	- 7,3	+ 1,1
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Gießereiindustrie.....	111,7	83,3	- 2,5	- 7,4	- 9,7	- 9,2	+ 1,3
Metallerzeugnisse.....	137,8	100,6	+ 7,3	- 2,4	- 4,6	- 7,8	+ 7,2
Stahl- und Leichtmetallbau.....	118,9	103,2	- 0,9	- 2,4	- 4,9	- 5,9	+ 0,8
Maschinenbau.....	107,7	111,7	+ 1,2	- 4,1	- 5,8	- 7,1	- 1,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	127,7	141,4	+ 2,9	- 1,9	- 2,8	- 7,2	+ 3,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	147,2	140,4	- 5,3	- 9,3	- 8,6	- 10,1	- 1,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.							
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik.....	134,9	120,0	- 14,5	- 17,5	- 20,7	- 10,6	- 9,7
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik,							
Optik.....	128,1	120,9	0,0	- 7,5	- 9,0	- 9,4	- 0,2
Fahrzeubau.....	187,8	180,9	- 14,4	- 14,8	- 8,6	- 14,7	- 4,0
Schiffbau.....							
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	151,4	149,4	+ 2,9	- 0,6	- 1,5	- 4,6	+ 5,2
Möbel.....	192,5	154,5	+ 6,5	+ 1,8	+ 0,7	- 5,5	+ 7,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	188,9	151,2	+ 5,1	+ 0,9	- 1,1	- 6,7	+ 7,2
Sonstiger Fahrzeugbau.....	218,8	179,1	+ 17,0	+ 8,4	+ 14,1	+ 2,8	+ 8,2
Luft- und Raumfahrtzeugbau.....	207,9	98,3	+ 59,8	+ 77,6	+ 194,9	+ 21,4	+ 12,9
Möbel.....	276,1	247,9	+ 12,3	- 1,9	- 7,3	- 1,9	+ 9,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie¹⁾

@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2001						
	November	Dezember p)	3. Vj.	4. Vj.	November	Dezember p)	Januar - Dezember p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2).....	131,5	115,8	- 1,0	- 4,0	- 4,8	- 7,7	+ 1,4
davon: Inland.....	112,4	99,1	- 2,2	- 4,1	- 5,4	- 7,9	- 0,4
Ausland.....	164,8	144,9	+ 0,4	- 3,9	- 4,2	- 7,5	+ 3,6
Vorleistungsgüterproduzenten.....	113,3	92,0	- 5,2	- 8,3	- 9,9	- 10,5	- 1,6
davon: Inland.....	103,0	82,4	- 3,8	- 7,4	- 9,0	- 10,9	- 1,5
Ausland.....	133,9	111,2	- 6,9	- 9,8	- 11,4	- 10,0	- 1,4
Investitionsgüterproduzenten.....	157,4	147,6	+ 1,7	- 1,7	- 1,6	- 7,0	+ 3,7
davon: Inland.....	130,4	125,6	- 0,8	- 2,0	- 2,9	- 7,2	+ 0,8
Ausland.....	192,2	176,1	+ 4,1	- 1,6	- 0,6	- 6,8	+ 6,3
Gebrauchsgüterproduzenten.....	114,5	91,4	+ 2,4	- 1,2	- 2,6	- 2,9	+ 2,0
davon: Inland.....	104,2	83,5	+ 0,1	- 1,7	- 3,4	- 2,3	0,0
Ausland.....	144,0	114,0	+ 7,1	+ 0,2	- 1,0	- 3,8	+ 6,2
Verbrauchsgüterproduzenten.....	104,7	91,3	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	- 1,5	+ 1,5
davon: Inland.....	93,3	84,4	- 1,8	- 1,1	- 1,3	- 1,4	- 0,8
Ausland.....	141,6	113,6	+ 5,8	+ 3,7	+ 0,8	- 1,8	+ 6,5
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	80,9	62,7	- 3,8	- 6,5	- 6,8	- 8,7	- 2,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	117,2	100,2	- 1,7	- 2,3	- 2,6	- 4,7	+ 0,8
Chemische Industrie.....	111,1	91,3	- 5,1	- 7,9	- 9,6	- 11,0	- 1,6
Gummi- und Kunststoffwaren.....	116,1	87,1	- 1,2	- 3,7	- 5,0	- 6,4	- 0,2
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	112,1	91,6	- 2,5	- 4,9	- 7,4	- 7,4	+ 0,5
Maschinenbau.....	125,9	139,9	+ 2,6	- 2,5	- 3,7	- 7,7	+ 3,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	142,0	135,7	- 6,0	- 10,5	- 9,6	- 11,2	- 1,6
Fahrzeugbau.....	190,5	152,9	+ 4,9	+ 2,1	+ 1,6	- 4,5	+ 6,8
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2).....	190,9	161,9	+ 10,8	+ 1,1	- 1,5	- 5,1	+ 8,1
davon: Inland.....	158,5	136,5	+ 6,2	+ 1,1	- 2,4	- 3,9	+ 5,6
Ausland.....	363,3	297,0	+ 22,3	+ 1,2	+ 0,3	- 8,0	+ 14,5
Vorleistungsgüterproduzenten.....	186,2	142,8	+ 6,1	- 0,5	- 0,7	- 6,7	+ 6,4
davon: Inland.....	162,1	123,3	+ 5,0	- 1,1	- 1,1	- 7,9	+ 4,8
Ausland.....	304,2	238,2	+ 8,8	+ 1,3	+ 0,4	- 3,2	+ 10,9
Investitionsgüterproduzenten.....	199,6	186,7	+ 16,9	+ 1,9	- 3,4	- 4,9	+ 9,9
davon: Inland.....	151,1	149,0	+ 7,2	+ 2,1	- 5,4	- 1,5	+ 5,8
Ausland.....	451,3	382,7	+ 36,5	+ 1,3	+ 0,1	- 11,1	+ 17,6
Gebrauchsgüterproduzenten.....	176,9	144,8	+ 3,3	+ 1,4	- 3,3	- 2,1	+ 5,6
davon: Inland.....	166,0	137,7	+ 2,7	+ 1,9	- 4,5	- 0,2	+ 5,0
Ausland.....	282,0	212,6	+ 6,8	- 1,4	+ 4,1	- 12,4	+ 9,7
Verbrauchsgüterproduzenten.....	180,9	155,7	+ 12,9	+ 8,2	+ 7,5	+ 1,8	+ 10,9
davon: Inland.....	173,2	150,2	+ 12,0	+ 9,5	+ 9,1	+ 3,2	+ 9,7
Ausland.....	247,2	202,0	+ 17,7	+ 1,1	- 1,3	- 7,2	+ 17,6
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe.....	150,0	110,1	- 0,1	- 4,0	- 3,5	- 9,6	+ 3,3
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.....	198,6	174,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 7,3	+ 8,9
Chemische Industrie.....	167,6	136,8	+ 9,2	- 9,1	- 7,4	- 16,6	+ 5,4
Gummi- und Kunststoffwaren.....	195,9	145,3	+ 7,3	+ 5,7	+ 2,8	+ 4,4	+ 9,0
Metallerzeugung und -bearbeitung,							
Metallerzeugnisse.....	162,4	128,1	+ 6,9	- 1,5	- 3,1	- 5,9	+ 6,1
Maschinenbau.....	162,9	171,1	+ 7,3	+ 8,5	+ 11,0	+ 3,0	+ 9,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik,							
Feinmechanik und Optik.....	246,7	230,0	+ 3,8	+ 6,8	+ 4,0	+ 5,3	+ 5,7
Fahrzeugbau.....	233,6	189,2	+ 33,8	- 3,7	- 12,2	- 19,1	+ 15,3

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

²⁾ Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.

p = Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2001						
		November	Dezember	4. VJ	Oktober	November	Dezember	Januar – Dezember
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	+ 9,6
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+ 8,1
Wohngebäude								
Wohnungen Anzahl	- 3,3
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	- 2,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	- 3,0
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	+ 15,4
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+ 28,2
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³ 1995 = 100	+ 19,6
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+ 24,4
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1995 = 100	-	...	- 3,4
Hochbau 1995 = 100	-	...	- 5,1
Wohnungsbau 1995 = 100	-	...	- 14,3
Hochbau ohne Wohnungsbau 1995 = 100	-
Gewerblicher Hochbau ... 1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100
Öffentlicher Hochbau ... 1995 = 100
Tiefbau 1995 = 100	-	1,3
Straßenbau 1995 = 100	+	8,0
Tiefbau ohne Straßenbau ... 1995 = 100	-	5,8
Gewerblicher Tiefbau ... 1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post 1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt 1995 = 100	81,0p	59,0p	-	6,9p	- 3,1p	- 8,7p	- 9,8p	- 10,6p
Hochbauleistungen 1995 = 100	76,6p	65,1p	-	8,8p	- 5,4p	- 10,4p	- 11,5p	- 13,2p
Tiefbauleistungen 1995 = 100	89,2p	64,3p	-	3,5p	+ 0,8p	- 5,7p	- 6,8p	- 6,1p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen Anzahl	-	24,1	- 23,1
Rauminhalt: Wohngebäude ... 1 000 m ³	-	20,4	- 22,7
Nichtwohngebäude 1 000 m ³	+	1,5	+ 8,0
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4) 1 000
Offene Stellen (Bauberufe) 5) ... 1 000	11,0	9,2	...	- 10,6	- 12,7	- 11,7	- 16,2	
Arbeitslose (Bauberufe) 5) ... 1 000	231,3	275,4	...	+ 6,7	+ 5,9	+ 5,2	+ 7,6	

1) Errichtung neuer Gebäude.

2) Volumen.

3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2001						
		November	Dezember	3. VJ	Oktober	November	Dezember	Januar – Dezember
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	+	14,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+	11,1
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	-	3,7
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	-	3,4
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	-	3,1
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	-	6,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+	20,5
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	+	31,9
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	+	37,1
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100
Hochbau	1995 = 100
Wohnungsbau	1995 = 100
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	-	0,4
Straßenbau	1995 = 100	+	10,8
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	-	4,6	-	5,3
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	84,1p	61,6p	-	5,8p	-	2,0	-
Hochbauleistungen	1995 = 100	81,1p	59,6p	-	7,5p	-	3,9	-
Tiefbauleistungen	1995 = 100	89,7p	65,3p	-	3,0p	+	1,0	-
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	-	18,4
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m ³	-	18,7
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	+	20,3
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	-	8,4
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,5	5,8	...	-	21,5	-	25,4
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	110,1	134,3	...	+	6,5	+	6,7
						+	6,9	+
							5,8	

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2001						
		November	Dezember	3. VJ	Oktober	November	Dezember	Januar – Dezember
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	...	–	11,6	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	...	–	6,4	...
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	–	...	–	0,8	...
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	...	–	0,0	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	...	–	2,6	...
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1000 m ¹⁴	1995 = 100	–	...	+	88,0	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	...	+	42,6	...
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m ³	1995 = 100	–	...	–	33,9	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	–	...	–	36,3	...
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten,								
Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	–	5,6
Hochbau	1995 = 100	–	7,6
Wohnungsbau	1995 = 100	–	4,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	–	9,8
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100
Tiefbau	1995 = 100	...	–	20,3	–	4,1
Straßenbau	1995 = 100	...	–	15,8	+	1,2
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	...	–	22,1	–	7,2
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	70,2p	49,5p	–	11,1p	–	7,5p	–
Hochbauleistungen	1995 = 100	60,6p	43,3p	–	15,0p	–	12,6p	–
Tiefbauleistungen	1995 = 100	87,8p	60,8p	–	5,5p	+	0,1p	–
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	–	...	–	37,8	...
Rauminhalt: Wohngebäude . . . 1 000 m ³		–	...	–	37,8	...
Nichtwohngebäude	1 000 m ³	–	...	–	43,7	...
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	–	17,1
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	4,5	3,3	+	12,5	+
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	121,3	141,0	+	6,8	+
						–	5,1	+
						–	3,5	+
						–	9,3	

¹⁾ Errichtung neuer Gebäude.

²⁾ Volumen.

³⁾ Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.

⁴⁾ Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.

⁵⁾ Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@3 Löhne und Gehälter

	2001									
	September	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember		
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Bundesrepublik Deutschland										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	105,7	105,7	174,2	105,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,1		
auf Monatsbasis	105,1	105,1	173,3	105,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	105,9	106,0	171,0	106,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7		
auf Monatsbasis	104,4	104,5	168,6	104,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7		
Früheres Bundesgebiet										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	104,2	104,3	174,4	104,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0		
auf Monatsbasis	103,8	103,9	173,7	103,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	104,7	104,8	172,0	104,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6		
auf Monatsbasis	103,4	103,5	170,1	103,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6		
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)										
auf Stundenbasis	113,4	113,4	170,6	113,5	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,9		
auf Monatsbasis	112,2	112,2	170,1	112,2	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,8		
Tariflohn- und -gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)										
auf Stundenbasis	113,2	113,4	155,7	113,5	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2		
auf Monatsbasis	111,6	111,8	153,5	111,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2		

¹⁾ Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4 Außenwirtschaft

@4.1 Einfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - November	Januar - November		September	Oktober	November	Januar - November		
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Einfuhr insgesamt	958 297	997 926	+ 39 629	- 3,5	- 3,6	- 7,6	+ 4,1	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	72 531	70 365	- 2 166	- 6,8	- 7,1	- 3,1	- 3,0	7,1	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	840 540	833 788	- 6 752	- 9,7	- 7,7	- 11,9	- 0,8	83,6	
Rohstoffe und Halbwaren.....	145 154	140 994	- 4 160	- 17,4	- 13,3	- 26,4	- 2,9	14,1	
Rohstoffe.....	56 780	53 501	- 3 279	- 16,8	- 11,7	- 39,4	- 5,8	5,4	
Halbwaren.....	88 374	87 493	- 881	- 17,8	- 14,3	- 17,7	- 1,0	8,8	
Fertigwaren.....	695 386	692 794	- 2 592	- 7,8	- 6,6	- 8,7	- 0,4	69,4	
Vorerzeugnisse.....	103 819	98 021	- 5 798	- 14,7	- 12,7	- 13,2	- 5,6	9,8	
Enderzeugnisse.....	591 567	594 773	+ 3 206	- 6,6	- 5,5	- 7,9	+ 0,5	59,6	
Vorleistungsgüter.....	402 645	396 992	- 5 653	- 12,2	- 11,7	- 15,5	- 1,4	39,8	
Investitionsgüter.....	275 244	280 264	+ 5 019	- 5,9	- 5,0	- 9,9	+ 1,8	28,1	
Gebrauchsgüter.....	47 916	47 473	- 442	- 5,1	- 1,4	+ 6,1	- 0,9	4,8	
Verbrauchsgüter.....	139 815	138 046	- 1 769	- 7,0	- 1,9	- 3,6	- 1,3	13,8	
Landwirtschaftsgüter.....	29 651	27 808	- 1 844	- 10,8	- 16,7	- 11,1	- 6,2	2,8	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	63 025	107 343	+ 44 318	+ 102,3	+ 51,7	+ 30,8	+ 70,3	10,8	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	27 707	26 091	- 1 616	- 10,1	- 16,6	- 10,8	- 5,8	2,6	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	995	908	- 87	- 1,3	- 21,1	+ 3,4	- 8,8	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	950	809	- 141	- 39,8	- 16,1	- 27,6	- 14,8	0,1	
Kohle und Torf.....	1 729	2 610	+ 881	+ 6,5	+ 50,5	- 5,9	+ 51,0	0,3	
Erdöl und Erdgas.....	58 484	60 376	+ 1 892	+ 1,2	- 2,5	- 28,0	+ 3,2	6,1	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	4 662	4 729	+ 66	- 34,1	- 4,2	- 16,2	+ 1,4	0,5	
Steine und Erden; sonstige Bergbauzeugnisse.....	2 291	2 026	- 265	- 26,8	- 8,2	- 16,4	- 11,6	0,2	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	46 100	45 367	- 733	- 5,7	- 0,4	- 0,7	- 1,6	4,5	
Tabakerzeugnisse.....	1 304	1 357	+ 53	+ 29,0	- 47,7	+ 57,4	+ 4,0	0,1	
Textilien.....	25 002	23 406	- 1 596	- 14,8	- 10,1	- 9,4	- 6,4	2,3	
Bekleidung.....	32 100	31 163	- 937	- 20,1	- 10,3	- 12,8	- 2,9	3,1	
Leder und Lederwaren.....	11 803	11 513	- 290	- 1,0	- 10,4	- 10,2	- 2,5	1,2	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren,									
Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	9 706	7 827	- 1 878	- 23,1	- 17,5	- 17,2	- 19,4	0,8	
Papier.....	23 329	21 828	- 1 501	- 20,9	- 24,4	- 10,5	- 6,4	2,2	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	5 909	5 177	- 732	- 21,3	- 7,5	- 13,8	- 12,4	0,5	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse,									
Spalt- und Brutstoffe.....	22 258	20 518	- 1 740	- 32,6	- 20,1	- 25,6	- 7,8	2,1	
Chemische Erzeugnisse.....	92 721	102 655	+ 9 935	+ 12,9	+ 4,3	+ 3,7	+ 10,7	10,3	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	24 487	22 976	- 1 511	- 5,9	- 10,0	- 11,4	- 6,2	2,3	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	12 721	11 846	- 875	- 15,8	- 3,6	- 4,0	- 6,9	1,2	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle									
und -erzeugnisse.....	53 650	49 429	- 4 221	- 23,0	- 19,5	- 29,2	- 7,9	5,0	
Metallerzeugnisse.....	22 496	21 860	- 636	- 14,6	- 1,9	- 3,8	- 2,8	2,2	
Maschinen.....	68 953	68 673	- 280	- 5,2	- 5,7	- 13,6	- 0,4	6,9	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte									
und -einrichtungen.....	56 722	52 174	- 4 548	- 20,4	- 16,7	- 19,6	- 8,0	5,2	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und									
-verteilung u. ä.....	43 596	43 211	- 385	- 13,7	- 15,6	- 6,5	- 0,9	4,3	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh-									
geräte sowie elektronische Bauelemente.....	65 046	63 098	- 1 948	- 22,3	- 18,1	- 17,5	- 3,0	6,3	
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungs-									
technische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	28 145	29 526	+ 1 381	- 10,3	- 6,5	- 2,9	+ 4,9	3,0	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	87 917	91 883	+ 3 966	+ 2,6	- 0,3	+ 1,0	+ 4,5	9,2	
Sonstige Fahrzeuge.....	41 039	44 909	+ 3 870	+ 13,2	+ 12,0	- 2,9	+ 9,4	4,5	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte,									
Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	24 446	23 606	- 840	- 12,1	- 3,0	- 0,7	- 3,4	2,4	
Energie.....	1 012	1 224	+ 212	+ 32,9	+ 16,1	- 4,5	+ 21,0	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	61 019	105 152	+ 44 133	+ 105,6	+ 53,9	+ 31,3	+ 72,3	10,5	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelistetes Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen^{1), 2)}

Warengruppen	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001					Anteil in %
	Januar - November	Januar - November		September	Oktober	November	Januar - November		
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Ausfuhr insgesamt.....	1 070 682	1 151 902	+ 81 220	+ 1,3	+ 0,7	- 3,5	+ 7,6	100	
Güter der Ernährungswirtschaft.....	48 787	48 835	+ 48	- 1,9	- 8,5	- 3,8	+ 0,1	4,2	
Güter der gewerblichen Wirtschaft.....	1 003 493	1 045 802	+ 42 309	- 2,2	- 2,0	- 6,8	+ 4,2	90,8	
Rohstoffe und Halbwaren.....	60 834	59 708	- 1 125	- 17,8	- 10,6	- 16,0	- 1,8	5,2	
Rohstoffe.....	7 908	7 425	- 484	- 17,2	- 19,3	- 10,0	- 6,1	0,6	
Halbwaren.....	52 925	52 284	- 642	- 17,9	- 9,4	- 16,8	- 1,2	4,5	
Fertigwaren.....	942 659	986 094	+ 43 435	- 1,2	- 1,4	- 6,2	+ 4,6	85,6	
Vorzeugnisse.....	148 702	147 458	- 1 243	- 11,1	- 5,4	- 11,2	- 0,8	12,8	
Enderzeugnisse.....	793 957	838 636	+ 44 678	+ 0,7	- 0,7	- 5,3	+ 5,6	72,8	
Vorleistungsgüter.....	409 527	409 178	- 349	- 10,6	- 6,5	- 11,5	- 0,1	35,5	
Investitionsgüter.....	446 303	478 975	+ 32 671	+ 3,4	+ 0,7	- 4,9	+ 7,3	41,6	
Gebrauchsgüter.....	40 538	41 546	+ 1 008	- 1,7	- 7,3	- 8,7	+ 2,5	3,6	
Verbrauchsgüter.....	111 502	118 617	+ 7 115	+ 5,9	+ 0,4	+ 4,3	+ 6,4	10,3	
Landwirtschaftsgüter.....	9 456	8 255	- 1 201	- 8,6	- 25,0	- 23,8	- 12,7	0,7	
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3).....	53 356	95 331	+ 41 975	+ 71,2	+ 64,2	+ 59,2	+ 78,7	8,3	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd...	8 099	7 249	- 851	- 9,4	- 25,2	- 21,2	- 10,5	0,6	
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse.....	903	728	- 175	- 5,9	- 12,7	- 18,5	- 19,4	0,1	
Fische und Fischereierzeugnisse.....	454	279	- 175	+ 2,8	- 37,5	- 79,5	- 38,5	0,0	
Kohle und Torf.....	415	368	- 47	- 18,1	- 16,1	- 8,9	- 11,4	0,0	
Erdöl und Erdgas.....	3 108	5 151	+ 2 043	- 1,0	+ 94,0	+ 3,2	+ 65,7	0,4	
Uran- und Thoriumerze.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Erze.....	131	116	- 15	- 34,4	- 56,2	- 17,8	- 11,4	0,0	
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse.....	1 529	1 530	+ 1	- 4,0	- 9,5	+ 10,2	+ 0,1	0,1	
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes.....	39 332	40 058	+ 726	- 1,0	- 2,7	+ 0,4	+ 1,8	3,5	
Tabakerzeugnisse.....	3 315	3 672	+ 357	- 1,1	- 28,4	- 3,8	+ 10,8	0,3	
Textilien.....	21 501	21 211	- 290	- 9,4	- 6,1	- 12,6	- 1,4	1,8	
Bekleidung.....	12 721	12 727	+ 6	- 7,4	- 6,9	- 6,1	+ 0,0	1,1	
Leder und Lederwaren.....	4 876	5 041	+ 165	- 1,0	+ 7,7	- 4,8	+ 3,4	0,4	
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel).....	6 649	6 548	- 101	- 13,5	+ 8,3	- 11,7	- 1,5	0,6	
Papier.....	25 777	24 374	- 1 403	- 11,3	- 7,1	- 12,6	- 5,4	2,1	
Verlags- und Druckerzeugnisse.....	8 552	8 521	- 31	- 11,6	+ 18,9	- 5,4	- 0,4	0,7	
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe.....	10 319	9 671	- 648	- 32,5	- 15,4	- 23,9	- 6,3	0,8	
Chemische Erzeugnisse.....	137 610	142 961	+ 5 351	- 1,0	- 2,4	- 3,0	+ 3,9	12,4	
Gummi- und Kunststoffwaren.....	35 225	35 437	+ 212	- 0,6	- 0,2	- 11,8	+ 0,6	3,1	
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden.....	14 812	14 845	+ 34	- 2,6	- 2,8	- 7,0	+ 0,2	1,3	
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse.....	54 728	54 217	- 511	- 14,6	- 10,0	- 14,0	- 0,9	4,7	
Metallerzeugnisse.....	33 507	33 997	+ 490	- 4,0	- 1,3	- 3,9	+ 1,5	3,0	
Maschinen.....	155 082	163 310	+ 8 228	+ 3,2	+ 1,8	- 3,8	+ 5,3	14,2	
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.....	32 766	29 945	- 2 821	- 22,9	- 22,6	- 19,8	- 8,6	2,6	
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	55 832	56 973	+ 1 140	- 3,5	- 10,3	- 9,6	+ 2,0	4,9	
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente.....	62 180	59 767	- 2 413	- 29,9	- 15,7	- 29,0	- 3,9	5,2	
Medizin-, meß-, steuerungs-, Regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren.....	41 237	44 594	+ 3 357	- 3,2	+ 5,4	- 0,1	+ 8,1	3,9	
Kraftwagen und Kraftwagenteile.....	192 126	210 699	+ 18 574	+ 11,2	+ 6,7	+ 2,1	+ 9,7	18,3	
Sonstige Fahrzeuge.....	43 647	53 204	+ 9 558	+ 23,7	- 4,2	- 10,4	+ 21,9	4,6	
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse.....	19 544	19 460	- 85	+ 0,6	- 15,8	+ 4,2	- 0,4	1,7	
Energie.....	899	924	+ 25	- 29,7	- 29,3	- 54,3	+ 2,8	0,1	
Sonstige Waren 3) 4).....	43 807	84 327	+ 40 520	+ 90,4	+ 77,0	+ 71,4	+ 92,5	7,3	

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).

³⁾ Einschließlich nicht aufgelistetes Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

⁴⁾ Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern^{*)}

Ländergruppe Ursprungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001					Anteil in %
	Januar - November	Januar - November		September	Oktober	November	Januar - November		
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Einfuhr insgesamt	958 297	997 926	+ 39 629	- 3,5	- 3,6	- 7,6	+ 4,1	100,0	
EU-Länder	487 499	520 271	+ 32 772	+ 3,4	- 0,6	- 7,6	+ 6,7	52,1	
Frankreich	90 980	93 763	+ 2 782	+ 4,3	- 3,1	- 4,8	- 14,0	+ 3,1	9,4
Niederlande	79 680	83 420	+ 3 741	- 3,1	- 3,4	- 12,1	- 0,3	+ 4,7	8,4
Italien	63 633	64 605	+ 971	- 8,3	+ 3,4	- 2,8	+ 1,5	6,5	
Vereinigtes Königreich	66 352	69 308	+ 2 956	- 0,2	+ 8,6	- 13,0	+ 4,5	6,9	
Irland	17 796	30 917	+ 13 121	+ 94,5	+ 62,3	+ 38,9	+ 73,7	3,1	
Dänemark	15 750	16 348	+ 598	+ 2,6	- 0,7	- 15,8	+ 3,8	1,6	
Griechenland	3 006	3 070	+ 64	+ 15,2	- 8,2	- 20,4	+ 2,1	0,3	
Portugal	9 777	9 993	+ 217	+ 4,3	- 21,4	- 0,3	+ 2,2	1,0	
Spanien	28 697	28 311	- 386	- 18,0	- 9,7	- 16,8	- 1,3	2,8	
Schweden	18 030	16 533	- 1 496	- 17,7	- 29,9	- 20,5	- 8,3	1,7	
Finnland	10 506	11 600	+ 1 094	- 20,3	- 26,1	- 37,8	+ 10,4	1,2	
Österreich	36 552	37 436	+ 884	+ 6,9	- 3,4	- 10,2	+ 2,4	3,8	
Belgien	43 820	51 628	+ 7 808	+ 19,6	+ 15,5	- 4,3	+ 17,8	5,2	
Luxemburg	2 921	3 339	+ 419	+ 32,9	+ 58,8	- 5,7	+ 14,3	0,3	
EFTA-Länder	53 369	57 690	+ 4 320	- 9,3	+ 15,9	- 3,0	+ 8,1	5,8	
Island	661	676	+ 14	- 24,8	- 6,6	- 6,3	+ 2,2	0,1	
Norwegen	18 445	20 617	+ 2 173	- 6,8	+ 36,9	- 20,1	+ 11,8	2,1	
Liechtenstein	564	630	+ 66	- 4,1	+ 17,4	+ 9,8	+ 11,8	0,1	
Schweiz	33 699	35 766	+ 2 067	- 10,6	+ 6,5	+ 10,5	+ 6,1	3,5	
Andere europäische Länder ¹⁾	125 957	139 278	+ 13 322	+ 1,9	+ 5,2	+ 5,4	+ 10,6	14,0	
darunter:									
Türkei	11 051	11 910	+ 860	- 4,7	+ 15,3	+ 14,0	+ 7,8	1,2	
Russische Föderation	25 850	26 068	+ 219	- 7,0	- 19,5	- 22,2	+ 0,8	2,6	
Ukraine	1 537	1 548	+ 11	- 13,0	- 16,6	- 16,2	+ 0,7	0,2	
Belarus	567	568	+ 1	- 13,7	- 3,2	- 21,3	+ 0,2	0,1	
Estland	635	553	- 83	- 37,9	+ 25,1	+ 57,1	- 13,0	0,1	
Lettland	733	846	+ 113	+ 2,4	+ 8,9	+ 11,6	+ 15,5	0,1	
Litauen	1 088	1 280	+ 191	+ 1,1	+ 12,2	+ 12,1	+ 17,6	0,1	
Polen	21 281	24 314	+ 3 033	+ 1,1	+ 10,9	+ 21,5	+ 14,3	2,4	
Tschechische Republik	22 863	26 090	+ 3 227	+ 12,3	+ 15,4	+ 21,7	+ 14,1	2,6	
Slowakei	6 235	7 483	+ 1 248	- 20,2	+ 8,9	+ 27,9	+ 20,0	0,7	
Ungarn	18 818	21 900	+ 3 081	+ 16,1	+ 14,3	+ 4,4	+ 16,4	2,2	
Rumänien	3 747	4 179	+ 432	- 6,6	+ 5,6	+ 11,9	+ 11,5	0,4	
Bulgarien	1 056	1 249	+ 193	- 4,3	- 1,5	+ 23,8	+ 18,2	0,1	
Slowenien	4 668	4 715	+ 47	+ 2,2	+ 8,7	+ 20,4	+ 1,0	0,5	
Kroatien	1 194	1 235	+ 41	- 9,9	+ 10,2	+ 11,4	+ 3,4	0,1	
Außereuropäische Länder	291 472	280 687	- 10 785	- 15,9	- 15,3	- 14,1	- 3,7	28,1	
darunter:									
Vereinigte Staaten	83 434	83 015	- 419	- 16,8	- 16,6	- 18,6	- 0,5	8,3	
Kanada	6 230	5 984	- 247	- 26,3	- 7,2	- 8,1	- 4,0	0,6	
Südafrika	5 626	5 948	+ 322	- 32,9	- 15,6	- 17,8	+ 5,7	0,6	
China	33 118	35 612	+ 2 493	- 1,7	- 2,0	+ 14,9	+ 7,5	3,6	
Japan	48 055	41 315	- 6 740	- 23,0	- 25,6	- 18,2	- 14,0	4,1	
Australien	2 227	2 273	+ 45	- 15,4	- 8,2	- 12,1	+ 2,0	0,2	
Neuseeland	826	1 043	+ 217	+ 64,2	+ 28,8	+ 9,2	+ 26,3	0,1	
Nachrichtlich:									
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾	107 372	119 329	+ 11 957	+ 1,0	+ 3,8	+ 4,5	+ 11,1	12,0	
Entwicklungsländer	110 655	104 270	- 6 386	- 15,9	- 14,9	- 18,3	- 5,8	10,4	
Afrika	15 902	14 494	- 1 408	- 11,9	- 15,5	- 25,3	- 8,9	1,5	
Amerika	18 565	18 569	+ 4	- 8,7	- 2,8	- 12,2	+ 0,0	1,9	
Asien	75 878	70 778	- 5 100	- 18,8	- 17,3	- 18,2	- 6,7	7,1	
Ozeanien	311	429	+ 119	+ 58,0	- 31,8	- 5,0	+ 38,2	0,0	
OECD-Länder ³⁾	775 115	814 352	+ 39 237	- 2,0	- 1,6	- 7,1	+ 5,1	81,6	
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	34 959	31 100	- 3 859	- 27,2	- 18,1	- 21,1	- 11,0	3,1	
OPEC-Länder ⁵⁾	18 204	14 966	- 3 237	- 38,2	- 27,9	- 34,2	- 17,8	1,5	
NAFTA-Länder ⁶⁾	92 306	71 773	- 533	- 17,2	- 16,2	- 17,8	- 0,6	9,2	
ASEAN-Länder ⁷⁾	28 977	28 507	- 470	- 12,1	- 18,1	- 16,4	- 1,6	2,9	

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

²⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

³⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

⁴⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁶⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁷⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern*

Ländergruppe Bestimmungsland	2000	2001	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. DM	2001						
	Januar - November	Januar - November		September	Oktober	November	Januar - November	Januar - November		
	Mill. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Anteil in %	
Ausfuhr insgesamt	1 070 682	1 151 902	+ 81 220	+ 1,3	+ 0,7	- 3,5	+ 7,6	100,0		
EU-Länder	606 288	636 221	+ 29 933	+ 0,6	- 2,4	- 5,6	+ 4,9	55,2		
Frankreich	121 450	128 511	+ 7 061	+ 0,8	- 4,9	- 8,6	+ 5,8	11,2		
Niederlande	69 862	71 083	+ 1 221	- 4,0	+ 1,2	- 8,6	+ 1,7	6,2		
Italien	80 928	86 016	+ 5 088	- 1,3	- 2,4	- 3,0	+ 6,3	7,5		
Vereinigtes Königreich	88 972	96 339	+ 7 367	+ 5,9	+ 5,2	- 3,5	+ 8,3	8,4		
Irland	6 501	7 068	+ 566	+ 0,6	+ 2,6	- 6,1	+ 8,7	0,6		
Dänemark	17 229	18 734	+ 1 505	+ 3,9	- 9,1	+ 0,6	+ 8,7	1,6		
Griechenland	8 434	9 294	+ 859	- 2,6	+ 5,4	+ 1,6	+ 10,2	0,8		
Portugal	11 249	11 531	+ 282	- 2,1	- 2,7	+ 7,2	+ 2,5	1,0		
Spanien	48 114	51 324	+ 3 210	+ 3,2	- 5,3	- 7,5	+ 6,7	4,5		
Schweden	24 334	23 323	- 1 011	- 7,5	- 11,2	- 2,9	- 4,2	2,0		
Finnland	12 628	12 121	- 507	- 13,0	- 7,9	- 14,1	- 4,0	1,1		
Österreich	58 134	58 953	+ 819	- 1,3	- 6,4	- 6,0	+ 1,4	5,1		
Belgien	53 757	56 878	+ 3 121	+ 7,8	- 0,0	- 4,2	+ 5,8	4,9		
Luxemburg	4 696	5 048	+ 352	- 6,1	+ 0,6	- 10,0	+ 7,5	0,4		
EFTA-Länder	54 916	59 694	+ 4 778	- 6,0	- 4,6	+ 1,7	+ 8,7	5,2		
Island	565	541	- 24	- 17,8	+ 7,4	- 11,8	- 4,3	0,0		
Norwegen	7 709	8 975	+ 1 266	- 4,5	+ 0,1	+ 6,5	+ 16,4	0,8		
Liechtenstein	796	572	- 224	+ 6,8	- 1,2	+ 5,3	- 28,1	0,0		
Schweiz	45 846	49 606	+ 3 760	- 6,3	- 5,5	+ 1,0	+ 8,2	4,3		
Andere europäische Länder ¹⁾	124 454	140 057	+ 15 593	+ 3,8	+ 9,4	+ 2,8	+ 12,5	12,2		
darunter:										
Türkei	14 974	10 810	- 4 165	- 40,6	- 30,9	- 47,2	- 27,8	0,9		
Russische Föderation	11 617	18 050	+ 6 433	+ 49,8	+ 50,1	+ 52,0	+ 55,4	1,6		
Ukraine	2 492	3 612	+ 1 120	+ 20,9	+ 53,4	+ 36,3	+ 45,0	0,3		
Belarus	1 006	1 408	+ 402	+ 31,0	+ 65,7	+ 27,2	+ 39,9	0,1		
Estland	771	955	+ 184	+ 12,6	+ 22,7	+ 19,8	+ 23,9	0,1		
Lettland	1 105	1 460	+ 355	+ 30,2	+ 40,0	+ 34,2	+ 32,2	0,1		
Litauen	1 605	2 211	+ 606	+ 18,6	+ 39,1	+ 26,9	+ 37,7	0,2		
Polen	26 006	27 462	+ 1 456	+ 0,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 5,6	2,4		
Tschechische Republik	22 810	27 086	+ 4 275	+ 7,6	+ 11,4	+ 5,6	+ 18,7	2,4		
Slowakei	5 968	7 156	+ 1 187	+ 11,0	+ 8,7	+ 12,0	+ 19,9	0,6		
Ungarn	18 528	19 185	+ 657	- 2,2	- 2,7	- 10,2	+ 3,5	1,7		
Rumänien	4 384	5 529	+ 1 145	+ 20,0	+ 19,2	+ 11,7	+ 26,1	0,5		
Bulgarien	1 563	1 852	+ 289	+ 1,6	+ 23,1	+ 16,1	+ 18,5	0,2		
Slowenien	4 109	4 365	+ 256	- 7,2	+ 11,2	+ 6,4	+ 6,2	0,4		
Kroatien	2 396	2 802	+ 406	- 0,3	+ 26,6	+ 4,9	+ 16,9	0,2		
Außereuropäische Länder	285 014	315 930	+ 30 917	+ 3,1	+ 4,2	- 2,9	+ 10,8	27,4		
darunter:										
Vereinigte Staaten	110 785	122 224	+ 11 439	+ 5,7	+ 3,4	- 9,7	+ 10,3	10,6		
Kanada	7 750	9 004	+ 1 254	+ 14,1	+ 47,5	+ 58,1	+ 16,2	0,8		
Südafrika	6 695	8 042	+ 1 347	- 2,1	+ 26,9	+ 3,5	+ 20,1	0,7		
China	16 465	21 613	+ 5 148	+ 11,1	+ 17,4	+ 16,5	+ 31,3	1,9		
Japan	23 798	23 613	- 185	- 19,2	- 3,5	- 18,2	- 0,8	2,0		
Australien	6 093	6 526	+ 433	+ 15,8	+ 7,5	+ 24,7	+ 7,1	0,6		
Neuseeland	860	1 016	+ 157	+ 23,9	+ 23,7	+ 7,0	+ 18,2	0,1		
Nachrichtlich:										
Mittel- und osteurop. Länder ²⁾	99 863	118 483	+ 18 620	+ 11,4	+ 14,6	+ 10,7	+ 18,6	10,3		
Entwicklungsländer	109 662	121 108	+ 11 446	+ 4,0	+ 1,5	- 2,4	+ 10,4	10,5		
Afrika	11 883	13 671	+ 1 788	+ 9,8	+ 16,1	+ 19,8	+ 15,0	1,2		
Amerika	26 960	30 259	+ 3 299	+ 28,5	+ 2,7	- 12,5	+ 12,2	2,6		
Asien	70 545	76 826	+ 6 282	- 5,7	- 3,1	- 2,3	+ 8,9	6,7		
Ozeanien	274	351	+ 77	+ 14,1	+ 1 141,5	+ 9,7	+ 28,2	0,0		
OECD-Länder ³⁾	915 748	967 833	+ 52 084	- 0,3	- 1,3	- 5,8	+ 5,7	84,0		
Ostasiatische Schwellenländer ⁴⁾	31 880	31 197	- 683	- 17,6	- 11,1	- 17,8	- 2,1	2,7		
OPEC-Länder ⁵⁾	18 778	24 273	+ 5 495	+ 14,1	+ 17,8	+ 30,7	+ 29,3	2,1		
NAFTA-Länder ⁶⁾	127 523	140 815	+ 13 292	+ 4,9	+ 4,9	- 6,1	+ 10,4	12,2		
ASEAN-Länder ⁷⁾	18 962	21 745	+ 2 783	- 5,0	- 3,0	- 6,8	+ 14,7	1,9		

* Einschließlich nicht aufgeliertbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.

¹⁾ Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.

²⁾ Ehemalige Staatshandelsländer.

³⁾ EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.

⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan.

⁵⁾ Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

⁶⁾ Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

⁷⁾ Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)¹⁾

Warengruppen	2000			2001			2000	2001		
	Jahr	Oktober	November	Januar - November	Jahr	Oktober	November	Januar - November		
								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Einfuhr insgesamt	+ 21,0	- 3,6	- 7,6	+ 4,1	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 4,4	- 7,1	- 3,1	- 3,0	7,5	7,0	7,1	7,1	7,1	7,1
Gewerbliche Wirtschaft	+ 24,2	- 7,7	- 11,9	- 0,8	87,7	83,7	83,8	83,6	83,6	83,6
Rohstoffe	+ 67,6	- 11,7	- 39,4	- 5,8	5,9	4,8	4,2	5,4	5,4	5,4
Halbwaren	+ 55,1	- 14,3	- 17,7	- 1,0	9,3	8,4	8,6	8,8	8,8	8,8
Fertigwaren	+ 18,6	- 6,6	- 8,7	- 0,4	72,5	70,5	71,0	69,4	69,4	69,4
Vorerzeugnisse	+ 18,9	- 12,7	- 13,2	- 5,6	10,7	9,7	9,5	9,8	9,8	9,8
Enderzeugnisse	+ 18,6	- 5,5	- 7,9	+ 0,5	61,8	60,8	61,5	59,6	59,6	59,6
Ausfuhr insgesamt	+ 17,2	+ 0,7	- 3,5	+ 7,6	100	100	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	+ 13,1	- 8,5	- 3,8	+ 0,1	4,6	4,2	4,4	4,2	4,2	4,2
Gewerbliche Wirtschaft	+ 18,3	- 2,0	- 6,8	+ 4,2	93,7	90,8	90,7	90,8	90,8	90,8
Rohstoffe	+ 20,7	- 19,3	- 10,0	- 6,1	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Halbwaren	+ 34,6	- 9,4	- 16,8	- 1,2	5,0	4,4	4,4	4,5	4,5	4,5
Fertigwaren	+ 17,5	- 1,4	- 6,2	+ 4,6	88,1	85,8	85,7	85,6	85,6	85,6
Vorerzeugnisse	+ 20,5	- 5,4	- 11,2	- 0,8	13,8	12,8	12,2	12,8	12,8	12,8
Enderzeugnisse	+ 17,0	- 0,7	- 5,3	+ 5,6	74,2	73,0	73,5	72,8	72,8	72,8

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr¹⁾

Index	2000			2001			2000	2001		
	Jahr	September	Oktober	November	Jahr	September	Oktober	November	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
									1995 = 100	
Einfuhr										
Index der tatsächlichen Werte	158,5	152,5	176,8	170,2	+ 21,0	- 3,5	- 3,6	- 7,6		
Index des Volumens	148,7	141,6	159,7	164,2	+ 9,9	- 3,2	+ 2,9	- 0,5		
Index der Durchschnittswerte	106,6	107,7	110,7	103,7	+ 10,1	- 0,3	- 6,4	- 7,0		
Ausfuhr										
Index der tatsächlichen Werte	155,9	155,4	177,9	171,8	+ 17,1	+ 1,3	+ 0,7	- 3,5		
Index des Volumens	156,5	153,3	174,8	167,8	+ 12,8	+ 1,3	+ 0,3	- 4,0		
Index der Durchschnittswerte	99,6	101,4	101,8	102,4	+ 3,9	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5		
Terms of Trade ²⁾	93,4	94,2	92,0	98,7	- 5,8	+ 0,3	+ 7,2	+ 8,0		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

²⁾ Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.7 Handelsbilanzsaldo¹⁾ (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 5 197	-	+ 8 156	-	+ 6 103	-	+ 8 711	-
Februar	+ 11 151	+ 16 347	+ 10 799	+ 18 955	+ 13 929	+ 20 033	+ 12 642	+ 21 353
März	+ 12 068	+ 28 415	+ 11 008	+ 29 962	+ 11 992	+ 32 025	+ 17 387	+ 38 740
1. Vierteljahr	+ 28 415	x	+ 29 962	x	+ 32 025	x	+ 38 740	x
April	+ 10 373	+ 38 788	+ 11 016	+ 40 978	+ 10 360	+ 42 385	+ 10 571	+ 49 311
Mai	+ 13 364	+ 52 152	+ 6 354	+ 47 332	+ 8 807	+ 51 193	+ 14 510	+ 63 821
Juni	+ 10 606	+ 62 759	+ 13 326	+ 60 658	+ 12 924	+ 64 117	+ 13 438	+ 77 260
2. Vierteljahr	+ 34 344	x	+ 30 696	x	+ 32 092	x	+ 38 520	x
Juli	+ 13 298	+ 76 056	+ 13 892	+ 74 550	+ 11 624	+ 75 741	+ 17 139	+ 94 399
August	+ 7 830	+ 83 886	+ 5 916	+ 80 466	+ 5 712	+ 81 453	+ 16 179	+ 110 578
September	+ 10 826	+ 94 712	+ 10 845	+ 91 311	+ 8 322	+ 89 775	+ 12 660	+ 123 238
3. Vierteljahr	+ 31 953	x	+ 30 653	x	+ 25 659	x	+ 45 979	x
Oktober	+ 11 716	+ 106 428	+ 11 025	+ 102 337	+ 13 289	+ 103 064	+ 17 601	+ 140 839
November	+ 15 036	+ 121 465	+ 15 266	+ 117 603	+ 9 321	+ 112 385	+ 13 137	+ 153 976
Dezember	+ 5 506	+ 126 970	+ 9 939	+ 127 542	+ 3 278	+ 115 664		
4. Vierteljahr	+ 32 258	x	+ 36 230	x	+ 25 888	x		
2. Halbjahr	+ 64 212	x	+ 66 884	x	+ 51 547	x		
Jahr	+ 126 970	x	+ 127 542	x	+ 115 664	x		

¹⁾ Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	- 13 790	- 13 790	- 4 419	- 4 419	- 7 943	- 7 943	- 5 309	- 5 309
Februar	- 812	- 14 602	- 264	- 4 683	+ 765	- 7 178	+ 1 336	- 3 973
März	+ 7 361	- 7 241	+ 1 651	- 3 032	+ 3 913	- 3 265	+ 3 140	- 833
1. Vierteljahr	- 7 241	x	- 3 032	x	- 3 265	x	- 833	x
April	+ 2 186	- 5 055	+ 2 681	- 351	- 1 710	- 4 975	+ 1 989	+ 1 156
Mai	+ 1 225	- 3 830	- 3 778	- 4 129	- 3 241	- 8 216	+ 170	+ 1 326
Juni	+ 3 493	- 337	+ 2 846	- 1 283	+ 191	- 8 025	- 4 592	- 3 266
2. Vierteljahr	+ 6 904	x	+ 1 749	x	- 4 760	x	+ 2 433	x
Juli	- 1 107	- 1 444	- 1 158	- 2 441	- 3 027	- 11 052	- 2 418	- 5 684
August	- 4 780	- 6 224	- 4 379	- 6 820	- 5 936	- 16 988	+ 3 844	- 1 840
September	- 2 566	- 8 790	- 2 585	- 9 405	- 2 035	- 19 023	+ 205	- 1 635
3. Vierteljahr	- 8 453	x	- 8 122	x	- 10 998	x	- 1 631	x
Oktober	- 1 476	- 10 266	- 1 708	- 11 113	- 591	- 19 614	+ 5 299	+ 3 664
November	+ 3 653	- 6 613	- 179	- 11 292	- 2 313	- 21 927	+ 1 962	+ 5 626
Dezember	- 1 196	- 7 809	- 3 127	- 14 419	- 6 683	- 28 610	+ 1 350	+ 6 976
4. Vierteljahr	+ 981	x	- 5 014	x	- 10 929	x	+ 8 611	x
2. Halbjahr	- 7 472	x	- 13 136	x	- 21 927	x		
Jahr	- 7 809	x	- 14 419	x	- 32 856	x		

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001		2001							
	Jahr	Mill. DM	July	August	September	October	November	Dezember		
			Mill. Euro							
Zahlungsbilanz										
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten ¹⁾										
(Zunahme: +)										
Leistungsbilanz										
Außenhandel ²⁾										
Ergänzungen zum Warenverkehr ³⁾										
Dienstleistungsbilanz										
Erwerbs- und Vermögenseinkommen										
Laufende Übertragungen										
Vermögensübertragungen										
Kapitalbilanz (Nettokapital export: -)										
Direktinvestitionen										
Wertpapiere										
Finanzderivate										
Kreditverkehr ⁴⁾										
Sonstige Kapitalanlagen										
Saldo der gesamten Kapitalbilanz										
Restposten der Zahlungsbilanz										
Bestandsangaben										
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank										
Bruttowährungsreserven										
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland										
Auslandsverbindlichkeiten										
Netto-Auslandpositionen										
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute										
- 191 150 - 240 571 - 228 917 - 192 141 - 196 562 - 180 425 - 168 823										

¹⁾ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).

³⁾ Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

⁴⁾ Einschließlich Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern.

⁵⁾ Enthält die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschließlich der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden.

⁶⁾ Vergleichbare Anmerkung⁵⁾.

⁷⁾ Vorläufiges Ergebnis auf der Basis der bislang vorliegenden Angaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@5 Arbeitsmarkt

@5.1 Früheres Bundesgebiet

	2001			2002	2001			2002
	Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
	1 000			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsmarkt 1)								
Arbeitslose insgesamt	2 412,7	2 467,7	2 584,0p	...	+	3,0	+	4,6
Männer	1 321,9	1 364,8	1 462,7p	...	+	4,4	+	6,4
Frauen	1 090,8	1 102,9	1 121,2p	...	+	1,3	+	2,3
Arbeitslosenquote								
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,0	8,2	8,6p	...	-	-	-	-
Männer	8,2	8,5	9,1p	...	-	-	-	-
Frauen	7,7	7,8	8,0p	...	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,2	7,4	7,7p	...	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt	113,8	141,5	146,6p	...	+	136,0	+	171,7
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	226,3	224,6	199,2p	...	X	X	X	X
Offene Stellen insgesamt	379,9	348,4	334,0p	...	-	12,2	-	15,7
Beschäftigte								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	5 707p	- 1,2p
Vorleistungsgüterproduzenten	2 531p	- 1,4p
Investitionsgüterproduzenten	2 007p	+ 0,3p
Gebrauchsgüterproduzenten	255p	- 3,9p
Verbrauchsgüterproduzenten	914p	- 3,0p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 7)
Geleistete Arbeitsstunden 5)								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	391 182p	- 6,9p
Vorleistungsgüterproduzenten	185 480p	- 7,5p
Investitionsgüterproduzenten	130 327p	- 6,6p
Gebrauchsgüterproduzenten	17 803p	- 7,9p
Verbrauchsgüterproduzenten	57 572p	- 5,2p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)
darunter:								
Wohnungsbau Mill. Std. 7)
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

P = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@5 Arbeitsmarkt

@5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001			2002	2001			2002
	Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
	1 000			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsmarkt 1)								
Arbeitslose insgesamt	1 312,8	1 321,2	1 379,5p	...	+ 3,5	+ 2,8	+ 1,8p	...
Männer	635,1	645,6	697,0p	...	+ 6,6	+ 5,9	+ 5,0p	...
Frauen	677,6	675,6	682,5p	...	+ 0,8	- 0,0	- 1,3p	...
Arbeitslosenquote								
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	18,1	18,2	19,0p	...	-	-	-	-
Männer	17,0	17,3	18,7p	...	-	-	-	-
Frauen	19,2	19,1	19,3p	...	-	-	-	-
Arbeitslose in % aller civilen Erwerbspersonen	16,8	16,9	17,6p	...	-	-	-	-
Kurzarbeiter insgesamt	26,2	27,7	28,9p	...	+ 48,6	+ 51,6	+ 71,1p	...
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	72,6	67,3	55,4p	...	X	X	X	X
Offene Stellen insgesamt	62,9	59,1	55,1p	...	+ 6,8	+ 8,6	+ 11,4p	...
Beschäftigte								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	628p	+ 1,5p
Vorleistungsgüterproduzenten	282p	+ 1,6p
Investitionsgüterproduzenten	122p	+ 2,0p
Gebrauchsgüterproduzenten	26p	+ 4,5p
Verbrauchsgüterproduzenten	129p	+ 0,1p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 7)
Geleistete Arbeiterstunden 5)								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	51 796p	- 3,1p
Vorleistungsgüterproduzenten	23 944p	- 3,5p
Investitionsgüterproduzenten	15 215p	- 3,2p
Gebrauchsgüterproduzenten	2 149p	- 2,7p
Verbrauchsgüterproduzenten	10 488p	- 2,2p
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)
darunter:								
Wohnungsbau Mill. Std. 6)
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)

¹⁾ Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.

²⁾ Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.

³⁾ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.

⁴⁾ Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

⁵⁾ 1 000 Std.

⁶⁾ Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.

⁷⁾ Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.

p = Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@6 Preise

	2002		2001			2002		2001			2002						
	Januar	3. Vj.	November	Dezember	Januar	3. Vj.	November	Dezember	Januar	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %							
		1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %							Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	110,6	-	0,4	-	0,2	+	0,1	+	0,9	+	2,5	+	1,7	+	1,7	+	2,1
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	108,9	-	0,5	-	0,6	+	0,6	+	2,5	+	5,6	+	4,7	+	4,7	+	5,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,1	+	0,1	+	0,2	-	0,1	-	3,2	+	2,0	+	1,5	+	1,3	+	4,4
Bekleidung und Schuhe	103,6	+	1,0	+	0,3	+	0,0	+	0,0	+	0,9	+	1,2	+	1,2	+	1,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,6	-	0,4	-	0,3	-	0,3	-	0,5	+	2,9	+	1,2	+	1,0	+	1,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	103,9	+	0,4	+	0,3	+	0,0	+	0,3	+	1,1	+	1,5	+	1,4	+	1,6
Gesundheitspflege	112,4	+	0,1	+	0,1	+	0,0	-	0,3	+	1,3	+	1,2	+	1,2	+	0,7
Verkehr	116,9	-	1,5	-	0,6	+	0,0	+	1,1	+	2,4	+	0,4	+	1,2	+	1,6
Nachrichtenübermittlung	82,2	-	0,2	-	0,1	+	0,0	0,2	-	2,1	-	2,3	-	2,1	-	1,7	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	106,4	-	1,2	+	0,4	+	0,7	+	0,0	+	1,4	+	1,2	+	1,3	0,9	
Bildungswesen	123,2	+	0,3	+	0,0	+	0,0	+	1,3	+	1,6	+	1,2	+	1,2	+	2,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	109,9	-	1,8	-	1,0	+	0,6	+	1,8	+	1,7	+	2,1	+	2,1	+	3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	111,7	+	0,5	+	0,3	+	0,1	+	1,1	+	2,7	+	2,6	+	2,6	2,9	
Index der Einzelhandelspreise	105,3	-	0,1	-	0,2	+	0,0	+	0,5	+	1,8	+	1,2	+	1,3	+	1,8
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	-	1,1	-	0,3	-	0,3	+	2,6	+	0,1	0,1	
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	-	2,2	-	0,7	-	0,4	+	3,1	-	1,6	-	1,3	...	
Investitionsgüterproduzenten	+	0,2	+	0,0	+	0,1	+	1,1	+	1,1	+	1,2	...	
Konsumgüterproduzenten	-	0,1	-	0,2	-	0,1	+	2,8	+	2,2	+	1,8	...	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	2,5	-	0,3	+	0,8	+	13,1	+	2,6	+	4,0	...	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	-	0,7	-	0,4	-	0,2	+	0,9	-	0,6	-	0,4	...	
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	-	3,6	-	0,3	-	0,4	+	12,0	+	3,0	+	2,4	...	
Preisindex für Wohngebäude	-	0,1 ³⁾	-	0,2	•	•	•	-	0,2 ³⁾	-	0,4	•	•	•		
Preisindex für Straßenbau	-	0,1 ³⁾	-	0,1	•	•	•	+	0,4 ³⁾	-	0,3	•	•	•		
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	-	1,0	-	0,2p	-	0,4p	+	4,4	+	0,6p	1,6p	...		
pflanzlicher Produkte	-	0,6	+	0,3	+	2,7	+	5,0	+	4,0	5,7	...		
tierische Produkte	-	1,1	-	0,4p	-	2,1p	+	4,1	-	0,9p	0,4p	...		
Index der Einfuhrpreise	-	2,8	-	0,5	-	0,2	-	1,0	-	6,6	4,7	...		
Güter der Ernährungswirtschaft	+	0,6	+	0,0	+	3,6	+	4,3	-	0,5	1,2	...		
Güter der gewerblichen Wirtschaft	-	3,2	-	0,6	-	0,6	-	1,6	-	7,3	5,4	...		
Rohstoffe und Halbwaren	-	11,9	-	2,8	-	2,7	-	7,4	-	24,3	19,4	...		
Fertigwaren	-	0,5	+	0,0	-	0,1	+	0,4	-	1,1	0,8	...		
Index der Ausfuhrpreise	-	0,6	-	0,1	-	0,1	+	0,4	-	0,9	0,7	...		
dar. Fertigwaren	-	0,3	+	0,0	-	0,1	+	0,6	-	0,2	0,0	...		
HWWA-Index der Weltmarktpreise ²⁾	87,5	-	16,5	-	6,8	-	0,8	+	2,7	-	12,4	-	31,9	-	21,5	19,8	

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.

²⁾ Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.

³⁾ Ergebnis für August 2001.

p = Vorläufiges Ergebnis.

@7 Zinssätze

	2000				2001			
	September	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz
Lombardsatz
Pensionssatz ¹⁾
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main ²⁾	4,83	5,02	5,07	4,92	3,96	3,58	3,37	3,33
Dreimonatsgeld, Fibor ³⁾⁴⁾
Sechsmonatsgeld Fibor ³⁾⁴⁾
Kapitalmarktzinsen ⁵⁾								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	5,6	5,5	5,4	4,7	4,7	4,5	4,3	4,6
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	5,4	5,3	5,2	4,7	4,7	4,4	4,3	4,6
Sollzinsen der Banken ⁶⁾								
Kontokorrentkredite ⁷⁾	9,94	10,18	10,19	9,98	9,98	9,93	9,77	9,64
Wechseldiskontkredite ⁸⁾	6,76	6,95	7,01	6,69	6,69	6,57	6,43	6,23
Hy pothekarkredite auf Wohn- grundstücke ⁹⁾								
Festzinsen 5 Jahre	6,53	6,49	6,45	6,19	5,57	5,36	5,20	5,42
Festzinsen 10 Jahre	6,72	6,68	6,64	6,44	6,08	5,91	5,70	5,87
Gleitzinsen	6,79	6,84	6,86	6,81	6,45	6,30	6,12	6,75
Habenzinsen der Banken ⁶⁾								
Festgelder (1 – 3 Monate) ¹⁰⁾ ..	3,79	3,89	3,97	4,05	3,38	3,07	2,77	2,76
Spareinlagen (dreimonatige Kündigungsfrist ¹¹⁾	1,26	1,25	1,26	1,25	1,16	1,14	1,11	1,08

¹⁾ Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).

²⁾ Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben vom Frankfurter Bankplatz.

³⁾ Frankfurt Interbank Offered Rate.

⁴⁾ Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.

⁵⁾ Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.

⁶⁾ Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.

⁷⁾ Bis einschließlich Oktober 1996: unter 1 Mio. DM. Ab November 1996: von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

⁸⁾ Bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM.

⁹⁾ Effektivverzinsung.

¹⁰⁾ Von 100 000 DM bis unter 1 Mio. DM.

¹¹⁾ Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber kein Bonus gewährt.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Februar 2002

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.